

**Ariane Mohl**

**Gutachten für die Enquete-Kommission 5/1 des Brandenburger Landtags**

***„Personelle und institutionelle Übergänge im Bereich  
der brandenburgischen Medienlandschaft“***

I. Einleitung	S. 2
II. Institutionelle Übergänge in der Brandenburger Presselandschaft	S. 6
1.1. Die Entwicklung der DDR-Presse bis 1989	S. 6
1.2. Der Strukturwandel der Presse nach der friedlichen Revolution	S. 11
1.3. Der kurze „Zeitungsfrühling“	S. 16
1.4. Die Neuordnung des Zeitungsmarktes durch die Treuhandanstalt	S. 20
1.5. Die Entwicklung der Presselandschaft nach der Privatisierung	S. 29
2. Institutionelle Übergänge im Rundfunk	S. 34
2.1. Der Rundfunk in der DDR	S. 34
2.2. Der DDR-Rundfunk während der friedlichen Revolution	S. 37
2.3. Die Arbeit der „Einrichtung“	S. 40
2.4. Die Neuordnung des Rundfunks in den neuen Bundesländern	S. 43
2.4.1. Die Gründung des ORB	S. 47
2.4.2. Die gescheiterte Fusion	S. 56
2.4.3. Vom ORB zum RBB	S. 59
III. Personelle Kontinuitäten in der Brandenburger Medienlandschaft	S. 62
3.1. Stasi-Aufarbeitung bei der Märkischen Allgemeinen	S. 64
3.2. Stasi-Aufarbeitung bei der Märkischen Oderzeitung	S. 70
3.3. Stasi-Aufarbeitung bei der Lausitzer Rundschau	S. 74
3.4. Stasi-Aufarbeitung beim Oranienburger Generalanzeiger	S. 79
3.5. Stasi-Aufarbeitung bei den Potsdamer Neuesten Nachrichten	S. 80
3.6. Stasi-Aufarbeitung im ehemaligen DDR-Rundfunk	S. 86
3.7. Stasi-Aufarbeitung bei ORB und RBB	S. 87
4. Der Umgang mit den „SED-Journalisten“	S. 102
IV. Schluss	S. 120

## I. Einleitung

Die Bewertungen könnten unterschiedlicher nicht sein: Für die einen haben die ehemaligen DDR-Medien die ostdeutsche Bevölkerung durch ihre Berichterstattung behutsam an die Demokratie und die soziale Marktwirtschaft herangeführt. Die in der DDR sozialisierten „Medienmacher“, so die Vertreter dieser These, hätten sich in den vergangenen zwanzig Jahren gemeinsam mit den Lesern auf den Weg in eine neue Gesellschaft gemacht und dabei selbst einen inneren Wandel vollzogen. Die Ost-Medien seien den ehemaligen DDR-Bürgern hilfreiche und treue „Begleiter in einer schwierigen Umbruchzeit“ gewesen.<sup>1</sup>

Für die anderen steht fest, dass von einem wirklichen Wandel insbesondere im Bereich der Presse nicht die Rede sein könne. Die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen, so etwa Elisabeth Noelle-Neumann, seien ein „retardierendes Element der politischen Entwicklung“ gewesen. Die in ihr tätigen Journalisten hätten aufgrund ihrer eigenen früheren Verstrickung in die SED-Diktatur die Wahlerfolge der PDS regelrecht herbeigeschrieben und so das Zusammenwachsen von Ost und West nach Kräften verhindert.<sup>2</sup>

Vordergründig betrachtet ist der Transformationsprozess der ehemaligen DDR-Medien erfolgreich verlaufen. Die Treuhandanstalt hat mit dem Verkauf der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen die eigenen ökonomischen Erwartungen um ein Vielfaches übertroffen. Zeitungsläser in Ostdeutschland konnten zu jeder Zeit auf die ihnen vertrauten Blätter zurückgreifen und sich über das Geschehen in der Region informieren. Reibungslos ging auch die „Abwicklung“ des ehemaligen DDR-Staatsrundfunks über die Bühne. Trotz des enormen Zeitdrucks, unter dem auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit dem Aufbau öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten begonnen wurde, mussten die Fernsehzuschauer und Radiohörer in den neuen Bundesländern zu keinem Zeitpunkt auf ein eigenes Rundfunkprogramm aus ihrer Heimat verzichten. Jenseits dieser rein funktionalen Ebene des Medienwandels stellt sich indes die Frage, ob diese Transformation des ostdeutschen Rundfunk- und Pressewesens mit einem personellen und institutionellen Neubeginn einherging, oder ob dort nicht doch mehr beim Alten geblieben ist, als uns im Sinne einer pluralen Medienlandschaft lieb sein kann.

Dieses Gutachten beschäftigt sich mit den „Personellen und institutionellen Übergängen im Bereich der brandenburgischen Medienlandschaft“. Im Mittelpunkt des ersten Teils der Studie steht die Frage, ob für das Land Brandenburg von einer wirklichen „Medienwende“ oder gar

---

<sup>1</sup> Meyen, Michael: Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR, Berlin 2003, S. 218.

einer „Medienrevolution“ gesprochen kann. Um diese Frage beantworten zu können, werden die medienpolitischen Entscheidungen von damals nachvollzogen. Anhand der Verkaufspolitik der Treuhandanstalt, aber auch der Strategie der westdeutschen Verlage, soll die Entwicklung der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen sowie der Blockparteipresse beschrieben werden. Berücksichtigung finden auch die Zeitungsneugründungen, die es im Land Brandenburg gab, sowie die Entwicklung der DDR-Zeitschriften.

Im Rundfunk war die sogenannte „Einrichtung“ unter Leitung von Rudolf Mühlfenzl die Institution, die die Weichen für die weitere Entwicklung im Bereich von Radio und Fernsehen gestellt hat. Die Gründung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in den neuen Bundesländern wurde wesentlich von den jeweiligen Landesregierungen bestimmt. Untersucht wird in diesem Zusammenhang die Frage, ob es bei der Privatisierung und Neugründung der öffentlichen Rundfunkanstalten in Brandenburg im Vergleich zu den anderen neuen Ländern Unterschiede und Besonderheiten gab.

Während der erste Teil des Gutachtens sich also mit den Strukturen der Brandenburger Medienlandschaft beschäftigt, befasst sich der zweite Teil mit der nicht minder bedeutsamen Frage nach dem Umgang mit dem journalistischen Personal. In den Blick genommen werden hier nicht nur Redakteure, die zu DDR-Zeiten für das MfS tätig waren, sondern auch die Journalisten, die bereits vor dem Mauerfall in ihrem Beruf tätig waren und ihr Handwerk am „Roten Kloster“, der Kaderschmiede des systemtreuen Journalismus in der DDR, gelernt haben. Hier geht es darum zu klären, welche personellen Kontinuitäten in der Brandenburger Medienlandschaft bestehen und welche Auswirkungen diese auf die Berichterstattung hatten und haben.

Während der Medienwandel in Ostdeutschland sowohl für den Bereich der Presse als auch für den Rundfunk in der Fachliteratur umfangreich beschrieben und analysiert worden ist, gibt es auch mehr als zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung kaum Publikationen, die sich schwerpunktmäßig mit der Entwicklung im Land Brandenburg auseinandersetzen. Wertvolle Informationen konnte die Gutachterin aus Gesprächen mit den (ehemaligen) Chefredakteuren der verschiedenen Tageszeitungen in der Mark ziehen. Wie es zur Gründung des ORB kam, konnte hauptsächlich anhand der Plenarprotokolle des Brandenburger Landtags, aber auch auf der Grundlage von persönlichen Gesprächen mit (ehemaligen) Mitarbeitern des Senders gut nachvollzogen werden.

Als enorm mühselig erwies sich die Suche nach Interviewpartnern für den zweiten Teil des Gutachtens, in dem es um die personellen Kontinuitäten in der Brandenburger Medienland-

---

<sup>2</sup> Noelle-Neumann, Elisabeth: Ist eine Mauer von Medien gebaut? Warum sich Deutsche Zeit für Deutschland nehmen müssen. Vortrag vor der Jahresmitgliederversammlung der WIR-Initiative am 1. Dezember 1993 in Frankfurt/M.

schaft geht. Hier war die Gutachterin mangels einschlägiger Fachliteratur auf die freiwillige Mithilfe der Chefredaktionen, Geschäftsführer, Intendanten und Redakteure angewiesen. Dies sollte, wie sich bald herausstellte, zum Problem werden. Fast alle Chefredakteure verwiesen, so sie denn überhaupt für ein persönliches Gespräch zur Verfügung standen, auf die aus ihrer Sicht problematische Tatsache, dass die (Landes-) Politik sich unzulässigerweise in die Belange privater Medienunternehmen einmische. Symbolisch kommt diese Haltung in einem am 10. März 2010 veröffentlichten Kommentar des stellvertretenden MAZ-Chefredakteurs Lothar Mahrla zum Ausdruck, der durch das Gutachten und die darin enthaltenen „guten Ratschläge“ die Unabhängigkeit der Presse bedroht sieht.<sup>3</sup> Freundlicherweise erklärte sich die MAZ-Chefredaktion trotz dieser Bedenken zu einem persönlichen Gespräch bereit. Für die MOZ und die Lausitzer Rundschau konnten die ehemaligen Chefredakteure Claus Detjen sowie Peter Stefan Herbst als Interviewpartner gewonnen werden. Auch Johannes Weberling, der an der Stasi-Aufarbeitung in beiden Häusern federführend beteiligt war, erklärte sich sofort zu einem Hintergrundgespräch bereit. Für die Potsdamer Neuesten Nachrichten äußerte sich Michael Erbach, für den Oranienburger Generalanzeiger (OGA) der ehemalige Geschäftsführer und OGA-Mitbegründer Udo Merz. RBB-Chefredakteur Christoph Singelstein gab der Gutachterin ebenso ausführlich wie kundig Auskunft über die Entwicklung bei ORB und RBB. Nicht als Gesprächspartner zur Verfügung stand hingegen der ehemalige MAZ-Herausgeber Alexander Gauland. Dies ist ausgesprochen bedauerlich, da nur er detailliert Auskunft über die Stasi-Aufarbeitung bei der Märkischen Allgemeinen hätte geben können. Allgemein lässt sich feststellen, dass die Auskunftsbereitschaft bei diesem Themenbereich nicht übermäßig groß ist. Selbst die vergleichsweise harmlose Frage nach der personellen Zusammensetzung der verschiedenen Redaktionen zu Beginn der neunziger Jahre brachte einige Zeitungen offenbar an die Grenze ihrer Recherchefähigkeiten. Lediglich die MAZ und der RBB machten hier Angaben. Nicht minder schwierig gestaltete sich der Versuch, mit Tageszeitungs- oder Rundfunkredakteuren ins Gespräch zu kommen. Viele angefragte Journalisten, die in der SED waren, aber auch einige Quereinsteiger aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung oder den alten Bundesländern, wollten sich lieber nicht zum Klima in ihrer Redaktion und ihren persönlichen Erfahrungen befragen lassen. Offensichtlich ist es für viele in den Brandenburger Medien tätigen Journalisten nach wie vor schwierig, sich mit der eigenen Rolle vor und nach der Wiedervereinigung auseinanderzusetzen. Bei vielen dürfte auch die Angst eine Rolle gespielt haben, sich mit kritischen Bemerkungen bei der Chefredaktion oder den Kollegen in Misskredit zu bringen. Erst nach der Zusicherung, dass ihr Na-

---

<sup>3</sup> Mahrla, Lothar: „Schuster, bleib bei deinem Leisten!“, in: MAZ v. 10.03.2010,

me im Gutachten nicht genannt wird, erklärten sich einige (ehemalige) Brandenburger Journalisten erfreulicherweise doch noch bereit, das Gutachten zu unterstützen. Ihre Äußerungen, die Interviews mit Peter Stefan Herbst, Claus Detjen, Christoph Singelnstein sowie die Befunde, die in der Fachliteratur zu diesem wissenschaftlich völlig unterbelichteten Thema zu finden waren, fügten sich am Ende zu einem stimmigen Bild zusammen.

In die Untersuchung einbezogen wurden nur die regionalen Tageszeitungen, die ihren Stammsitz in Brandenburg haben. Nicht berücksichtigt wurden Zeitungen, die in Teilen Brandenburgs gelesen werden, obwohl deren Mantelredaktion in angrenzenden Bundesländern beheimatet ist. Es war angesichts des vorgegebenen Zeitrahmens nicht möglich, die Brandenburger Medienlandschaft in ihrer Gesamtheit abzubilden. Nicht untersucht werden konnten die vielen auflagenstarken Anzeigenblätter, die den Regionalzeitungen zunehmend das Wasser abgraben. Unberücksichtigt bleiben mussten auch private Rundfunksender und offene Kanäle sowie lokale Fernsehsender. Die überregionale Presse sowie die verschiedenen Berliner Tageszeitungen wurden nur dann in die Analyse mit einbezogen, wenn es für die Beschreibung der Entwicklungen in der Brandenburger Medienlandschaft sinnvoll erschien.

## II. Institutionelle Übergänge in der Brandenburger Presselandschaft

### 1.1. Die Entwicklung der DDR-Pressen bis 1989

Aus Sicht der SED gab es keinen Zweifel: Die Presselandschaft der DDR zeichnete sich durch eine Vielfalt aus, von der man im „kapitalistischen Ausland“ nur träumen konnte. Nach Angaben der Sektion Journalistik an der Karl-Marx-Universität in Leipzig konnten die DDR-Bürger im Jahr 1988 insgesamt zwischen 1812 verschiedenen Presseerzeugnissen wählen. Ein Jahr vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes erschienen demnach auf dem Gebiet der DDR 39 Tageszeitungen, 30 Wochen- und Monatszeitungen, 667 SED-Betriebszeitungen, 508 Zeitschriften, 176 Mitteilungsblätter, vier Kreiszeitungen, 354 regionale Mitteilungsblätter sowie 34 Wochenzeitungen und Zeitschriften der Kirchen und religiösen Gemeinschaften.<sup>4</sup> Die Auflage der Tageszeitungen in der DDR war seit Beginn der siebziger Jahre um mehr als 40 Prozent auf zuletzt rund 9,8 Millionen Exemplare angewachsen. Rein rechnerisch kamen auf jeden der rund 6,5 Millionen Haushalte 1,5 Tageszeitungsexemplare – eine Leserdichte, mit der die DDR weltweit an der Spitze stand.<sup>5</sup> Da die SED ihre Presseunternehmen hoch subventionierte, konnten sich viele DDR-Bürger problemlos mehrere Tageszeitungen und Zeitschriften leisten.<sup>6</sup> Pro Haushalt wurden ein bis zwei Tageszeitungen und drei Zeitschriften gelesen. Die SED-Führung wurde nicht müde, den überdurchschnittlich hohen Verbreitungsgrad der DDR-Pressen in zahllosen Reden, Ansprachen und Publikationen als eindeutigen „Ausdruck der politischen Reife und des hohen Bildungsgrades der Bürger der DDR“ zu preisen.<sup>7</sup>

Diese auf den ersten Blick beeindruckenden Zahlen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass von inhaltlicher Vielfalt keine Rede sein konnte. Die DDR-Medien waren seit der Gründung der zweiten Diktatur auf deutschem Boden ein bloßes Mittel der Machtelite zur Durchsetzung ihrer Politik.<sup>8</sup> Zwar garantierte Artikel 27 der 1968 in Kraft getretenen zweiten

---

<sup>4</sup> Karl-Marx-Universität/Sektion Journalistik (Autorenkollektiv unter Leitung von Prof. Dr. sc. pol. Heinz Halbach): Das journalistische System der Deutschen Demokratischen Republik im Überblick. Lehrheft, Leipzig 1988.

<sup>5</sup> Schneider, Beate: Strukturen, Anpassungsprobleme und Entwicklungschancen der Presse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (einschließlich des Gebiets des früheren Berlin-Ost). Forschungsbericht für den Bundesminister des Innern, Band I, Hannover/Leipzig 1991, S. 10.

<sup>6</sup> Nach dem Mauerfall stellte sich heraus, dass die SED allein im Jahr 1989 ihre Presseunternehmen mit 332 Millionen Mark bezuschusst hat, um die Zeitungspreise trotz ständig steigender Papier- und Druckkosten niedrig zu halten. Vgl. Grubitzsch, Jürgen: Presselandschaft der DDR im Umbruch. Ausgangspunkte, erste Ergebnisse und Perspektiven, in: Media Perspektiven 28 (1990), S. 140-155.

<sup>7</sup> Zitiert nach Holzweißig, Gunter: DDR-Pressen unter Parteikontrolle. Kommentierte Dokumentation, Gesamtdeutsches Institut/Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, Analysen und Berichte, 3, Bonn 1991, S. 129.

<sup>8</sup> Vgl. zu den folgenden Absätzen Holzweißig, Gunter: Massenmedien in der DDR, Berlin 1989, ders.: Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 2001 sowie Friedrich-Ebert-

Verfassung der DDR jedem Bürger, seine Meinung „frei und öffentlich zu äußern“. In Absatz 2 war ausdrücklich von der „Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens“ die Rede. Doch die Wirklichkeit sah ganz anders aus. So fanden die Meinungs- und Pressefreiheit ihre Schranken in der in Artikel 1 der DDR-Verfassung festgelegten führenden Rolle der SED. Diese durfte nicht infragegestellt werden.

Anders als in demokratisch verfassten Staaten bedeutete Pressefreiheit in der DDR nicht etwa die Freiheit von staatlicher Gängelung, sondern „die Freiheit der Presse, am Aufbau bzw. der Verwirklichung einer Gesellschaft nach marxistisch-leninistischer Vorstellung mitzuwirken“.<sup>9</sup> Bei eventuellen Verstößen gegen die „sozialistische Pressefreiheit“ ermöglichten die strafgesetzlichen Bestimmungen der DDR den Staatsorganen, hart gegen potentielle Störenfriede vorzugehen.<sup>10</sup>

Die SED hatte „durch Verfassung, Gesetzgebung, staatliche Aufsicht und Lenkung durch die Partei“ ein „straff organisiertes, weitgehend einheitliches Pressesystem geschaffen“.<sup>11</sup> Das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats entschied nicht nur über die Vergabe der Lizenzen, es legte auch Auflagenhöhen und Ausgabenzahlen fest. Mit der Zentralen Druckerei-, Einkaufs- und Revisionsgesellschaft (Zentrag), die dem Zentralkomitee unterstand, verfügte die SED zudem über 90 Prozent der Druckkapazität der DDR.<sup>12</sup> Die Journalisten, die sich als „Funktionäre der Arbeiterklasse“<sup>13</sup> zu verstehen hatten, wurden von der Abteilung für Agitation und Propaganda beim ZK der SED regelmäßig mit sogenannten „Argumentationsanweisungen“ versorgt. Darin wurde nicht nur festgelegt, über welche Themen die DDR-Medien in den nächsten Wochen und Monaten zu berichten hatten. Die Vorgaben des ZK enthielten oft „bis ins Detail gehende Anleitungen für Formulierungen, Aufmachung und Platzierung von Beiträgen“.<sup>14</sup> Zusätzlich gab das Presseamt mehrmals wöchentlich „Presseinformationen“ heraus, die „in knapper Form Kommentare und statistische Angaben“ enthielten, die „in aller Regel unverändert von den Zeitungen veröffentlicht“ wurden.<sup>15</sup> Ein weiteres wichtiges Instrument zur zentralen Lenkung der DDR-Medien durch die SED war der Allgemeine Deut-

---

Stiftung (Hrsg.): Die Massenmedien der DDR. Presse, Rundfunk, Fernsehen und Literaturbetrieb im Dienste der SED, Bonn 1983.

<sup>9</sup> Pürer, Heinz/Raabe, Johannes: Presse in Deutschland, Konstanz 2007, S. 175.

<sup>10</sup> Einschlägige Straftatbestände waren hier z.B. „Kriegshetze und Kriegspropaganda“, „faschistische Propaganda“, „Völker- und Rassenhetze“, „staatsfeindliche Hetze“, „öffentliche Herabwürdigung“ sowie „Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeiten“.

<sup>11</sup> Schneider, Beate/Stürzebecher, Dieter: Wenn das Blatt sich wendet. Die Tagespresse in den neuen Bundesländern, Baden-Baden 1998, S. 26.

<sup>12</sup> Vgl. Holzweißig, Gunter: DDR-Presse, S. 104-140.

<sup>13</sup> Vgl. hierzu ausführlich das in der DDR-Journalistenausbildung eingesetzte Handbuch der Karl-Marx-Universität Leipzig/Sektion Journalistik (Hrsg.): Theoretische Grundlagen des sozialistischen Journalismus, Leipzig 1980.

<sup>14</sup> Pürer/Raabe: Presse in Deutschland, S. 182.

<sup>15</sup> Holzweißig, Gunter: Massenmedien, S. 42.

sche Nachrichtendienst (ADN), der 1953 verstaatlicht und vom Zentralkomitee der SED gesteuert wurde. ADN belieferte die DDR-Medien mit Nachrichten und Kommentaren, die von den Redakteuren wortgetreu übernommen werden sollten. Die „Auswertungsabteilungen“ des Zentralkomitees, des Presseamtes und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) hatten über die ordnungsgemäße Umsetzung der Parteivorgaben zu wachen. Wiederholte Abweichungen von der vorgegebenen Linie konnten empfindliche Strafen nach sich ziehen.<sup>16</sup>

Alle DDR-Medien, also auch die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen, standen unter Dauerbeobachtung des MfS. Ihre „Funktionstüchtigkeit“ als „Machtinstrumente der SED zur politisch-ideologischen Beeinflussung der Bevölkerung“ sollte um jeden Preis erhalten bleiben. Kurz vor dem Zusammenbruch des SED-Regimes waren 42 hauptamtliche und etwa 350 Inoffizielle Mitarbeiter der HA XX/7 mit der „Kontrolle und Sicherung der journalistischen Tätigkeit und des technischen Personals bei den Staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen, der Ostberliner Presse und der Nachrichtenagentur ADN“ betraut. Auf bezirklicher Ebene waren die Abteilungen XX der MfS-Bezirksverwaltungen für die entsprechende Überwachung des Personals der Bezirkssender oder der Regionalsender dafür verantwortlich.<sup>17</sup> Journalisten und Redakteure aller DDR-Medien, aber auch die technischen Mitarbeiter, die durch „bewußtes Tun oder Unterlassen sendetechnische Störungen“ herbeiführen könnten, sollten von der Stasi daraufhin überprüft werden, „inwieweit diese Kräfte bereits in der Vergangenheit durch ideologische Schwankungen, durch Verbreitung feindlicher Auffassungen operativ bekannt wurden und in welchem Umfang sich aus ihren Verbindungen und moralischem Verhalten Ansatzpunkte für den Feind ergeben“.<sup>18</sup> Das MfS sollte durch seine „Aufklärungsarbeit“ in den DDR-Medien potentielle Gefahrenquellen ausfindig machen und mögliche „Aktionen feindlicher Kräfte“ im Keim ersticken. „Die SED benutzte die Staatssicherheit in zweifacher Hinsicht zur Absicherung ihrer Medienpolitik: Einerseits hatte das – MfS, ebenso wie die anderen Ministerien, im Rahmen der sogenannten ‚Staatlichen Öffentlichkeitsarbeit‘ – allerdings unter spezifischen konspirativen Bedingungen – seinen Beitrag zur parteilich aufbereiteten Selbstdarstellung des Staatsapparats zu leisten. Zum anderen war es für die sogenannte ‚politisch-operative Sicherung‘ der Redaktionen, Druckereien und Funkhäuser verantwortlich. Diese Aufgabe erfüllte das MfS mit seinem eingespielten repressiven Instrumentarium (...) sowohl auf der Ebene offizieller Arbeitskontakte zu den jeweiligen Ka-

---

<sup>16</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Massenmedien, S. 24.

<sup>17</sup> Holzweißig, Gunter: Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997, S. 89 f.

<sup>18</sup> Ebd., S. 94.

der-. Verwaltungs- und Sicherheitsabteilungen als auch durch den verdeckten Einsatz von haupt- und nebenamtlichen Spitzeln.“<sup>19</sup>

Die Einheitspartei hatte nichts dem Zufall überlassen, um die DDR-Presse möglichst wirkungsvoll auf das Prinzip einer Berichterstattung im Dienste der sozialistischen Ideologie einzuschwören. Selbst der Vertrieb war Teil des staatlichen Kontrollsystems der Presse. So durfte die Deutsche Post, die das Vertriebs- und Beförderungsmonopol für alle Presseerzeugnisse des In- und Auslands besaß, ausschließlich Publikationen im Umlauf bringen, die auf der Postzeitungsliste des zuständigen Ministeriums standen.

Die führende Rolle der SED kam auch in der Struktur der DDR-Presse deutlich zum Ausdruck. Von 39 der in der DDR erscheinenden Tageszeitungen waren 17 in der Hand der Einheitspartei. Flaggschiff des SED-Presseimperiums war die überregionale Tageszeitung Neues Deutschland, die in einer Auflage von 1,1 Millionen Exemplaren erschien. Daneben unterhielt die SED in jedem der 14 DDR-Bezirke eine Regionalzeitung mit acht bis zu 23 Kreisausgaben.<sup>20</sup> Obwohl der Umfang der Lokalberichterstattung mit einer Seite pro Ausgabe vergleichsweise bescheiden ausfiel, „besaßen die SED-Bezirkszeitungen damit faktisch das Monopol der Lokalberichterstattung und waren den regional beziehungsweise lokal weniger differenzierten Zeitungen der DDR-Blockparteien klar überlegen.“<sup>21</sup> Die SED-Bezirkszeitungen, die es insgesamt auf eine Auflage von über 5,2 Millionen Exemplaren brachten, wurden sowohl vom ZK der SED als auch von der jeweiligen Bezirksleitung der Partei angeleitet und überwacht und waren so einer doppelten Kontrolle unterworfen. Zusammengenommen entfielen mehr als 70 Prozent der Gesamtauflage der DDR-Tagespresse auf die Zeitungen der Sozialistischen Einheitspartei. Nimmt man die Publikationen der von der SED beherrschten Massenorganisationen und Betriebszeitungen hinzu, befanden sich sogar weit mehr als 90 Prozent der Gesamtauflage der DDR-Presse in der Hand der Staatspartei.<sup>22</sup>

Die sowohl bei der Papierkontingentierung als auch der technischen Ausstattung gegenüber der SED-Presse stark benachteiligten Zeitungen des „demokratischen Blocks“ der Volkammer kamen insgesamt gerade mal auf einen Auflagenanteil von 8,6 Prozent.<sup>23</sup> Die SED-Machthaber hatten das Mediensystem der DDR so strukturiert und organisiert, dass den eige-

---

<sup>19</sup> Ebd., S. 91. In Kluge, Ulrich/Birkefeld, Steffen/Müller, Silvia: Willfähige Propagandisten. MfS und Bezirksparteizeitungen: „Berliner Zeitung“, „Sächsische Zeitung“, „Neuer Tag“, Stuttgart 1997 ist detailliert nachzulesen, wie die „Absicherung“ der SED-Presse durch die Stasi im einzelnen vonstatten ging.

<sup>20</sup> Zu den SED-Zeitungen zählen auch die einzige Straßenverkaufszeitung der DDR, das Boulevardblatt BZ am Abend, sowie die Berliner Zeitung, die beide zwar keine offiziellen Parteiorgane waren, aber im SED-eigenen Berliner Verlag erschienen.

<sup>21</sup> Schneider/Stürzebecher: Wenn das Blatt sich wendet, S. 29.

<sup>22</sup> Ebd.

nen Parteizeitungen eine publizistische Übermacht garantiert war. „Angesichts der lokalen Dominanz und riesigen Auflagen der SED-Presse erfüllten die Blockparteizeitungen nur eine Feigenblatt-Funktion.“<sup>24</sup>

Die publizistische Übermacht der SED bestimmte auch die Brandenburger Presselandschaft. In der Mark erschienen neben den drei Bezirkszeitungen der SED zwei Zeitungen der Blockparteien. Auflagenstärkste Bezirkszeitung war die Märkische Volksstimme (Potsdam). Sie verfügte über 14 Ausgaben und kam auf eine Gesamtauflage von 350.800 Exemplaren. Der Bezirk Cottbus wurde von der Lausitzer Rundschau abgedeckt, die in 15 verschiedenen Ausgaben erschien und es auf eine Auflage von 293.000 Exemplaren brachte. Der Neue Tag, die Tageszeitung der SED-Bezirksleitung Frankfurt (Oder), verfügte über 11 Ausgaben und kam auf eine Gesamtauflage von 212.200 Exemplaren. Auf die beiden im Land Brandenburg erscheinenden Blockparteizeitungen, die Brandenburgischen Neuesten Nachrichten der NDPD (Bezirk Potsdam) sowie die Märkische Union als Unterausgabe der CDU-Bezirksleitung Dresden, entfielen lediglich rund 29.000 Exemplare. In der Ober- und Niederlausitz war zudem in einer Kleinstauflage die sorbische Tageszeitung Nowa Doba erhältlich.<sup>25</sup> Alles in allem hatte sich die Struktur der DDR-Presse seit der Abschaffung der Länder und der Gründung der 15 Bezirke als politische Verwaltungseinheiten im Jahr 1952 praktisch nicht mehr verändert. Die SED hatte mit ihren auflagenstarken Zeitungen nicht nur rein zahlenmäßig eine Monopolstellung inne. Da alle DDR-Medien direkt oder indirekt der Lenkung und Kontrolle durch den Staats- und Parteiapparat unterstanden, lag das Meinungsmonopol bei der allmächtigen Staatspartei.

Auch die DDR-Zeitschriften waren der Kontrolle und Anleitung durch Staat und Partei unterworfen. Das galt selbst für Publikationen, die sich mit Nischenthemen beschäftigten oder für Kinder konzipiert worden waren. So warb etwa die beliebte Vorschulzeitschrift Bummi mit Zeichnungen von Kindern, die fröhlich lachend neben Panzern spielten, offensiv für die Politik der SED.<sup>26</sup> „In den Zeitschriften sind die Bürger der DDR zwar nicht dem harten politischen Trommelfeuer ausgesetzt, wie in der Tagespresse und in den Wochenzeitungen. Aber auch hier erfolgt eine politische Beeinflussung. Selbst in den scheinbar völlig unpolitischen

---

<sup>23</sup> Die Christlich-Demokratische Union (CDU) verfügte über sechs Zeitungen, die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) über fünf, die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) über sechs, die Demokratische Bauernpartei (DBD) über eine Zeitung.

<sup>24</sup> Büssow, Robert/Kretzschmar, Constanze/Lohse, Stephan/Neupert, Maike: Zeitungen und Zeitschriften in Ostdeutschland, in: Machill, Marcel/Beiler, Markus/Gerstner, Johannes R. (Hrsg.): Medienfreiheit nach der Wende. Entwicklung von Medienlandschaft, Medienpolitik und Journalismus in Ostdeutschland, Konstanz 2010, S. 126.

<sup>25</sup> Vgl. zu den Titeln, Erscheinungsorten und Auflagen aller in der DDR erscheinenden Tageszeitungen Schneider, Beate (Hrsg.): Strukturen, S. 11 ff.

<sup>26</sup> Vgl. Meyen, Michael: Denver Clan, S. 140.

Rätselzeitschriften sind die Lösungsworte so ausgewählt, daß ein bundesdeutscher Rätselfreund schwere Kost vorfindet. Geographische Begriffe sind meist aus der UdSSR und osteuropäischen Staaten ausgesucht, soweit nach Begriffen gefragt wird, entstammen sie dem Marxismus-Leninismus, und wenn es um zentrale Persönlichkeiten geht, sind diese aus dem Bereich der DDR, der UdSSR und der kommunistischen Weltbewegung.<sup>27</sup>

Auch strukturell unterschied sich die Zeitschriftenlandschaft in der DDR stark vom Zeitschriftenwesen der alten Bundesrepublik. Nur 59 der 575 DDR-Zeitschriften waren sogenannte Publikumszeitschriften. Besonders beliebte und auflagenstarke Titel waren die Funk- und Fernsehillustrierte FF-dabei, die in einer wöchentlichen Auflage von 1,48 Millionen Exemplaren erschien, die Frauenzeitschrift Für Dich (Auflage: 937.600 Exemplare), die vom Demokratischen Frauenbund herausgegeben wurde, und das Magazin (Auflage: 568.500 Exemplare), das über Kultur, Zeitgeschehen und Mode berichtete. Andere wichtige Titel waren das Familienblatt Wochenpost (Auflage: 1,24 Millionen), die Neue Berliner Illustrierte (Auflage: 794.100) und die Satirezeitschrift Eulenspiegel (Auflage: 492.600 Exemplare), die sich bis heute am Markt behauptet.<sup>28</sup> Knapp die Hälfte der Publikumszeitschriften erschien im Berliner Verlag. Trotz der zum Teil beachtlichen Auflage war die Nachfrage nach bestimmten Zeitschriften in der DDR größer als das Angebot. Viele Titel waren schon bald nach Erscheinen vergriffen. Die meisten der in der DDR erscheinenden Zeitschriften waren Fachzeitschriften, die sich ähnlich wie in der Bundesrepublik mit den unterschiedlichsten Themen beschäftigten und für verschiedene Zielgruppen konzipiert worden waren. Von einem publizistischen Wettbewerb oder inhaltlicher Vielfalt kann trotz der auf den ersten Blick beeindruckenden Zahl der Zeitschriftentitel nicht gesprochen werden: „Für die allermeisten Themen- und Fachgebiete gab es in der DDR nur ein einziges Organ.“<sup>29</sup>

## 1.2. Der Strukturwandel der Presse nach der friedlichen Revolution

Unter dem Druck der im Herbst 1989 einsetzenden politischen Entwicklungen „erlebte die Presselandschaft der DDR einen Umbruch, der ohne Beispiel ist und nach dem Zusammenbruch des politischen Systems der DDR erosionsartig einsetzte“.<sup>30</sup> Bereits kurz nach Beginn der friedlichen Revolution fingen die meisten Zeitungen an, sich Schritt für Schritt von der jahrzehntelangen Bevormundung und Gängelung durch die SED zu befreien. Der Wandel des redaktionellen Selbstverständnisses der SED-Bezirkszeitungen lässt sich auch anhand des

---

<sup>27</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Massenmedien, S. 26 f.

<sup>28</sup> Vgl. dazu Pürer/Raabe: Presse, S. 243 ff.

<sup>29</sup> Meyen, Michael: Denver Clan, S. 137.

Wechsels der Untertitel nachvollziehen. Im Bemühen, die Leser von der inhaltlichen Neuausrichtung der Zeitung zu überzeugen, formulierte der Großteil der ehemaligen SED-Blätter ihre Untertitel zum Teil mehrfach neu. So strich die Lausitzer Rundschau wenige Tage nach dem SED-Parteitag im Dezember 1989 den Zusatz „Zeitung der SED“ zugunsten der Formulierung „sozialistische Tageszeitung“.<sup>31</sup>

Im Januar 1990 gab die PDS ihren Führungsanspruch im Medienbereich auf und kündigte nicht zuletzt mit Blick auf die eigene desolante Finanzsituation an, einen Teil ihrer Zeitungsverlage und Druckereien in „Volkseigentum“ überführen zu wollen. Daraufhin erklärten die 14 ehemaligen SED-Bezirkszeitungen ihre Unabhängigkeit von der Einheitspartei, was sich abermals auch in den jeweiligen Untertiteln niederschlug. Die Lausitzer Rundschau und die Märkische Volkstimme trugen seit dem 18.01.1990 die Formulierung „unabhängig“ im Untertitel. Der Neue Tag strich am 20.12.1989 die Formulierung „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“, am 17.03.1990 erschien auch die inzwischen in Märkische Oderzeitung (MOZ) umbenannte ehemalige Zeitung der SED-Bezirkszeitung Frankfurt/Oder mit dem Zusatz „unabhängig, überparteilich und regional“.<sup>32</sup> Ein endgültiger Bruch mit der PDS war damit freilich noch längst nicht vollzogen. Der Wechsel der Untertitel sollte lediglich deutlich machen, dass „sich die Redaktionen nicht mehr in den Dienst eines Leitungsgremiums oder eines Einzelnen innerhalb der Partei stellen und sich künftig keinerlei Gängelungen mehr gefallen lassen wollten. Die Instrumentalisierung der Medien durch die SED wurde zu diesem Zeitpunkt also noch nicht als systemimmanentes Problem wahrgenommen, sondern im wesentlichen an Einzelpersonen beziehungsweise Leitungsgremien innerhalb der Partei festgemacht.“<sup>33</sup>

Die neugewonnene publizistische Freiheit brachte für die etablierten DDR-Zeitungen allerdings massive wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich. Am 13. Februar 1990 hob der von der Modrow-Regierung gebildete Medienkontrollrat das staatliche Preismonopol für Zeitungen und Zeitschriften auf. Zudem strich die SED-Nachfolgepartei PDS ab 1. April 1990 allen Presseerzeugnissen die Subventionen. Eine Entscheidung, die nicht ohne Folgen für die weitere Entwicklung vieler DDR-Presstitel bleiben sollte: Vorsichtigen Schätzungen zufolge brachen der SED-Presse auf einen Schlag bis zu 40 Prozent der Einnahmen weg.<sup>34</sup> Die Verlage

---

<sup>30</sup> Pürer/Raabe: Presse, S. 217.

<sup>31</sup> Vgl. ebd., S. 38 ff.

<sup>32</sup> Die Brandenburgischen Neuesten Nachrichten trugen bereits seit dem 02.01.1990 die Formulierung „Nationaldemokratische Tageszeitung“ im Untertitel. Am 30.01.1990 wurde der Untertitel in „Tagespost für Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport“ geändert; seit dem 02.06.1990 nannte sich die offenbar um eine stärkere regionale Verankerung bemühte Blockparteizeitung im Untertitel „Tagespost für Potsdam und die Mark“. Vgl. dazu im einzelnen Schneider, Beate (Hrsg.): Strukturen, S. 40 ff.

<sup>33</sup> Schneider/Stürzebecher: Wenn das Blatt sich wendet, S. 69.

<sup>34</sup> So Ullrich Erzigkeit, der Chefredakteur der Ostthüringer Zeitung, in: Büssow/Kretzschmar/Lohse/Neupert: Zeitungen und Zeitschriften in Ostdeutschland, S. 165.

sahen sich gezwungen, die Preise zu erhöhen. Die Märkische Volksstimme, der Neue Tag und die Brandenburgischen Neuesten Nachrichten kosteten im Einzelverkauf nun 0,50 statt 0,15 Mark. Die sprunghaft gestiegenen Zeitungspreise konnten oder wollten viele Leser nicht bezahlen. Allein in den Monaten Februar und März 1990 wurden DDR-weit 16,6 Millionen Zeitungs- und Zeitschriftenabonnements gekündigt.<sup>35</sup> Auch den Brandenburger Tageszeitungen liefen die Leser davon. Die Zeitungen versuchten ihrer Leserschaft die drastischen Preiserhöhungen durch umfangreiche Versprechungen schmackhaft zu machen. Man werde künftig mehr lokale Informationen, mehr Service und Unterhaltung und eine bessere Druckqualität liefern. Schließlich wolle man „nicht einfach Kosten weiterreichen“, „sondern ein vernünftiges Verhältnis von Leistung und Preis schaffen“, hieß es etwa in der Märkischen Volksstimme vom 2. April 1990.

Obwohl strenggenommen der Volkskammerbeschluss vom 5. Februar 1990 überhaupt erst die rechtliche Grundlage für das Engagement westdeutscher Verlage in der DDR geschaffen hatte, standen die meisten ostdeutschen Zeitungsverlage bereits seit November 1989 in engem Kontakt zu Presseunternehmen der Bundesrepublik.<sup>36</sup> So kooperierte die Märkische Volksstimme mit der Nordwest-Zeitung Oldenburg, die Lausitzer Rundschau mit der Saarbrücker Zeitung und die Märkische Oderzeitung mit dem Hamburger Heinrich-Bauer-Verlag. Anfangs schien es bei den Ost-West-Kooperationen um uneigennützigere Aufbauhilfe für die mit marktwirtschaftlichen Mechanismen nicht vertrauten DDR-Verlage zu gehen. Die westdeutschen Partner boten Unterstützung bei der Anzeigenakquise, sie stellten Papier, Fahrzeuge und moderne Satz-, Druck- und Redaktionstechnologie bereit. Selbstlos war das millionenschwere Engagement der westdeutschen Verleger nicht: Die West-Verlage wollten mit ihren Investitionen, die bis Oktober 1990 in einem weitgehend rechtsfreien Raum stattfanden, Tatsachen schaffen und sich frühzeitig für eine spätere Übernahme der auflagenstarken ehemaligen SED-Betriebszeitungen in Stellung bringen. „Westdeutsche Medienunternehmen drückten mit brutaler Gewalt in den überaus attraktiven DDR-Markt. Sie alle, Glücksritter wie vorgeblich seriöse Unternehmer, versuchten hektisch, ihren Teil vom Kuchen abzubekommen“, beschreibt Konrad Weiss, Bürgerrechtler und medienpolitischer Sprecher des Runden Tisches, die „Goldgräberstimmung“ in der Nachwendezeit.<sup>37</sup>

---

<sup>35</sup> Vgl. zur Aufhebung des Preismonopols für Presseprodukte beispielsweise Pürer/Raabe: Presse, S. 225.

<sup>36</sup> Die westdeutschen Verlegerverbände hatten ihre Mitgliedsverlage ausdrücklich dazu aufgerufen, den Zeitungen in der DDR unter die Arme zu greifen. Allerdings waren damit weniger die ehemaligen SED-Zeitungen als vielmehr die Zeitungen der Bürgerbewegung gemeint. Vgl. dazu Pürer, Heinz/Raabe, Johannes: Medien in Deutschland. Band 1: Presse, Konstanz 1996, S. 420.

<sup>37</sup> Matysiak, Stefan: Auf einmal gab es Pressefreiheit. Die Entwicklung der Tagespresse in Ostdeutschland von der „Wende“ bis heute, in: Deutschland Archiv, 1/2011, S. 3.

Auch den meisten DDR-Zeitungen waren die unerwartet heftigen Avancen aus dem Westen nicht ganz geheuer. Sie behandelten die Zusammenarbeit mit den westdeutschen Großkonzernen mit äußerster Diskretion. Auf der einen Seite „betrachtete man westliche Konzerneinflüsse im Medienbereich als neue Gefahren für die gerade errungene Informations- und Meinungsfreiheit, auf der anderen Seite aber wurden Joint Ventures als Allheilmittel, als Voraussetzung für die Zukunftssicherung der Zeitungen gepriesen.“<sup>38</sup> Die Leser der in die Freiheit entlassenen ehemaligen SED-Bezirkszeitungen erfuhren von der Zusammenarbeit mit westlichen Presseunternehmen in der Regel nichts. Eine Ausnahme bildete die Märkische Oderzeitung, die ihren Lesern bereits im April 1990 mitteilte, dass man mit dem Heinrich Bauer Verlag eine GmbH gründen wolle. Allerdings tat sich die Redaktion sichtlich schwer damit, den Lesern zu erklären, warum man sich ausgerechnet einen reinen Zeitschriftenverlag als Kooperationspartner ausgesucht hatte. Einen möglichen argumentativen Ausweg aus der Rechtfertigungsfalle boten die in der DDR unter dem Ladentisch gehandelten beliebten bunten Blätter des Bauer-Verlages. „Fest steht: Wer die Zeitung liest, will nicht nur große Politik – die Sie selbstverständlich umfassender und aktuell bei uns finden – haben, sondern auch unterhalten werden. Und da sind wir gemeinsam bei Bauer wohl an der besten Adresse“, appellierte die Märkische Oderzeitung am 7. April 1990 an ihre Leserschaft.<sup>39</sup>

Kooperationen westdeutscher Verlage gab es auch mit den Zeitungen der ehemaligen Blockparteien. Obwohl diese es zusammengenommen auf einen Marktanteil von nur neun Prozent brachten und verglichen mit den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen deutlich weniger lukrative Investitionsobjekte zu sein schienen, interessierte sich der Springer-Verlag früh für die gesamte LDPD-Presse; die Verlagsgesellschaft der Frankfurter Allgemeinen Zeitung streckte ihre Fühler in Richtung der CDU-Presse aus; der schon bei der Märkischen Oderzeitung involvierte Bauer-Verlag engagierte sich unter anderem bei zwei NDPD-Organen, darunter auch den Brandenburger Neuesten Nachrichten.<sup>40</sup> Nach Angaben des DDR-Medienministeriums kooperierten im Mai 1990 26 DDR-Zeitungen mit westdeutschen Verlagen, im Juni 1990 war sogar von 100 geplanten Kooperationen die Rede, die „von der technischen oder personellen Hilfestellung über die Beteiligung (...) bis hin zur langfristig angelegten Fusion“ reichten.<sup>41</sup>

Verlierer der Entwicklung waren die Zeitungen der Massenorganisationen und die SED-Betriebszeitungen. Die FDJ-Zeitung Junge Welt, die vor dem Mauerfall zeitweise auf eine

---

<sup>38</sup> Schneider/Stürzebecher: Wenn das Blatt sich wendet, S. 83.

<sup>39</sup> Zitiert nach ebd.

<sup>40</sup> Vgl. Pürer/Raabe: Presse, S. 221 f.

<sup>41</sup> Müllerleile, Christoph/Schulze, Volker: Zur Presseentwicklung in der DDR, in: BDZV (Hrsg.): Zeitungen '90, Bonn 1990, S. 21.

Auflage von 1,5 Millionen Exemplaren kam, musste 1990 einen Auflageneinbruch von 75 Prozent verkraften. Die meisten SED-Betriebszeitungen, die nach dem Willen der Einheitspartei unter der Leitung der jeweiligen Kombinatdirektoren hätten weitergeführt werden sollten, waren bereits wenige Monate nach dem Mauerfall weitgehend vom Markt verschwunden.<sup>42</sup>

Die Politik wurde von den Ereignissen in den wenigen Monaten zwischen dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung regelrecht überrollt. Als die DDR-Volkskammer im Februar 1990 ihren „Beschluss über die Gewährleistung der Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit“ fasste, in dem die Lizenzpflicht für Pressepublikationen aufgehoben und das Vertriebsmonopol der DDR-Post abgeschafft wurde, hatten die westdeutschen Verlage längst damit begonnen, ihre Publikationen in Gebiete jenseits der innerdeutschen Grenze zu liefern. Das galt auch für den Bereich der Publikumszeitschriften. Nach dem Mauerfall „überschwemmten die bisher dort unbekannt, viel bunteren, professionell gemachten westdeutschen Blätter die DDR. Gleichzeitig gerieten die (staatlichen) Verlage der Osttitel – aufgrund wegbrechender Subventionen und eines geringen Anzeigengeschäfts – in wirtschaftliche Krisen.“<sup>43</sup>

Auch inhaltlich waren weder die Vorstöße der Modrow-Regierung noch die des neugeschaffenen „Medienkontrollrats“ geeignet, die Umwälzungen im Medienbereich in geordnete Bahnen zu lenken. So verzichteten die Mitglieder der Volkskammer in ihrem bis zum 3. Oktober 1991 geltenden „Medienbeschluss“ darauf, klare kartell- und wettbewerbsrechtliche Bestimmungen (etwa in Form einer eindeutig definierten Anti-Monopol-Klausel) zu treffen – ein Kuriosum angesichts der zu diesem Zeitpunkt bereits recht weit fortgeschrittenen Kooperationen zwischen west- und ostdeutschen Verlagen.<sup>44</sup> Es ist zu vermuten, dass die politisch Verantwortlichen sich nach wie vor an der Funktionsweise des nicht mehr existierenden zentralistischen Systems der DDR orientierten und gar nicht auf die Idee kamen, flankierende kartell- und wettbewerbsrechtliche Maßnahmen nach dem Vorbild der Bundesrepublik einzuleiten. Von einer aktiven Mitgestaltung des Umbruchs auf dem ostdeutschen Pressemarkt kann also bereits für die ersten Monate nach Beginn der friedlichen Revolution keine Rede sein. Die wenigen ordnungspolitischen Vorstöße der Modrow-Regierung „bewirkten allenfalls kosmetische Korrekturen“ oder blieben wirkungslos. Auch die letzte DDR-Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière vermochte es nicht, das medienpolitische Vakuum zu füllen, das

---

<sup>42</sup> Vgl. ebd., S. 223 f.

<sup>43</sup> Schneider, Beate: Die Rolle der Medien bei der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 610.

<sup>44</sup> Vgl. zum „Medienbeschluss“ der Volkskammer beispielsweise Kutsch, Arnulf: Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit. Zum Volkskammer-Beschluss vom 5. Februar 1990, in: ders. (Hrsg.): Publizistischer und journalistischer Wandel in der DDR. Vom Ende der Ära Honecker bis zu den Volkskammerwahlen im März 1990, Bochum 1990, S. 107-156.

man ihm hinterlassen hatte. Die Weichen für den Strukturwandel der ostdeutschen Tagespresse waren bereits gestellt – allerdings nicht von der Politik, sondern von den westdeutschen Großverlagen.

### 1.3. Der kurze „Zeitungsfrühling“

Weitgehend unbehelligt von medienpolitischen Eingriffen setzte in den ersten Monaten des Jahres 1990 auf dem Gebiet der DDR ein „Zeitungsfrühling“ ein, den es in der deutschen Pressegeschichte so noch nicht gegeben hatte. Bereits im November 1989 hatten einzelne Verlage begonnen, lokale Nebenausgaben zu produzieren und ihr Verbreitungsgebiet über die ehemalige innerdeutsche Grenze hinaus zu vergrößern. Ein Jahr nach dem Beginn der friedlichen Revolution gab es auf dem Gebiet der ehemaligen DDR 78 solcher neuen zusätzlichen Zeitungsausgaben.

Fast alle Berliner Tageszeitungen entdeckten in der Nachwendezeit das Umland als lukrativen Absatzmarkt. Kurz nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes brachte das Spandauer Volksblatt eine eigene Lokalausgabe für das benachbarte Havelland auf den Markt. Der Tagesspiegel eröffnete eine eigene Lokalredaktion in Potsdam, die später in eine Regionalredaktion umgewandelt wurde. Auch in Frankfurt/Oder und Cottbus war der Tagesspiegel mit eigenen Redaktionsbüros präsent. Die Berliner Morgenpost zog im März 1991 mit einer speziellen Ost-Lokalausgabe Berlin und Brandenburg nach, die auf rötlichem Papier gedruckt wurde. Später kamen speziell für Brandenburg produzierte Ableger der Boulevardzeitungen Bild, B.Z. und Berliner Kurier hinzu. Insbesondere der Gruner und Jahr-Verlag, der schon lange vor der Wiedervereinigung eine Kooperation mit dem Berliner Verlag eingegangen war, versuchte mit Ausgaben in Dresden, Chemnitz, Leipzig, Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus seine Position auf dem Markt der Straßenverkaufspresse in den neuen Ländern auszubauen.<sup>45</sup>

In dieser frühen Phase des Umbruchs in der Presselandschaft der untergehenden DDR kam es zu einem regelrechten Gründungsboom. „Zwischen November 1989 und Mai 1990 starteten neun selbständige Tageszeitungen, so dass sich der Gesamtbestand der Tageszeitungen in der DDR vorübergehend von 39 auf 48 erhöhte.“<sup>46</sup> Treibende Kräfte hinter diesen Zeitungsneugründungen waren nicht selten Aktivisten aus dem Umfeld des Neuen Forums, die sich mit ihren Themen und Anliegen von den etablierten Zeitungen nicht ernstgenommen oder gänz-

---

<sup>45</sup> Vgl. dazu Held, Barbara/Simeon, Thomas: Die zweite Stunde Null. Berliner Tageszeitungen nach der Wende (1989-1994), Berlin 1994, S. 33 ff.

<sup>46</sup> Pürer/Raabe: Presse, S. 218.

lich ignoriert fühlten und ein publizistisches Gegengewicht zur ehemaligen SED-Presse schaffen wollten.<sup>47</sup> Die Bedingungen, unter denen diese Neugründungen stattfanden, waren zumeist abenteuerlich, da die Macher dieser Zeitungen weder über das nötige Kapital noch das redaktionelle Know how und die Ausstattung verfügten, um es mit den übermächtigen Konkurrenten aufnehmen zu können. Mit einigen wenigen Ausnahmen entstanden fast alle Neugründungen in der ehemaligen DDR mit finanzieller, technischer und logistischer Unterstützung zumeist mittelständischer Verlage aus der Bundesrepublik. Auch das Land Brandenburg bildete hier keine Ausnahme: So wurde der Oranienburger Generalanzeiger auf Initiative des westdeutschen Verlegers Dirk Ippen gegründet, der die untergehende DDR als attraktiven Absatzmarkt entdeckt, sich aber bewusst gegen die Übernahme einer ehemaligen SED-Zeitung entschieden hatte. Recherchiert und geschrieben wurden die Beiträge vor Ort, produziert und gedruckt wurde im westfälischen Hamm. Die erste Ausgabe des Oranienburger Generalanzeigers startete am 19. April 1990 mit einer Auflage von 35.000 Exemplaren. Mit LKW wurde die Zeitung von Hamm nach Oranienburg transportiert, wo Freiwillige sie an die einzelnen Haushalte verteilten. Binnen kürzester Zeit gelang es den Machern des Oranienburger Generalanzeigers 3500 Abonnenten zu gewinnen. Vom 6. September 1990 an erschien der Oranienburger Generalanzeiger nicht mehr als Wochen-, sondern als Tageszeitung. Wenig später konnte der Oranienburger Generalanzeiger die Gransee Zeitung und den Ruppiner Anzeiger übernehmen, der im Juni 1990 auf Initiative des Runden Tisches Neuruppin ins Leben gerufen worden war.<sup>48</sup>

Die zweite Zeitungsneugründung im Land Brandenburg nach der friedlichen Revolution entstand auf Initiative der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Medien“ des Neuen Forums Eberswalde. In Kooperation mit dem Verlag Siegfried Rieck und Co., der das Delmenhorster Kreisblatt herausgibt, wurde am 12. März 1990 die Erstausgabe des Oberbarnimer Kreisblatts ausgeliefert. Die redaktionelle Arbeit wurde vor Ort in Eberswalde erledigt, bis zur Eröffnung der eigenen Druckerei im August 1990 stellte der westdeutsche Mutterverlag die Druckerei in Delmenhorst zur Verfügung. Am 1. September 1990 ging das Oberbarnimer Kreisblatt dann als Tageszeitung auf den Markt. Die Abonnentenzahl lag zu diesem Zeitpunkt bei 5000, was einem Marktanteil von 27 Prozent entsprach – ein beachtlicher Wert für eine Zeitung, die ein

---

<sup>47</sup> Dies gilt nach eigenen Aussagen auch für die ostdeutschen Mütter und Väter der drei Zeitungsneugründungen im Land Brandenburg.

<sup>48</sup> Telefoninterview mit Udo Merz, Mitbegründer des Oranienburger Generalanzeigers und ehemaliger Geschäftsführer des Druckhauses Oberhavel und Verlagsleiter des Märkischen Zeitungsverlages.

Jahr zuvor als eine mit dem Kopierer vervielfältigte Publikation der Bürgerbewegung begonnen hatte.<sup>49</sup>

Im Sommer 1990 kam mit dem Cottbusser General-Anzeiger die dritte Zeitungsneugründung im Land Brandenburg hinzu. Anders als die Macher des Oranienburger Generalanzeigers und des Oberbarnimer Kreisblatts verzichteten die Gründer des Cottbusser General-Anzeigers auf jegliche verlegerische Unterstützung oder Beteiligung aus der Bundesrepublik.

Mit den Strukturen des ostdeutschen Zeitungsmarktes änderten sich auch die Inhalte der Tageszeitungen.<sup>50</sup> Erschienen die Tageszeitungen in der DDR wegen der Papierkontingentierung noch in einem Umfang von sechs bis zwölf Seiten, waren die meisten ostdeutschen Zeitungen 1990 im Schnitt doppelt so dick. Zur selben Zeit setzte auch eine langsame Erweiterung der Lokalberichterstattung ein, die in einem dem politischen Zentralismus verpflichteten Staat wie der DDR einen geringen Stellenwert eingenommen hatte. Hier waren die ehemaligen SED-Zeitungen gegenüber den Zeitungen der Blockparteien deutlich im Vorteil, da nur sie über ein ausgebautes Netz von eigenen Lokalausgaben mit eigenen Kreisredaktionen verfügten.

Wichtigste Neuerung war der Wegfall des Monopols der zentralen Agentur ADN im Frühjahr/Sommer 1990. Im März fingen die ersten ehemaligen SED-Bezirkszeitungen an, dpa als zusätzliche Nachrichtenquelle zu nutzen. In Brandenburg war die Märkische Volksstimme der Vorreiter bei der Erweiterung des Agenturangebots. Neben ADN stand den MV-Redakteuren ab April 1990 das Angebot der Deutschen Presseagentur (dpa) zur Verfügung. Der Neue Tag folgte im Juni, die Lausitzer Rundschau im Oktober 1990. Die Brandenburgischen Neuesten Nachrichten waren seit Juli 1990 dpa-Kunden.<sup>51</sup>

Auch der Zeitschriftenmarkt der DDR kam in Bewegung. Alleine zwischen Januar und September 1990 gab es 205 Neugründungen. Mit dem Entstehen von Stadtmagazinen eroberte ein in der DDR weitgehend unbekannter Zeitschriftentyp den ostdeutschen Markt. Ähnlich wie bei den in den Nachwendezeiten entstandenen Tageszeitungen auch, fehlte es den Machern dieser Alternativzeitschriften zumeist an den nötigen finanziellen Mitteln und dem technischen Wissen, um langfristig am Markt zu bestehen.

Deutlich erfolgreicher waren eigens für den ostdeutschen Markt konzipierte Zeitschriften westdeutscher Verlage. Vorreiter waren der Gong- und Burda-Verlag, die mit der am 01. März 1990 erstmals erschienenen Programmzeitschrift Super TV und der am 23. August 1990

---

<sup>49</sup> Zur Entstehungsgeschichte des Oberbarnimer Kreisblatts vgl. Laffin, Barbara: Als neugegründete Lokalzeitung auf einem deformierten Markt. Gegen die Ein-Zeitungs-Landschaft vor Ort, in: Mahle, Walter A. (Hrsg.): Pressemarkt Ost. Nationale und internationale Perspektiven, München 1992, S. 67 ff.

<sup>50</sup> Vgl. dazu im einzelnen den in vier Bänden erschienenen bereits erwähnten Forschungsbericht für den Bundesminister des Innern: Schneider, Beate: Strukturen, Band I, S. 22 ff.

<sup>51</sup> Schneider, Beate: Strukturen, Band I, S. 92 ff.

auf den Markt gebrachten Wochenzeitschrift Super Illu aus dem Stand eine Auflage zwischen 700.000 und knapp 900.000 Exemplaren erreichten. Hinzu kamen Billigvarianten westdeutscher Hochglanzmagazine wie Neues Wohnen oder Mein Kind und ich. Daneben fanden auch etablierte westdeutsche Zeitschriften wie die Programmzeitschrift Auf einen Blick oder die Funk Uhr reißenden Absatz.<sup>52</sup>

Alles in allem wies Ostdeutschland kurz nach dem Mauerfall „auch im Bereich der Tagespresse eine Zeitungsvielfalt auf, wie es sie im Gebiet der ehemaligen DDR nie gegeben hatte und wie sie in den alten Bundesländern seit Jahrzehnten nicht mehr existierte“.<sup>53</sup> Zwischen November 1989 und Juni 1991 entstanden in Ostdeutschland 26 neue Verlage, die zusammengenommen 61 redaktionelle Zeitungsausgaben auf den Markt brachten. Im ersten Halbjahr 1991 konnten die ehemaligen DDR-Bürger zwischen so vielen verschiedenen Tageszeitungen wählen wie noch nie.<sup>54</sup> Das galt grundsätzlich auch für das Land Brandenburg.

Vergleicht man die Entwicklung der Tagespresse in Brandenburg mit der in den anderen neuen Bundesländern, nimmt sich die publizistische Vielfalt in der Mark allerdings eher bescheiden aus. So kamen in Thüringen alleine im Jahr 1990 24 Zeitungsneugründungen auf den Markt.<sup>55</sup> Spitzenreiter war Thüringen auch bei der Auflagenhöhe der Zeitungsneugründungen. Während der Tageszeitungsmarkt in Brandenburg trotz der drei neu hinzugekommenen Titel weiterhin von den drei ehemaligen SED-Bezirksblättern dominiert wurde, brachten die Nachwendegründungen in Thüringen die ehemaligen Parteizeitungen mit einem Marktanteil von 19,8 Prozent ernsthaft in Bedrängnis. In einigen ostdeutschen Städten sah es eine Zeitlang sogar fast so aus, als ob das Monopol der ehemaligen SED-Presse in der Lokalberichterstattung gebrochen werden könne. So konkurrierten in Leipzig und der Kleinstadt Eisenach zeitweise sieben verschiedene Tageszeitungen um die Gunst der Leser. Die Potsdamer mussten sich hingegen nach wie vor mit den beiden Blättern begnügen, die es schon zu DDR-Zeiten gab.

Alles in allem war die Brandenburger Presselandschaft trotz der Neugründungen vor der Wiedervereinigung fest in der Hand der schon zu DDR-Zeiten dominierenden Zeitungen Märkische Volksstimme, Märkische Oderzeitung und Lausitzer Rundschau. Allerdings hatten diese – wie alle anderen ehemaligen SED-Bezirkszeitungen auch – zu diesem Zeitpunkt bereits mit empfindlichen Auflagenverlusten zu kämpfen. Mit einem Auflagenrückgang von fast 25 Prozent seit 1989 war die am 3. Oktober 1990 in Märkische Allgemeine (MAZ) umbe-

---

<sup>52</sup> Pürer/Raabe: Presse, S. 244 ff.

<sup>53</sup> Ebd., S. 229.

<sup>54</sup> Vgl. ebd., S. 230.

<sup>55</sup> Vgl. dazu Schütz, Walter J.: Der Zeitungsmarkt in den neuen Ländern, in: BDZV (Hrsg.): Zeitungen '91, Bonn 1991, S. 105-146.

nannte Märkische Volksstimme Ende 1990 trauriger Spitzenreiter unter den ehemaligen SED-Blättern in Brandenburg. Nur bei den Brandenburgischen Neuesten Nachrichten war der Auflagenschwund mit rund 26 Prozent noch höher als bei der MAZ.<sup>56</sup>

#### 1.4. Die Neuordnung des Zeitungsmarktes durch die Treuhandanstalt

Als die in der Spätphase der DDR gegründete Treuhandanstalt, die gemäß Artikel 25 des Einigungsvertrages für die wettbewerbliche Neustrukturierung und Privatisierung ehemaligen DDR-Volkseigentums zuständig war, auf den Plan trat, hatten die Verlage aus dem Westen zum Großteil bereits beträchtliche Summen in die ostdeutschen Zeitungshäuser investiert, mit denen sie kooperierten. Allerdings hatten sie nicht daran gedacht, „rechtzeitig und rechtsgültig Anteile an den Pressebetrieben zu erwerben“.<sup>57</sup> Da etliche westdeutsche Großverlage beim Kampf um die auflagenstarken und damit wirtschaftlich besonders attraktiven ehemaligen SED-Bezirkszeitungen zu kurz gekommen waren, entschied sich die Treuhand im November 1990 dafür, die von der PDS in Volkseigentum überführten einstigen Organe der Partei zum Verkauf auszuschreiben.

Reibungslos ging der Verkauf der ehemaligen SED-Presse nicht über die Bühne. Die PDS hatte als Rechtsnachfolgerin der SED den kompletten Berliner Verlag und mit ihm die Berliner Zeitung und die BZ am Abend bereits im September 1990 ohne direkte Beteiligung der Treuhandanstalt an die Medienkonzerne Gruner und Jahr und Maxwell verkauft. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bereits vergeben waren auch die in Chemnitz erscheinende Freie Presse und die Mitteldeutsche Zeitung aus Halle. Ausgerechnet die beiden auflagenstärksten ehemaligen DDR-Regionalzeitungen waren also außerhalb des von der Treuhandanstalt eröffneten förmlichen Angebotsverfahren veräußert worden.<sup>58</sup>

Zehn der zwölf verbliebenen ehemaligen SED-Zeitungen schrieb die Treuhandanstalt inklusive der dazugehörenden Druckereien und Immobilien im Dezember 1990 zum Verkauf aus. Unter ihnen waren auch die drei großen in Brandenburg erscheinenden Tageszeitungen. Wegen der „Komplexität des Verfahrens“ wurde der Verkauf der einstigen SED-Presse über das Investmenthaus J.P. Morgan abgewickelt, das die Verlage „professionell, schnell und als Ge-

---

<sup>56</sup> Ebd., Tabellen auf S. 209 ff.

<sup>57</sup> „Wir stehen nackt in den Erbsen“, in: Der Spiegel, 7/1991, S. 64.

<sup>58</sup> Nach Spiegel-Recherchen sollen dabei politische Gründe eine entscheidende Rolle gespielt haben. Angeblich soll sich Bundeskanzler Helmut Kohl persönlich dafür eingesetzt haben, dass seinem Freund, dem Verleger Dieter Schaub von der Ludwigshafener Medien-Union, die Freie Presse zugesprochen wurde. Außenminister Hans-Dietrich Genscher wiederum soll zugunsten des Kölner Verlags DuMont Schauberg den Verkauf der Mitteldeutschen Zeitung veranlasst haben. Vgl. dazu Spiegel v. 11.03.1991, S. 30 und v. 29.04.1991, S. 33.

samtkomplex“ verkaufen sollte.<sup>59</sup> Besondere Kenntnisse des west- wie ostdeutschen Zeitungsmarktes brachten weder die Treuhandanstalt noch das mit der Privatisierung betraute Investmenthaus mit.<sup>60</sup>

Über ein mangelndes Interesse an der Hinterlassenschaft des früheren SED-Presserimperiums konnte sich die Treuhandanstalt wahrlich nicht beklagen. 37 bundesdeutsche Verlagshäuser rangelten sich um die Ost-Verlage, die trotz zahlreicher Abonnementkündigungen für westdeutsche Verhältnisse immer noch verlockend hohe Auflagenzahlen mitbrachten. Alleine für die Märkische Allgemeine gingen bei der Treuhandanstalt 13 Bewerbungen ein. Der Heinrich-Bauer-Verlag, der unter anderem mit der Märkischen Oderzeitung kooperierte, gab für nicht weniger als acht der zehn zum Verkauf angebotenen Zeitungen ein Übernahmeangebot ab.<sup>61</sup>

Im April 1991 machte die Treuhandanstalt ausgewählten Bewerbern ein Kaufangebot. Bei der Auswahl der Käufer hatte sich die Treuhand vor allem von wirtschaftlichen Kriterien wie der Höhe des gebotenen Kaufpreises, Arbeitsplatzgarantien sowie den Sanierungs- und Investitionskonzepten leiten lassen, die die Interessenten vorgelegt hatten. Das Nachsehen hatten kleinere Verlagshäuser, die sich zwar schon seit Monaten um ausgewählte ehemalige SED-Bezirkszeitungen bemüht hatten, aber finanziell mit den großen Mitbewerbern nicht konkurrieren konnten. So wurde die Märkische Allgemeine nicht an ihren Kooperationspartner, den Verlag der Nordwest-Zeitung, verkauft. Den Zuschlag bekam die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die 117,1 Millionen DM für das Potsdamer Blatt zahlte. Den Verkauf begründete die Treuhandanstalt folgendermaßen: „Die Möglichkeiten und Erfahrungen der FAZ, den relativ großen Akzidenzbereich zu sanieren, sind besser. Die Investitionsplanung liegt höher, da noch zusätzliche Druckkapazität für die FAZ selbst geschaffen werden soll.“<sup>62</sup> Auch die Märkische Oderzeitung ging nicht an den Heinrich-Bauer-Verlag, mit dem das Frankfurter Blatt eng zusammengearbeitet hatte. Im Juli 1991 verkaufte die Treuhand den Verlag für 51,2 Millionen DM an die Südwest Presse Ulm, Ende 1991 übernahm die Stuttgarter Verlagsgesellschaft 50 Prozent der Anteile. In Brandenburg kam nur bei der Lausitzer Rundschau der Verlag zum Zuge, der zuvor Kooperationspartner gewesen war: 1991 wurde die ehemalige Zeitung der SED-Bezirksleitung Cottbus an die Saarbrücker Zeitung verkauft, die zum Holtzbrinck-Konzern gehört.

Mit allen Zeitungsverkäufen erzielte die Treuhand einen Erlös von rund 1,5 Milliarden DM und übertraf damit die eigenen Erwartungen um ein Vielfaches. Ökonomisch war der Verkauf

---

<sup>59</sup> Pressemitteilung der Treuhandanstalt v. 15.04.1991.

<sup>60</sup> So Beate Schneider in ihrem bereits erwähnten Aufsatz Die Rolle der Medien, S. 602-629.

<sup>61</sup> Vgl. Treuhandanstalt (Hrsg.): Dokumentation 1990-1994, Band 6, Berlin 1994, S. 1026.

der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen ein voller Erfolg. Bewertet man die damaligen Entscheidungen der Treuhandanstalt unter medienpolitischen Gesichtspunkten, kommt man indes zu einem anderen Urteil. Ordnungspolitische Erwägungen spielten bei der Privatisierung der DDR-Presse faktisch keine Rolle. Die Treuhandanstalt legte beim Verkauf der ostdeutschen Verlage dieselben Kriterien an wie bei der Veräußerung einer Schuhfabrik oder eines Maschinenbauunternehmens. Sie ließ sich beim Verkauf der einstigen SED-Blätter zwar von dem Grundsatz leiten, dass kein Bewerber mehr als eine Zeitung bekommen bzw. an ihr beteiligt sein dürfte. Zudem hatte ihr das Bundeskartellamt die Vorgabe mit auf den Weg gegeben, dass Kaufinteressenten nur dann akzeptiert werden sollten, wenn das Verbreitungsgebiet des westdeutschen Zeitungstitels nicht an das des begehrten ostdeutschen Blattes angrenzte.<sup>63</sup>

Doch die Praxis sah ganz anders aus. Die Treuhand hielt sich nicht konsequent an die Regeln, die sie sich selbst auferlegt hatte. So war der Springer-Verlag nach der Privatisierung an gleich drei ehemaligen SED-Bezirkszeitungen beteiligt, Gruner und Jahr, die die Hälfte der Anteile am Berliner Verlag hielten, kamen auch bei der Sächsischen Zeitung zum Zuge und die Verlagsgruppe um die Stuttgarter Zeitung, Die Rheinpfalz und die Südwest Presse, die schon an der Märkischen Oderzeitung beteiligt waren, stiegen auch bei der Freien Presse mit ein.

Regelrecht absurd mutet die in die Kaufverträge aufgenommene „Wohlverhaltensklausel“ an. Diese sollte die westdeutschen Verlage dazu anhalten, „in wirtschaftlich vertretbarem Umfang – im Wege der Kooperation oder auf andere geeignete Weise – nach Möglichkeiten zu suchen, die Entfaltung eigener Aktivitäten von derzeit oder zukünftig im Verbreitungsgebiet der Gesellschaft erscheinenden kleineren Lokalzeitungen nicht zu behindern, sondern nach Möglichkeit zu erleichtern.“<sup>64</sup> Die großen, wegen des schwindenden Abonnentenstamms selbst unter Druck stehenden Verlage sollten sich also in Selbstlosigkeit üben und die konkurrierenden Zeitungsneugründungen in ihrem Einzugsgebiet im Namen der Pressefreiheit und Meinungsvielfalt tatkräftig unterstützen und fördern. Man muss kein Medienexperte oder Wirtschaftsweiser sein, um festzustellen, dass dieser Ansatz der freiwilligen Selbstverpflichtung von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Die meisten Großverlage setzten sich einfach über die „Wohlverhaltensklausel“ hinweg. Sie versuchten über eine aggressive Preispolitik – etwa in Form von besonders niedrigen Anzei-

---

<sup>62</sup> Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Mitteilung, Anlage der Treuhandanstalt, 20.05.1991.

<sup>63</sup> Vgl. beispielsweise Kapitza, Arne: Verlegerische Konzentration und redaktionelle „Ostalgie“: Die Printmedien, in: Czada, Roland/Lehmbruch, Gerhard (Hrsg.): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik, Frankfurt/New York 1998, S. 241-266.

<sup>64</sup> Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit in den Jahren 1992/93 sowie über Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet. Abschnitt „Kulturelle Leistungen“. Bundestagsdrucksache 13/1660, S. 119-122, Zitat S. 120.

gen- und Abonnementspreisen in Konkurrenzgebieten – die gegenüber den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen ohnehin schon benachteiligten Mitbewerber langsam auszuhungern und ein für allemal aus dem Weg zu räumen. Beim Bundeskartellamt gingen zahlreiche Beschwerden über diese Wettbewerbsverstöße ein, doch ehe die jeweiligen Landeskartellämter handelten, waren die meisten kleinen Blätter schon wieder vom Markt verschwunden. „In dieser existentiellen Auseinandersetzung ließen die Treuhandanstalt und das Bundeskartellamt, aber auch der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger die bedrohten kleineren Zeitungen im Stich.“<sup>65</sup>

Auch die Privatisierung der Zeitschriften fiel nahezu vollständig in den Zuständigkeitsbereich der Treuhandanstalt. Schnell zeichnete sich ab, dass die in zwei Verlagen in Berlin und Leipzig erscheinenden DDR-Publikumszeitschriften auf dem freien Markt nicht würden bestehen können. Gruner und Jahr, der sich mit dem Berliner Verlag auch acht Zeitschriften gesichert hatte, stellte nach und nach alle Titel ein oder trennte sich von ihnen. „Insgesamt haben nur knapp 50 DDR-Zeitschriften die ersten Jahre des Übergangs in die Marktwirtschaft überlebt. Alle anderen mußten aufgeben oder wurden von führenden Westverlagen übernommen.“<sup>66</sup> Nicht selten hatten die Großverlage aus der alten Bundesrepublik von Anfang an kein ernsthaftes Interesse an einer Fortführung der erworbenen Zeitschriftentitel. „Zahlreiche Aufkäufe von Verlagen (...) durch westdeutsche Unternehmen verfolgten (von vornherein oder später) das Ziel der Stilllegung – sei es, weil der fragliche Teil nicht zu halten war, sei es aus medienfremden Gründen (Immobilienpekulation).“<sup>67</sup>

Für den Verkauf der nicht SED-gebundenen Blätter war die Treuhand nicht zuständig. Die alten Verlage verhandelten direkt mit den Kaufinteressenten aus dem Westen. Der Axel Springer Verlag sicherte sich fast die gesamte ehemalige LDPD-Presse und einige andere Publikationen, die binnen kürzester Zeit eingestellt wurden oder mit anderen Titeln fusionierten. Der Verlag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der den Zuschlag für die Märkische Allgemeine bekommen hatte, kam auch bei der CDU-Presse sowie dem früheren DBD-Organ Bauern-Echo zum Zuge. Alle Neuerwerbungen, darunter die in ein Wochenblatt umgewandelte Märkische Union, verschwanden bis Mitte 1992 nach und nach wieder vom Markt. Auch mit dem Versuch, das ehemalige CDU-Zentralorgan Neue Zeit als überregionale ostdeutsche Zeitung zu etablieren, erlitt die FAZ im Sommer 1994 Schiffbruch. Der Heinrich Bauer Verlag hatte nach der Wende seine Fühler unter anderem auch in Richtung der einsti-

---

<sup>65</sup> Schneider, Beate: Die Rolle der Medien, S. 610.

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> Haller, Michael: Entwicklungschancen und strukturelle Probleme der Zeitschriftenpresse in den neuen Bundesländern. Forschungsbericht für den Bundesminister des Innern, Bd. I: Der Zeitschriftenmarkt Ost, Leipzig 1994, S. 53.

gen NDPD-Presse ausgestreckt. Er engagierte sich bei den Norddeutschen Neuesten Nachrichten aus Rostock und den in Potsdam erscheinenden Brandenburgischen Neuesten Nachrichten, verlor aber das Interesse an den Blockparteizeitungen, nachdem die Treuhandanstalt ihm lediglich den Zuschlag für die Magdeburger Volksstimme gegeben hatte. Der neue Eigentümer der Brandenburgischen Neuesten Nachrichten, der zum Holtzbrinck-Konzern gehörende Berliner Tagesspiegel, entschloss sich 1991 die erst ein Jahr zuvor aufgebaute Mantelredaktion zu schließen. Ab März 1993 bezog das zwischenzeitlich in Potsdamer Neueste Nachrichten umbenannte Blatt den Mantel der Syker Kreiszeitung. Veränderungen gab es auch bei der Größe des Verbreitungsgebietes: Statt den gesamten ehemaligen Bezirk Potsdam abzudecken, konzentrierte man sich fortan auf die Landeshauptstadt und die nähere Umgebung.<sup>68</sup>

Im Ergebnis muss bereits für das Jahr 1991 mit dem Medienwissenschaftler und Zeitungstatistiker Walter J. Schütz von einer „monopolisierten Einfalt“ auf dem Pressemarkt Ost gesprochen werden. Eine vielfältige und vor allen Dingen dezentralisierte ostdeutsche Presselandschaft, wie sie der damaligen Bundesregierung vorgeschwebt war, hatte sich in keinem der neuen Länder herausgebildet.<sup>69</sup> Obwohl sich damals alle politischen Parteien einig waren, dass man alles tun müsse, um die Zeitungsvielfalt in Deutschland zu bewahren, unternahm die Politik nichts, um die eine Pressekonzentration fördernde Verkaufspolitik der Treuhand in medien- und wettbewerbspolitisch sinnvolle Bahnen zu lenken. Statt eine Strategie zu entwickeln und aktiv im Sinne der Kommunikationsfreiheit und Informationsvielfalt in das Geschehen auf dem ostdeutschen Pressemarkt einzugreifen, vertraute die Bundesregierung darauf, dass die Gesetze des Marktes schon für Gerechtigkeit sorgen würden. Es blieb bei bloßen Lippenbekenntnissen und symbolischer Politik.

Die fatalen Folgen des Verzichts auf klare und verbindliche ordnungspolitische Maßnahmen zur Herstellung auch nur annähernd gleicher Wettbewerbsbedingungen zwischen den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen auf der einen und den Neugründungen bzw. den schon zu DDR-Zeiten benachteiligten früheren Blockparteiblättern auf der anderen Seite zeigten sich auch im Land Brandenburg sehr deutlich. Dort setzte nicht zuletzt infolge der Fehlentscheidungen der Treuhand bereits 1991 die Phase der Pressekonzentration ein. Der Anfang Juli 1990 gegrün-

---

<sup>68</sup> Vgl. dazu Büssow/Kretzschmar/Lohse/Neupert: Zeitungen und Zeitschriften in Ostdeutschland, S. 144 f.

<sup>69</sup> „Für die Bundesregierung war es von Anfang an wichtig, daß auf dem Gebiet der ehemaligen DDR keine Pressestruktur entstand, die mit den in der Bundesrepublik Deutschland gewachsenen Strukturen nicht vereinbar gewesen wäre (...). Der Staat ist hierbei gehalten, dem Grundrecht auf Informations- und Meinungsvielfalt effektiv Rechnung zu tragen. Dabei ist zur Stützung der Meinungsvielfalt auch die Marktöffnung für kleinere Verlage und ihre Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere im Bereich der Lokalpresse, ein wesentliches medienpolitisches Ziel.“ Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, zitiert nach Kapitzka, Arne: Verlegerische Konzentration, S. 245.

dete Cottbusser General-Anzeiger, der mit der Lausitzer Rundschau konkurrierte und es trotz aller Bemühungen in seinen besten Zeiten lediglich auf eine Auflage von 4500 Exemplaren gebracht hatte, stellte zum 01. Juni 1991 sein Erscheinen ein. In einem Abschiedswort an die Leser stellte der Chefredakteur und Herausgeber fest: „Immerhin: Nicht die Beschlüsse seniorer Parteibosse, sondern die Gesetze des Marktes beherrschen auch uns.“<sup>70</sup>

In welcher aussichtsloser Lage sich die neu gegründeten lokalen Blätter in Ostdeutschland befanden, zeigt das Beispiel des Oberbarnimer Kreisblatts. Barbara Laffin, die Verlegerin und Chefredakteurin der im März 1990 in Eberswalde gegründeten Zeitung, berichtete auf dem 10. Wissenschaftlichen Fachgespräch des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung in Mayschoß an der Ahr am 11. und 12. Juni 1992 von dem harten Verdrängungswettbewerb auf dem Brandenburger Pressemarkt.<sup>71</sup> Sie kritisierte die Verkaufspolitik der Treuhandanstalt scharf. Diese habe nicht nur den „Konzentrations- und Zentralisierungsprozess des Pressemarktes erheblich beschleunigt“ und „verheerende Auswirkungen“ auf die Pressevielfalt in Gesamtdeutschland gehabt. Durch den Verzicht auf eine Neuordnung des Pressemarktes Ost sei die in ihren Strukturen fortbestehende „ehemalige flächendeckend organisierte Agitationsmaschinerie der SED“ einflussreicher denn je. Laffin schildert eindringlich, wie die ohnehin schon privilegierten ehemaligen SED-Bezirkszeitungen durch die Fehlentscheidungen der Treuhand und „formalistische Feigenblätter“ wie die bereits erwähnte „Wohlverhaltensklausel“ ihre privilegierte Marktsituation weiter ausbauen konnten. So habe die marktbeherrschende Märkische Oderzeitung das konkurrierende Oberbarnimer Kreisblatt mithilfe von Dumpingpreisen, Gewinnspielen und Lockangeboten massiv unter Druck gesetzt. Weitere Probleme, unter denen die Neugründungen auf dem ostdeutschen Pressemarkt zu leiden hätten, seien die Zurückhaltung lokaler Anzeigenkunden, die Skepsis überregionaler Werbeagenturen und die Weigerung des zuständigen Arbeitsamtes, Quereinsteigern in den Journalismus mit Fortbildungen unter die Arme zu greifen. Wenn man von Erneuerung in Ostdeutschland spreche, so Laffin in ihrem Redebeitrag auf dem Symposium des Bundespresseamtes, müsse die Politik auch die Rahmenbedingungen schaffen, dass Neugründungen Zugang zum Markt erhalten und auf diesem Markt bestehen könnten.

Die Reaktionen der anwesenden Medienexperten der Bundesregierung auf den Vortrag der Chefin des Oberbarnimer Kreisblattes offenbarten die Hilflosigkeit der politisch Verantwortlichen.<sup>72</sup> Monika Schmitt-Vockenhausen vom Bundesministerium des Inneren empfahl Laffin im Rahmen des „Aufschwungprogramms Ost“ einen Kredit aufzunehmen. Hans-Wolfgang

---

<sup>70</sup> Zitiert nach Schneider, Beate: Strukturen, Bd. II, S. 167.

<sup>71</sup> Vgl. zum folgenden Laffin, Barbara: Als neugegründete Lokalzeitung auf einem deformierten Markt, S. 67 ff.

Wolter vom Bundeskanzleramt gab unumwunden zu, dass „die Möglichkeiten der Politik, kleine Verlage mit Wettbewerbsnachteilen zu unterstützen, äußerst gering seien.“ Der „Verdrängungswettbewerb“ auf dem ostdeutschen Pressemarkt sei kaum beeinflussbar. Wolter beließ es dabei, erneut an die Großverlage zu appellieren, „in ihrem Wettbewerb Vernunft walten zu lassen und sich im gemeinsamen Interesse an bestimmte Regeln zu halten.“ Thomas Janicki vom Bundeswirtschaftsministerium wiederum beklagte, dass die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen bei Entscheidungen über die Vergabe von Subventionen „immer die Nase vorn“ hätten. Dies sei gewissermaßen ein „Systemfehler“. Kleinen Verlagen wie dem Oberbarnimer Kreisblatt bleibe nur die Möglichkeit, „die Wettbewerbslage transparent zu machen und für die eigenen Interessen öffentlich hörbar einzutreten.“ Zwei Monate später stellte das Oberbarnimer Kreisblatt sein Erscheinen ein. Die Märkische Oderzeitung ist in dem ehemaligen Verbreitungsgebiet der zweiten Zeitungsneugründung im Land Brandenburg seitdem ohne jede Konkurrenz. In ihrer Inhaltsanalyse der MOZ-Lokalausgabe Eberswalde-Finow kommt Judith Kunz zum Ergebnis, dass seit dem Verschwinden des kleineren Mitbewerbers die Berichterstattung der Märkischen Oderzeitung dort deutlich an Qualität verloren hat. Die Beiträge seien weniger kontrovers und aktuell. Zudem greife die Lokalredaktion der Märkischen Oderzeitung unter anderem auch wegen des nicht mehr vorhandenen Konkurrenzdrucks verstärkt auf Pressemitteilungen des Rathauses zurück, statt selbst zu recherchieren.<sup>73</sup>

Während führende Medienwissenschaftler früh vor den negativen Auswirkungen der Verkaufspolitik der Treuhandanstalt warnten, verwiesen Vertreter der an der Privatisierung beteiligten Bundesministerien immer wieder auf die angebliche Alternativlosigkeit des eigenen Handelns. Am 20. Juni 1991 kamen Medienexperten und Ministeriumsmitarbeiter im Bundesinnenministerium in Bonn zusammen, um über die Frage zu debattieren, ob man die ehemaligen SED-Bezirksorgane in kleinere Einheiten hätte zerlegen und an mehrere Eigentümer hätte verkaufen sollen. Die Vertreter des Bundesinnenministeriums rechtfertigten die Vergabepraxis der Treuhand damit, „daß eine Neuaufteilung der Verbreitungsgebiete die Leser-Blatt-Bindung zerstört hätte und die verkleinerten Verlagsobjekte bei der Vergabe weniger attraktiv gewesen wären“.<sup>74</sup> Zudem sei der Kapitalbedarf für den Kauf der ausgeschriebenen

---

<sup>72</sup> Vgl. zur Diskussion über die Zukunft des Oberbarnimer Kreisblatts: Mahle, Walter A. (Hrsg.): *Pressemarkt Ost*, S. 169 ff.

<sup>73</sup> Kunz, Judith: *Eine ostdeutsche Lokalzeitung (Märkische Oderzeitung, Lokalteil) im Wandel. Vom SED-Bezirksorgan zum Medium demokratischer Öffentlichkeit*. Diplomarbeit im Fach Soziologie. Berlin 1994.

<sup>74</sup> Flug, Martin: *Treuhand-Poker. Die Mechanismen des Ausverkaufs*. Berlin 1992, S. 164. Es ist nicht möglich, im Rahmen dieses Gutachtens die Versäumnisse und Fehler der Treuhand beim Verkauf der SED-Presse in aller Ausführlichkeit darzustellen. Exemplarisch sei hier der „Ostthüringische Zeitungskrieg“ genannt. Die Treuhand hatte sich beim Verkauf der Thüringer Allgemeinen und den Ostthüringer Nachrichten regelrecht vom WAZ-Konzern über den Tisch ziehen lassen. Vgl. dazu beispielsweise „Die Treuhand kurzerhand ausge-

zumeist mit veralteter Technik ausgestatteten Verlagshäuser so hoch gewesen, dass dieser nur von Großkonzernen hätte aufgebracht werden können. Darüber hinaus habe man unter einem enormen Zeitdruck gestanden. Nach Angaben von Treuhand-Vorstandsmitglied Wolf Klinz hätte jeder Monat Verzögerung den Kaufpreis der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen um sechs Millionen DM gemindert. In einem Bericht des Bundesinnenministeriums an den Deutschen Bundestag von 1994 heißt es, dass eine „verlegerische Verselbständigung großer Lokalausgaben mit leistungsfähiger Redaktion und damit eine weitere Dezentralisierung der Zeitungslandschaft“ zwar grundsätzlich wünschenswert gewesen sei. Allerdings habe es dafür keinen „praktikablen Weg“ gegeben.<sup>75</sup>

Wie auch immer man die Verkaufspolitik der Treuhandanstalt im einzelnen bewertet: Fest steht, dass von einer wirklichen Neuordnung der ostdeutschen Presselandschaft keine Rede sein kann. Die Treuhand blendete medienpolitische Erwägungen systematisch aus und orientierte sich an hohen Erlösen und möglichst schnellen Verkäufen. Statt für wenigstens annähernd gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, zementierten die in Pressefragen völlig unerfahrenen Treuhandmanager die Marktmacht der schon zu DDR-Zeiten privilegierten ehemaligen SED-Blätter. Selbst die Bundesregierung musste in ihrem Medienbericht aus dem Jahr 1994 kleinlaut einräumen, dass in den neuen Bundesländern die von der SED geschaffene Pressestruktur im Kern erhalten geblieben sei.<sup>76</sup> Noch deutlicher wurde der Verband Deutscher Lokalzeitungen, der kritisierte, dass die westdeutschen Medienkonzerne „den nach den Gesetzen des staatlichen Zentralismus als Monopol aufgebauten und nicht durch freien Wettbewerb entstandenen Markt in unveränderter Struktur übergeben bekommen“ hätten.<sup>77</sup> Die mittelstandsfeindliche Vergabepolitik der Treuhand, so auch die Medienwissenschaftlerin Beate Schneider in einem Gutachten für die damalige Bundesregierung, habe Wettbewerb und Wachstum verhindert und zu einer „beispiellosen Verödung der ostdeutschen Presselandschaft“ geführt.<sup>78</sup>

---

trickst. Wie der Essener Medienriese ein altes Ostprodukt unter neuem Namen verkauft“, in: Süddeutsche Zeitung v. 06./07.07.1991, S. 10.

<sup>75</sup> Bundesministerium des Innern: Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern. Unterrichtung durch die Bundesregierung, zugeleitet mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 4.2.1994, Abschnitt „Medien – Entwicklung der Printmedien in den neuen Ländern“. Bundestagsdrucksache 12/6854, Bonn 1994, 242 f., Zitat S. 243.

<sup>76</sup> Vgl. dazu im einzelnen den Bericht der Bundesregierung über die Lage der Medien in der Bundesrepublik Deutschland. Deutscher Bundestag, Drucksache 12/8587, Bonn 1994.

<sup>77</sup> Verband der Lokalpresse, Memorandum. Notwendige Maßnahmen für einen gleichberechtigten Marktzutritt lokaler Zeitungen in einen früher nach den Gesetzen des staatlichen Zentralismus geschaffenen und heute in der Struktur unverändert fortgeführten Pressemarkt in den neuen Bundesländern bis zur Feststellung realer Chancengleichheit, Bonn 1992, S. 2.

<sup>78</sup> Schneider, Beate: Lokalzeitungen in Ostdeutschland. Strukturen, publizistische Leistung und Leserschaft, in: Media Perspektiven, 7/1997, S. 378–389, Zitat S. 380.

Die Fakten sprechen eine deutliche Sprache: Die Zahl der Tageszeitungen mit Vollredaktion sank in den neuen Bundesländern zwischen 1989 und 1992 von 39 auf 23. Von den neuen Lokalausgaben war bis August 1992 nur noch die Hälfte auf dem Markt. Von 22 Verlagsneugründungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR waren im Sommer 1991 nur noch 15 übrig. Sie hatten es nicht geschafft, sich aus der nachrangigen Wettbewerbsposition gegenüber der ehemaligen SED-Presse zu befreien. Die regionalen Märkte wurden von den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen dominiert, die rund 90 Prozent der ostdeutschen Tageszeitungsauflage unter sich aufteilten. Laut Medienbericht der Bundesregierung hatten elf der 15 ostdeutschen Regionalzeitungen eine marktbeherrschende Stellung inne.<sup>79</sup> 64 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung lebten in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt, in der es nur eine einzige Lokalzeitung gab. Im Westen lag der Wert zur selben Zeit mit knapp 50 Prozent deutlich niedriger.

Interessanterweise gab es bei der Zeitungsdichte in den neuen Ländern große regionale Unterschiede.<sup>80</sup> Während in Thüringen im Oktober 1991 nahezu die gesamte Bevölkerung zwischen verschiedenen Zeitungstiteln wählen konnte, waren in Mecklenburg-Vorpommern lediglich 33 Prozent und in Brandenburg nur knapp 40 Prozent in dieser glücklichen Lage. In weit über zwei Dritteln aller brandenburgischen Landkreise und kreisfreien Städte fand nach der Neuordnung der Presselandschaft durch die Treuhandanstalt kein publizistischer Wettbewerb statt. In den ehemaligen DDR-Bezirken Frankfurt/Oder und Cottbus stand den meisten Bürgern nur eine einzige Lokalzeitung zur Verfügung – das frühere Organ der SED-Bezirksleitung.

Mit einer Zeitungsdichte von 1,4 zählte Brandenburg im Herbst 1991 gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern zu den Schlußlichtern unter den ostdeutschen Bundesländern. Auch bei der Leserichte konnte die Mark mit den anderen neuen Ländern nicht mithalten. Während in Sachsen im Oktober 1991 statistisch 404 Zeitungen auf 1000 Einwohner entfielen, wurden in Brandenburg zur selben Zeit gerade mal 277 Exemplare pro 1000 Einwohner gelesen – der mit Abstand schlechteste Wert aller ostdeutschen Länder. Aufschlußreich ist auch die prozentuale Verteilung der Auflage auf die verschiedenen publizistischen Einheiten. In allen neuen Ländern kamen die alten publizistischen Einheiten, also die Zeitungen, die es schon vor dem Mauerfall gegeben hatte, auf einen Anteil von mindestens 75 Prozent an der Gesamtauflage. Die rote Laterne hatte einmal mehr das Land Brandenburg: Der Marktanteil der ehemaligen SED-Presse lag in der Mark bei 93 Prozent. Die ehemalige Blockparteipresse blieb unter diesen Umständen „weitgehend chancenlos, zumal alle Kooperationspartner und neuen Ei-

---

<sup>79</sup> Medienbericht der Bundesregierung, S. 88.

gentümer dieser Blätter von der Treuhandanstalt mit weitaus zukunftsträchtigeren Objekten bedacht worden waren“ und zunehmend das Interesse an den wenig gewinnbringenden kleineren Zeitungen verloren.<sup>81</sup>

### 1.5. Die Entwicklung der Presselandschaft nach der Privatisierung

Bereits ein dreiviertel Jahr nach der Wiedervereinigung setzte in den neuen Bundesländern ein „umfassender Pressekonzentrationsprozess ein, von dem mit Ausnahme der 14 ehemaligen SED-Bezirkszeitungen und der Zeitungen des Berliner Verlags alle Tageszeitungsgruppen erfasst wurden.“<sup>82</sup> Die Zahl der überregionalen ostdeutschen Zeitungen ging nach der Einstellung der Neuen Zeit auf zwei zurück. Viele westdeutsche Verlage, die bei einer der ehemaligen Bezirkszeitungen zum Zuge gekommen waren, stellten ihre nach dem Mauerfall auf den Markt gebrachten Ost-Ausgaben ihrer etablierten Titel wieder ein. Die Neugründungen verschwanden nach und nach, da „die Quasi-Monopole der ehemaligen SED-Riesen“<sup>83</sup> und die aggressive Preispolitik der neuen westdeutschen Eigentümer keinen wirklichen publizistischen Wettbewerb zuließen. Im Ergebnis sank die Zahl der neu gegründeten ostdeutschen Zeitungen, die Anfang 1991 noch bei 33 gelegen hatte, bis August 1992 auf 23. Die Zahl der Ausgaben ging im selben Zeitraum von 60 auf 37 zurück. Insgesamt verringerte sich die Zahl der publizistischen Einheiten von 1991 bis 1995 in allen neuen Ländern von 42 auf 21. Vergleicht man die Presselandschaft in den alten Bundesländern mit der in Ostdeutschland, stellt man fest, dass die Zeitungsdichte in den neuen Ländern um einiges niedriger ist als im Westen. Gleichzeitig zeichnet sich die ostdeutsche Presselandschaft durch eine deutlich höhere Besitzkonzentration aus. „Überlebt haben den gesamten Konzentrationsprozess folgende Gruppen von Tageszeitungen: die beiden Zeitungen des Berliner Verlags (Berliner Zeitung, Berliner Kurier), eine überregionale Tageszeitung (das Neue Deutschland), 14 ehemalige SED-Bezirkszeitungen, die redaktionell selbständige frühere Blockpartei-Zeitung Thüringische Landeszeitung (ehemals LDPD) und das ursprüngliche FDJ-Organ Junge Welt, die Zeitung der sorbischen Minderheit Serbske Nowiny und eine Neugründung (stz. Südthüringer Zeitung).“<sup>84</sup>

---

<sup>80</sup> Vgl. zu den folgenden Daten und Fakten Schneider, Beate: Strukturen, Bd. I, S. 113 ff.

<sup>81</sup> Schneider/Stürzebecher: Wenn das Blatt sich wendet, S. 52. Die zur WAZ-Mediengruppe gehörende Thüringische Landeszeitung ist die einzige einstige Blockparteizeitung, die mit eigenem Mantel weiter erscheint.

<sup>82</sup> Pürer/Raabe: Presse, S. 236.

<sup>83</sup> Geißler, Rainer: Die Folgen der deutschen Vereinigung für das Mediensystem, in: Medium, 1/1993, S. 23.

<sup>84</sup> Pürer/Raabe: Presse, S. 240.

Für die Meinungsvielfalt in den neuen Ländern hatte das große Zeitungssterben fatale Folgen: Konnten ein Jahr nach der Wiedervereinigung immerhin gut 62 Prozent der Ostdeutschen zwischen zwei Lokalzeitungen wählen, waren es fünf Jahre später nur noch 40 Prozent. 1995 wurden fast zwei Drittel aller ostdeutschen Landkreise und kreisfreien Städte von einer einzigen regionalen Abonnementzeitung dominiert. Stets handelte es sich dabei um die ehemalige SED-Bezirkszeitung, die es auch unter den Bedingungen des neuen politischen Systems geschafft hatte, ihre Medienmacht zu bewahren und auszubauen.<sup>85</sup>

Das gilt auch für das Land Brandenburg. Ungeachtet aller politischen und ökonomischen Umwälzungen und der Versuche der Berliner Tageszeitungen, das Umland zu erobern, ist die Zeitungslandschaft in der Mark nach wie vor fest in der Hand der ehemaligen SED-Presse. Während der Oranienburger Generalanzeiger – die einzige Brandenburger Neugründung, die den Verdrängungswettbewerb bis dahin überlebt hatte – 1994 aus finanziellen Gründen die Produktion eines eigenen Mantels einstellen musste, gab es bei den drei großen Brandenburger Tageszeitungen abgesehen von der Zusammenlegung zweier Lokalteile bei der Lausitzer Rundschau und der Märkischen Allgemeinen kaum strukturelle Veränderungen. Von dem weitgehenden Rückzug der Berliner Tageszeitungen aus Brandenburg profitierten vor allem die Märkische Oderzeitung und die Lausitzer Rundschau, die in weiten Teilen ihres Verbreitungsgebietes keine oder keine ernstzunehmende Konkurrenz haben. Etwas anders sieht es bei der Märkischen Allgemeinen aus, die mit den Potsdamer Neuesten Nachrichten und dem Oranienburger Generalanzeiger zwei (allerdings deutlich kleinere) Konkurrenten hat und im Speckgürtel zudem die vor allem bei den ins Umland gezogenen West-Berlinern beliebten Tageszeitungen aus der Hauptstadt fürchten muss.<sup>86</sup>

Wie alle Tageszeitungen in Deutschland haben auch die ostdeutschen Blätter mit einem massiven Einbruch der Auflage zu kämpfen. Seit 1996 verlieren die Zeitungen in den neuen Bundesländern doppelt so viele Leser wie die Blätter in den alten Bundesländern. Davon sind auch die Brandenburger Tageszeitungen betroffen: Die Märkische Allgemeine musste zwischen 1991 und 2010 einen Auflagenrückgang von fast 47 Prozent verkraften, die Märkische Oderzeitung büßte über 48 Prozent der verkauften Auflage ein, bei der Lausitzer Rundschau ergibt sich sogar ein Auflagenrückgang von 59 Prozent. Die Potsdamer Neuesten Nachrichten haben im selben Zeitraum „nur“ rund 37 Prozent der Auflage verloren, bringen es aber auch lediglich auf 10.576 Exemplare. In seiner jährlichen Pressestatistik gibt der Kommunikationswissenschaftler Walter J. Schütz die verkaufte Auflage der vier in Brandenburg erscheinenden publizistischen Einheiten für das Jahr 2008 mit 353.400 Exemplaren an. 1991 lag die

---

<sup>85</sup> Ebd.

verkaufte Auflage noch bei 743.400 Exemplaren.<sup>87</sup> Die Gründe für diese drastischen Auflegeneinbrüche sind vielfältig: Neben der vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeit und niedrigeren Einkommen ist auch der demografische Wandel Schuld an der anhaltend negativen Entwicklung auf dem Pressemarkt in Brandenburg und den anderen neuen Bundesländern.

#### Auflagenentwicklung der Brandenburger Tageszeitungen<sup>88</sup>

Zeitung	Verkaufte Auflage (1991)	Verkaufte Auflage (2010)	Veränderung
Märkische Allgemeine (Potsdam)	265.000	141.475	- 46,6%
Lausitzer Rundschau (Cottbus)	231.500	94.682	- 59,1%
Märkische Oderzeitung (Frankfurt/Oder)	170.000	87.789	- 48,4%
Potsdamer Neueste Nachrichten (Potsdam)	16.700	10.576	- 36,7%
Oranienburger Generalanzeiger (Oranienburg)	Keine Angabe	22.930	Keine Angabe

Von 1991 bis 1995 ist die Zahl der im Land Brandenburg erscheinenden publizistischen Einheiten von sechs auf drei zurückgegangen, die Zahl der Ausgaben verringerte sich von 50 auf 43. Seitdem hat sich an der Struktur der Brandenburger Presselandschaft nicht mehr viel geändert. Die Lausitzer Rundschau brachte 2004 die vor allem auf junge Leser zielende Tageszeitung 20 Cent Lausitz auf den Markt. Da das Blatt nie die Gewinnzone erreichte, wurde es im Februar 2009 eingestellt.<sup>89</sup>

Beunruhigend ist vor allem die Zahl der Ein-Zeitungs-Kreise: Fast drei Viertel der Brandenburger konnten 2008 nicht zwischen mindestens zwei regionalen Zeitungen wählen. In den 18

<sup>86</sup> Vgl. Büssow/Kretschmar/Lohse/Neupert: Zeitungen und Zeitschriften in Ostdeutschland, S. 143 ff.

<sup>87</sup> Vgl. Schütz, Walter J.: Redaktionelle und verlegerische Struktur der deutschen Tagespresse, in: Media Perspektiven, 9/2009, S. 454-493.

<sup>88</sup> Zahlen in der Tabelle nach IVW-Angaben 3/1991 bzw. 4/2010.

<sup>89</sup> Vgl. Büssow/Kretschmar/Lohse/Neupert: Zeitungen und Zeitschriften in Ostdeutschland, S. 143 ff.

Landkreisen und kreisfreien Städten gab es in 13 ein Zeitungsmonopol. Die Marktstellung der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen ist trotz der Auflagenerosion stärker denn je. Drei der fünf herausgebenden Verlage befinden sich laut Walter J. Schütz überwiegend in einer Alleinanbieterposition. Auf sie entfallen 90,4 Prozent der Gesamtauflage aller in Brandenburg erscheinenden Abonnementzeitungen.<sup>90</sup>

Wohnbevölkerung, die nur auf eine einzige lokale Tageszeitung zurückgreifen kann<sup>91</sup>

	1993	2008
Brandenburg	65,9 %	74,5 %
Mecklenburg-Vorpommern	77,6 %	88 %
Sachsen	45,9 %	64 %
Sachsen-Anhalt	59,6 %	71,6 %
Thüringen	15,6 %	47 %
Deutschland gesamt	38,8 %	42,4 %

Mit der Übernahme des Oranienburger Generalanzeigers – neben der Altmark-Zeitung die einzige erfolgreiche Neugründung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR - durch die Märkische Oderzeitung nähert sich die Brandenburger Presselandschaft wieder den Strukturen an, die schon zu DDR-Zeiten herrschten. Seit März erscheinen der Oranienburger Generalanzeiger und seine beiden Schwesterzeitungen im Layout der Märkischen Oderzeitung, von der sie auch den Mantel beziehen. Vom Kauf verspricht sich das Märkische Verlags- und Druckhaus, „die Zukunftsfähigkeit der Märkischen Oderzeitung und des Oranienburger Generalanzeigers“ in einem „immer schwieriger werdenden Markt für Tageszeitungen“ zu verbessern.<sup>92</sup> „Wir wollen voneinander lernen, um mehr Qualität und mehr Effizienz in unsere Blätter zu holen“, sagt MOZ-Chefredakteur Frank Mangelsdorf.<sup>93</sup> Mit der Übernahme des Oranienburger Generalanzeigers dringt die Märkische Oderzeitung erstmals direkt in das Verbreitungsgebiet der Märkischen Allgemeinen vor. Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) sprach von einem „Paukenschlag“ für die Brandenburger Medienlandschaft.<sup>94</sup> Ob die Übernahme Auswirkungen auf die Qualität der journalistischen Berichterstattung haben wird, bleibt ab-

<sup>90</sup> Vgl. Schütz, Walter J.: Redaktionelle und verlegerische Struktur, S. 476.

<sup>91</sup> Zahlen entnommen aus ebd.

<sup>92</sup> <http://www.moz.de/lokales/artikel-ansicht/dg/0/1/273769>.

<sup>93</sup> <http://www.pnn.de/medien/362872>.

zuwarten. Fest steht, dass sich mit dem Verkauf des Oranienburger Generalanzeigers durch die Ippen-Gruppe nun auch die letzte neu gegründete Tageszeitung in Brandenburg der Übermacht der ehemaligen SED-Bezirkspresse beugen musste. Von allen Tageszeitungsneugründungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR hat nur die Altmark-Zeitung überlebt.

Während die Zeitungslandschaft in Ostdeutschland mehr als zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes strukturell eher an die DDR als an die alten Bundesländer erinnert, ist die Entwicklung auf dem Zeitschriftenmarkt differenzierter verlaufen. Mit einigen wenigen Ausnahmen sind die alten DDR-Titel vom Markt verschwunden. Gleichzeitig konnten sich viele in Westdeutschland überaus erfolgreiche Zeitschriften in den neuen Bundesländern langfristig nicht etablieren. Das gilt interessanterweise nicht nur für den gesamten Bereich der hochpreisigen Lifestylemagazine, sondern auch für etablierte Magazine wie den Spiegel, den Stern oder den Focus. 1995 setzten die genannten drei Zeitschriften gerade mal vier bis sechs Prozent ihrer Auflage in den neuen Bundesländern ab.<sup>95</sup>

Nicht zuletzt der anhaltende Erfolg der speziell für den ostdeutschen Markt konzipierten Super Illu deutet darauf hin, dass es nach wie vor ein unterschiedliches „Lebensgefühl in Ost- und Westdeutschland“<sup>96</sup> gibt. Mit einer Auflage von rund 405.000 Exemplaren und 3,5 Millionen Lesern ist die Superillu das erfolgreichste Magazin Ostdeutschlands.<sup>97</sup> In den neuen Bundesländern erreicht die Superillu mit ihrer eigentümlichen Mischung aus zu Herz gehenden „Schicksals-Geschichten“, nüchternen Ratgeberbeiträgen und ostalgischen Berichten über ehemalige DDR-Stars etwa 40 Prozent mehr Leser als Spiegel, Focus, Stern und Bunte zusammen. Thomas Pfundtner, bis 2006 stellvertretender Chefredakteur der Superillu, erklärt sich den Erfolg der Zeitschrift nicht zuletzt damit, dass die Redaktion es verstehe, „über Menschen zu schreiben, die stolz auf die 20 Jahre seit der Wende zurückblicken können.“<sup>98</sup> Die (etwa je zur Hälfte aus Ost- bzw. Westdeutschland stammenden) Redakteure sähen sich als „Mutmacher, die ihren Lesern gern helfen“ und das Recherchierte in einer „einfachen Schreibe“ und „ohne Ironie“ wiedergeben.<sup>99</sup> Die Superillu wolle den Lesern einen „Wegweiser durch die Demokratie, die Marktwirtschaft, das Leben in dieser Gesellschaft“ bieten.<sup>100</sup> Kritiker des „Zentralorgans des Ostens“ kamen jedoch schon früh zum Ergebnis, dass die Heimat

---

<sup>94</sup> Ebd.

<sup>95</sup> Vgl. Pürer/Raabe: Presse, S. 246.

<sup>96</sup> So Beate Schneider in ihrem Aufsatz Die Rolle der Medien, S. 611.

<sup>97</sup> Vgl. dazu Schönbach, Miriam: „Wir berichten für Ostdeutsche, nicht über sie.“ Die Zeitschrift Superillu 1990-2002 – das Wechselspiel von Publikum, Medienbotschaft und Redaktion, in: Haller, Michael/Mükke, Lutz (Hrsg.): Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR, Köln 2010, S. 77-98.

<sup>98</sup> Ebd., S. 92.

<sup>99</sup> Ebd., S. 93.

<sup>100</sup> Ebd., S. 82 f.

der Superillu das Ressentiment sei. „Ihre Rechnung geht nur auf, weil das Wohlstandsgefälle gewaltig ist (...). Ihr wirtschaftliches Interesse schließt eine Angleichung von Ost und West geradezu aus“, stellte Frank Schirrmacher 1991 in der FAZ unumwunden fest.<sup>101</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass weder mit Blick auf den Tageszeitungs- noch auf den Zeitschriftenmarkt in den vergangenen zwanzig Jahren eine von der Bundesregierung erhoffte „einheitliche Medienordnung“ in Ost- und Westdeutschland entstanden ist. „Die Pressemärkte blieben eigentümlich gespalten.“<sup>102</sup> Dies gilt sowohl für die Strukturen der Pres- selandschaft als auch für die Vorlieben und Interessen der Leser.

## 2. Institutionelle Übergänge im Rundfunk

### 2.1. Der Rundfunk in der DDR

Wie die Presse waren auch Hörfunk und Fernsehen der DDR Herrschaftsinstrumente der SED. Sie waren Eigentum des Staates, zentralistisch organisiert und unterstanden direkt der Anleitung und Kontrolle durch die Einheitspartei. Das Politbüro der SED bezeichnete die Massenmedien der DDR in einem Beschluß über „die Aufgaben von Agitation und Propagan- da bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED“ vom 7. November 1972 als „scharfe Waffen in unserem Kampf“.<sup>103</sup> Mehr noch als von der Presse und vom Hörfunk gingen vom Fernsehen „starke Einwirkungen auf das politische und geistig- kulturelle Leben der Gesellschaft“ aus. Dies stelle „hohe Anforderungen an die Schöpfer der Fernsehprogramme und gebietet, daß sie sich ständig höchsten Qualitätsmaßstäben stellen, die sowohl hinsichtlich des politischen Journalismus, der Kunst als auch des Unterhaltungswertes gelten.“<sup>104</sup> Das Fernsehen der DDR sollte „eine große Zahl Menschen in Westdeutschland und im Ausland mit den Errungenschaften der Deutschen Demokratischen Republik und den Werken der deutschen Nationalkultur vertraut“ machen, „breiten Schichten der Bevölkerung die vielfältigen Schätze der nationalen Kultur und der Weltkunst vermitteln“ und darüber hin- aus „einen wertvollen kulturell-erzieherischen Beitrag auf dem Wege zur gebildeten Nation“ leisten.<sup>105</sup> Auch der DDR-Hörfunk diente der SED in erster Linie zur Verbreitung der Partei-

---

<sup>101</sup> Schirrmacher, Frank: „Phänomen. Die neue Demagogie“, in: FAZ v. 29.05.1991, S. 29.

<sup>102</sup> Kapitzka, Arne: Die Printmedien, S. 256.

<sup>103</sup> Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 7. November 1972, zitiert nach Hoff, Peter: „Die Kader entscheiden alles“ – Zu den „Kaderanforderungen“ im Fernsehen der DDR, in: Riedel, Heide (Hrsg.): Mit uns zieht die neue Zeit ... – 40 Jahre DDR-Medien, Berlin 1993, S. 241 f.

<sup>104</sup> Ebd.

<sup>105</sup> Grundsätze sozialistischer Kulturarbeit im Siebenjahrplan, zitiert nach Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 569.

linie. In den 60-er Jahren nahm die SED zunehmend Abstand von einer allzu offensichtlichen und plumpen propagandistischen Beeinflussung der Hörer. Dies bedeutete freilich nicht, dass die Parteiführung auf ihr Meinungsmonopol verzichtet hätte. Die SED-Oberen behielten sich bis zum Ende der DDR vor, direkt in die Inhalte der Rundfunksendungen einzugreifen.

Der „Rundfunk der DDR“ in der Ost-Berliner Nalepastraße strahlte bis 1990 fünf landesweite Hörfunkprogramme aus: das Nachrichten- und Unterhaltungsprogramm DDR I, das auf Kultur, Bildung und Gesellschaft spezialisierte Programm DDR II, die für deutschsprachige Nicht-DDR-Bürger ins Leben gerufene Stimme der DDR, den Berliner Rundfunk und das „Jugendradio“ DT 64. Hinzu kamen mehrere Regionalprogramme auf Bezirksebene, ein Hörfunkprogramm für die sorbische Minderheit sowie der Auslandssender Radio Berlin International. Darüber hinaus wurde während der Feriensaison ein eigenes Programm für die Ostseeregion ausgestrahlt. Für die Gäste der Leipziger Messe ging je eine Woche im März und September die Messewelle über den Äther. Das „Fernsehen der DDR“ mit Studios in Berlin-Adlershof, Berlin-Johannisthal, Halle und Rostock strahlte zwei Programme aus.

Wie die Printmedien auch war der Staatsrundfunk der DDR „nicht nur Teil des Unterdrückungsapparates, sondern seinerseits nahtlos eingefügt in das System der Machtkontrolle.“<sup>106</sup>

Die Richtlinien für die inhaltliche Gestaltung der Hörfunk- und Fernsehprogramme kamen direkt aus dem Politbüro. Joachim Hermann, seit 1978 als Sekretär für Agitation und Propaganda im ZK tätig, und in letzter Instanz Erich Honecker persönlich legten fest, was in den elektronischen Medien gesendet und wie es kommentiert werden sollte. Über die Abteilungsleiter für Agitation und Propaganda im ZK der SED und das Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrats gelangten die Vorgaben der Partei an die Vorsitzenden der Staatlichen Komitees für Hörfunk und Fernsehen. Diese reichten sie zumeist unbearbeitet an die Leiter der jeweiligen Programmbereiche weiter, bis sie irgendwann auf dem Schreibtisch des zuständigen Redakteurs landeten. Inhaltliche Freiräume gab es vor allem im Bereich „Aktuelles“ nicht. Ehe ein Beitrag auf Sendung ging, galt es einen wahren „Genehmigungsmarathon“ hinter sich zu bringen. So musste ein DDR-Fernsehredakteur, der Mitte der achtziger Jahre über die Entwicklung einer neuen Schneidemaschine berichten wollte, bei zehn verschiedenen Kontrollinstanzen um eine Freigabe des Beitrags bitten: „1. der Redaktionsleiter, 2. der zuständige Bereichsleiter, 3. der zuständige Parteisekretär, 4. ein eigens für diese Reihe zuständiger ZK-Mitarbeiter, 5. mindestens ein Fachmann aus dem Betrieb, 6. der für Publizistik zuständige Leiter des Staatlichen Komitees für Fernsehen, 7. ein Vertreter des zuständigen

---

<sup>106</sup> Tichy, Roland: Der Staatsrundfunk der DDR als Machtinstrument der Diktatur oder: Wie der gute Radiomensch unter den ‚Mühlfenzl‘ fiel, in: Ders./Dietl, Sylvia (Hrsg.): Deutschland einig Rundfunkland? Eine Dokumentation zur Wiedervereinigung des deutschen Rundfunksystems 1989-1991, München 2000, S. 35.

Ministeriums, 8. ein Vertreter der zuständigen Fachabteilung ZK der SED, 9. der Leiter der Abteilung Sozialistische Wirtschaftsführung im ZK der SED, 10. Günther Mittag persönlich.“<sup>107</sup>

Unter besonderer Kontrolle der Partei stand die Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“. Propagandachef Joachim Herrmann bestand darauf, dass die Redaktion der „Aktuellen Kamera“ ihn vor Sendebeginn davon in Kenntnis zu setzen hatte, welche Themen angesprochen werden sollten. Nicht selten griffen Herrmann und seine Mitarbeiter in letzter Sekunde in den geplanten Ablauf der Nachrichtensendung ein. Hermanns „Abteilung strich vorgesehene Meldungen und Themenbereiche, änderte die Reihenfolge, verlangte die Hinzunahme anderer Themenbereiche oder die Ausweitung von Berichterstattungen über SED-Ereignisse (...). Direkt nach der Ausstrahlung der heute-Sendung des ZDF um 19.20 Uhr ging oft das Telefon in der Chefredaktion der Aktuellen, und es wurde die Anweisung gegeben, zu bestimmten Berichten des Klassenfeindes antipropagandistisch durch Überzeugungskraft der Tatsachen Stellung zu nehmen.“<sup>108</sup>

Auch in der Programmstruktur des DDR-Fernsehens zeigt sich der Versuch der Partei, das Bewusstsein der Zuschauer im Sinne der SED zu beeinflussen. Politische Sendungen machten 36,9 Prozent des gesamten Programms aus. Unterhaltungssendungen kamen auf gerade mal 13,7 Prozent. Der Sport war mit lediglich neun Prozent auf den Bildschirmen der DDR-Fernseh Zuschauer präsent.<sup>109</sup>

Das DDR-Fernsehen sendete weitgehend an den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei. Immer mehr Menschen, darunter auch überzeugte SED-Mitglieder, wichen auf die Sendungen des „Klassenfeindes“ aus, um sich über die Ereignisse im eigenen Land zu informieren. „Stärker noch als auf anderen Feldern wurde der SED-Führung in der Medienpolitik die Tatsache zum Verhängnis, daß die DDR als deutscher Teilstaat einer offenen Informationspolitik aus dem Westen direkt ausgesetzt blieb und ihr die angestrebte ‚Diktatur über die Bedürfnisse der Menschen‘ nicht gelang.“<sup>110</sup>

## 2.2. Der DDR-Rundfunk während der friedlichen Revolution

Während die Westmedien ab Spätsommer 1989 täglich von immer mehr DDR-Bürgern berichteten, die gegen die Politik der SED auf die Straße gingen oder über Ungarn das Land

---

<sup>107</sup> Holzweißig, Gunter: Massenmedien unter Parteiaufsicht, in: Rundfunk und Fernsehen 1990/3, S. 372.

<sup>108</sup> Ludes, Peter: Nachrichtensendungen des DDR-Fernsehens, in: Ders. (Hrsg.): DDR-Fernsehen intern – Von der Honecker-Ära bis „Deutschland einig Fernsehland“, Berlin 1990, S. 22.

<sup>109</sup> Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Massenmedien der DDR, S. 35.

<sup>110</sup> Schroeder, Klaus: Der SED-Staat, S. 571.

verließen, arbeiteten die DDR-Medien bis zum Sturz Erich Honeckers ganz im Sinne der Einheitspartei. Da man angesichts unzähliger verlassener Wohnungen und Arbeitsplätze das Problem nicht länger verschweigen konnte, holte die Parteiführung zum medialen Gegenschlag aus. In Zeitungsartikeln und Fernsehkommentaren wurden die Menschen, die die DDR verlassen hatten, als Verräter bezeichnet, die die moralischen Werte des Sozialismus mit Füßen getreten und sich selbst aus der Gesellschaft ausgegrenzt hätten. Im DDR-Hörfunk ließ die SED-Spitze die absurde These verbreiten, dass die Bundesrepublik die DDR-Bürger mit niederträchtigen Mitteln in den Westen locke und organisierten „Menschenhandel“ betreibe. Auch die Berichterstattung des DDR-Fernsehens über die Gegendemonstrationen zu den offiziellen Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR war ganz im Sinne der SED. Für die „Aktuelle Kamera“ waren die Demonstranten „antisozialistische Störer“ und vom Westen „ferngesteuerte Randalierer“, die „hier niemanden repräsentieren“. Die Demonstrationen als solche wurden von den Machern der „Aktuellen Kamera“ im schönsten Stasi-Jargon als „antisozialistische Ausschreitungen“ und „provokatorische Zusammenrottungen“ bezeichnet.<sup>111</sup> Die Fernsehzuschauer erfuhren nichts über die tatsächliche Zahl der Demonstranten und ihre wirklichen Motive. „Noch in der Wendezeit hinkten Funk und Fernsehen der DDR den Geschehnissen hinterher: Während die Rufe der Menschen ‚Wir sind das Volk‘ laut und unüberhörbar waren, wurde elektronisch noch immer der Sozialismus verteidigt.“<sup>112</sup>

Erst als das Politbüro der SED unter dem Druck der Straße die Flucht nach vorne antrat, kam es zu ersten zaghaften Änderungen in der Berichterstattung. Der neue Staatsratsvorsitzende Egon Krenz stellte in seiner Fernsehansprache in DDR 1 am 18. Oktober 1989 zwar eine „medienpolitische Wende“ in Aussicht, hielt aber im Kern an der althergebrachten ideologischen Vorstellung von der Funktion der Medien im Sozialismus fest. Noch am selben Abend rief Krenz in der Redaktion der „Aktuellen Kamera“ an, um sich bei der Chefredaktion zu erkundigen, wie lange es dauern würde, eine bessere und andere „Aktuelle Kamera“ zu produzieren. Medienfreiheit sieht anders aus, aber immerhin durfte das DDR-Fernsehen zum ersten Mal live von den Großdemonstrationen in Leipzig und Ost-Berlin berichten. Gleichwohl blieb die Berichterstattung der „Aktuellen Kamera“ SED-fixiert und regimetreu.

Auch nach dem 18. Oktober belieferte das ZK der SED die Redaktionen der DDR-Funkmedien mit Argumentationsrichtlinien. Auch wenn diese in der Regel keine klaren Verbote mehr enthielten, kommt darin doch die Absicht der Parteiführung zum Ausdruck, „die

---

<sup>111</sup> Vgl. Ludes, Peter: Nachrichtensendungen, S. 42.

<sup>112</sup> Tichy, Roland: Staatsrundfunk, S. 42 f.

Medien dahingehend zu beeinflussen, daß sie die neue SED-Politik weiterhin in einem positiven Licht erscheinen lassen.“<sup>113</sup>

Es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, dass die SED die „Wende“ im Fernsehen und im Rundfunk der DDR eingeleitet hat, um Schadensbegrenzung zu betreiben. „Mit Hilfe einer offenen, aber kontrollierten Kommunikations- und Informationspolitik wollte sie ihre Machtposition aufrechterhalten. Rundfunk und Fernsehen unterstützten die SED zunächst in ihren Stabilitätsbemühungen, indem sie eine offensive Berichterstattung praktizierten, aber gleichzeitig das System nicht grundsätzlich in Frage stellten.“<sup>114</sup>

Trotz der Auflösung der Staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen und der Neubesetzung der Generalintendantenposten fand unter der Regierung Krenz/Modrow keine wirkliche personelle Erneuerung statt. Ähnlich wie bei den SED-Bezirkszeitungen griff man beim Austausch der Führungsebene gerne auf Kräfte zurück, die in der Vergangenheit mit der Partei aneinandergeraten waren und von daher als „Reformer“ galten. So avancierte der bei der SED zeitweise in Ungnade gefallene ehemalige DDR-Kulturminister Hans Bentzien zum Generalintendanten des Deutschen Fernsehfunks. An der Spitze des DDR-Hörfunks stand Manfred Klein, der bis dato Chefredakteur der Zentralen Hauptabteilung Nachrichten und Mitglied des Staatlichen Komitees für Rundfunk gewesen war. Da die offenen Stellen nur intern ausgeschrieben wurden, gehörten auch andere „neue“ Führungsmitglieder des DDR-Hörfunks in Wirklichkeit zur alten Garde. „Aus der Sicht vieler Hörfunk- und Fernsehmitarbeiter stellte die personelle Kontinuität kein Problem dar. Sie sahen sich mehr als Opfer denn als Täter.“<sup>115</sup> So erklärten sich die Mitglieder der SED-Grundorganisation des Senders Neubrandenburg kurzerhand zu bloßen „Vollstreckern“ von Parteibeschlüssen und schuldlosen Objekten „einer verfehlten staatsgefährdenden Medienpolitik“.

Mit dem Medienbeschluss der Volkskammer endete am 5. Februar 1990 die unmittelbare staatliche Einflussnahme auf den Rundfunk der DDR. Zumindest formal waren der Hörfunk und das Fernsehen der DDR „unabhängige öffentliche Einrichtungen“. Der am 13. Februar 1990 gebildete Medienkontrollrat sowie Hörfunk- und Fernsehräte sollten dafür Sorge tragen, dass die Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit auch tatsächlich gewährleistet wurde. Von einer wirklichen Staatsferne des Rundfunks kann allerdings schon mit Blick auf die beiden Generalintendanten, die auch weiterhin vom Ministerpräsidenten bestellt wurden, nicht gesprochen werden. Zudem blieb die Frage offen, „wie der Übergang des Rundfunks von

---

<sup>113</sup> Stein, Reiner: Vom Fernsehen und Radio der DDR zur ARD. Die Entwicklung und Neuordnung des Rundfunkwesens in den Neuen Bundesländern, Marburg 2000, S. 73.

<sup>114</sup> Hepperle, Susanne: Durchsetzung des westdeutschen Ordnungsmodells: Rundfunk und Fernsehen, in: Czada/Lehmbruch (Hrsg.): Transformationspfade, S. 195.

<sup>115</sup> Ebd., S. 196.

staatlichen Organen zu unabhängigen und öffentlichen Unternehmen konkret zu bewerkstelligen und vor allem zu finanzieren sei“.<sup>116</sup>

Nach den ersten freien, demokratischen Volkskammerwahlen am 18. März 1990 löste Ministerpräsident Lothar de Maiziere die Intendanten Hans Bentzien und Manfred Klein ab. Michael Albrecht, der bisherige Intendant des ersten DDR-Fernsehprogramms, wird mit der kommissarischen Leitung des DFF betraut. Der Bürgerrechtler Christoph Singelstein wird zum stellvertretenden Intendanten für den Rundfunk berufen. Singelstein besetzte die Leitungspositionen mit Personen seines Vertrauens. Auch Albrecht nahm personelle Veränderungen vor. Über 100 leitende Positionen wurden öffentlich ausgeschrieben und nach Möglichkeit mit jüngeren, politisch weniger belasteten Redakteuren besetzt. Zudem wurde eine Fragebogenaktion gestartet, mit der herausgefunden werden sollte, wer aufgrund seiner persönlichen Verstrickung in die SED-Diktatur nicht mehr tragbar war. Obwohl daraufhin einige DFF-Mitarbeiter entlassen wurden, fand weder im Fernsbereich noch im Hörfunk eine wirkliche personelle Erneuerung statt. Singelsteins Stellvertreter, Wernfried Maltusch, stellte im Juni 1990 in aller Deutlichkeit fest, „daß in den mittleren und oberen Etagen des Hörfunks im großen und ganzen noch immer dieselben Leute saßen wie vor der Wende, ‚der alte Oberbau im zentralen Rundfunk‘ sei nur zu beseitigen, ‚indem man diesen Rundfunk beseitige (!)“.<sup>117</sup>

Bereits unter Manfred Klein war es zu einer Dezentralisierung und Föderalisierung des DDR-Hörfunks gekommen. Im Mai 1990 ging Antenne Brandenburg als erster Landessender auf Sendung. Das neue Programm war eine Zusammenarbeit der ehemaligen Bezirkssender in Potsdam, Cottbus und Frankfurt/Oder. Am 1. Juli waren in ganz Ostdeutschland Regionalprogramme zu empfangen. Im Fernsehen verlief die Entwicklung schleppender. Generalintendant Bentzien war Anhänger eines zentralistischen Deutschen Fernsehfunks, der als „gemeinsames Programm aller ostdeutschen Bundesländer innerhalb der ARD“ erhalten bleiben sollte.<sup>118</sup> Erst Michael Albrecht baute die Bezirksredaktionen zu Landesfenstern innerhalb des DFF-Programms aus und arbeitete auf eine Umgestaltung des Senders nach dem Modell der ARD hin. Ab dem 13. August 1990 sendeten die neuen DFF-Landessender auf auseinander geschalteten Frequenzen täglich ein mehrstündiges Regionalprogramm.

Auf politischer Ebene wurde derweil über die rechtliche Neuordnung des DDR-Rundfunks gestritten. Es entstand ein babylonisches Stimmengewirr, in dem die verschiedenen politischen Akteure und Interessengruppen in Ost und West versuchten, ihre Position durchzuset-

---

<sup>116</sup> Tichy, Roland: Staatsrundfunk, S. 46.

<sup>117</sup> Zitiert nach Stein, Reiner: Fernsehen und Radio, S. 128. Maltusch soll selbst eine IM-Vergangenheit haben.

zen. Am Ende der Debatte über das „Rundfunküberleitungsgesetz“ standen zwei gegensätzliche Konzepte zur Disposition: Ein unter Beteiligung westdeutscher Medienexperten erarbeiteter Entwurf sah vor, dass die Bundesländer den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in einer eigenen Anstalt oder in Kooperation mit anderen Bundesländern organisieren sollten. Vor allem die DDR-SPD, aber auch die Fraktion Grüne/Bündnis 90 und Teile der Liberalen sprachen sich dagegen für den Fortbestand von Hörfunk und Fernsehen der DDR in Gestalt einer einzigen, in Berlin beheimateten Rundfunkanstalt mit dem Namen Ostdeutscher Hör- und Fernsehfunk aus. Diese sollte föderal in Landessender gegliedert sein, letzten Endes aber von der Berliner Zentrale aus gesteuert werden. „Solchen Vorstellungen entsprach dann auch das von der Volkskammer am 13. September 1990 verabschiedete Rundfunküberleitungsgesetz – ein Kuriosum, war es doch, da nicht kompatibel mit der Rundfunkordnung in der BRD nur wenige Tage bis zur staatlichen Vereinigung am 3. Oktober 1990 gültig.“<sup>119</sup>

Grundlage für die Neuordnung des DDR-Rundfunks war von nun an Artikel 36 des Einigungsvertrages. In diesem hatten die Unterzeichner festgelegt, dass der Rundfunk der DDR und der Deutsche Fernsehfunk als gemeinschaftliche staatsunabhängige rechtsfähige Einrichtung weitergeführt werden. Ein von den Ländern gewählter Rundfunkbeauftragter sollte dieser „Einrichtung“ für eine bis Ende 1991 befristete Übergangszeit vorstehen und die Sendeanstalten der DDR in das demokratische und föderale Rundfunksystem der Bundesrepublik überführen.<sup>120</sup>

### 2.3. Die Arbeit der „Einrichtung“

Die Mitarbeiter der Einrichtung standen von Beginn an unter einem enormen Zeitdruck. Ihnen blieben gerade mal 14 Monate, um „die neuen Bundesländer mit Rundfunk nach den allgemeinen Grundsätzen öffentlich-rechtlicher Anstalten zu versorgen, die Einrichtung – bestehend aus dem DFF und dem Hörfunk, der sich seit 2. Oktober Funkhaus Berlin nannte – bis spätestens 31. Dezember 1991 weiterzuführen und sie dann entweder in öffentlich-rechtliche Anstalten zu überführen oder aufzulösen.“<sup>121</sup> Am 15. Oktober 1990 wurde Rudolf Mühlfenzl, der langjährige Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, zum Rundfunkbeauftragten gewählt. Mühlfenzls Amtsantritt stand unter keinem guten Stern: Da die Ministerpräsidenten

---

<sup>118</sup> Lojewski, Günther von/Zerdtick, Axel: Rundfunkwende. Der Umbruch des deutschen Rundfunksystems seit 1989 aus Sicht der Akteure, Berlin 2000, S. 39.

<sup>119</sup> Schneider, Beate: Die Rolle der Medien, S. 612.

<sup>120</sup> Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Bundesgesetzblatt (BGBl.) II 1990, S. 885.

<sup>121</sup> Stein, Reiner: Fernsehen und Radio, S. 131.

der Länder noch nicht gewählt worden waren, wurde Mühlfenzl, der keinen Gegenkandidaten hatte, von den Vertretern der Ländersprecher ins Amt berufen. Diese brachten strenggenommen keine demokratische Legitimation durch die Länderparlamente mit – ein Umstand, der die Arbeit der Einrichtung bis zum Schluß überschatten sollte. Manfred Stolpe, der neue Brandenburger Ministerpräsident, der erst im Nachhinein von der Wahl Mühlfenzls informiert wurde, empörte sich stellvertretend für viele seiner Amtskollegen über die „Arroganz der Macht“ und fand das Verfahren „zum Kotzen“.<sup>122</sup> Die Bundesregierung wiederum wies die Kritik zurück und erklärte die Wahl für rechtmäßig. Genutzt hat ihr das nicht: „Den Verdacht, hier hätten parteipolitische Interessen und der direkte Einfluß des Bundeskanzleramtes ob-siegt, konnte die Einrichtung nie abschütteln.“<sup>123</sup>

Hinzu kam, dass nach wie vor ungeklärt war, wie die Neuordnung des Rundfunkwesens im Detail aussehen sollte. Während die einen für die Neugründung von Landesrundfunkanstalten nach westdeutschem Muster plädierten, sprachen sich die PDS, die Mitarbeiter des DDR-Rundfunks, aber auch große Teile der SPD dafür aus, eine zentrale ostdeutsche Sendeanstalt zu gründen, um den neuen Bundesländern im wiedervereinigten Deutschland besonders effektiv Gehör zu verschaffen und „die besondere Identität Ostdeutschlands zu bewahren“.<sup>124</sup>

Bei den Beschäftigten der Einrichtung hatte Mühlfenzl keinen leichten Stand. Sie empfanden ihn und sein Beraterteam als westdeutsche Liquidatoren. Viele hatten vom ersten Tag an den Eindruck, Mühlfenzl wolle den „DFF (...) sterben lassen“.<sup>125</sup> Tatsächlich hatte Mühlfenzl sich früh für eine Abschaffung der bestehenden Strukturen ausgesprochen und tiefgreifende Veränderungen in der Programmstruktur vorgenommen. So reduzierte er ab September das Fernsehangebot des DFF auf eine Frequenz mit dem neuen Namen DFF-Länderkette. Die ARD erhielt die Frequenzen von DFF 1, um die neuen Länder mit ihrem Programm zu versorgen. All das geschah unter Umgehung der Länderparlamente, was nicht nur bei Manfred Stolpe für Empörung sorgte. Er warf Mühlfenzl vor, Medienpolitik im Sinne der Bundesregierung zu betreiben und die „neue Demokratie“ zu beschädigen, weil ihm im Umgang mit dem Rundfunk die „nötige Sensibilität“ fehle.<sup>126</sup>

Christoph Singelstein sieht den Rundfunkbeauftragten rückblickend in milderem Licht: „Mühlfenzl kam nach Berlin mit einem ganz klaren Auftrag, nämlich den Laden zu zerschla-

---

<sup>122</sup> Bittorf, Wilhelm: „Wehe den Besiegten“: Wie Rudolf Mühlfenzl in der Ex-DDR Funk und Fernsehen übernimmt, in: *Der Spiegel* v. 03.12.1990, S. 56-65.

<sup>123</sup> Schneider, Beate: *Die Rolle der Medien*, S. 613.

<sup>124</sup> Tichy, Roland: *Staatsrundfunk*, S. 51.

<sup>125</sup> Tonnemacher, Jan: *Thesen zu einer gesamtdeutschen Rundfunkperspektive*, in: *Rundfunk und Fernsehen* 1/1991, S. 102.

<sup>126</sup> Zitiert nach Frenkel, Rainer: „Politik nach Gutsherrenart – CDU-Interessen und westliches Sendungsbewußtsein steuern die Neuordnung des Rundfunks“, in: *Die Zeit* v. 03.12.1990.

gen. Alle Angebote von Albrecht und mir, die darauf angelegt waren, Potentiale aus DDR-Fernsehen und –Hörfunk zu retten, hat er abgelehnt. Bei Mühlfenzl hat es dann aber eine Veränderung gegeben, im Frühjahr 91. Damals waren wir in Magdeburg zu einem Treffen mit den Chefs der ostdeutschen Staatskanzleien und dem Chef der Senatskanzlei aus Berlin (...), und da hat Mühlfenzl gesagt: Wenn ihr hier nicht langsam in die Puschen kommt mit eurer Mediengesetzgebung, dann kriegt ihr ein Problem. (...) Und dann hat er Albrecht und mich gefragt: Was gibt es denn noch für Konzepte bei Ihnen in der Schublade. Und dann fing er an mit uns gemeinsam gezielt Überführungsmodelle einzutüten, vorzubereiten, dass da nicht alles den Bach runter geht. Er hatte inzwischen natürlich schon gelernt, dass der Osten nicht so ist wie Bayern. Aber das brauchte eine Weile. Als er kam, hatte er das Gefühl, alle Leute in der Nalepastraße und in Adlershof sind eigentlich welche, die ihn gerne erschießen würden. Alles Kommunisten. Und dann hat er doch sukzessive gemerkt, dass dem nicht so ist.“<sup>127</sup>

So differenziert betrachten längst nicht alle Mitarbeiter der „Einrichtung“ ihren neuen Chef. Für massiven Unmut sorgte insbesondere Mühlfenzls Personalpolitik. Aufgrund der desaströsen Haushaltslage der Einrichtung entließ der Rundfunkbeauftragte bis Ende 1990 2200 Mitarbeiter des ehemaligen DDR-Staatsrundfunks. Zum 30. Juni 1991 mussten weitere 2000 Mitarbeiter gehen, zum 30. September standen mehr als 3500 Entlassungen an. Längst nicht alle Entlassungen erfolgten aus politischen Gründen: Mit 14.000 Mitarbeitern war die Einrichtung personell deutlich überbesetzt. „Das DDR-Fernsehen war eine autarke Institution. Vollkommen verrückt: Wir hatten acht Akupunkteure auf der Liste. Wir hatten Spezialwerkstätten für Kraftfahrzeuge, Spezialwerkstätten für antike Möbel Jahrgang 1400, alles in eigener Zuständigkeit, Landschulheime, 14 Landerholungsheime und natürlich deren Mitarbeiter auf der Gehaltsliste“, erinnert sich Rudolf Mühlfenzl.<sup>128</sup> „Nach Schätzungen des Rundfunkbeauftragten fanden zwei Drittel der Mitarbeiter durch gezielte Förderung einen neuen Arbeitsplatz.“<sup>129</sup>

Aus Sicht von Roland Tichy, der Mühlfenzl während seiner Zeit als Rundfunkbeauftragter beratend zur Seite stand, hätte es ohnehin keine Alternative zu einem auch personellen Bruch mit der Vergangenheit gegeben. Die von ostdeutscher Seite immer wieder beschworenen „Selbstreinigungsprozesse“ seien die absolute Ausnahme geblieben. „Die Regel war, dass die funktionierenden Eliten der SED ein planmäßiges Abtauchen in die Illegalität vornahmen. So kam es an der Spitze der Institutionen zu einem Personentausch: oben ein Repräsentant der Bürgerrechtsbewegung, unten ein alter Genosse. (...) Auf diese Weise wurde die eigentliche

---

<sup>127</sup> Interview mit Christoph Singelstein, Zitiert nach Wuschig, Ilona: Anspruch ohne Wirklichkeit. 15 Jahre Medien in Ostdeutschland, Münster 2006, S. 143.

<sup>128</sup> Interview mit Rudolf Mühlfenzl, in: Lojewski/Zerdick: Rundfunkwende, S. 273.

Machtbasis zwar verschleiert, aber in der Struktur beibehalten. (...) Der Ex-Rundfunk der DDR wurde damit im Laufe des Reformprozesses zu einem reaktionären System, das in enger Abstimmung mit der PDS und der Linken in der SPD die alten Zustände verteidigte.“<sup>130</sup>

#### 2.4. Die Neuordnung des Rundfunks in den neuen Bundesländern

Auch wenn Rudolf Mühlfenzl mit der Gründung der DFF-Länderkette und der Vergabe der Frequenzen des früheren zweiten DDR-Fernsehprogramms an die ARD die Weichen in Richtung einer Auflösung der Einrichtung gestellt hatte, lag die endgültige Entscheidung über die Neuordnung des Rundfunks auf dem Gebiet der ehemaligen DDR bei den Ländern. Eine Zeitlang schien alles möglich zu sein: Die Landesparlamente diskutierten über Sinn und Unsinn einer eigenen gemeinsamen Rundfunkanstalt für alle fünf neuen Bundesländer, in Ausschüssen und Arbeitsgruppen wurden Konzepte für Ein- oder Mehrländeranstalten erarbeitet, selbst eine dauerhafte rundfunkpolitische Kooperation einzelner ostdeutscher Bundesländer mit westdeutschen Sendern stand zur Debatte.

Die ergebnisoffene Debatte über die Zukunft des früheren DDR-Staatsrundfunks fand jedoch bereits im Februar 1991 ein jähes Ende. Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf (CDU) sprach sich öffentlich für die Gründung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt für die Länder Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt aus. Die Thüringer, die zu diesem Zeitpunkt bereits laut über einen möglichen Hessisch-Thüringischen Rundfunk nachgedacht hatten, begeisterten sich nach den Landtagswahlen am 20. Januar 1991 in Hessen urplötzlich doch noch für Biedenkopfs Vorschlag. Der Grund für diesen Sinneswandel: Mit dem nunmehr SPD-regierten Hessen wollte der CDU-geführte Freistaat rundfunkpolitisch keine gemeinsame Sache machen. Ein Zusammengehen mit den beiden anderen CDU-regierten Ländern schien auf einmal die deutlich angenehmere Variante zu sein.

Am 30. Mai 1991 schuf Biedenkopf mit seinen beiden Amtskollegen aus Thüringen und Sachsen-Anhalt Tatsachen: Die drei Ministerpräsidenten unterzeichneten in Erfurt den Staatsvertrag über die Gründung des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR). „Der MDR wäre nicht zustande gekommen, wenn damals nicht in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen klare Mehrheiten für die CDU existiert hätten“, kommentierte Manfred Becker, der frühere Staatssekretär im DDR-Medienministerium die Gründung der Mehrländeranstalt.<sup>131</sup>

---

<sup>129</sup> Schneider, Beate: Rolle der Medien, S. 614.

<sup>130</sup> Tichy, Roland: Staatsrundfunk, S. 52 f.

<sup>131</sup> Interview mit Manfred Becker, in: Lojewski/Zerdick: Rundfunkwende, S. 186.

Das Schicksal der Einrichtung war damit besiegelt: Die bestehenden Rundfunkstrukturen in diesen drei Bundesländern sollten aufgelöst und durch neue föderalistische Organisationsformen ersetzt werden. Die Dreiländeranstalt sollte ihren Sitz in Leipzig haben, über mehrere Landesfunkhäuser, Produktionsstätten und Sendestudios in allen Mitgliedsländern verfügen und in ihrem Aufbau weitgehend dem des Norddeutschen Rundfunks (NDR) entsprechen. Dass die drei Bundesländer, die den MDR gegründet hatten, unter CDU-Führung standen, zeigt, wie stark die Neuordnung der Rundfunklandschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von parteipolitischen Interessen dominiert wurde. Bis heute steht der MDR deshalb in der Kritik. Bei der Besetzung des Intendantenpostens, des Gründungsbeirates und der Direktorenstellen sei das Gebot der Staats- und Parteiferne verletzt worden. So gehörten sechs der acht Gründungsdirektoren des MDR der CDU an. Der spätere Bundesverfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem sprach von einem „ungenierten Parteizugriff“ auf den MDR und stellte fest, dass die Strukturen des Senders bewusst darauf ausgerichtet worden seien, „politische Stromlinienförmigkeit“ zu ermöglichen. Der MDR-Staatsvertrag sei „Exempel einer Politik (...), die in der Rhetorik zwar pluralistisch sein mag, in der Umsetzungsrealität aber einseitig machtorientiert.“<sup>132</sup>

Für Unmut sorgte auch, dass der CSU-nahe MDR-Intendant Udo Reiter, der zuvor für den Bayrischen Rundfunk tätig gewesen war, die Leitungspositionen im Sender nahezu ausschließlich mit Westdeutschen besetzte. Dass immerhin fünf der acht stellvertretenden Direktoren aus Ostdeutschland stammten ging in der emotional geführten Debatte genauso unter wie der bemerkenswerte Umstand, dass im Jahr 1992 fast 91 Prozent der MDR-Angestellten aus der ehemaligen DDR kamen.<sup>133</sup>

Anders als sein Amtskollege aus Sachsen ließ sich der Brandenburger Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) bei seinen Überlegungen für eine zügige Neuorganisation des Rundfunks scheinbar nicht von parteipolitischen Erwägungen leiten. Stolpe betonte früh, dass eine Kooperation mit anderen Landesrundfunkanstalten, allen voran mit dem SFB, unumgänglich sei. Im März 1991 nahm die Brandenburger Landesregierung mit Berlin und Mecklenburg-Vorpommern Verhandlungen über eine Mehrländeranstalt auf, die den Namen Nordostdeutsche Rundfunkanstalt (NORA) tragen sollte. Anders als beim MDR, den die drei beteiligten Bundesländer im Rekordtempo gegründet hatten, kamen die Gespräche über die NORA nur schleppend voran. Die Meinungen über die geplante Dreiländeranstalt gingen von Beginn an stark auseinander – und zwar nicht nur zwischen den verschiedenen politischen Parteien.

---

<sup>132</sup> Hoffmann-Riem, Wolfgang: Rundfunkneuordnung in Ostdeutschland – Stellungnahme zu Vorschlägen über den Aufbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den neuen Bundesländern, Hamburg 1991, S. 127.

<sup>133</sup> MDR – Mitteldeutscher Rundfunk: Geschäftsbericht, Leipzig 1992, S. 27.

Auch innerhalb der einzelnen Landtagsfraktionen herrschten höchst unterschiedliche Vorstellungen darüber, wohin die rundfunkpolitische Reise gehen sollte. Während Manfred Stolpe sich für die NORA stark machte, gaben Teile der Brandenburger SPD zu bedenken, dass sich durch die Gründung der NORA die Stimmenverhältnisse innerhalb der ARD zugunsten der CDU verschieben würden. Einzelne SPD-Abgeordnete sprachen sich nicht zuletzt deshalb für eine eigene Landesrundfunkanstalt aus, während andere Stolpe den Rücken stärkten und aus ökonomischen Gründen einen Zusammenschluss mit dem SFB favorisierten.

Nicht minder kompliziert war die Lage in Mecklenburg-Vorpommern, das von einer CDU-FDP-Koalition unter Führung von Ministerpräsident Alfred Gomolka regiert wurde. Während Gomolka ähnlich wie Stolpe mit der NORA liebäugelte, begeisterte sich die FDP zunehmend für die Idee eines Zusammenschlusses mit dem NDR. Eine gemeinsame Dreiländeranstalt unter Beteiligung des notorisch klammen SFB, so das Argument der Liberalen, würde unweigerlich ins finanzielle Desaster führen. Auch parteipolitische Überlegungen spielten bei der Entscheidung für oder gegen die NORA eine große Rolle: Aus Sicht des damaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden Walter Goldbeck versuchten Gomolka und die Mecklenburger CDU „sich – unabhängig von den Wahlergebnissen im Land Brandenburg – eine im eigenen Sinne geprägte Rundfunkanstalt zu schaffen ähnlich des MDR“. <sup>134</sup> Beobachter des Geschehens mutmaßten sogar, dass Gomolka nur unter dem „Druck der Bonner CDU-Zentrale Berlin und Brandenburg sein Jawort gegeben“ habe. <sup>135</sup>

NDR-Intendant Jobst Plog nutzte die Gunst der Stunde und versuchte Ministerpräsident Gomolka auf seine Seite zu ziehen. Plog wollte Mecklenburg-Vorpommern um jeden Preis in den NDR integrieren und wurde nicht müde, an die „landsmannschaftliche Zusammengehörigkeit“ der Küstenbewohner in West und Ost zu appellieren. <sup>136</sup> Die wahren Gründe für Plogs Engagement dürften um einiges profaner gewesen sein: Der NDR hatte früh viel Geld in den Aufbau des Rundfunks in Mecklenburg-Vorpommern investiert und wollte die eigene Machtposition innerhalb der ARD ausbauen. Gemeinsam mit seinem Stellvertreter Thomas Bernd Stehling und anderen NDR-Größen reiste Plog nach Schwerin, um die Werbetrommel für seinen Sender zu rühren. Mit Erfolg: Auch Teile der CDU-Fraktion favorisierten nun einen Beitritt zum NDR. Dieser hatte den Mecklenburgern das Angebot gemacht, im Falle eines Zusammengehens ein Landesstudio nach modernsten technischen Standards aufzubauen und rund 300 Mitarbeiter fest einzustellen. Auch die Mitarbeiter von Hörfunk und Fernsehen in

---

<sup>134</sup> Interview mit Walter Goldbeck, in: Lojewski/Zerdick: Rundfunkwende, S. 284.

<sup>135</sup> Meyn, Hermann: „Bei wem es funkt, entscheidet Kohl“, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt v. 22.02.1991, S. 2.

<sup>136</sup> Vgl. dazu Plog, Jobst: NDR. In norddeutscher Verbundenheit, in: Frey-Vor, Gerlinde/Steinmetz, Rüdiger (Hrsg.): Rundfunk in Ostdeutschland. Erinnerungen – Analysen – Meinungen, Konstanz 2003, S. 265 ff.

Mecklenburg-Vorpommern wollten sich lieber mit dem NDR zusammentun und besuchten nach der Landtagswahl die FDP-Fraktion, um Unterstützung für ihre Position zu bekommen.<sup>137</sup> Regierungschef Gomolka hielt weiter an der Idee der NORA fest, obwohl auch Teile seiner eigenen Fraktion sich zunehmend zum NDR hingezogen fühlten. Mit den Hamburgern, so die Kritiker der NORA, „sei nicht nur die norddeutsche Identität besser gewahrt, sondern würde auch die Integration zwischen Ost und West gefördert“.<sup>138</sup> Darüber hinaus wurde der einheitliche Wirtschaftsraum als Argument für einen Beitritt zum NDR angeführt.

Trotz des wachsenden Unmuts im Schweriner Landtag gingen die Verhandlungen über eine Mehrländeranstalt zwischen Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern weiter. Am 11. April 1991 einigten sich die Chefs der Senats- und Staatskanzleien auf die Eckpunkte der NORA. Der Intendant und die Chefredaktion der geplanten Dreiländeranstalt sollte in Berlin, der Hörfunkdirektor in Schwerin und der Fernsehdirektor in Potsdam-Babelsberg sitzen. In allen beteiligten Bundesländern sollten autonome Landesfunkhäuser entstehen, die Stellen sollten nach Größe der Landesfunkhäuser besetzt werden. Auf den SFB sollten 50 Prozent der Stellen entfallen, Potsdam und Schwerin durften jeweils 25 Prozent für sich beanspruchen.<sup>139</sup>

Gomolka, für den rundfunkpolitische Fragen nach eigener Aussage „böhmische Dörfer“ waren, agierte unterdessen zunehmend kopflos. Die oppositionelle SPD nutzte die Schwäche des Regierungschefs und stellte am 23. April 1991 in einer Sondersitzung des Schweriner Landtags einen Antrag, der die Regierung aufforderte, die Verhandlungen mit dem NDR wieder aufzunehmen. Neben den vier FDP-Abgeordneten stimmten auch mehrere CDU-Parlamentarier für den SPD-Antrag. Die Mehrheit für die Gründung der NORA war dahin. Am 25. Juni 1991 unterzeichneten Manfred Stolpe und Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) den NORA-Staatsvertrag. Doch Gomolka musste die Unterschrift schuldig bleiben. Die FDP hatte die zwölf PDS-Abgeordneten auf ihre Seite gezogen. An eine Mehrheit für die NORA war nicht mehr zu denken. „Nachdem bekannt wurde, wie vehement sich die FDP gegen den NORA-Staatsvertrag stemmte, musste Gomolka aufgeben. Es kam zu einer dramatischen Fraktionssitzung der CDU-Abgeordneten. Nur durch den Druck der Fraktion gelangte der Ministerpräsident zu der Überzeugung, die NORA nicht weiter zu verfolgen.“<sup>140</sup> Während der Landtagssitzung am 26. Juni gab Gomolka das endgültige Scheitern der NORA bekannt. Dem Ministerpräsidenten blieb nichts anderes übrig, als wieder mit dem NDR zu verhandeln. Am 17. Dezember 1991 trat Mecklenburg-Vorpommern dem NDR-Staatsvertrag bei. Der NDR übernahm 256 der 320 Mitarbeiter des im Juni 1990 gegründeten

---

<sup>137</sup> Interview mit Walter Goldbeck, S. 281.

<sup>138</sup> Lojewski/Zerdick: Rundfunkwende, S. 120.

<sup>139</sup> Vgl. ebd., S. 120 f.

Radio Mecklenburg-Vorpommern (RMV) und des Landessenders Mecklenburg-Vorpommern. Alle hatten sich zuvor anhand von Fragebögen einer Stasiüberprüfung unterziehen müssen. Ähnlich wie beim MDR wurden die leitenden Positionen mit westdeutschen Journalisten besetzt.<sup>141</sup>

#### 2.4.1. Die Gründung des ORB

Für den Brandenburger Ministerpräsidenten Stolpe war das Scheitern der von ihm favorisierten NORA ein Rückschlag. Doch längst nicht alle politischen Kräfte in der Mark waren traurig über den Sinneswandel der Mecklenburger. Als bekannt wurde, dass die NORA gescheitert war, jubelten einige Landtagsabgeordnete: „Die NORA ist tot – es lebe Brandenburg.“ Teile der SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag, allen voran Fraktionschef Wolfgang Birthler, hatten schon immer mit der Gründung einer eigenen Rundfunkanstalt geliebäugelt. Bereits Mitte Dezember 1990, also lange vor dem endgültigen Aus für die NORA, hatte Birthler Forderungen nach einer Mehrländeranstalt mit dem Argument zurückgewiesen, dass Brandenburg mehr Einwohner und Fernsehzuschauer habe als das Saarland und Bremen zusammen. Außerdem sei eine separate Rundfunkanstalt für Brandenburg die beste Möglichkeit, etwas für den Erhalt der „bestehenden Medienindustrie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen“ zu tun.<sup>142</sup> Gemeint war damit wohlgerne nicht Mühlflenzls Einrichtung, sondern die DEFA und die HFF in Babelsberg. Birthler wie auch die PDS-Fraktion im Brandenburger Landtag führten in der Debatte über die Zukunft des Rundfunks zudem immer wieder das Argument an, dass die sich gerade erst ausprägende Identität des Landes Brandenburg in einer Mehrländeranstalt nicht voll entfalten könne. Diese spezifische Brandenburger Identität, die von ihren Befürwortern freilich inhaltlich nie genauer bestimmt worden ist, sahen weite Teile der SPD, die PDS, aber auch einzelne Abgeordnete von Bündnis 90, insbesondere von den Berlinern bedroht. Den SFB, der als einziger möglicher Partner übriggeblieben war, sah man als zentralistischen Moloch, der ein gigantisches Haushaltsdefizit von 96 Millionen DM mitbrachte und im Falle einer Zweiländeranstalt die Mark in Fragen der Programmgestaltung, aber auch bei der Besetzung der Stellen untergebuttert hätte. Denkbar, so Birthler, seien allenfalls Kooperationen mit anderen Rundfunkanstalten im Rahmen eines dritten Fernsehprogramms. Schon im Oktober 1990 hatte der Journalist Lutz Borgmann einen Rundfunkgesetzentwurf für eine separate Rundfunkanstalt in Brandenburg ausgearbeitet. Das Konzept ba-

---

<sup>140</sup> Ebd., S. 123.

<sup>141</sup> Vgl. NDR – Norddeutscher Rundfunk: Geschäftsbericht, Hamburg 1993, S. 20 f.

<sup>142</sup> „SPD macht sich für eigene Landesrundfunkanstalt stark“, in: Der Tagesspiegel v. 13.12.1990.

sierte auf dem WDR-Gesetz und legte fest, dass der Sitz des zu gründenden Brandenburgischen Rundfunks Potsdam sein sollte. Außenstudios sollten in Cottbus und Frankfurt/Oder eingerichtet werden.<sup>143</sup>

Dass die insbesondere von der Brandenburger CDU-Fraktion befürwortete gemeinsame Dreiländeranstalt mit Berlin und Mecklenburg-Vorpommern für weite Teile der märkischen SPD nie eine Herzensangelegenheit war, sieht man nicht zuletzt daran, dass die regierenden Parteien sich früh auf eine parallele Vorgehensweise verständigt hatte: Während Ministerpräsident Stolpe noch über die NORA verhandelte, liefen in Potsdam schon die Vorbereitungen für die Gründung einer eigenen Brandenburger Rundfunkanstalt. Am 12. Februar 1991 brachte der Hauptausschuss der SPD-Landtagsfraktion einen eigenen Entwurf eines „Gesetzes über den Rundfunk in Brandenburg“ ins Parlament ein.<sup>144</sup> Die Sozialdemokraten wollten mit einer eigenen Rundfunkanstalt sowohl die „kulturelle Identität“ Brandenburgs sichern als auch dafür sorgen, dass der Landtag auf Dauer die Gesetzgebungshoheit über den Rundfunk behält. Dieses „Vorschaltgesetz zur Neuordnung des Rundfunks in Brandenburg“ legte die Zusammensetzung, Amtsdauer und die Aufgaben der verschiedenen Gremien des neuen Senders fest. Insbesondere die Äußerungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Birthler zeigen, dass die Möglichkeit einer eigenen Brandenburger Rundfunkanstalt mehr war als eine aus der Not heraus geborene Alternative zu der von Manfred Stolpe unterstützten NORA: „40 Jahre wurde in unserem Teil Deutschlands das Bewußtsein regionaler Verbundenheit totgeschwiegen, unterdrückt. In den neugegründeten Bundesländern muß ein Landesbewußtsein erst noch wachsen. Und es gibt kaum eine Sache, die stärker die kulturelle Identität des Landes unterstützt als der Rundfunk. Umgekehrt ist die Verwurzelung im eigenen Land auch noch der beste Ausgangspunkt für einen erfolgreichen Rundfunk, wie z. B. die Einschaltquoten bei Antenne Brandenburg zeigen.“<sup>145</sup> Auch aus ökonomischen Gründen sei zweifelhaft, ob der eingeschlagene Weg der Mehrländeranstalt medienwirtschaftlich und medienpolitisch vernünftig ist“, führte Birthler in der Landtagsdebatte weiter aus. Es sei wirtschaftlich falsch, die Strukturen der westdeutschen Rundfunkanstalten zu übernehmen, da diese „vorrangig auf Größe“ setzten, statt auf die Ausgabenseite zu achten. Brandenburg, so Birthlers ausdrücklicher Wille, solle die Gunst der Stunde nutzen, und eine eigenständige „schlanke Anstalt“ gründen, die „in optimaler Weise auf privatwirtschaftliche Dienstleistungen vorgreift“.<sup>146</sup>

---

<sup>143</sup> Borgmann, Lutz: Entwurf für ein Rundfunkgesetz Brandenburg, in: Kirche und Rundfunk, Nr. 90, 14.11.1990, S. 18-23.

<sup>144</sup> SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, Arbeitskreis Hauptausschuß: Entwurf – Beschlußvorschlag v. 12.2.1991, Archiv des Landtags Brandenburg.

<sup>145</sup> Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 19, 12.06.1991, S. 1460.

<sup>146</sup> Ebd., S. 1461.

Bei der oppositionellen PDS lief Birthler mit seinen Forderungen offene Türen ein. Für den Fraktionsvorsitzenden Lothar Bisky bot eine eigenständige Brandenburger Rundfunkanstalt die beste Möglichkeit, möglichst viel von dem zu erhalten, was vom DDR-Rundfunk geblieben war. Es sei im Interesse der Hörer und Zuschauer des zu gründenden Senders „daß das Land einen Rundfunk hat, der vom Land bestimmt wird“.<sup>147</sup> So stark wie keine andere Partei machte sich die PDS zum Anwalt der ostdeutschen Beschäftigten der Einrichtung, denen aus Biskys Sicht vom „Reichsprotector“ Mühlfenzl übel mitgespielt worden sei. „Ich würde es für gut halten im weiteren Verfahren, wenn an die Menschen gedacht wird. In den Medien arbeiten ja nicht nur Politiker, aber heute kümmert sich keiner um das Schicksal von Kameraleuten, von Beleuchtern, von hervorragenden Fachleuten, die ausgebildet wurden und wahrlich keine politischen Lasten zu tragen haben. Sie sind verunsichert in dem, was in Kafkaesker Sprache die Einrichtung genannt wird.“<sup>148</sup> Bisky zeichnete das Zerrbild einer rundfunkpolitischen Landnahme durch gewissenlose Abwickler aus dem Westen. Aufgabe der Brandenburger Landesregierung sei es, diesen Versuchen entschieden entgegenzutreten. In einer Mehrländeranstalt sei zu befürchten, dass „nicht Brandenburger hier produzieren, sondern andere, und daß die Interessen zwischen Ostmedienarbeitern und Westmedienarbeitern gegeneinander ausgespielt werden. Das haben wir nicht nötig.“<sup>149</sup> Zu guter Letzt machte sich Bisky gar dafür stark, eine Arbeitsplatzgarantie in das Vorschaltgesetz mit aufzunehmen: 90 Prozent der Arbeitsplätze in der neuen Rundfunkanstalt sollten qua Gesetz ausschließlich von Brandenburgern besetzt werden dürfen.

Verfechter eines rundfunkpolitischen Alleingangs war auch die Fraktion Bündnis 90. Die politischen Entscheidungsträger mußten sich die Frage stellen, wie die Brandenburger zu Programmen kommen, „in denen sie sich wiederfinden, die sie wünschen und akzeptieren und die sie durch ihre Gebühren zu bezahlen bereit sind“.<sup>150</sup> Eine Mehrländeranstalt sei der denkbar falscheste Weg, da diese die Gefahr in sich berge, „daß mit Ossi-Geld Westpensionen bezahlt werden“.<sup>151</sup> Eine eigene Landesrundfunkanstalt sei „viel besser in der Lage, die spezifischen Erfordernisse – und damit meine ich nicht unbedingt nur das Erzeugen eines Zusammengehörigkeitsgefühls oder einer Identität der Brandenburger, sondern die spezifischen Erfordernisse, die sich für die Ostländer aus dem Vereinigungsprozeß ergeben“, zu liefern.<sup>152</sup>

---

<sup>147</sup> Ebd., S. 1464.

<sup>148</sup> Ebd.

<sup>149</sup> Ebd., S. 1465.

<sup>150</sup> Ebd.

<sup>151</sup> Ebd.

<sup>152</sup> Ebd., S. 1465 f.

Lediglich die CDU-Fraktion sprach sich eindeutig gegen die Gründung einer eigenständigen brandenburgischen Rundfunkanstalt aus. Diese, so der CDU-Abgeordnete Manfred Walther, könne sich das Land schlichtweg nicht leisten. Auch dem von den anderen Fraktionen beschworenen neuen „Nationalbewusstsein“ der Brandenburger, das durch eine eigene Rundfunkanstalt erst geschaffen werden müsse, konnte Walther nichts abgewinnen: „Ich glaube, daß es gar nicht gut ist, wenn wir sagen, wir müssen richtig Brandenburg powern, das muß richtig in die Köpfe rein. Das ist in den Köpfen drin. Es gibt bei keinem Brandenburger wohl Zweifel daran, daß er Brandenburger ist. Dazu braucht er nicht unbedingt diesen eigenen brandenburgischen Rundfunk.“<sup>153</sup> Walther appellierte im Namen seiner Partei an die anderen Fraktionen, auf einen rundfunkpolitischen Sonderweg zu verzichten. Es sei kontraproduktiv, den Mecklenburgern zu signalisieren, dass Brandenburg nicht wirklich an einer Mehrländeranstalt interessiert sei. Selbst eine Zweiländeranstalt, so Walthers Überzeugung, sei sinnvoller als eine eigenständige Brandenburger Rundfunkanstalt.

Bei der zweiten Lesung des „Vorschaltgesetzes“ am 26. Juni 1991 im Brandenburger Landtag wiederholte Walther seine Bedenken, konnte sich damit aber gegen die anderen Fraktionen nicht durchsetzen. SPD-Fraktionschef Wolfgang Birthler verwies auf den enormen Zeitdruck, unter dem der Rundfunk Brandenburg auf den Weg gebracht werden musste. Der Rundfunk muß jetzt installiert werden, und die einzige Möglichkeit, Schaden von unserem Land abzuwenden, ist, daß wir die Einrichtungen, den Rundfunkrat, Verwaltungsrat, Intendanten, die für den Betrieb eines Rundfunks notwendig sind, wenigstens im September schon haben.<sup>154</sup> Lothar Bisky stellte fest, dass die NORA in Mecklenburg-Vorpommern begraben worden sei und betonte, dass der Landtag nun schnell entscheiden müsse. „Wenn wir noch länger warten, geht es bald um das Vorschaltgesetz für den Buschfunk. Dann ist nichts mehr übrig.“<sup>155</sup> Der FDP-Abgeordnete Siebert bedauerte das Scheitern der NORA. Seine Fraktion sei der Meinung, dass eine Mehrländeranstalt besser geeignet wäre, die Brandenburger mit Hörfunk und Fernsehen zu versorgen. Aber angesichts der im Einheitsvertrag festgeschriebenen Auflösung der Einrichtung zum Jahresende müsse nun zügig gehandelt werden.<sup>156</sup>

Gegen die Stimmen der CDU verabschiedete der Brandenburger Landtag am 26. Juni 1991 das „Vorschaltgesetz“ zur Gründung des Rundfunk Brandenburg (RBr). SPD-Fraktionschef Birthler begründete die Parallelstrategie der Brandenburger wie folgt: „(Bis zum 1. Januar 1992) müssen in Brandenburg die Studios und die Technik stehen, damit ab 1992 die Rundfunkversorgung in unserem Land gewährleistet ist (...). Um das noch verbleibende halbe Jahr

---

<sup>153</sup> Ebd., S. 1462.

<sup>154</sup> Vgl. Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 22, 26.06.1991, S. 1673.

<sup>155</sup> Ebd., S. 1673.

effektiv zu nutzen, müssen wir zweigleisig fahren. Wir machen den notwendigen Schritt zur Gründung einer Rundfunkanstalt (...). Das heißt, wir müssen schon jetzt in der Form wirksam werden, daß wir einen Gründungsbeauftragten berufen“.<sup>157</sup> An die NORA glaubten zu diesem Zeitpunkt nur noch die wenigsten. Ministerpräsident Stolpe sagte vor dem Landtag: „Die offizielle Auskunft, die ich vor wenigen Minuten aus Schwerin bekommen habe, heißt: NORA liegt auf Eis.“ Auch Stolpe, der einstige Verfechter einer Mehrländeranstalt, warb nun für eine eigene Rundfunkanstalt. Die Abgeordneten sollten dem Vorschaltgesetz zustimmen, denn „das Fest“ solle „nicht hinausgeschoben werden“.<sup>158</sup> Gründungsbeauftragter der Brandenburger Rundfunkanstalt sollte der ehemalige WDR-Intendant Friedrich Wilhelm von Sell werden. Dieser sollte vom Brandenburger Ministerpräsidenten berufen und vom Landtag bestätigt werden. Von einer staatsfernen Organisation des Rundfunks kann angesichts dessen nicht gesprochen werden. Auch in seinen Kompetenzen war von Sell in hohem Maße von den Entscheidungen der Koalitionspolitiker abhängig. Immer wieder geriet von Sell mit Birthler aneinander. Immer wieder musste der Gründungsbeauftragte drängende rundfunkpolitische Entscheidungen von den verschiedenen Gremien des Landtages absegnen lassen. So dauerte es mehrere Monate, ehe von Sell vom Hauptausschuss des Brandenburger Landtags die offizielle Erlaubnis erhielt, 180 Mitarbeiter für den neuen Sender einzustellen.<sup>159</sup> Am 25. September 1991 verabschiedete das Landesparlament gegen die Stimmen der CDU das Gesetz über den Rundfunk Brandenburg (RBr), das zum 1. Januar 1992 in Kraft treten sollte. Insbesondere Wolfgang Birthler und Lothar Bisky nutzten die Debatte, um noch einmal ihre Vorstellungen vom künftigen Profil der neuen Brandenburger Rundfunkanstalt darzulegen. Birthler gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die „Bevölkerung unseres Landes (...) am besten die Neuordnung der Rundfunklandschaft verstehen und erleben“ werde, „wenn sie ihre Lebensbereiche im Regionalprogramm und im Programm, das der Rundfunk Brandenburg vor allem im Hörfunkprogramm und im dritten Fernsehprogramm sendet, ausreichend und an erster Stelle wiederfindet.“<sup>160</sup> Die Akzeptanz von Antenne Brandenburg habe das eindrücklich bewiesen. Birthler plädierte ausdrücklich für eine Kooperation mit dem SFB. Diese müsse allerdings „auf der Basis von zwei gleichberechtigten Rundfunkanstalten“ zustandekommen.<sup>161</sup> Bisky wiederum übte sich erneut in ostdeutscher Besitzstandswahrung und ging in Abwehrstellung gegenüber den West-Berlinern. Brandenburg dürfe nicht zur „Medienkolonie anderer

---

<sup>156</sup> Ebd., S. 1647.

<sup>157</sup> Landtag Brandenburg, Plenarprotokoll 19, S. 1460.

<sup>158</sup> Landtag Brandenburg, Plenarprotokoll 22, S. 1676.

<sup>159</sup> Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 25, 25.09.1991, S. 1874.

<sup>160</sup> Ebd., S. 1875.

<sup>161</sup> Ebd., S. 1876.

Länder“ werden und solle sich bloß nicht auf einen allzu heftigen Flirt „mit der Dame SFB“ einlassen. „Ich möchte bitte wissen: Wollen wir hier den eigenständigen Rundfunk, eigenständiges Fernsehen? Hat dieses Land oder hat der Landtag oder hat die Regierung den Mut, die Medienhoheit für Brandenburg wahrzunehmen, oder warten wir unendlich lange weiter?“<sup>162</sup> Abermals machte er die Entlassungen des Personals der Einrichtung zum Thema und schlug sich auf die Seite der angeblich aus niederen Beweggründen gekündigten ostdeutschen Rundfunkmitarbeiter. „Wir werden hier alle gemühtfenzelt. (...) Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.“<sup>163</sup> Die Landesregierung müsse um jeden Preis verhindern, dass die Brandenburger Rundfunkmitarbeiter in Scharen zum MDR abwandern.

Widerspruch ertete Bisky nur von Günter Nooke, dem Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90: „Was die Frage der Kündigung der Mitarbeiter angeht, Herr Bisky - das ist ja schon gesagt worden, werden wir wohl kaum daran vorbeikommen. Und wenn Sie sagen, die besten Leute gingen alle zum Mitteldeutschen Rundfunk und der sei ein Ableger des Bayrischen Rundfunks, was ja vielleicht auch stimmen mag - ich könnte mir schon vorstellen, daß die auch ein paar PDS-Leute brauchen -, muß ich sagen: Mir liegt jedenfalls nicht daran, hier einen Rundfunk aufzubauen, der alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einer linken Gesinnung einsammelt, nur weil wir hier in Ostdeutschland das einzige Land sind, wo es keine CDU-Regierung gibt. Ich meine das schon ernst mit der Staats- und Parteiferne. Genau daran, Herr Bisky, ist mir gelegen. Aber ich hatte nur die Vermutung - und ich sag‘ mir jetzt, so ganz unbegründet ist sie natürlich nicht -, daß wir mit unserer Geschichte im öffentlichen Rundfunk, beim Radio und im Fernsehen, vor allem Leute und Genossen hatten, die auch geschult waren in einer Art von Ideologie, die mir nicht gelegen ist, die aber diese Mitarbeiter nicht in jedem Fall ohne weiteres abzulegen in der Lage sind, selbst wenn sie sich ehrlich darum bemühen. Und wir müssen auch einen Rundfunk bauen, in dem die Vielfalt der Biographien der Leute, die dort Rundfunk machen, widerspiegelt wird. Und das möchte ich dann, wenn schon, verteilt haben, und in jedem Falle einen guten Mix auch in unserer Anstalt.“<sup>164</sup>

Am 12. Oktober 1991 konstituierte sich der Rundfunkrat der neuen Anstalt. Lutz Borgmann wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Wieder einmal wird über die Zukunft des künftigen Brandenburger Senders gestritten: Während von Sell den ARD-Finanzausgleich in Anspruch nehmen wollte, versuchte Birtler die Ratsmitglieder davon zu überzeugen, dass der RBr auch

---

<sup>162</sup> Ebd.

<sup>163</sup> Ebd.

<sup>164</sup> Ebd., S. 1880 f.

ohne fremde Hilfe über die Runden kommt. Der Gründungsintendant setzte sich mit knapper Mehrheit gegen den SPD-Fraktionsvorsitzenden durch.<sup>165</sup>

Am 8. November 1991 wählten die Mitglieder des Rundfunkrates Hansjürgen Rosenbauer, den ehemaligen Leiter der WDR-Hauptabteilung Kultur und Wissenschaft, zum Intendanten der Brandenburger Landesrundfunkanstalt. Der Landtag fasste am 19. Dezember 1991 den Beschluss, den neuen Sender in Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (ORB) umzubenennen. Die Einrichtung wurde automatisch zum 31. Dezember 1991 aufgelöst und in eine Liquidationsgesellschaft überführt. Diese sollte die verbliebenen „Sachwerte, Programmvermögen, Urheberrechte und Archive über den Jahreswechsel hinaus verwalten sowie Fragen der Finanzabwicklung, des Geschäftsabschlusses und der Personalangelegenheiten“ klären.<sup>166</sup> Die führenden Politiker aller neuen Bundesländer waren sich einig, dass die Auflösung der Einrichtung nicht durch einen neuen Staatsvertrag verschoben werden sollte. Auch eine Überführung der Einrichtung stand nie ernsthaft zur Debatte. Wolfgang Birthler stellte zwar im August 1991 die These in den Raum, dass „der ORB im Fernsbereich eventuell auf die Unterstützung von Adlershof“ angewiesen sein könnte, gab aber gleichzeitig zu bedenken, dass er eine befristete Weiterführung als „Produktions- und Dienstleistungszentrum“ für nicht sinnvoll halte.<sup>167</sup>

Am 1. Januar 1992 ging der in der Rekordzeit von zehn Wochen aus dem Boden gestampfte ORB wie geplant auf Sendung. Seinen Sitz hatte der ORB in Potsdam-Babelsberg. In Cottbus und Frankfurt/Oder wurden Regionalstudios eingerichtet. Als „schlanke Anstalt“ setzte der ORB „auf die Auslagerung von Verwaltungs- und Dienstleistungsbereichen“ sowie „flache Hierarchien, die schnelle Entscheidungen und unmittelbare Verantwortung ermöglichen“.<sup>168</sup> Das „Brandenburger Modell“ sah vor, dass der ORB ohne Gelder aus dem ARD-Finanzausgleich und mit einem relativ kleinen Personalbestand festangestellter Mitarbeiter auskommen sollte. Lediglich drei Intendanten für die Bereiche Fernsehen, Hörfunk und Produktion/Betrieb/Verwaltung bildeten mit dem Intendanten die Geschäftsführung des neuen Senders.

Im Unterschied zu den anderen neuen Länder hatte Brandenburg mit dem ORB eine Rundfunkanstalt geschaffen, die von einem einzigen Bundesland getragen wurde. Ausschlaggebend für den rundfunkpolitischen Alleingang der Brandenburger war, wie die Debatten im Landtag

---

<sup>165</sup> Vgl. Stein, Reiner: Fernsehen und Radio der DDR, S. 147 f.

<sup>166</sup> Ebd., S. 159.

<sup>167</sup> Vgl. Kammann, Uwe: „Staatsvertrag ausgeschlossen“ – Ein epd-Interview mit Wolfgang Birthler, in: Kirche und Rundfunk, Nr. 64, 17.08.1991, S. 3-8.

<sup>168</sup> Hoff, Inga/Holzschuh, Anne/Lewandowski, Victoria/Peters, Teresa: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Ostdeutschland, in: Machill, S. 214.

belegen, neben der Angst vor dem Berliner Zentralismus immer auch das diffuse Bestreben, eine eigene kulturelle Identität zu kultivieren. Von Seiten der Brandenburger SPD aber auch der PDS wurde in der Debatte über Sinn und Unsinn einer eigenen Rundfunkanstalt mit anti-konservativen bzw. antiwestdeutschen Ressentiments gespielt. So wertete der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Birthler die Arbeit des Rundfunkbeauftragten Mühlfenzl pauschal als Versuch, um jeden Preis die rundfunkpolitischen Ziele der schwarz-gelben Bundesregierung durchzudrücken. Mühlfenzl, so der Tenor vieler rundfunkpolitischer Einlassungen Birthlers, wolle im Dienste Bonns aus wenig ehrenhaften parteipolitischen Motiven nach Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen nun auch noch die Rundfunkhoheit über das Land Brandenburg gewinnen. So zeigte Birthler vollstes Verständnis für den Austritt von Günter Gaus aus dem Rundfunkrat der Einrichtung: „Herr Gaus, der bisher unser Vertreter war, hat sich von diesem Amt zurückgezogen, weil er selber eingesehen hat, daß dieser Beirat nur ein Feigenblatt für Herrn Mühlfenzl und für die Politik, die von Bonn in Bezug auf Rundfunk gemacht wird, darstellt.“<sup>169</sup>

Für massiven Unmut sorgten insbesondere die von Mühlfenzl vorgenommenen Entlassungen bei Antenne Brandenburg. Weder Birthler noch der damalige Brandenburger PDS-Fraktionsvorsitzende Lothar Bisky machten sich die Mühe, die Gründe für diese Entlassungen zu beleuchten. Mühlfenzl wurde zum gewissenlosen Abwickler aus dem Westen stilisiert, der ohne Sinn und Verstand alles plattmache, was aus dem Osten kam. Die Gründung einer eigenen Brandenburger Rundfunkanstalt erschien so fast schon als unausweichliche Notwehrmaßnahme gegen die konservativen „Kolonisatoren“ aus der Bundesrepublik. „Wie wichtig es ist, daß wir unseren Gründungsbeauftragten bekommen, und wie stark sich bestätigt hat, von welcher Farbe Herr Mühlfenzl ist, demgegenüber ein Farbiger aus dem Kongo noch als Albino zu bezeichnen ist, das zeigt die Konsequenz, mit der Herr Mühlfenzl hier im Osten Rundfunkpolitik macht.“<sup>170</sup> Mühlfenzl, so Birthlers abenteuerliche Argumentation, sei der Erfolg von Antenne Brandenburg ein Dorn im Auge. Die Einschaltquoten des Senders seien so hoch, dass „alle Westberliner Sender Gefahr laufen mußten, nicht mehr gehört zu werden oder nur noch wenig gehört zu werden und ihre Argumentation zu verlieren“. Um so wichtiger sei es, dass „wir die Rundfunkpolitik in Brandenburg so schnell wie möglich in eigene Hände nehmen“. <sup>171</sup> Birthlers Amtskollege von der PDS, Lothar Bisky, kommentierte dessen Einlassun-

---

<sup>169</sup> Landtag Brandenburg, Plenarprotokoll 23, S. 1734.

<sup>170</sup> Ebd.

<sup>171</sup> Ebd.

gen mit den Worten: „Es hat noch nie eine so große Übereinstimmung zwischen SPD und PDS gegeben wie in diesem Moment.“<sup>172</sup>

Ökonomische Erwägungen traten gegenüber dem Wunsch, sich gegen die vermeintlichen Abwickler aus dem Westen zur Wehr zu setzen, zunehmend in den Hintergrund. Zwar war der ORB als „schlanke Anstalt“ so konzipiert worden, dass mit möglichst wenig Personal ein möglichst breites Programm angeboten werden sollte. Doch die Empfehlung der unabhängigen „Sachverständigengruppe Medienordnung“, die Berlin und Brandenburg aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, der Integration und des Frequenzmangels schon im November 1990 nachdrücklich zur Gründung einer Mehrländeranstalt aufgefordert hatte, wurde von den politisch Verantwortlichen in Potsdam ignoriert.<sup>173</sup> Auch die ARD hatte nicht an die Lebensfähigkeit der von Brandenburg propagierten „schlanken kleinen Anstalt“ geglaubt und den ORB zur Kooperation mit dem SFB gedrängt.

Am SFB wäre eine Mehrländeranstalt sicher nicht gescheitert. Der damalige SFB-Intendant Günther von Lojewski hatte sich stets dafür eingesetzt, mindestens mit dem Land Brandenburg rundfunkpolitisch zusammenzugehen. Mit seiner Forderung stieß er allerdings in der Mark auf Granit. Zum einen kam nicht gut an, dass er sich ausdrücklich gegen die Übernahme von Teilen der Einrichtung ausgesprochen hatte, zum anderen habe er seine rundfunkpolitischen Vorstellungen so selbstbewusst und direkt vertreten, dass „ihm schon vorgehalten worden sei, er habe damit einen ‚Alleinvertretungsanspruch‘ für ganz Berlin begründen wollen“.<sup>174</sup>

Der Wunsch, von den (West-) Berlinern als gleichberechtigter Partner wahrgenommen zu werden, war einer der bestimmenden Faktoren des rundfunkpolitischen Vorgehens der Brandenburger Koalitionsfraktionen. Von einem Verhältnis auf Augenhöhe konnte anfangs allerdings keine Rede sein. Als der ORB seinen Betrieb aufnahm, wurden lediglich drei eigene Hörfunkprogramme (Antenne Brandenburg, Radio Brandenburg, Rock Radio B) ausgestrahlt. Auf ein eigenes drittes Fernsehprogramm mussten die Brandenburger vorerst verzichten. Dieses hatte der ORB sich schlichtweg nicht leisten können. Ausgebaut werden konnte das Angebot erst durch eine Kooperation mit dem SFB. Auf ein eigenes Fernsehprogramm zu verzichten oder Sendungen anderer ARD-Anstalten zu übernehmen, kam für den ORB-Intendanten Rosenbauer langfristig nicht in Frage. Er wollte nicht „Juniorpartner des SFB in

---

<sup>172</sup> Ebd.

<sup>173</sup> Sachverständigengruppe „Medienordnung“. Abschließende Empfehlungen für eine Rundfunkkonzeption in Berlin und Brandenburg v. 13.11.1990, in: SFB (Hrsg.): Rundfunk im Umbruch – Materialien zur Entwicklung von Hörfunk und Fernsehen der ehemaligen DDR im Jahr 1990, Berlin 1991, S. 21-27.

<sup>174</sup> Frenkel, Rainer: „Politik nach Gutsherrenart – CDU-Interessen und westliches Sendungsbewußtsein steuern die Neuordnung des Rundfunks“, in: Die Zeit v. 03.12.1990.

einem Dritten Programm“ sein, sondern ein eigenes „dicht an den Menschen orientiertes Informationsprogramm“ aufbauen, um die „kulturelle Identität“ der Brandenburger zu stärken.<sup>175</sup> Rosenbauer konnte sich mit seinen Forderungen durchsetzen: Am 4. Mai 1992 ging der ORB mit einem eigenen Vollprogramm auf Sendung.

#### 2.4.2. Die gescheiterte Fusion

Bei den Zuschauern gewann der ORB nicht zuletzt durch die Ausstrahlung von Eigenproduktionen wie dem „Brandenburg Journal“ oder dem regionalen „Heimatjournal“ an Akzeptanz. 2002 lag der Marktanteil des ORB-Fernsehens bei 6,8 Prozent. Finanziell geriet die Brandenburger Rundfunkanstalt durch überdurchschnittlich hohe Gebührenaufschläge und sinkende Werbeeinnahmen allerdings zunehmend in Bedrängnis. 1998 musste der ORB ein Jahresdefizit von 8,6 Millionen DM verkraften, zwei Jahre später lag es sogar bei 30,7 Millionen DM.<sup>176</sup> Ein vom ORB 1999 in Auftrag gegebenes Gutachten mit dem Titel „ORB 2010“ zeichnete ein düsteres Bild von der Zukunft des Senders. Ohne Sparmaßnahmen würde der ORB bis zum Jahr 2004 nicht nur sein gesamtes Eigenkapital aufgebraucht haben, sondern auf Zuschüsse in Höhe von 67 Millionen DM angewiesen sein. Selbst wenn es dem ORB gelänge, bis zum Jahr 2004 128 Millionen Euro einzusparen, so das Gutachten, bliebe die Brandenburger Rundfunkanstalt auf finanzielle Unterstützung durch die ARD angewiesen.<sup>177</sup> Eine Fusion mit dem ungeliebten SFB schien immer unausweichlicher.

Dazwischen lagen lange Jahre äußerst komplizierter, von Empfindlichkeiten, Ängsten und parteipolitischen Scharmützeln geprägte Jahre der Kooperation zwischen ORB und SFB. „In Berlin schien man angesichts der prekären Wirtschaftslage des SFB und seiner ungewissen Zukunft auf die Wahrung der vorhandenen Besitzstände bedacht. Demgegenüber verdichtete sich in Brandenburg schnell der Eindruck, man müsse eine konzeptionell abgesicherte und institutionell gefestigte Existenz im Rundfunksektor ausbilden, um nicht Berliner Instrumentalisierungs- und Vereinnahmungsbestrebungen zum Opfer zu fallen.“<sup>178</sup>

Gegen den im Mai 1992 in Kraft getretenen Medienstaatsvertrag, der Berlin und Brandenburg im Bereich des Rundfunks zur Zusammenarbeit verpflichtete, legten beide Länder Verfas-

---

<sup>175</sup> Rosenbauer, Hansjürgen: Modell Brandenburg. Zur Entstehungsgeschichte des ORB, in: ARD-Jahrbuch 1992, Hamburg 1992, S. 275.

<sup>176</sup> Hoff/Holzschuh/Lewandowski/Peters: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, S. 217 f.

<sup>177</sup> Vgl. „ORB-Papier weist hohen Einsparbedarf aus – Ostdeutscher Rundfunk beschleunigt die Fusion mit dem SFB“, in: Welt Online v. 27.08.2001.

<sup>178</sup> Kraake, Alexander: Von Kooperation zu Fusion. Die Zusammenführung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (ORB) und Sender Freies Berlin (SFB), Magisterarbeit FU Berlin, Berlin 2003.

sungsbeschwerde in Karlsruhe ein. Man wolle sich nicht vorschreiben lassen, mit wem man wann auf welche Art und Weise zu kooperieren habe. Die 1. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts nahm die Verfassungsbeschwerden beider Rundfunkanstalten nicht zur Entscheidung an, da „keine Erfolgsaussicht“ bestanden hätte.<sup>179</sup>

„Das Scheitern einer gemeinsamen Zwei- oder Mehrländeranstalt unter Beteiligung von Berlin und Brandenburg ließ die Probleme und Risiken, die sich aus der nachbarschaftlichen Lage und damit verbundenen Konkurrenzsituation der zwei Rundfunkanstalten ergaben, keineswegs entfallen, sondern verschärfte sie weiter.“<sup>180</sup> In den Kooperationsgesprächen zwischen dem ORB und dem SFB wurden die Brandenburger nicht müde zu betonen, dass man ein „gleichberechtigter Partner“ sei, der zwar gerne mit anderen ARD-Anstalten zusammenarbeite, aber insbesondere durch ein zu enges Zusammengehen mit dem SFB die „erfolgreiche Regionalisierung des ORB“ nicht gefährden wolle. ORB-Intendant Rosenbauer stellte unumwunden fest, dass der ORB „durchaus ein eigenes Profil behalten“ wolle.

Eine aufgrund der Frequenzreduzierung unumgängliche Kooperation von ORB und SFB beim Vorabendprogramm der ARD kam im Januar 1993 nur zustande, weil die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MAAB) massiven Druck auf beide Rundfunkanstalten ausgeübt hatte.<sup>181</sup> Zum rundfunkpolitischen Desaster geriet schließlich der Versuch beider Sender, die von der „Gemeinsamen Regierungskommission“ von Berlin und Brandenburg empfohlene Fusion beider Länder mit der Fusion der beiden Rundfunkanstalten zu verbinden. ORB-Intendant Rosenbauer hatte am 16. Dezember 1994 ein Arbeitspapier vorgelegt, dass ORB und SFB nach der Länderfusion von Berlin und Brandenburg ebenfalls zusammengehen würden. Die neue Rundfunkanstalt sollte nach seiner Vorstellung in Potsdam sitzen und den Namen Ostdeutscher Rundfunk tragen. Von den 1500 Mitarbeitern sollten 600 Planstellen auf den ORB und 900 auf den SFB entfallen. Nach langem Hin und Her machten die Landesregierungen in Berlin und Potsdam den Weg für eine Vereinigung der beiden Rundfunkanstalten frei. Am 23. Februar 1996 sprach sich die Berliner Senatskanzlei für eine Fusion von SFB und ORB aus. Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe folgte wenig später. Doch die (rundfunk-)politischen Entscheidungsträger hatten ihre Rechnung ohne die Bevölkerung gemacht: Das Referendum über ein gemeinsames Bundesland scheiterte am 5. Mai 1996 am Widerstand der Brandenburger. 62,8 Prozent der Märker hatten bei der Volksabstimmung gegen eine Fusion mit Berlin gestimmt. Der Brandenburgischen Landesregierung war der Versuch, mithilfe des ORB eine eigene kulturelle Identität zu schaffen, auf die Füße gefallen. Ein Zusammengehen

---

<sup>179</sup> Vgl. SFB (Hrsg.): Der Weg zum Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB). Eine Dokumentation, Berlin 2003, S. 10.

<sup>180</sup> Kraake, Alexander: Von Kooperation zu Fusion, S. 50.

von ORB und SFB war nach der geplatzten Länderfusion vom Tisch. Beide Sender einigten sich aber darauf, künftig enger zusammenarbeiten zu wollen.

Sowohl beim Berliner CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Rüdiger Landowsky als auch bei seinem Brandenburger SPD-Pendant Wolfgang Birthler hielt sich die Enttäuschung über die gescheiterte Senderfusion in Grenzen. Birthler gab zu Protokoll, dass es auch weiterhin einen eigenständigen Landessender für Brandenburg geben werde; Landowsky lehnte einen Zusammenschluß mit dem ORB kategorisch ab, weil der „Zuseher- und Höreranspruch in Berlin ein anderer ist als in Kyritz an der Knatter“.<sup>182</sup> Mehrere Versuche des ORB, des neuen SFB-Intendanten Horst Schättle und der ARD-Hauptversammlung, die Berliner Politik doch noch zu einer Fusion mit dem ORB zu überreden, scheiterten am Widerstand von Eberhard Diepgen und Landowsky. Es blieb bei einer Kooperation beider Sender, die allerdings nicht nur im Hörfunkbereich mehrfach kurz vor dem endgültigen Scheitern stand. Anderthalb Jahre versuchten sich ORB und SFB auf ein gemeinsames Videotextangebot zu einigen. Mitte Mai 1998 gingen die Verhandlungen ohne gewünschtes Ergebnis zu Ende. Während der SFB darauf bestanden hatte, das Angebot „Berlin-Text“ zu nennen, beharrte der ORB darauf, dass auch Brandenburg in angemessener Art und Weise in dem Videotext-Titel repräsentiert werden müsse.<sup>183</sup>

Egal, ob es um einen gemeinsamen Videotext, die Zukunft des Inforadios oder die Verteilung von Frequenzen ging: Hinter diesen Streitigkeiten standen in aller Regel massive politische Vorbehalte. Die Brandenburger, allen voran SPD-Medienexperte Wolfgang Birthler, wollten weiter den „Brandenburger Weg“ beschreiten und sich nicht von den Berlinern dominieren lassen; die Berliner wiederum, hauptsächlich in Gestalt von Klaus Rüdiger Landowsky, verwiesen bei jeder Gelegenheit darauf, dass der ORB einen anderen Sendeauftrag habe als der SFB – eine höfliche Umschreibung für die von ihm so wahrgenommene Provinzialität und „Ostlastigkeit“ des Potsdamer Senders.

### 2.4.3. Vom ORB zum RBB

Es ist kein Zufall, dass die Fusion von SFB und ORB zum Rundfunk Berlin-Brandenburg erst geglückt ist, als die große Koalition aus SPD und CDU in Berlin am 21. Oktober 2001 einer rot-roten Regierung weichen musste. Berlins neuer Regierender Bürgermeister Klaus Wowe-

---

<sup>181</sup> Ebd., S. 57.

<sup>182</sup> SFB (Hrsg.): Der Weg zum RBB, S. 16.

<sup>183</sup> Kraake, Alexander: Von Kooperation zu Fusion, S. 67.

reit (SPD) setzte sich persönlich für einen schnellen Zusammenschluss des SFB mit dem ORB ein. Für massive Verstimmungen sorgte der Vorstoß des ORB, in einem Strategiepapier als gesetzlichen Sitz für die neue Anstalt Potsdam vorzusehen. Auch der Versuch, den neuen Sender „Ostdeutscher Rundfunk“ (ODR) nennen zu wollen, stieß in Berlin auf heftigen Widerstand. Es folgten zähe und langwierige Verhandlungen über Name, Sitz und Zusammensetzung der Gremien der neuen Rundfunkanstalt. Am 12.06.2002 stimmten der Berliner Senat und die Brandenburger Landesregierung schließlich dem „Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg“ zu. Am 25. November 2002 unterzeichnete Klaus Wowereit gemeinsam mit dem Brandenburger Ministerpräsidenten Matthias Platzeck (SPD) den RBB-Staatsvertrag. Durch die Fusion sollten Doppelstrukturen abgeschafft und Kosten gespart werden. „Zudem wurden eine Aufwertung des Gewichtes innerhalb der ARD und ein Zusammenwachsen von Ost und West, aber auch von Stadt und Land angestrebt.“<sup>184</sup> Um keines der beiden Länder zu benachteiligen, bekam der RBB sowohl einen Sitz in Berlin als auch einen in Potsdam. Außerdem hat der Sender Regionalstudios in Cottbus und Frankfurt/Oder sowie Regionalbüros in Prenzlau und Perleberg.

Die Umwandlung des DDR-Rundfunks in öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten war, wie nicht nur die Gründung des ORB bzw. des RBB gezeigt hat, in einem kaum zu unterschätzenden Maße von direkter parteipolitischer Einflussnahme gekennzeichnet. Das staatlitzentralistische System des DDR-Rundfunks wurde „abgewickelt“ und durch das bundesrepublikanische Modell ersetzt. Ähnlich wie beim gescheiterten Versuch einer Neuordnung der ostdeutschen Presselandschaft gab es auch im Bereich des Rundfunks schwere Versäumnisse. Statt zu überlegen, wie man die Brandenburger mit einem möglichst vielfältigen und dennoch dauerhaft finanzierbaren Fernseh- und Hörfunkprogramm versorgen könnte, ließen sich die Entscheidungsträger in Potsdam und Berlin von parteipolitischen oder senderegoistischen Interessen leiten. Dass die Brandenburger SPD in Gestalt von Wolfgang Birthler den rundfunkpolitischen Alleingang des Landes bei der Gründung des ORB mit der angeblichen parteipolitischen Einflussnahme der Bundesregierung auf die Arbeit der Einrichtung rechtfertigte, ist absurd. Selbstverständlich versuchten auch die Brandenburger Sozialdemokraten bei der Wahl des ORB-Intendanten ihren Wunschkandidaten durchzusetzen. Sie scheiterten damit aber am Widerstand des Rundfunkrates. Die gesamte Gründung des ORB erfolgte in enger Zusammenarbeit mit dem SPD-regierten Nordrhein-Westfalen. Die Brandenburger Sozialdemokraten ließ sich in allen medienpolitischen Fragen von Jürgen Büssow, dem Medienbeauftragten der Landtagsfraktion der NRW-SPD, beraten. Erhard Thomas, der erste Regierungs-

---

<sup>184</sup> Hoff/Holzschuh/Lewandowski/Peters: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, S. 218.

sprecher der Brandenburgischen Landesregierung, war ein ehemaliger WDR-Redakteur, der ORB-Gründungsbeauftragte von Sell war früher WDR-Intendant, auch Hansjürgen Rosenbauer war ein WDR-Gewächs. Gerhard Hirschfeld, der früher Chefredakteur des Vorwärts war, keine Rundfunkerfahrung hatte und von ehemaligen ORB-Mitarbeitern noch heute als typischer Parteifunktionär beschrieben wird, wurde Hörfunkintendant des ORB. Der frühere SFB-Intendant Günther von Lojewski findet in seinen Erinnerungen deutliche Worte für das rundfunkpolitische Vorgehen der „Brandenburg-NRW-Connection“. Die Gründung des ORB sei nur deshalb zustande gekommen, weil die SPD „nach dem Coup im Norden noch eine weitere, wenn auch kleinere Landesrundfunkanstalt zu dominieren wünschte.“ Es sollte ein eigenes „Brandenburg-Bewusstsein“ her. „Und weil Berlin und der SFB dabei nur stören können, wird ihnen zunehmend wieder der Mantel der zentralistischen, dominanten Hauptstadt umgehängt.“<sup>185</sup>

Jürgen Büssow sieht das naturgemäß ganz anders. Der Rundfunkrat des SFB habe kurzerhand beschlossen, „die Brandenburger Frequenzen zu übernehmen, ohne jedoch Beschäftigte des ostdeutschen Rundfunks einzustellen.“ Der SFB sei ein unwirtschaftlich arbeitender Sender gewesen. „Das hätte zur Folge gehabt, dass die Brandenburger die ‚Spardose‘ für den SFB geworden wären“, so Büssow.<sup>186</sup> Das habe man durch die Gründung einer eigenen, „schlanken“ Rundfunkanstalt verhindern wollen. Zudem sei der ORB nötig gewesen, damit das Land sich „kulturell und politisch ausdrücken“ konnte. Es sei richtig gewesen, einen eigenen Sender ins Leben zu rufen. „Die Ostdeutschen hatten ja eine verletzte Identität. Das System in dem die Leute aufgewachsen und sozialisiert worden sind, war zusammengebrochen. Die Menschen waren verwundet und gegenüber Neuem ängstlich und misstrauisch. (...) Geschäftsleute aus dem Westen haben das Land mit Currywurst-Buden und Bananen-Verkaufsständen überzogen, um eine schnelle Mark zu machen. Das waren schlimme Zustände. Deshalb war es auch für die Politiker in Brandenburg, einem neuen Bundesland, wichtig, sich mit einem eigenen Sender authentisch darstellen und ausdrücken zu können.“<sup>187</sup>

Der ständige Verweis Wolfgang Birthlers auf eine angebliche besondere kulturelle Identität des Landes Brandenburg muss auch als Versuch gewertet werden, sich den als muffig und CDU-lastig wahrgenommenen SFB vom Leib zu halten. Von Lojewski beschreibt das „Brandenburg-Bewusstsein“ mit Recht als politisch gewollten Versuch der Landesregierung, ihren (rundfunk-) politischen Sonderweg zu legitimieren. Die Frage, wie man die Region Berlin-

---

<sup>185</sup> Lojewski, Günther von: Einigkeit und Recht und Freiheit... „Report“ eines deutschen Lebens, München 2000, S. 269 f.

<sup>186</sup> Büssow, Jürgen: Zur medienpolitischen Entwicklung in Brandenburg, in: Tichy/Dietl (Hrsg.): Deutschland einig Rundfunkland?, S. 140 f.

<sup>187</sup> Ebd., S. 150 f.

Brandenburg am besten mit öffentlich-rechtlichem Rundfunk versorgen könne, habe in den Verhandlungen mit den Vertretern Brandenburgs keine Rolle gespielt. Statt dessen sei mit Blick auf den SFB von „Besitzer-Gehabe“ gesprochen worden. Auch der ehemalige Brandenburger Regierungssprecher Erhard Thomas erinnert sich an „sehr emotionale Reaktionen“ auf ein mögliches rundfunkpolitisches Zusammengehen mit den als übermächtig und überheblich empfundenen Berlinern. „Man hatte einfach Angst, dass man von den Berlinern, die laut reden und viel reden, dominiert wird. Unterschwellig gab es immer Gefühle unter den ostdeutschen Kollegen, dass Berlin, sprich West-Berlin, zu dominierend werden könne nach der Wiedervereinigung. Daher auch das Stichwort ‚Keine Landnahme – Wir wollen nicht vereinnahmt werden.‘“<sup>188</sup>

Mit Ressentiments arbeiteten freilich auch die politischen Entscheidungsträger in Berlin, für die der ORB ein Sender der „roten Socken“ war, mit dem man schon alleine deshalb nicht fusionieren sollte, weil es für die Berliner CDU unangenehme Auswirkungen auf die Berichterstattung und damit womöglich auch auf das Wahlverhalten der Bürger hätte haben können. Ökonomisch erwies sich der Brandenburger Alleingang in der Rundfunkpolitik schnell als Holzweg. Der ORB musste bereits 1992 einen 25-Millionen-DM-Kredit von der ARD in Anspruch nehmen, der nie zurückgezahlt worden ist. Darüber hinaus erhielt der Sender in den ersten Jahren eine Aufbaufinanzierung, die von den Rundfunkanstalten in den alten Bundesländern aufgebracht werden musste. Auch der SFB hing bis zur Fusion mit dem ORB am Tropf der ARD. Wirtschaftlich wäre die Gründung einer Mehrländeranstalt oder eine schnelle Fusion mit dem SFB die sinnvollere Lösung gewesen.

Überlebt haben die Neuordnung des Rundfunks in Ostdeutschland nur drei ehemalige DDR-Hörfunksender. Das Jugendradio DT64 wurde nach Protesten von Jugendlichen vom MDR übernommen. Am 1. Mai 1993 wurde es in Sputnik umbenannt und ist bis heute über Satellit europaweit zu empfangen. Der Deutschlandsender Kultur, der im Juni 1990 aus dem Zusammenschluss von Radio DDR 2 und Stimme der DDR hervorgegangen war, tat sich mit RIAS Berlin und dem Deutschlandfunk zusammen. Zum 1. Januar 1994 fusionierten die Sender zum Deutschlandradio. Der neu geschaffene Sender sollte als nationaler Hörfunk zum Zusammenwachsen zwischen Ost und West beitragen. Drittes Überbleibsel des DDR-Rundfunks ist der Berliner Rundfunk, der zum 1. Januar 1992 privatisiert wurde und seitdem unter dem Namen Berliner Rundfunk 91.4 auf Sendung ist.

Erhalten geblieben sind auch einige Fernsehsendungen, die schon zu DDR-Zeiten bei den Zuschauern besonders beliebt gewesen waren. Insbesondere in den ersten Jahren nach der

---

<sup>188</sup> Interview mit Erhard Thomas, in: Lojewski/Zerdick: Rundfunkwende, S. 318.

Wiedervereinigung wollten die Programmverantwortlichen das Fernsehpublikum mit der Fortsetzung altbekannter Shows und Serien an die neu gegründeten Rundfunkanstalten binden. So strahlte der ORB beispielsweise das in der Wendezeit entstandene Umweltmagazin Ozon, die Unterhaltungssendung Außenseiter-Spitzenreiter, das Frauenmagazin Ungeschminkt und das Sandmännchen aus.

Bis heute haben die Fernsehzuschauer in den neuen Bundesländern andere Sehgewohnheiten und Interessen als die Westdeutschen. Obwohl die Umwandlung der ehemaligen SED-Pressen ganz anders verlaufen ist als die „Abwicklung“ des DDR-Rundfunks, muss für beide Bereiche konstatiert werden, dass in West und Ost zwei unterschiedliche Rezipientenkulturen entstanden sind, die sich einander nur langsam anzunähern scheinen. Auch wenn die institutionelle Kontinuität in beiden Bereichen unterschiedlich stark ausgeprägt ist, gibt es in Deutschland mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Mauerfall immer noch eine „geteilte Öffentlichkeit“. Um so drängender stellt sich die Frage nach den Menschen, die für die Medieninhalte verantwortlich sind und mit ihren Berichten in der Presse, im Radio und im Fernsehen das Weltbild und die politischen Meinungen der Rezipienten maßgeblich mitbestimmen.

### III. Personelle Kontinuitäten in der Brandenburger Medienlandschaft

In allen Bezirkszeitungen der SED wurde nach dem Zusammenbruch der DDR die Redaktionsleitung ausgetauscht. In der Regel ging der Wunsch nach einem neuen, nicht von der SED eingesetzten Chefredakteur von den Mitgliedern der Redaktionen aus. Ein Chefredakteurswechsel fand auch bei den in Brandenburg beheimateten SED-Bezirkszeitungen vergleichsweise früh statt. Vorreiter war die Lausitzer Rundschau. Laut Impressum war die Cottbusser Tageszeitung vom 11. bis zum 22.12.1989 führungslos; eine Neubesetzung des Chefredakteurspostens erfolgte zum 23.12.1989. Der Neue Tag stand ab dem 16.11.1989 unter der Leitung eines neuen Chefredakteurs. Die Märkische Volksstimme trennte sich am 15.11.1989 von ihrem damaligen Chefredakteur, dessen Stelle am 30.11. laut Impressum neu besetzt wurde. Der Austausch der Redaktionsleitungen sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch deren Nachfolger in der ersten Phase bis Ende 1990 fast ausschließlich aus den eigenen Reihen rekrutiert wurden. Auch wenn die neuen Chefredakteure in der Regel „liberaler“ waren als ihre Vorgänger: In der Regel hatten sie zu DDR-Zeiten „Journalismus“ im Sinne der SED betrieben. Von einem Elitenaustausch kann also keine Rede sein.

Auch nach dem Verkauf der einstigen Parteiblätter an westdeutsche Großverlage blieb in den Redaktionen personell alles beim Alten. Wer 1991 in der Redaktion einer ehemaligen SED-

Bezirkszeitung arbeitete, war in der Regel schon vor dem Mauerfall in der DDR als Journalist tätig. Westdeutsche Journalisten waren bei den Brandenburger (wie auch bei allen anderen ostdeutschen) Tageszeitungen in der Nachwendezeit eine verschwindend kleine Minderheit. Noch Ende 1992 waren 90 Prozent der Redakteure bei den Tageszeitungen in den neuen Bundesländern ostdeutsch sozialisiert.

Eine personelle Erneuerung fand allenfalls auf der Chefredakteursebene statt. Die neuen Eigentümer der Brandenburger Tageszeitungen scheinen allerdings besonders zurückhaltend bei der Neubesetzung der Chefredakteursposten gewesen zu sein. So beließ die FAZ, als neue Eigentümerin der Märkischen Allgemeinen, den vom Redaktionskollegium gewählten Hans-Ulrich Conrad im Amt. Sie stellte ihm 1991 Peter Mugay zur Seite, der zu DDR-Zeiten als Redakteur für das CDU-Blatt *Neue Zeit* geschrieben hatte und Mitglied der Volkskammer gewesen war. 1992 kam Alexander Gauland, der zuvor als Staatssekretär in der Hessischen Staatskanzlei tätig gewesen war, als Herausgeber zur Märkischen Allgemeinen. Bei der *Lauitzer Rundschau* verblieb Chefredakteur Wolfgang Nagorske bis zum Jahr 1994 im Amt. Heinz Kannenberg, der erste Chefredakteur der Märkischen Oderzeitung, musste erst im 1996 seinen Posten abgeben. Die Redaktionsleitung übernahm der aus Westdeutschland stammende Claus Detjen, der bis zu diesem Zeitpunkt Herausgeber und Geschäftsführer der MOZ gewesen war.<sup>189</sup> Auch bei den Brandenburgischen Neuesten Nachrichten verblieb mit Georg Jopke der Mann im Chefredakteurssessel, der die Blockparteizeitung schon zu DDR-Zeiten geleitet hatte. Er wurde 1992 von Michael Erbach abgelöst, der bis heute Chefredakteur der in Potsdamer Neueste Nachrichten umbenannten Zeitung ist.

Die Gründe für diese erstaunlich hohe personelle Kontinuität liegen auf der Hand: Zum einen hatte die Treuhand den westdeutschen Käufern der ehemaligen SED-Blätter für die ersten Jahre Beschäftigungsgarantien abverlangt. Zum anderen hatten die neuen Eigentümer kein Interesse daran, sich durch personelle Umstrukturierungen den Unmut der eigenen Belegschaft zuzuziehen. Für die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Medienkonzerne waren die einstigen SED-Blätter mit ihren hohen Auflagen und riesigen Verbreitungsgebieten vielversprechende Renditeobjekte. Unruhe unter den Mitarbeitern oder personelle Engpässe infolge von Massenentlassungen hätten die Gewinne gemindert. Daran hatten die Käufer kein Interesse. Solange die Zahlen stimmten, konnten die Tochterunternehmen im fernen Osten schalten und walten, wie sie wollten.

### 3.1. Stasi-Aufarbeitung bei der Märkischen Allgemeinen

---

<sup>189</sup> Vgl. <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1996/0615/politik/0129/index.html>.

Dass es keine gute Idee war, die einstigen Parteiblätter einfach ihrem Schicksal zu überlassen und selbst bei der Besetzung der Spitzenposten auf eine Regelanfrage bei der Gauck-Behörde zu verzichten, zeigt der Aufstieg von Peter Mugay zum Chefredakteur der Märkischen Allgemeinen.<sup>190</sup> Mugay hatte vor dem Mauerfall als Redakteur für die Neue Zeit gearbeitet und saß später für die CDU-Fraktion in der Volkskammer. Dort musste er sich einer Stasi-Überprüfung unterziehen. Prompt tauchten erste Hinweise auf, die es sehr wahrscheinlich machten, dass Mugay für die Stasi gespitzelt hatte. Der gelernte Journalist wurde daraufhin aufgefordert, sein Mandat niederzulegen, was er verweigerte. Trotz alledem machte ihn die FAZ-Geschäftsführung 1991 zum Chefredakteur der Märkischen Allgemeinen. Mugay nutzte seinen neuen Posten, um in Kommentaren und Leitartikeln Stimmung gegen Bürgerrechtler und die Gauck-Behörde zu machen. So bezichtigte er die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Vera Wollenberger (heute: Lengsfeld) und die ehemalige DDR-Oppositionelle Bärbel Bohley in einem Artikel des Antisemitismus, weil sie es gewagt hatten, Stefan Heyms Bundestagskandidatur für die PDS zu kritisieren. In der MAZ ereiferte er sich über die beiden „geifernden Bürgerrechtlerinnen“, die mit ihrer Kritik an dem beliebten DDR-Schriftsteller die Schamgrenze überschritten hätten. „Vermutlich macht sie tollkühn, weil es gegen einen jüdischen Mitbürger aus den neuen Bundesländern geht.“

Vera Lengsfeld wollte diese öffentliche Schmähung nicht auf sich sitzen lassen und schrieb einen Leserbrief an Chefredakteur Mugay. Sie und Bärbel Bohley wollten sich nicht als „rechtsradikale Antisemitinnen“ diffamieren lassen, nur weil sie die PDS und Stefan Heym kritisiert hatten. Laut Lengsfeld habe Mugay die Veröffentlichung ihres Leserbriefes in einem Telefonat an eine Bedingung geknüpft: Lengsfeld solle ihm zuerst einige Fragen beantworten. Als sie dies verweigerte, habe sich der damalige MAZ-Chefredakteur schriftlich an sie gewandt und sie aufgefordert, ihm persönliche Details aus ihrem Leben in der DDR mitzuteilen. Unter anderem wollte Mugay, der offenbar auch nach dem Fall der Mauer das Spitzeln nicht sein lassen konnte, von Lengsfeld wissen, ob sie „Kontakt zum Dompredige von Schwerin, der SED-Mitglied war, bzw. zu seiner Familie“ hatte. „Wenn ja, welcher Art, wie lange?“ Verständlicherweise sah die ehemalige Bürgerrechtlerin keinen Grund, die Fragen des selbsternannten Inquisitors zu beantworten. In einem Fax wandte sie sich an MAZ-Herausgeber Gauland. Diesem teilte sie mit, dass sie nicht bereit sei, sich von einem ehemaligen Stasispit-

---

<sup>190</sup> Peter Mugay wollte sich leider mit der Gutachterin weder über seine IM-Tätigkeit noch über seine Arbeit für die Märkische Allgemeine unterhalten. Nach seinen Erfahrungen in den vergangenen 20 Jahren, so der Journalist in einer E-Mail vom 11.02.2011, sei auch diesmal nicht „mit einem objektiven, gerechten und fairen Bericht“ zu rechnen.

zel aushorchen zu lassen. Zwei Tage später wurde Lengsfelds Leserbrief ohne vorherige Durchleuchtung ihres Privatlebens in der MAZ abgedruckt.<sup>191</sup>

Unter Mugays Ägide entstanden auch Kommentare, die man so wohl allenfalls noch in der Jungen Welt finden würde. Über die Arbeit der Gauck-Behörde war in der Märkischen Allgemeinen beispielsweise zu lesen: „Es ist nicht einzusehen, daß Hunderte von Milliarden Mark an Steuergeldern auch dafür ausgegeben werden, dem letzten Hinterwäldler die Gewißheit zu geben, ob er nun Objekt der Stasi-Begierde war oder nicht.“ „Obskure Figuren wie der Stasi-MdB Kutzmutz oder der gescheiterte CDU-Politiker Peter Michael Diestel“ wurden hingegen von Mugay in seinen Artikeln „herzlich bedient.“<sup>192</sup> Auch in Artikeln, in denen es nicht um die Aufarbeitung der SED-Diktatur ging, nahm Mugay Positionen ein, die völlig inakzeptabel waren und eigentlich zu seiner sofortigen Absetzung hätten führen müssen. So soll er in einem seiner Kommentare die Einführung der Todesstrafe für Kinderschänder gefordert haben.<sup>193</sup>

Vier Jahre lang durfte Chefredakteur Mugay die Märkische Allgemeine als Sprachrohr seiner überaus fragwürdigen politischen Überzeugungen nutzen, SED-Opfer diffamieren und Wahlkampf im Sinne der PDS machen. Die FAZ handelte erst, als in der Gauck-Behörde im August 1993 Unterlagen auftauchten, die seine frühere Stasi-Tätigkeit eindeutig belegen. Erst war es nur eine Karteikarte mit dem Decknamen „Albert“, dann fanden sich auch die zerrissene Verpflichtungserklärung und verschiedene Spitzelberichte. Aus den Unterlagen der Gauck-Behörde geht hervor, dass Mugay sich der Stasi regelrecht aufgedrängt hatte. Der „Bürger Mugay, Peter“ klopfte am 15. Oktober 1976 gegen 15 Uhr an die Pforte der MfS-Bezirksverwaltung Berlin, um „Angaben über negative Erscheinungen in der Unionsdruckerei machen zu dürfen“, notierte die Stasi über den auskunftsfreudigen Journalisten.<sup>194</sup> „Mugay denunziert aufs Erbärmlichste seine Kollegen in der Druckerei. Er berichtet von ‚politisch negativen Bemerkungen‘ der Setzer, Drucker und Metteure, erwähnt pikanterweise auch einen handgedruckten Bogen mit der Aufschrift ‚Der größte Lump im ganzen Land ist der Denunziant‘, der in der Druckerei hänge, und da müsse man sich doch nicht wundern, wenn dort auch Flugblätter im Handsatz hergestellt würden. Das wurde der Einstieg als IM, und Mugay wurde auf ‚Personen und Personengruppen, vorwiegend aus dem Bereich Kunst und Kultur im

---

<sup>191</sup> Der Vorfall ist nachzulesen in dem Artikel „Auf die linke Tour“ von Olaf Opitz, in: FOCUS 11/1994, [http://www.focus.de/politik/deutschland/wahlkampf-auf-die-linke-tour\\_aid\\_145632.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/wahlkampf-auf-die-linke-tour_aid_145632.html).

<sup>192</sup> So der von Mugay bespitzelte Oppositionelle Konrad Weiß. Zitiert nach Deutscher Bundestag (Hrsg): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Band IV,1, Baden-Baden 1999, S. 572.

<sup>193</sup> Auskunft eines ehemaligen MAZ-Mitarbeiters.

<sup>194</sup> Zitiert nach Opitz, Olaf: „Zerrissene Schicksale“, FOCUS Nr. 40/1996, [http://www.focus.de/politik/deutschland/stasi-erbe-zerrissene-schicksale\\_aid\\_160205.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/stasi-erbe-zerrissene-schicksale_aid_160205.html).

Blick auf Aktivitäten des politischen Untergrunds‘ angesetzt.“<sup>195</sup> Zu Mugays Opfern gehörte unter anderem der Bürgerrechtler Konrad Weiß. Am 6. September 1984 legte das MfS einen „Vorlauf“ zu Mugay an, der damals für das CDU Blatt „Neue Zeit“ als Journalist tätig war. Zwei Monate später versorgte ihn sein Führungsoffizier mit einem Decknamen.

Fest steht, dass der Journalist bis zuletzt versucht hat, die Öffentlichkeit über seine dunkle Vergangenheit zu täuschen. Als im Sommer 1993 im Focus ein Artikel erschien, in dem Mugays IM-Tätigkeit offengelegt wurde, holte der MAZ-Chefredakteur in einem Kommentar zum publizistischen Gegenschlag aus. Unter der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglassenden Überschrift „Menschenjäger“ behauptete Mugay falsch, zu keinem Zeitpunkt für die Stasi tätig gewesen zu sein und stilisierte sich anschließend ebenso weinerlich wie wortreich zum Opfer einer großangelegten Kampagne der Westmedien. „Bei Menschenjägern stehe ich also auf der Abschlußliste: Über Kimme IM und Korn Vergangenheit. Damit die Auflage von Focus stimmt – gegenüber dem Spiegel. Wer gab die Anregung, Mugay abzuschießen? Er wird edel im Dunkeln bleiben. Es findet Widerliches statt.“<sup>196</sup> Bemerkenswert ist nicht nur die Dreistigkeit, mit der Mugay leugnet, was zu diesem Zeitpunkt eigentlich nicht mehr zu leugnen war. Der offenbar von Selbstüberschätzung nicht ganz freie Journalist war allen Ernstes der Ansicht, dass sich in München ein besonders skrupelloser West-Journalist gezielt vorgenommen hatte, ihn, den bedeutenden Chefredakteur der nicht minder bedeutenden Märkischen Allgemeinen, mithilfe einer perfiden Kampagne vom Sockel zu stürzen. Als ein Mitarbeiter des Nachrichtenmagazins Focus ihn auf seine frühere Stasitätigkeit ansprach, sagte Mugay: „Ich kann damit nichts anfangen, auch nicht mit dem Namen ‚Albert‘ - der hat gar keinen Bezug zu meiner Person. Mehr kann ich dazu nicht sagen.“<sup>197</sup>

Doch die Aktenlage war eindeutig. Im Januar 1995 – also erst vier Jahre nach dem Bekanntwerden der ersten Stasi-Vorwürfe und anderthalb Jahre nach dem Auftauchen der Karteikarte mit seinem Decknamen - musste Mugay den Chefredakteursposten bei der MAZ räumen. Noch ein Jahr zuvor hatte die FAZ-Verlagsgruppe, zu der die MAZ bis heute gehört, die Geschäftsentwicklung der Potsdamer Tageszeitung gelobt. „Wie dieser wirtschaftliche Erfolg zustande gekommen ist, war den Eigentümern des Blattes offenbar gleichgültig.“<sup>198</sup> Ausgerechnet der Mann, der von der FAZ offenbar nach Potsdam geschickt worden war, um ein Gegengewicht zu dem amtierenden Chefredakteur Hans-Ulrich Conrad zu schaffen, dem man im fernen Frankfurt wegen seiner früheren SED-Mitgliedschaft nicht recht über den Weg zu trauen schien, entpuppte sich selbst als ideologischer Scharfmacher mit MfS-Vergangenheit.

---

<sup>195</sup> Deutscher Bundestag (Hrsg): Materialien, S. 571 f.

<sup>196</sup> Ebd., S. 572.

<sup>197</sup> Zitiert nach [http://www.focus.de/magazin/archiv/enttarnung-chefredakteur-im-albert\\_aid\\_143236.html](http://www.focus.de/magazin/archiv/enttarnung-chefredakteur-im-albert_aid_143236.html).

Wie sich später herausstellte, stand auch Conrad in Diensten der Stasi. Die MAZ stand dank der kopflosen Personalpolitik der FAZ zu Beginn der neunziger Jahre also unter Führung zweier ehemaliger Stasi-Spitzel, von denen zumindest einer sich keine große Mühe gab, zu verbergen, welch Geistes Kind er ist.

Herausgeber Gauland, der als erklärter Konservativer eigentlich keine besonderen Sympathien für die DDR oder das MfS haben dürfte, räumte hinterher zwar ein, dass die Glaubwürdigkeit der Branche durch die Weiterbeschäftigung ehemaliger Stasi-Spitzel Schaden genommen habe, nahm diesen personalpolitischen Super-GAU aber immer noch nicht zum Anlass, offensiv und für die Öffentlichkeit transparent die Vergangenheit der MAZ-Redakteure aufzuarbeiten.<sup>199</sup> Nach Auskunft des stellvertretenden MAZ-Chefredakteurs Lothar Mahrle gab es lediglich den Versuch Gaulands, alle Ressortleiter und Lokalchefs der MAZ bei einer Zusammenkunft in Potsdam dazu zu bewegen, eine eventuelle frühere Tätigkeit für die Stasi freiwillig einzuräumen. Von dieser Möglichkeit sollen mehrere Redakteure, allen voran der damalige Chef der Lokalredaktion Neuruppin, Bolko Bouché Gebrauch gemacht haben. Gauland soll daraufhin eine Überprüfung der Ressortleiter und Lokalchefs bei der Gauck-Behörde beantragt und auf Grundlage der darin enthaltenen Informationen entschieden haben, ob die Betroffenen bei der MAZ verbleiben durften oder allenfalls in untergeordneter Position für die Zeitung noch tragbar waren. Da Herr Gauland trotz mehrmaliger freundlicher Bitte der Gutachterin nicht bereit ist, für ein Interview zur Verfügung zu stehen, können die damaligen Ereignisse nur bruchstückhaft rekonstruiert werden. So ist unklar, über wie viele Personen ein Positivbescheid der Gauck-Behörde eingegangen ist. Offen bleiben muss auch die Frage, nach welchen Kriterien Gauland bei der Einzelfallprüfung vorgegangen ist bzw. wie viele stasibelastete MAZ-Journalisten das Haus verlassen oder ihre Leitungsfunktion verloren haben.

Die jetzige MAZ-Chefredaktion sieht beim Thema Stasi keinen Handlungsbedarf.<sup>200</sup> Die „Hauptbelasteten“ seien bereits vor dem Kauf durch die FAZ aus der Redaktion ausgeschieden. Unter der Herausgeberschaft von Alexander Gauland seien die beiden Chefredakteure Conrad und Mugay, der Lokalchef Bouché sowie der Layoutchef wegen ihrer Stasivergangenheit entlassen worden. Mitte der neunziger Jahre kam heraus, dass auch der damalige Politikchef der MAZ, noch kurz vor dem Zusammenbruch der SED-Diktatur eine Verpflichtungserklärung unterschrieben hatte. Auch mit ihm wurde das Arbeitsverhältnis beendet. Laut MAZ-Chefredaktion kann eine frühere Spitzeltätigkeit auch bei einigen der Aufhebungsver-

---

<sup>198</sup> Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien, S. 572.

<sup>199</sup> Vgl. Robers, Norbert: „Die schärfsten Kritiker der Elche“, in: Focus 3/1995, [http://www.focus.de/kultur/medien/journalisten-die-schaerfsten-kritiker-der-elche\\_aid\\_152635.html](http://www.focus.de/kultur/medien/journalisten-die-schaerfsten-kritiker-der-elche_aid_152635.html).

<sup>200</sup> Das Gespräch mit dem MAZ-Chefredakteur Klaus Rost und seinem Stellvertreter Lothar Mahrle fand am 16.02.2011 in Potsdam statt. Soweit nicht anders angegeben, stammen alle Zitate aus diesem Gespräch.

träge mit Redakteuren in der Zeit ab 1992 eine Rolle gespielt haben.<sup>201</sup> Um wie viele Fälle es sich handelt, entzieht sich angeblich der Kenntnis der Chefredaktion, weil sich dies „vor ihrer Zeit“ abgespielt habe und in die Kompetenz des Herausgebers Gauland gefallen sei, der – wie erwähnt – für Auskünfte zu diesem Thema bedauerlicherweise nicht zur Verfügung steht. Man könne garantieren, dass aktuell kein Ressortleiter oder Lokalchef der MAZ eine Stasi-vergangenheit habe. Ob in der Redaktion Mitarbeiter ohne Leitungsfunktion tätig sind, die zu DDR-Zeiten für das MfS im Einsatz waren, könne man nicht sagen, da eine Überprüfung dieses Personenkreises für den Arbeitgeber laut Stasiunterlagengesetz nicht möglich ist. Auf die Frage, ob die MAZ denn eine Überprüfung dieser Mitarbeiter in Angriff nehmen würde, wenn das Stasiunterlagengesetz dies erlaube, gab die Chefredaktion zu bedenken, dass man den Menschen auch zugestehen müsse, dass sie sich in den vergangenen 20 Jahren geändert haben.

Dass die Stasiverstrickungen (ehemaliger) MAZ-Mitarbeiter sehr wohl noch ein Thema sind, zeigte sich im August 2008: Der NDR-Journalist Hans-Jürgen Börner, der drei Jahre als ARD-Korrespondent in der DDR tätig gewesen war, machte für einen Fernsehbeitrag einige der Menschen ausfindig, die ihn seinerzeit im Auftrag der Stasi bespitzelt hatten.<sup>202</sup> Unter ihnen war auch Manfred Mohr, der für die MAZ als freier Sportjournalist tätig war. Der Diplom-Journalist, der am „Roten Kloster“ in Leipzig studiert hatte, stand seit 1980 in den Diensten des MfS und war als hauptamtlicher Stasi-Hauptmann unter anderem für die Überwachung des ehemaligen Fernsehkorrespondenten Börner zuständig. Der NDR-Journalist überraschte Mohr an seinem damaligen Arbeitsplatz, der MAZ-Lokalredaktion in Zossen. Von Börner auf seine frühere hauptamtliche Stasi-Mitarbeit angesprochen, versuchte Mohr sich den Fragen des Journalisten zu entziehen. Das alles sei zwanzig Jahre her und im übrigen für ihn abgeschlossen. Mehr war aus Mohr nicht herauszubekommen.

Im Zuge seiner Recherchen stieß Hans-Jürgen Börner auch auf Bolko Bouché, den bereits erwähnten ehemaligen Leiter der MAZ-Lokalredaktion Neuruppin, der die Zeitung verlassen hatte, nachdem seine Stasi-Vergangenheit ans Licht gekommen war. Nach Auskunft von Lothar Mahrla habe Alexander Gauland Bouché aufgrund seiner MfS-Verstrickung vom Lokalchef zum Redakteur herabstufen wollen. Dies habe Bouché jedoch abgelehnt. Der Journalist verließ die MAZ und machte sich selbständig. Er betreibt heute in Potsdam den Bouché Medienservice, eine PR-Agentur, die unter anderem die MAZ-Sportseiten produziert. Einer der Mitarbeiter, die die MAZ-Leser im Auftrag von Bouché mit Sportberichten versorgen, war Manfred Mohr. Als Börner Bouché nach der Stasi-Vergangenheit seines Mitarbeiters befrag-

---

<sup>201</sup> Die Angaben stammen aus zwei E-Mails von Klaus Rost v. 31.03. bzw. 04.04.2011.

te, verwies auch dieser darauf, dass inzwischen 20 Jahre vergangen seien. Es sei im Moment nicht der richtige Zeitpunkt, Konsequenzen zu ziehen. Zudem, so Bouché weiter, sollte jeder Mensch die Chance bekommen, sich auch durch seine Arbeit zu rehabilitieren. Börner ließ nicht locker und fragte Bouché nach seinen Erfahrungen mit der Stasi. Bouché wand sich vor laufender Kamera wie ein Aal. „Äh, ich bin aber als, ja, DDR-treuer Bürger aufgewachsen. Insofern ist die Staatssicherheit für mich in keiner Weise irgendwie reglementierend eingetreten. Und deshalb habe ich damit auch ein geringeres Problem als manche andere wahrscheinlich“, sagte der ehemalige MAZ-Lokalchef. Hans-Jürgen Börner wollte daraufhin von Bouché wissen, ob dieser eigene Erfahrungen mit der Stasi gemacht habe. Bouché verneinte. Erst in einem zweiten Interview mit dem hartnäckigen Fernsehjournalisten räumte Bouché ein, unter dem Decknamen „Alexander“ für die Stasi gespitzelt und Berichte geschrieben zu haben. Nach eigenen Angaben sollte der Journalist sich im Auftrag der Stasi in den Westen absetzen, um dort „möglichst schnell Karriere zu machen“.<sup>203</sup>

Bei einigen MAZ-Mitarbeitern lösten die Enthüllungen über ihren früheren Kollegen Empörung aus. Sie mussten aus dem Fernsehen erfahren, dass sie mit einem früheren Stasi-Spitzel zusammengearbeitet hatten und hätten sich gewünscht, von der Chefredaktion der MAZ vor Ausstrahlung des Beitrags über die Stasi-Vergangenheit ihres früheren Kollegen informiert worden zu sein. Der Versuch zweier (zu DDR-Zeiten in der Opposition aktiven) MAZ-Redakteure den Zapp-Beitrag zum Anlass zu nehmen, etwa auf Seite 3 der Märkischen Allgemeinen über den Fall Mohr/Bouché zu berichten und damit auch die Stasi-Verstrickungen im eigenen Haus kritisch zu reflektieren, scheiterte am Widerstand der Chefredaktion. Insbesondere Lothar Mahrla, der stellvertretende Chefredakteur der MAZ, empört sich noch heute über die aus seiner Sicht diffamierende Berichterstattung des NDR-Journalisten. Mahrla hatte Hans-Jürgen Börner für seinen Fernsehbeitrag Rede und Antwort gestanden und dem NDR-Mann erklärt, dass die MAZ arbeitsrechtlich im Fall Mohr nicht handeln könne, da dieser ja für Bolko Bouché arbeite und nur auf Umwegen für die MAZ tätig sei. Ein Problem habe man mit Mohrs Stasi-Vergangenheit auf der einen Seite schon. Auf der anderen Seite gab Mahrla vor der Kamera zu bedenken, dass 1989 auf den Straßen schließlich der Satz skandiert worden sei: „Stasi in die Produktion!“. Die Damen und Herren, so Mahrla weiter, „müssen ja irgendwo bleiben“.

Aus Sicht von Mahrla habe Börner aus einem fast einstündigen Hintergrundgespräch durch eine geschickte Schnitttechnik bewusst einen falschen Eindruck von den Zuständen bei der Märkischen Allgemeinen erweckt. Der Chefredaktion sei nicht bekannt gewesen, dass Mohr

---

<sup>202</sup> Siehe dazu <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2008/panoramastasi100.html>.

hauptamtlich für die Stasi gearbeitet habe.<sup>204</sup> Von Bouchés IM-Tätigkeit habe man zwar gewusst, ihn aber dennoch mit der Zulieferung der Sportseiten betraut, da er aus Sicht von Mahrla stets offen mit seiner früheren MfS-Tätigkeit umgegangen und sich davon glaubhaft distanziert habe.<sup>205</sup> Die Stasi-Vorfälle bei der MAZ zum Thema zu machen, wie von einigen Redakteuren gefordert, habe man abgelehnt, da man dem schlecht recherchierten und einseitigen Fernsehbeitrag von Hans-Jürgen Börner nicht noch zu weiterer Publizität habe verhelfen wollen. Allerdings, so Mahrla weiter, habe man nach Ausstrahlung des Beitrags Bolko Bouché nahegelegt, das Arbeitsverhältnis mit Manfred Mohr zu beenden. Jemand, der wie Mohr zu DDR-Zeiten Journalisten bespitzelt habe, sollte heute nicht als Journalist tätig sein, so Lothar Mahrla. An der Zusammenarbeit mit Bouché hält die MAZ hingegen fest. Seine Medienagentur produziert nach wie vor rund 3000 Sportseiten pro Jahr für die MAZ.

### 3.2. Stasi-Aufarbeitung bei der Märkischen Oderzeitung

Einen anderen Weg als die MAZ ging die Märkische Oderzeitung. Claus Detjen, der aus Westdeutschland stammende ehemalige Herausgeber und Geschäftsführer der MOZ, bezeichnet sich selbst als „Kind der Reeducation in der amerikanischen Besatzungszone“.<sup>206</sup> Als solches sei er mit einer „Auffassung der Unabhängigkeit von Journalismus und Medien aufgewachsen und in den Beruf gekommen, der geprägt war von den Eindrücken nach dem Jahr 1945 und von einer Vorstellung, daß Presse, unabhängige Presse, eine unersetzbare Funktion in einem demokratischen Staat einzunehmen hat“.<sup>207</sup> Detjen ist mit der Einstellung, dass sich eine frühere Tätigkeit für die Stasi nicht mit einer Tätigkeit als Redakteur verträgt, im Jahr 1991 nach Frankfurt/Oder gekommen.<sup>208</sup> In mehreren Betriebsversammlungen habe er der versammelten Belegschaft klarzumachen versucht, dass er erwarte, von einer eventuellen früheren MfS-Tätigkeit in Kenntnis gesetzt zu werden. „Ich habe deutlich gemacht, dass meine Tür weit offen ist, aber nur sehr wenige haben die Chance genutzt, ihre Vergangenheit offenzulegen“, sagt Detjen. Das Thema Stasi sei allerdings in den ersten Jahren nach der friedlichen Revolution allgegenwärtig gewesen. So habe es in regelmäßigen Abständen „Hinweise

---

<sup>203</sup> Vgl. [http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/medien\\_politik\\_wirtschaft/zapp540.html](http://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/medien_politik_wirtschaft/zapp540.html).

<sup>204</sup> Dies dürfte den Tatsachen entsprechen. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass Manfred Mohrs frühere hauptamtliche MfS-Mitarbeit zumindest einem Teil der Mitarbeiter in der MAZ-Lokalredaktion Zossen bekannt war, aber aufgrund der „Zuverlässigkeit“ des Kollegen großzügig toleriert wurde.

<sup>205</sup> Diese Aussage steht allerdings in einem merkwürdigen Widerspruch zu Bouchés Versuchen, seine IM-Tätigkeit im Gespräch mit Hans-Jürgen Börner vor laufender Kamera zu leugnen.

<sup>206</sup> Zitiert nach Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Band IV,1, Baden-Baden 1999, S. 598.

<sup>207</sup> Ebd.

<sup>208</sup> Das Gespräch mit Claus Detjen fand am 26.05.2011 in Berlin statt.

von außen“ gegeben, dass bestimmte MOZ-Redakteure für die Stasi gespitzelt hatten. Diesen Hinweisen sei man nachgegangen und habe, wenn sich diese bestätigen ließen, personelle Konsequenzen gezogen. Detjen war trotzdem nicht zufrieden mit dem Prozess der Aufarbeitung im eigenen Haus. „Ich musste leider feststellen, dass der Versuch, intern Licht in das Kapitel Stasi zu bringen, immer nur einen kleinen Teilbereich aufgehellt hat. Das große Ganze blieb trotz aller Bemühungen weiter im Dunkeln“, sagt der ehemalige MOZ-Chefredakteur. 1994 fasste Detjen deshalb den Entschluss, sich einem wissenschaftlichen Forschungsprojekt anzuschließen. Unter Anleitung des Projektkoordinators Johannes Weberling<sup>209</sup> gingen drei Wissenschaftler am Beispiel der Berliner Zeitung, der Sächsischen Zeitung und des Neuen Tages der Frage nach, wie die Absicherung der Berichterstattung der Bezirkszeitungen der SED durch das Ministerium für Staatssicherheit im einzelnen vonstatten ging. Detjen machte in der MOZ-Redaktion bekannt, dass es diese Studie geben wird und forderte seine Redakteure auf, ihm vor Fertigstellung der wissenschaftlichen Untersuchung eine eventuelle frühere Stasi-Tätigkeit zu gestehen. „Ich habe lange vor Erscheinen der Studie die Spielregeln festgelegt und kommuniziert. Meinen Mitarbeitern habe ich gesagt, dass jetzt noch Zeit sei, sich zu erleichtern. Ich habe ihnen auch klar gesagt, dass eine frühere Stasi-Mitarbeit für mich eine ganz andere Dimension bekommt, wenn sie erst durch die Studie ans Licht kommt“, sagt Detjen. Laut Weberling sind sechs oder sieben MOZ-Mitarbeiter auf Detjens Angebot eingegangen, darunter ein Ressortchef und eine Lokalchefin. Auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung sei die MOZ-Chefredaktion zum Ergebnis gekommen, dass es in allen Fällen tragbar sei, die Betroffenen in der Redaktion zu belassen. Einer der ehemaligen Stasi-Spitzel hat laut Weberling auf eigenen Wunsch gekündigt und die MOZ verlassen. Er hatte zu DDR-Zeiten unter anderem Kollegen bespitzelt, mit denen er bei der MOZ nach wie vor eng zusammenarbeiten musste. Eine Weiterbeschäftigung dieses IM wäre aus Sicht der MOZ nicht in Frage gekommen, da dies eine Zumutung für die Opfer des früheren Spitzels gewesen wäre. Die unter dem Titel „Willfähige Propagandisten“ veröffentlichte Studie zeigt, dass die Stasi den Neuen Tag fest im Griff hatte. Innerhalb der Verlagsleitung, der Chefredaktion und der Redaktion der SED-Bezirkszeitung konnte das MfS aus mehreren äußerst zuverlässigen inoffiziellen Quellen gleichzeitig schöpfen. Die IM-Dichte beim Neuen Tag, so das Fazit der Studie, sei um einiges höher gewesen als bei vielen anderen ehemaligen SED-Bezirkszeitungen. Die MOZ-Chefredaktion ging davon aus, dass ihr alle früheren Kontakte von Redakteuren zum MfS bekannt waren. Doch wie sich alsbald herausstellte, hatte nur ein Teil der früheren MfS-Mitarbeiter die Chance genutzt, sich gegenüber der Chefredaktion zu offenbaren. Nach Er-

---

<sup>209</sup> Das Gespräch mit Johannes Weberling fand am 29.03.2011 in dessen Berliner Kanzlei statt.

scheinen der Studie trennte sich die MOZ von weiteren elf Redaktionsmitgliedern, die zu DDR-Zeiten im Dienst der Stasi gestanden hatten. Nicht alle waren so eifrig wie der GMS „Reinhold“, der laut Studie im Auftrag der Stasi versucht hatte, einen Artikel über die Preisverleihung an einen DDR-Künstler zu verhindern und der Chefetage des Neuen Tages eine Feier spendierte, die vom MfS finanziert wurde. Aber viele der aufgeflogenen Ex-Spitzel hatten dem MfS über Kollegen berichtet und Interna aus der Redaktion an die Stasi weitergegeben. Aus Sicht von Johannes Weberling seien die Entlassungen nötig gewesen, um die Glaubwürdigkeit der MOZ zurückzugewinnen. Gerade weil man nach der Privatisierung durch die Treuhand fast das gesamte redaktionelle Personal des Neuen Tags übernommen habe, sei es für die publizistische Glaubwürdigkeit der Märkischen Oderzeitung gegenüber ihren Lesern unerlässlich, dass die Zeitung und ihre Mitarbeiter sich glaubhaft mit ihrer früheren Rolle und Funktion in der SED-Diktatur auseinandersetzen. Jeder Chefredakteur einer ehemaligen SED-Bezirkszeitung müsse ein elementares Interesse daran haben, über eine eventuelle frühere Stasi-Tätigkeit seiner Mitarbeiter informiert zu sein. Der Chefredakteur verantwortete persönlich die Berichterstattung „seiner“ Zeitung. Er müsse darauf vertrauen können, dass sich die Redakteure seiner Zeitung in ihrer Berichterstattung an den von ihm vorgegebenen Rahmen halten und ihre Arbeit vor allem bei sensiblen Themen wie der Aufarbeitung des im Namen der SED begangenen Unrechts glaubwürdig machen.

Aus Sicht von Weberling hat sich nicht nur das Klima in der Redaktion durch die Trennung von den ehemaligen Stasi-Mitarbeitern zum Besseren entwickelt. Die personelle Erneuerung habe sich auch in der Berichterstattung niedergeschlagen. „Plötzlich wurde in der MOZ über Stasi-Seilschaften und Doping im DDR-Sport berichtet. Das waren Themen, die vorher nicht oder nur am Rande vorkamen, weil die verantwortlichen Redakteure diese Themen nicht behandelt sehen wollten“, so der Jurist.

Der Umgang der Märkischen Oderzeitung mit der eigenen Vergangenheit zeigt exemplarisch, dass die Aufarbeitung der Verstrickung in die SED-Diktatur ein Prozess ist, von denen auch die Zeitungen immer wieder eingeholt werden, die sich ihm vergleichsweise früh zu stellen versucht haben. So fanden Mitarbeiter des ORB-Politmagazins „Klartext“ im Jahr 1998, also ein Jahr nach Erscheinen der Studie über die Stasiverstrickungen bei der MOZ, heraus, dass trotz der Bemühungen der Chefredaktion und der von ihr beauftragten Wissenschaftler nicht alle in der Redaktion tätigen Ex-Spitzel enttarnt werden konnten. In der Lokalredaktion Strausberg, so die ORB-Recherchen, sei eine Redakteurin im Einsatz, die zu DDR-Zeiten für die Stasi tätig gewesen sei. Kurz nach Ausstrahlung des Fernsehbeitrags meldeten sich ehemalige Strausberger Bürgerrechtler bei der MOZ-Chefredaktion. Diese bestätigten den schwe-

ren Verdacht gegen die MOZ-Lokalredakteurin. Daraufhin entschloss sich die Chefredaktion, die konspirativen Vorgänge in der Lokalredaktion Strausberg wissenschaftlich und publizistisch unter die Lupe zu nehmen – mit erstaunlichem Ergebnis. In enger Zusammenarbeit mit Johannes Weberling fanden der damalige MOZ-Chefredakteur Franz Kadell und der damalige Leiter der Lokalredaktion Strausberg Ralf Freitag heraus, dass die Stasi von Mitte 1981 bis Mitte November 1989 in der Lokalredaktion Strausberg des Neuen Tages eine konspirative Wohnung unterhalten hatte. Gleich zwei Redaktionsleiter der MOZ, die beide vom MfS unter dem Decknamen IMK „Schreiber“ geführt worden waren, hatten hinter dem Rücken ihrer Kollegen mit der Stasi zusammengearbeitet. Von vier Redakteuren der Lokalredaktion Strausberg, so das Ergebnis der Nachforschungen von Johannes Weberling und der MOZ-Chefredaktion, hatten zeitweise drei Kontakt zur Stasi. Laut den von der Gauck-Behörde bereitgestellten Unterlagen soll der erste IMK „Schreiber“ sich bereits im Jahr 1974 der Stasi angedient haben. Der Friseur hatte die Journalistin mit israelfreundlichen Äußerungen und offener Kritik an der Expansionspolitik der Sowjetunion derart auf die Palme gebracht, dass sie den nichtsahnenden Mann kurzerhand beim MfS anschwärzte. Auch sonst gab die Frau, die 1963 in die SED eingetreten war, der Stasi bereitwillig Auskunft über alles und jeden, der die Linie der Partei kritisierte. Einem Journalistikstudenten, der 1981 ein Praktikum in der Lokalredaktion Strausberg gemacht hatte, bescheinigte sie politische Unzuverlässigkeit und schickte ihn mit einem vernichtenden Arbeitszeugnis nach Hause. Sie berichtete ihrem Führungsoffizier über finanzielle Verfehlungen von Kollegen und von dem Verdacht auf dubiosen Handel mit Baustoffen. Als die Chefredaktion von der Vergangenheit des ersten IMK „Schreiber“ erfuhr, war die Frau längst im Ruhestand. Was den zweiten IMK „Schreiber“ angeht, bestätigten sich die Recherchen des ORB-Politmagazins: Die MOZ-Mitarbeiterin, die im November 1978 zum Neuen Tag gekommen ist, war zu DDR-Zeiten nicht nur für die Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) im Einsatz. Als sie 1987 auf der Karriereleiter nach oben kletterte, machte die Stasi der Journalistin den Posten des IMK „Schreiber“ schmackhaft. Die Kandidatin, so das MfS, habe sich als „zuverlässig und ehrlich“ in der Zusammenarbeit mit der Stasi erwiesen.

Das Ergebnis der Recherche wurde am 23. November 1999 unter dem Titel „Wie die Stasi eine Lokalredaktion des Neuen Tages unterwanderte“ auf der Seite 3 der MOZ veröffentlicht.<sup>210</sup> Die Frau, die unter dem Namen IMK „Schreiber“ für die Stasi gespitzelt und sich der Chefredaktion bis zuletzt nicht offenbart hatte, wurde wegen des schwerwiegenden Vertrauensbruchs mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Die Leser der Märkischen Oder-

zeitung wurden über die Suspendierung der Frau in Kenntnis gesetzt. Zudem informierte die Chefredaktion die damaligen Mitarbeiter der Lokalredaktion Strausberg von der Stasitätigkeit ihrer ehemaligen Kollegin. Diese hatten zwar geahnt, dass die Räume der Redaktion von der Stasi genutzt worden waren, wussten jedoch nicht, dass sie von einer Person, der sie vertraut hatten, ausspioniert worden waren. „Eine offene Aussprache über diesen Teil der Vergangenheit hat es unter den Mitarbeitern in all den Jahren nicht gegeben. IMK ‚Schreiber‘ war noch bis Mitte 1992 verantwortlicher Redakteur in Strausberg. Eine Diskussion über das Thema Stasi habe sich angesichts dessen von selbst verboten, so die MOZ-Mitarbeiter von damals. Der Versuch, der Frau zu kündigen, endete vor dem Arbeitsgericht. Die stasibelastete Redakteurin war der Ansicht, dass ihre Kündigung sozial ungerechtfertigt gewesen sei. Die Richter kamen jedoch zum Ergebnis, dass die ausgesprochene Kündigung wirksam war.

### 3.3. Stasi-Aufarbeitung bei der Lausitzer Rundschau

Ein paar Jahre später als die Märkische Oderzeitung gab auch die Chefredaktion der Lausitzer Rundschau ein Forschungsprojekt in Auftrag, um die Vergangenheit der eigenen Zeitung und eventuelle Stasi-Verstrickungen der Mitarbeiter wissenschaftlich untersuchen zu lassen.<sup>211</sup> Die Umstände, unter denen diese Studie zustande kam, lesen sich wie ein Krimi und waren so abenteuerlich, dass auch überregionale Medien ausgiebig über die Vorgänge in der ostdeutschen Provinz berichteten.<sup>212</sup> Simone Wendler, eine Reporterin der Lausitzer Rundschau, hatte im November ein Päckchen auf ihrem Schreibtisch gefunden. Die anonyme Sendung enthielt einen Stapel Akten, der es in sich hatte. Schwarz auf weiß war dort zu lesen, was einige ahnten, aber bis dahin niemand laut auszusprechen gewagt hatte. Ehemalige Stasi-Mitarbeiter hatten in Cottbus nach der Wiedervereinigung ein Netz von Filz und Korruption gesponnen. Die Chefs der stadteigenen Gebäudewirtschaft Cottbus GmbH (GWC), so das Ergebnis von Wendlers Recherchen, hatten jahrelang Aufträge an Firmen vergeben, an denen sie selbst, enge Angehörige oder ehemalige Stasi-Kumpane beteiligt waren. Über Monate hinweg berichtete die Lausitzer-Rundschau-Journalistin in einer Vielzahl von Artikeln über

---

<sup>210</sup> Freitag, Ralf/Kadell, Franz/Weberling, Johannes: „Wie die Stasi eine Lokalredaktion des Neuen Tags unterwanderte“, in: MOZ v. 23.11.1999, S. 3.

<sup>211</sup> Die Studie ist erschienen unter dem Titel Heghmanns, Michael/Heintschel von Heinegg, Wolff: Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau. Absicherung der Berichterstattung der SED-Bezirkszeitung Lausitzer Rundschau durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Berlin 2003.

<sup>212</sup> Vgl. zum Folgenden beispielsweise „Mutter Courage von Cottbus“, in: Der Spiegel v. 03.09.2001, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-20017804.html>, „Das Phantom der Stasi“, in: Focus v. 03.09.2001, [http://www.focus.de/politik/deutschland/geruecht-das-phantom-der-stasi\\_aid\\_191833.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/geruecht-das-phantom-der-stasi_aid_191833.html), „Stasi-Seilschaften in Cottbus attackieren die Pressefreiheit“, in: Die Welt v. 22.08.2001, [http://www.welt.de/print-welt/article469360/Stasi\\_Seilschaften\\_in\\_Cottbus\\_attackieren\\_die\\_Pressefreiheit.html](http://www.welt.de/print-welt/article469360/Stasi_Seilschaften_in_Cottbus_attackieren_die_Pressefreiheit.html).

das unsaubere Geschäftsgebaren der einstigen Stasi-Mitarbeiter, die es im Laufe der Zeit nicht nur zu viel Geld, sondern auch zu Ansehen gebracht hatten. Die ehemaligen MfS-Mitarbeiter holten zum Gegenschlag aus: Wendlers Haus wurde observiert, ihr Privatleben durchleuchtet. Ihr wurde vorgeworfen, die Ehefrau eines Interviewpartners zu einem Selbstmordversuch getrieben zu haben. Als sie trotz aller Einschüchterungs- und Diffamierungsversuche weiterrecherchierte, erhielt sie Morddrohungen. Auch Peter Stefan Herbst, der damalige Chefredakteur der Lausitzer Rundschau, wurde unter Druck gesetzt. „Es begann damit, dass wir plötzlich von mehreren Leuten gefragt wurden, ob Simone Wendlers Recherchen nicht zu gefährlich sind“, sagt er.<sup>213</sup> Auch er wurde observiert und bedroht. Unbekannte streuten peinliche Gerüchte über ihn. Schließlich wurde sogar in seine Wohnung eingebrochen, ohne dass irgendetwas mitgenommen wurde.

Die Situation eskalierte, als Simone Wendler berichtete, dass der damalige Cottbusser Handwerkskammer-Präsident Werner Schröter für seine Mitarbeiter keine Sozialabgaben entrichtet habe. Am 8. August 2001 schrieb der Herausgeber des Märkischen Boten, eines in Cottbus erscheinenden Anzeigenblattes, dass Schröter durch Wendlers Berichterstattung „ein kaum reparierbarer seelischer und geschäftlicher Schaden“ entstanden sei. Doch damit nicht genug: Wendler, so der Märkische Bote weiter, habe den „Verhörstil“ zur „journalistischen Methode“ erhoben. Sie betreibe „Terror“ und übe „Psychodruck“ aus.<sup>214</sup>

Auch der Stadtkanal Lausitz-TV startete einen Frontalangriff auf die kritische Journalistin. Wendler schüchtere ihre Gesprächspartner durch gezielte Drohungen ein und zerstöre den Ruf ehrenwerter Bürger, die sich um die Stadt verdient gemacht hätten. Lausitz-TV-Redakteur Thomas Herbig attackierte die Kollegin von der Lausitzer Rundschau scharf und appellierte vor laufender Kamera an den Lokalpatriotismus der Cottbusser. Er habe das Gefühl, dass „seinen Wurzeln“ durch Wendlers Recherchen „systematisch das Wasser abgegraben“ werde. Das „Image der Stadt“ sei noch nie so schlecht gewesen, „wie zu dieser Zeit“, so Herbig weiter.<sup>215</sup>

Was der in seinem Heimatgefühl getroffene Journalist verschwie: Auch der Sender, für den er tätig war, gehörte zum Firmengeflecht der ehemaligen Stasi-Spitzel um den früheren hauptamtlichen Stasi-Mitarbeiter Helmut Rauer, dessen Machenschaften Wendler aufgedeckt hatte. Doch Herbst und Wendler ließen sich nicht einschüchtern. Die Berichterstattung über

---

<sup>213</sup> Zitiert nach „Cottbus: Die große Angst vor alten Seilschaften“, in: Der Tagesspiegel v. 23.08.2001, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/brandenburg/cottbus-die-grosse-angst-vor-alten-seilschaften/250666.html>.

<sup>214</sup> Vgl. dazu etwa „Lausitzer Deckelklappern“, in: Der Freitag v. 07.09.2001, <http://www.freitag.de/2001/37/01370501.php>.

<sup>215</sup> „Alte Stasi-Seilschaften nutzen offenbar die Methoden von früher“, in: Frankfurter Rundschau v. 24.08.2001, [http://stasiopfer.de/component/option.com\\_simpleboard/Itemid./func.view/id.998620623/catid.4/](http://stasiopfer.de/component/option.com_simpleboard/Itemid./func.view/id.998620623/catid.4/).

die Stasi-Seilschaften in Cottbus wurde fortgesetzt. Der von Rauer mitfinanzierte Stadtkanal, der nicht müde wurde, Stimmung gegen die couragierte Zeitungsreporterin zu machen, setzte das Gerücht in Umlauf, dass Wendlers Ehemann Klaus, der zu diesem Zeitpunkt als Redakteur für die Lausitzer Rundschau tätig war, selbst bei der Stasi gewesen sei. „Spätestens zu diesem Zeitpunkt bestand der Bedarf etwas zu tun“, erinnert sich Peter Stefan Herbst.<sup>216</sup> „Sowohl Frau Wendler als auch die Lausitzer Rundschau wurden ob dieser Berichterstattung über die GWC-Affäre massiv angegriffen. Frau Wendler wurde vorgeworfen, dass ihr Ehemann, von dem sie damals schon lange getrennt lebte und dessen IM-Karriere erst nach der Scheidung begonnen hatte, Stasi-Spitzel gewesen war. Im Märkischen Boten war zu lesen, dass Frau Wendler möglicherweise von den besonderen Erfahrungen ihres Ex-Mannes profitiert haben könnte. Die Vorwürfe gegen diesen Mann, der auch Redakteur bei mir war, wogen sehr schwer. Die ehemaligen Stasi-Leute haben einen von ihnen hochgehen lassen, um die Glaubwürdigkeit der Lausitzer Rundschau in Frage zu stellen.“ Herbst trennte sich wegen dessen IM-Vergangenheit von Klaus Wendler, war sich allerdings bereits zu diesem Zeitpunkt bewusst, dass dies nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit den Stasi-Verstrickungen bei der Lausitzer Rundschau sein könne. Gemeinsam mit Johannes Weberling suchte Herbst nach einer Möglichkeit, die Vergangenheit der Lausitzer Rundschau wissenschaftlich aufzuarbeiten. „In Absprache mit der Geschäftsführung habe ich mich entschieden, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben. Parallel dazu habe ich selbst weitere Recherchen in der Außenstelle der Gauck-Behörde in Frankfurt/Oder angestellt“, sagt Herbst. Für ihn stand von Anfang an fest, dass er den Prozess der Aufarbeitung nicht in Eigenregie, sondern in enger Zusammenarbeit gerade auch mit den ostdeutschen Kollegen durchlaufen wollte. „Ich habe quasi nur die Grundsatzentscheidung getroffen, dass wir diesen Prozess so wissenschaftlich und so gründlich wie möglich angehen. Ich habe die Aufarbeitung bewusst gemeinsam mit der gesamten Chefredaktion betrieben“, sagt Herbst. „Sie bestand damals aus mir, Johann Legner, einem weiteren Kollegen aus dem Westen, der vorher glücklicherweise Pressesprecher der Gauck-Behörde war und die fachlichen Zusammenhänge sehr gut einordnen konnte, und drei ostdeutschen Kollegen.“ Jedes Mitglied der Chefredaktion hatte eine bestimmte Rolle: Herbst war derjenige, der die Studie auf den Weg gebracht und den gesamten Prozess moderiert hat, Legner führte sich die Akten zu Gemüte und nahm eine Bewertung und Einordnung dessen vor, was auf dem Tisch lag. Die ostdeutschen Mitglieder der Chefredaktion wiederum waren diejenigen, die im wesentlichen darüber zu entscheiden hatten, wie man mit den verschiedenen stasibelasteten Redakteuren verfahren

---

<sup>216</sup> Das Telefoninterview mit Peter Stefan Herbst fand am 12.04.2011 statt.

sollte. „Die Gespräche mit den ‚aufgeflogenen‘ Kollegen haben wir zu fünft, also mit allen Mitgliedern der Chefredaktion, geführt. Die ostdeutschen Mitarbeiter waren an den Gesprächen deutlich intensiver beteiligt als ich. Sie haben intensiver nachgefragt und die Betroffenen viel stärker mit ihren Taten konfrontiert als ich. So wollten wir verhindern, dass der Eindruck entsteht, dass hier der böse Chefredakteur aus dem Westen kommt, der unzulässigerweise in der DDR-Vergangenheit herumwühlt“, sagt Herbst. Erst, als es um die arbeitsrechtlichen Fragen ging, seien kleinere Runden gebildet worden. Laut Herbst sei die Aktenlage in allen Fällen so eindeutig gewesen, dass keiner der Betroffenen auf die Idee gekommen ist, seine frühere Stasi-Tätigkeit zu leugnen oder einen Prozess vor dem Arbeitsgericht anzustrengen.

Entschieden wurden die Fälle, in denen die Chefredaktion Handlungsbedarf sah, auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung. „Wir haben versucht auf Basis der grundsätzlichen Prüfung die individuelle Frage zu beantworten: Kann derjenige in der Redaktion bleiben oder müssen wir uns trennen?“, sagt Herbst.

Am Ende des Aufarbeitungsprozesses bei der Lausitzer Rundschau wurden zwei Redakteure entlassen, zwei weitere Betroffene wurden vom Lokalchef zum Redakteur zurückgestuft, da sie laut Herbst deutlich weniger stark in das Spitzelsystem des MfS verstrickt gewesen seien als die anderen Fälle. Trotzdem habe man ein Zeichen setzen wollen und entschieden, dass sie zumindest keine Leitungsfunktion mehr haben sollten.

Einer der beiden stasibelasteten Lokalchefs war einer möglichen Enttarnung im Zuge der Recherchen für die Studie zuvorgekommen. In einer Rundmail teilte er allen Kollegen - und damit auch der Chefredaktion der Lausitzer Rundschau – mit, dass er für die Stasi gespitzelt hatte. „Das Verrückte war, dass am Schluss in der Gauck-Behörde gar keine Unterlagen über ihn vorhanden waren. Im Fall dieses Kollegen, der sich selbst geoutet und seine Geschichte so dargestellt hat, dass sie in die Kategorie eines minderschweren Falls zu gehören schien, haben wir uns entschieden, ihn weiter als normalen Redakteur zu beschäftigen“, erinnert sich Herbst. Bei der Lausitzer Rundschau bleiben durfte auch eine ehemalige Lokalchefin, die im Auftrag der Stasi einen westdeutschen Journalisten ausspionieren sollte. Da sie dies aus Sicht der Chefredaktion der Lausitzer Rundschau nicht besonders energisch getan hat, der Stasi kein brauchbares Material geliefert und schließlich auch vom MfS selbst als für diese Aufgabe wenig geeignet eingestuft worden war, entschied man sich für eine Weiterbeschäftigung der Journalistin.

Der Fall der beiden Redakteure, von denen die Lausitzer Rundschau sich wegen ihrer Stasi-Vergangenheit getrennt hat, sei anders gelagert gewesen, sagt Peter Stefan Herbst. „Sie haben Informationen über Kollegen preisgegeben und ihre berufliche Situation missbraucht, um an-

deren zu schaden. Da bestand Handlungsbedarf – nicht zuletzt mit Blick auf die Glaubwürdigkeit des Hauses. Das war für mich immer die zentrale Frage.“

Noch stärker als bei der MOZ hat die Chefredaktion der Lausitzer Rundschau von Beginn an darauf gesetzt, den Prozess der Aufarbeitung so transparent wie möglich zu gestalten. „Lange vor Fertigstellung der Studie haben wir den Prozess redaktionsintern sehr offensiv kommuniziert. Uns war sehr wichtig, jede einzelne Entscheidung auch intensiv in der Redaktion zu vermitteln. Natürlich gab es auch kritische Stimmen. Eine Betriebsratsvorsitzende hat den Prozess kritisiert. Aber unter dem Strich würde ich sagen, dass der Prozess im Vergleich zu anderen Häusern transparenter war, auf einer breiteren Basis stand und dadurch auch in die Mannschaft hinein deutlich besser zu vermitteln war“, sagt Herbst.

Auch in der Zeitung wurde regelmäßig über die Recherchen in eigener Sache berichtet. Bereits die Gründe für die Entlassung von Klaus Wendler, die ja vor dem Beginn der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der Lausitzer Rundschau stattgefunden hatte, war zum Thema der Berichterstattung gemacht worden – keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, dass Mitarbeiter mit missliebiger Vergangenheit in anderen Häusern vorzugsweise hinter dem Rücken der Leser ins Archiv oder in die Seitenabnahme versetzt werden und im Blatt einfach nicht mehr in Erscheinung treten. „Als die Studie im März 2003 vorlag, haben wir eine Sonderseite zu dem gesamten Themenkomplex gemacht und das, was passiert ist, kommentierend eingeordnet. Es gab also sowohl nach innen als auch in Richtung der Leserschaft intensive Diskussionen“, sagt Peter Stefan Herbst.

Der ehemalige Chefredakteur der Lausitzer Rundschau ist überzeugt, dass die offensive Einbindung von Redaktion und Leserschaft in den Prozess der Aufarbeitung dazu geführt hat, dass es bei der Lausitzer Rundschau „weniger innere Zerwürfnisse“ gegeben habe als in anderen Häusern. Mehr noch: Der Aufarbeitungsprozess habe die Position der Zeitung im Markt gestärkt. „Das lag zugegebenermaßen auch daran, dass es diese zeitliche Nähe gab zwischen unserer Berichterstattung über die Stasiseilschaften in Cottbus und der Studie. In gewisser Weise war es eine Idealkombination: Es gab ein breites Interesse der Öffentlichkeit an diesem Thema – nicht zuletzt, weil ja auch die Stadt Schaden genommen hatte. Und es gab ein breites Interesse der überregionalen Presse an den Stasiseilschaften in Cottbus und der Rolle der Lausitzer Rundschau. Wir standen plötzlich als eine Art ostdeutsches Leitmedium da, das sich besonders intensiv um Aufarbeitung und Aufklärung bemüht. Aus einer Position, wo in diesem Bereich sehr wenig gemacht worden war, sind wir plötzlich in eine Position hineingekommen, wo unser Umgang mit dem Thema auch bundesweit gelobt worden ist. Das war sicherlich das Ungewöhnliche im Fall der Lausitzer Rundschau“, sagt Herbst.

Er ist überzeugt, dass die Lausitzer Rundschau in der GWC-Affäre nicht so engagiert über das Fortbestehen alter Stasi-Strukturen in Cottbus hätte berichten können, wenn in den eigenen Reihen letzten Endes ähnliche personelle Kontinuitäten fortbestanden hätten. Dies hätte auch die überwiegende Mehrheit der Leser honoriert. Abokündigungen wegen der Berichterstattung über die Stasi-Seilschaften in Cottbus habe es nur in einigen wenigen Fällen gegeben. „Einige der Unternehmer, über deren Machenschaften wir berichtet haben, drohten mit einem Anzeigenboykott, aber das waren nur die unmittelbar Betroffenen aus diesem Prozess.“

Aus Sicht von Herbst gibt es mehrere Faktoren, die darüber entscheiden, ob eine Zeitung ihre Vergangenheit aufarbeitet oder nicht: „Wie groß ist die Angst vor dem Leser? Wie tickt der Chefredakteur, und wie wichtig ist ihm dieses Thema? Welche Position hat die Geschäftsführung?“

Diese Lausitzer Rundschau sei in der glücklichen Lage gewesen, dass die bekanntgewordenen Stasi-Fälle so eindeutig waren. „Einer der Kollegen, von denen wir uns getrennt haben, hatte jahrelang einen anderen Kollegen bespitzelt, mit dem er weiterhin hätte zusammenarbeiten müssen. Dass das nicht geht, dürfte jedem einleuchten. Ich will nicht verhehlen, dass wir viel mehr Stasi-Fälle gehabt hätten, wenn wir diese Untersuchung früher gemacht hätten. Zu dem Zeitpunkt, an dem wir uns für die Studie entschieden haben, waren einige stark belastete Kollegen bereits ausgeschieden. Fünf Betroffene ist nicht wenig, aber die Zahl wäre ein paar Jahre zuvor noch höher gewesen“, resümiert Herbst.

### 3.4. Stasi-Aufarbeitung beim Oranienburger Generalanzeiger

Keine Stasi-Überprüfung gab es beim Oranienburger Generalanzeiger. „Ich kann mich nicht erinnern, dass von Seiten des Verlages eine Überprüfung der Mitarbeiter jemals Thema gewesen wäre“, sagt Udo Merz, der ehemalige Geschäftsführer des Oranienburger Generalanzeigers.<sup>217</sup> Über die Gründe kann nur spekuliert werden. Sicherlich dürfte die Tatsache eine Rolle gespielt haben, dass der als Alternative zu den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen gegründete Oranienburger Generalanzeiger in der Anfangszeit von westdeutschen Journalisten und ostdeutschen Quereinsteigern gemacht wurde.<sup>218</sup> Allerdings habe der Oranienburger Ge-

---

<sup>217</sup> Das Telefoninterview mit Udo Merz fand am 04.03.2011 statt.

<sup>218</sup> In der Tat zeigt ein Blick in die am 14.12.1990 erschienene Erstausgabe des später vom Oranienburger Generalanzeiger aufgekauften Ruppiner Anzeigers, dass anders als bei den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen mit einer Mischung aus westdeutschen Journalisten und ostdeutschen Quereinsteigern Zeitung gemacht wurde. Zur „Ruppi“-Redaktion gehörten 1990 jeweils drei ost- und drei westdeutsche Redakteure. Während die aus den alten Bundesländern stammenden Redaktionsmitglieder gelernte Journalisten waren, befanden sich unter den ostdeutschen Mitarbeitern zwei Redakteure, die vor dem Mauerfall nach eigenen Angaben nicht im Journalismus tätig gewesen waren.

neralanzeiger laut Merz schon alleine aus Mangel an geeigneten personellen Alternativen bald auch auf Redakteure zurückgreifen müssen, die vor dem Mauerfall für das Neue Deutschland oder andere Parteiblätter tätig gewesen waren. Auch diese seien seines Wissens nicht überprüft worden.

### 3.5. Stasi-Aufarbeitung bei den Potsdamer Neuesten Nachrichten

Auf eine systematische Stasi-Überprüfung verzichtet haben auch die Potsdamer Neuesten Nachrichten. „Das wurde bei uns nicht gemacht. Es stand beispielsweise immer außer Frage, dass unser Chefredakteur nicht bei der Stasi war. Er war ein grundtief ehrlicher Mensch, der zu DDR-Zeiten ab und an Besuch von der Stasi in seinem Büro hatte. Wäre er bei der Stasi gewesen, hätte es diese Besuche nicht gegeben. Er hat uns auch - im Rahmen unserer allerdings sehr eingeschränkten Möglichkeiten - immer wieder ermuntert, sogenannte Tabu-Themen anzufassen. Es gab immer ein großes Vertrauen zu den Kollegen – gerade auch aus dem Bewusstsein heraus, dass wir anders waren als die Kollegen von den SED-Bezirkszeitungen. Hinzu kam, dass wir gerade in der Wendezeit so mit uns selbst beschäftigt waren, dass sich die Frage nach einer Stasi-Überprüfung gar nicht gestellt hat. Wir mussten mit uns selbst klar kommen und uns auf ein neues Leben in einem neuen Gesellschaftssystem einstellen“, sagt PNN-Chefredakteur Michael Erbach.<sup>219</sup> „Irgendwann haben wir dann auch Redakteure eingestellt, die zum Beispiel von der Akademie für Staat und Recht oder der Uni Potsdam kamen. Aber das waren alles Leute, bei denen wir in den Vorstellungsgesprächen gemerkt haben, dass sie sich vom SED-Staat losgesagt hatten und gemeinsam mit uns die Wende für die PNN-Leser erlebbar machen wollten.“ Außerdem mussten die neu eingestellten Mitarbeiter eine Erklärung unterschreiben in der sie bestätigten, dass sie nicht für die Stasi gearbeitet hatten. Diese Angaben seien allerdings nicht durch eine Anfrage bei der Gauck-Behörde überprüft worden.

Nach Lektüre seiner eigenen Akte musste Erbach feststellen, dass das Thema Stasi auch an „seiner“ Zeitung nicht spurlos vorübergegangen ist. Erbach selbst wurde von ehemaligen Kollegen ausspioniert. „In der Wendezeit haben bei den damaligen Brandenburgischen Neuesten Nachrichten 14 Redakteure gearbeitet, drei davon waren IM. Zwei haben die Redaktion kurz nach der Wende auf eigenen Wunsch verlassen, ohne dass ihre IM-Tätigkeit dabei eine Rolle gespielt hätte. Die dritte stasi-belastete Redakteurin, die als Kulturchefin tätig war, hatte mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen und hat dann irgendwann die Kündigung einge-

---

<sup>219</sup> Mit Michael Erbach sprach die Gutachterin am 04.04.2011 in dessen Büro in Potsdam.

reicht. Erst später habe ich aus meiner eigenen Akte erfahren, dass sie mich zu DDR-Zeiten jahrelang bespitzelt hatte. Das war eine bittere Enttäuschung für mich. Ich hatte großes Vertrauen zu dieser Frau, weil sie nicht in der Partei war“, sagt der PNN-Chefredakteur.

Erbach und ein weiterer PNN-Mitarbeiter mussten sich nach eigenen Angaben vor drei Jahren einer Stasi-Überprüfung unterziehen. Der PNN-Chefredakteur spricht von einer „gezielten Denunziation“, die dazu geführt habe, dass die Geschäftsleitung des Tagesspiegels eine solche Überprüfung in Auftrag gegeben habe. Nach eigenen Angaben hatte der besagte PNN-Mitarbeiter es abgelehnt, seinen Wehrdienst beim Stasi-Wachregiment Feliks Dzierzynski abzuleisten. Erst unter Druck (Entzug eines möglichen Studienplatzes an der TU Dresden, Stellungsverlust des Vaters, berufliche Hürden für die Schwester etc.) habe er schließlich eingewilligt, drei Jahre zu einer Wach- und Sicherungseinheit zu gehen, die bei der Bezirksverwaltung Potsdam angesiedelt gewesen sei. Erst im Nachhinein habe er erfahren, dass diese Einheit zum MfS gehörte. Der PNN-Journalist hat es abgelehnt, andere zu bespitzeln oder IM-Berichte zu verfassen.<sup>220</sup>

Darüber hinaus ist seit 1997 ein weiterer ehemaliger hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS für die PNN tätig. Dieser hat im Alter von 19 Jahren die Stasi-Hochschule in Golm besucht. Nach eigenen Angaben hat ihn die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS als Schüler mit der Aussicht auf ein Spanisch/Portugiesisch-Studium und einen Auslandseinsatz angeworben. Der Betroffene entschied sich nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur für eine Karriere im Journalismus. Mit seiner Stasi-Vergangenheit ging er laut Erbach von Anfang an offen um. „Er hatte Anfang 1990 gleich im allerersten Vorstellungsgespräch beim damaligen Leiter des Potsdamer Tagesspiegel-Büros Michael Mara, der als Grenzsoldat 1961 aus der DDR flüchtete, selbst von der Stasi bespitzelt wurde, vor 1989 DDR-Spezialist des Tagesspiegel mit Einreiseverbot war, alles auf den Tisch gelegt und sich klar von diesem Teil seiner Vita distanziert“, sagt der PNN-Chefredakteur. Der betroffene Redakteur selbst verweist darauf, dass vor der Einstellung ausführliche Gespräche mit der Verlagsleitung des Tagesspiegels stattgefunden haben. „Er wurde eingestellt, weil er als junger Mann zwar eine Fehlentscheidung getroffen, sich aber nichts zuschulde kommen lassen hatte. Seinen Bruch mit der Stasi hat er seitdem in nunmehr 20 Jahren mit kritischer, engagierter Berichterstattung für Tagesspiegel und PNN dokumentiert“, sagt Erbach. Dieser wie auch der Betroffene selbst<sup>221</sup> weisen darauf hin, dass der stasibelastete Redakteur schon in den 90er Jahren mit Potsdamer Politikern wie auch SED-Opfern offen über seine Vergangenheit gesprochen habe.

---

<sup>220</sup> Diese Information wurde von unabhängiger dritter Seite bestätigt.

Obwohl seine Vita quasi ein „offenes Geheimnis“ gewesen sei, habe es keine kritischen Reaktionen von Lesern gegeben. Dies habe sich erst geändert, als das NDR-Magazin „Zapp“, das auch schon die Stasi-Verstrickungen bei der Märkischen Allgemeinen aufgedeckt hat, den Fall des stasibelasteten Redakteurs zum Thema seiner Berichterstattung machte. Unter dem Titel „Die Stasi und die Journalisten“ stellten die „Zapp“-Mitarbeiter die Frage in den Raum, ob jemand, der früher selbst hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS war, nun als Journalist kritisch über die Stasi-Vergangenheit von Politikern der Brandenburger Linkspartei berichten dürfe. Für Hubertus Knabe, den Leiter der Stasi-Opfer-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen ist der Fall klar. Seiner Meinung nach haben frühere Stasi-Mitarbeiter in den Medien nichts verloren. „Sie sind geprägt von der Mitarbeit in der Geheimpolizei einer Diktatur und sind deshalb ungeeignet für den Job, die Öffentlichkeit in der Demokratie aufzuklären. Und sie sind befangen, insbesondere natürlich bei Themen, die die DDR betreffen und die Staatssicherheit insbesondere.“<sup>222</sup>

Eine Haltung, die PNN-Chefredakteur Michael Erbach nicht nachvollziehen kann. „Der Kollege hat unser vollstes Vertrauen.“ Seit der Ausstrahlung des „Zapp“-Berichts sind auf der PNN-Homepage hin und wieder Kommentare zu lesen, in denen empörte Leser feststellen, dass sie nicht ausgerechnet von einem ehemaligen MfS-Mitarbeiter über die Stasi-Verstrickungen in der rot-roten Koalition informiert werden möchten. Laut Erbach habe es zudem in der Vergangenheit einen Versuch des damaligen Potsdamer SPD-Oberbürgermeisters gegeben, den betroffenen Redakteur aufgrund seiner kritischen Berichterstattung beim Tagesspiegel mit Hinweis auf seine Stasi-Vergangenheit mundtot zu machen. Dagegen habe sich die Chefredaktion unter Verweis auf seine „untadelige Berichterstattung“ entschieden verwahrt.

Dennoch stellt sich über den konkreten Fall des PNN-Journalisten hinaus die grundsätzliche Frage, welche Schwierigkeiten auftauchen, wenn ein ehemaliger MfS-Mitarbeiter über die Stasi berichtet. Diese Schwierigkeiten bestehen aus Sicht der Gutachterin auch dann, wenn ein stasibelasteter Journalist mit seiner Vergangenheit gebrochen hat. Völlig unabhängig von der Frage, ob der Betroffene sich glaubhaft von seiner früheren Stasi-Tätigkeit distanziert hat oder nicht, stößt er zum Beispiel dort an die Grenzen der Berichterstattung, wo die Gefühle ehemaliger SED-Opfer verletzt werden könnten. Ihnen ist es aus Sicht der Gutachterin nicht zuzumuten, ohne ihr Wissen einem ehemaligen Mitarbeiter der Stasi gegenüberzustehen. Hier ist es an dem Redakteur, offen mit seiner Vergangenheit umzugehen und sich eventuell auch

---

<sup>221</sup> Mit dem PNN-Redakteur, um den es hier geht, fand ein fast anderthalbstündiges Gespräch statt. Er hat sich freundlicherweise von Beginn an bereiterklärt, die Recherchen für das Gutachten zu unterstützen und stellte auch den Kontakt zu Michael Mara her. Auf die Nennung seines Namens wurde bewusst verzichtet.

unangenehme Fragen gefallen zu lassen.<sup>223</sup> Sollte das ehemalige SED-Opfer das Gespräch daraufhin abbrechen wollen, ist diese Entscheidung in jedem Fall zu akzeptieren.

Problematisch wird es schließlich auch dann, wenn ein Redakteur, der früher selbst für die Stasi im Einsatz war, investigativ tätig werden und die Stasi-Vergangenheit eines Abgeordneten, Polizeisprechers, Verbandsvorsitzenden etc. aufdeckt und publik machen will. Um dies tun zu können, bedarf es einer besonderen moralischen Glaubwürdigkeit und journalistischen Unangreifbarkeit, die schwerlich vorhanden sei dürfte, wenn der betroffene Journalist selbst für das MfS tätig war.

Der Fall des weiter oben erwähnten PNN-Redakteurs zeigt allerdings auch, dass die gesamte Debatte über das Vorleben der in Ostdeutschland tätigen Journalisten von einer merkwürdigen Schiefelage bestimmt wird. Während der Journalist, der sich seit vielen Jahren immer wieder öffentlich von seiner MfS-Vergangenheit distanziert hat und in seinen Artikeln gewissermaßen tätige Reue beweist, das Stasi-Etikett nicht mehr los wird, gelten weder eine Mitgliedschaft in der SED noch eine langjährige journalistische Tätigkeit in einem der Parteiorgane als Karrierehindernis. Im Gegenteil: Wie Kapitel 4 zeigt, galt die DDR-Sozialisation ihrer Mitarbeiter einigen westdeutschen Verlegern und Chefredakteuren gerade in der Zeit kurz nach dem Ende der DDR als Garant für eine besonders lesernahe Berichterstattung und damit stabile Abonnentenzahlen.<sup>224</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Umgang der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen im Land Brandenburg mit stasi-belasteten Redakteuren in den eigenen Reihen unterschiedlich verlaufen ist. Die MOZ und die Lausitzer Rundschau haben sich an einer wissenschaftlichen Studie beteiligt. Sowohl der Prozess der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit als auch die Ergebnisse der Studie wurden öffentlich gemacht. In beiden Fällen wurden auf der Grundlage von Einzelfallprüfungen je nach Belastungsgrad Mitarbeiter entlassen oder von Leitungsfunktionen entbunden. Beide Häuser bereuen nicht, diesen Weg beschritten zu haben. Beide betonen, dass die Glaubwürdigkeit der Zeitung nun eine andere sei. Zudem sei das Redaktionsklima angenehmer und offener geworden. Von kaum zu unterschät-

---

<sup>222</sup> Das Zitat stammt aus dem Zapp-Bericht.

<sup>223</sup> Dies ist bei dem besagten PNN-Redakteur offenbar der Fall.

<sup>224</sup> Dieses Argument vertritt auch der Superillu-Reporter Gerald Praschl in seinem lesenswerten Aufsatz Die SED und die Journalisten. Die Propagandisten der sogenannten „Arbeiterklasse“ als Medienmacher im vereinigten Deutschland, in: Horch und Guck. Zeitschrift zur kritischen Aufarbeitung der SED-Diktatur, Heft 35/2001, <http://www.horch-und-guck.info/hug/archiv/2000-2003/heft-35/03518-praschl/>. „Der Verlogenheit sind in diesem Zusammenhang keine Grenzen gesetzt. Der Grundkonsens liegt auf der Hand: Tätigkeit für die SED und ihren Propaganda-Apparat wird nicht nur verziehen, sondern oft sogar als ‚berufliche Qualifikation‘ anerkannt, vor allem die im Rahmen dieser ‚Karriere‘ erworbenen Studien- und Ausbildungsabschlüsse nebst Berufserfahrung. Eine Spitzeltätigkeit nebenbei aber, falls öffentlich enttarnt, führt zum sofortigen Rausschmiß. Auch viele ehemalige Erfüllungshelfen und Mitläufer der SED stimmen in diese Regelung gerne ein. Erkennen sie

zender Bedeutung ist der Hinweis von MOZ-Rechtsanwalt Johannes Weberling, dass durch die Entlassung der ehemaligen Spitzel plötzlich Themen ins Blatt kamen, die bislang tabu waren. Auch der ehemalige Lausitzer-Rundschau-Chefredakteur Peter Stefan Herbst bestätigt, dass es einen Zusammenhang zwischen dem auffälligen Fehlen bestimmter Themen in der Zeitung und der Stasi-Vergangenheit der verantwortlichen Redakteure gegeben habe.

Die Märkische Allgemeine hat auf eine systematische Stasi-Überprüfung verzichtet, was angesichts des massiven Glaubwürdigkeitsverlusts durch die Enttarnung zweier Chefredakteure und des Politikchefs völlig unverständlich ist. Die vom ehemaligen Herausgeber Gauland auf eigene Faust vorgenommene Überprüfung der leitenden Redakteure entbehrt jedweder Transparenz. Offensichtlich wurden hier nach Gutsherrenart im stillen Kämmerlein Entscheidungen getroffen, die für die Leser, aber auch für die nicht von der Überprüfung betroffenen Redakteure von Interesse gewesen wären. Der amtierende MAZ-Chefredakteur Klaus Rost sieht nach wie vor keinen Handlungsbedarf. Er verweist darauf, dass alle MAZ-Mitarbeiter sich in ihrem Arbeitsvertrag zum Grundgesetz bekennen müssen. Rost sieht sich mit seinem Verzicht auf eine Stasi-Überprüfung der Redaktion als Verfechter des Rechtsstaats. Da das Stasiunterlagengesetz die Möglichkeit einer Überprüfung aller Redakteure nicht vorsieht, seien ihm die Hände gebunden. Seine Angestellten, so Rost, müssen darauf vertrauen können, dass er sich an Recht und Gesetz halte. Eine Stasi-Überprüfung „durch die Hintertür“ komme für ihn nicht in Frage. Rost vergisst dabei allerdings, dass die Lausitzer Rundschau und die Märkische Oderzeitung mit dem Versuch, über den Umweg einer wissenschaftlichen Studie die Vergangenheit der eigenen Zeitung zu untersuchen, selbstverständlich weder gegen die Bestimmungen des Stasiunterlagengesetzes verstoßen noch den Boden des Rechtsstaats verlassen haben. Johannes Weberling, der an beiden Studien beteiligt war und auch der MAZ-Chefredaktion vergeblich Unterstützung bei der Stasi-Aufarbeitung angeboten hat, wertet Rosts Einlassung als Versuch der Selbstrechtfertigung - eine Einschätzung, die von der Gutachterin geteilt wird. Ernstzunehmender ist der Einwand des stellvertretenden MAZ-Chefredakteurs Lothar Mahrla. Er ist der Ansicht, dass sich das Stasi-Problem in den früheren DDR-Medien ohnehin bald „auswachsen“ werde. Den beiden erwähnten Studien der anderen Brandenburger Tageszeitungen bescheinigt er eine reine „Alibi-Funktion“. Der Öffentlichkeit bzw. den Lesern werde vorgegaukelt, dass man sich der eigenen Vergangenheit gestellt habe, dabei arbeite der Großteil der enttarnten Spitzel nach wie vor in den Redaktionen. Sicherlich kann und sollte darüber gestritten werden, ob es nicht mit Blick auf die Glaubwürdigkeit einer Zeitung konsequent wäre, alle enttarnten ehemaligen Stasi-Mitarbeiter aus der Redaktion zu entfernen. Daraus nun

---

doch die Chance, sich in der neuen gesamtdeutschen Gesellschaft mit einem Fingerzeig auf den Stasi-

aber die Forderung abzuleiten, dass ein Verbleib aller ehemaligen Stasi-Spitzel in der Redaktion gerechter sei, als sich auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung nur von besonders belasteten Redakteuren zu trennen, ist absurd. Diese Argumentation folgt der Logik: „Wer nichts macht, macht auch nichts falsch.“

Dass die Potsdamer Neuesten Nachrichten auf eine systematische Stasi-Überprüfung verzichtet haben, ist nicht nachvollziehbar. Selbstverständlich waren auch und gerade die ehemaligen Blockparteizeitungen im Visier der Stasi. Das MfS hatte auch in der nicht-SED-gebundenen Presse dafür zu sorgen, dass die Vorgaben der Einheitspartei von den Redaktionen weisungsgemäß umgesetzt wurden. Wie sich durch Zufall herausstellte, befanden sich bis kurz nach der Wiedervereinigung mindestens drei ehemalige Spitzel in der Redaktion. Auch wenn diese die Redaktion früh verlassen haben, hätte eine systematische Überprüfung direkt nach der Übernahme durch den Tagesspiegel für Klarheit und Transparenz gesorgt. Im Fall des stasibelasteten PNN-Redakteurs, der bereits 1990 den Bruch mit seiner früheren MfS-Zugehörigkeit vollzogen hat, wäre eine Offenlegung seiner Vergangenheit auch in der Zeitung wünschenswert gewesen.

Als allzu sorglos muss auch der Umgang des Oranienburger Generalanzeigers mit eventuell vorhandenen ehemaligen Stasi-Spitzeln in den eigenen Reihen bezeichnet werden. Darauf zu hoffen, dass frühere MfS-Zuträger lieber bei den einstigen SED-Bezirkszeitungen unter-schlüpfen, statt sich bei einer Zeitungsneugründung um eine Redakteursstelle zu bewerben, ist nicht zuletzt mit Blick auf den angespannten Arbeitsmarkt für Journalisten ausgesprochen naiv. Hier hätte der Verleger, der sich mit guten Gründen entschlossen hatte, auf den Kauf einer ehemaligen SED-Bezirkszeitung zu verzichten, um stattdessen eine neue Zeitung mit neuem Personal zu gründen, handeln müssen.

### 3.6. Stasi-Aufarbeitung im ehemaligen DDR-Rundfunk

Im Rundfunk war der Umgang mit stasi-belasteten Mitarbeitern von Beginn an ein anderer als bei den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen. Das hat zum Teil mit den Bestimmungen des Stasiunterlagengesetzes zu tun. Anders als bei privaten Unternehmen wie den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen ließ das Stasiunterlagengesetz bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht nur eine Überprüfung des „Leitungspersonals“ zu. Alle festangestellten Mitarbeiter der neu gegründeten ostdeutschen Rundfunkanstalten galten als „Angestellte im öffentlichen

---

Sündenbock selbst zu entlasten.“

Dienst“. Hier ermöglichte das Stasiunterlagengesetz eine Überprüfung aller Mitarbeiter - egal, ob sie eine Führungsposition einnahmen oder nicht.

Dass die Situation im Bereich des Rundfunks eine andere ist als bei den Printmedien, hat aber auch mit den Personen zu tun, die dort nach der friedlichen Revolution über die Zukunft des ehemaligen DDR-Staatsrundfunks und dessen Belegschaft zu entscheiden hatten. Im damals noch existenten Deutschen Fernsehfunke wurden bereits im Sommer 1990 Forderungen laut, „vermeintliche Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (OibE) im Sender ausfindig zu machen. Denunziationen unter Kollegen häuften sich. Ein Klima von Verunsicherung, Misstrauen und gegenseitiger Beschuldigung machte sich breit. Die von der Personalvertretung begleitete Evaluierung der leitenden Mitarbeiter war punktuell von Vorwürfen über Stasi-Mitarbeit gekennzeichnet. Überwiegend aber standen Fragen nach fachlicher Eignung und Verflechtung in den dirigistischen Funktionsapparat der SED in den Vordergrund.“<sup>225</sup>

Eine systematische Stasi-Überprüfung war zu diesem Zeitpunkt noch nicht möglich. Der damalige DFF-Intendant Michael Albrecht erhielt im September 1990 allerdings eine Liste mit den Namen der in seinem Sender beschäftigten hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern. Diese seien nach ihrer Enttarnung sofort entlassen worden. Das Klima habe sich dadurch zum Positiven verändert: „Obwohl damit noch keiner der großen oder kleinen IM's (...) zur Rechenschaft gezogen werden konnte, war die Binnenwirkung im Sender nachhaltig“, erinnert sich Albrecht.<sup>226</sup>

Im Februar 1991 fand auf Betreiben des Rundfunkbeauftragten Mühlfenzl eine Stasi-Überprüfung in Form einer Fragebogenaktion statt. Die hausintern unter dem Namen „Dienst-anweisung 08“ bekannt gewordene Aktion sorgte bei den 10.000 Mitarbeitern des ehemaligen DDR-Staatsrundfunks für großen Unmut. Auch der Deutsche Journalistenverband (DJV) lief Sturm gegen das Vorgehen des Rundfunkbeauftragten. Zumindest ein Teil der Fragen, so der damalige DJV-Justitiar Alfred Gerschel, in den Personalbögen sei rechtlich unzulässig gewesen. Proteste gab es auch von Rundfunk-Mitarbeitern, die dem SED-Regime kritisch gegenübergestanden hatten. Dass die Teilnahme an der Fragebogenaktion freiwillig war, empört den DDR-Hörspielregisseur Albrecht Surkau, der 1985 aus der DDR ausgebürgert wurde, bis heute. „Das Ganze war so aufgebaut, dass im Grunde genommen nur die untersucht worden sind, und das ist nachweisbar, die freiwillig oder aus Angst oder vielleicht - bei diesem oder jenem eine überkommene Ehrlichkeit- rein geschrieben haben, ja, ich hatte etwas mit denen zu tun. Ich habe dann verlangt, einen Fragebogen zu kriegen und habe, weil auf der letzten

---

<sup>225</sup> Albrecht, Michael: Die programmliche und strukturelle Neuorientierung des DFF zwischen Maueröffnung und Wiedervereinigung, in: Tichy/Dietl (Hrsg.): Deutschland einig Rundfunkland?, S. 87.

<sup>226</sup> Ebd., S. 88.

Seite Platz war dann meinen Protest zu dieser Aktion ziemlich scharf geäußert, er ist also aktenkundig bis heute, weil das konnte nicht funktionieren, den Fragebogen so aufzubauen wie er aufgebaut war hätte auch ein gut geschulter Stasioffizier nicht besser machen können.(...) Das heißt der Persilschein war vorprogrammiert.“<sup>227</sup>

Mühlfenzl ließ sich von den vielen kritischen Stimmen nicht beirren. Zwei Kirchenvertreter und ein Mitarbeiter der Gauck-Behörde werteten die Fragebögen aus. 202 Rundfunkmitarbeiter wurden aufgrund ihrer Tätigkeit für die Stasi ohne Abfindung fristlos entlassen, „rund 600 sollten nicht mehr mit Leitungsaufgaben betraut werden und bei 1677 Personen konnte die politische Vergangenheit nicht konkret geklärt werden.“<sup>228</sup> Mühlfenzl wollte mithilfe der Fragebogenaktion den neuen Landesrundfunkanstalten die Arbeit erleichtern. Da abzusehen war, dass diese vorwiegend auf ostdeutsche Journalisten würden zurückgreifen müssen, „sollte durch die Abwicklung einerseits und durch die Überprüfung jedes einzelnen Rundfunkmitarbeiters andererseits die Gefahr, ‚politische Altlasten‘ weiterzubeschäftigen, deutlich verringert werden.“<sup>229</sup> Laut Mühlfenzl habe die Überprüfungsaktion für die Einrichtung eine „befreiende und reinigende“ Wirkung gehabt. Zudem hätten die nicht-stasibelasteten Mitarbeiter sich nunmehr beruhigt und von einem bösen Verdacht befreit zukünftigen Bewerbungsverfahren stellen können.

### 3.7. Stasi-Aufarbeitung bei ORB und RBB

Beim ORB fand auf Anregung des Rundfunkrates eine Stasiüberprüfung statt. Alle ORB-Mitarbeiter mussten bei Abschluss ihres Arbeitsvertrages die Frage nach einer etwaigen Tätigkeit für das MfS beantworten. Der ORB hat zudem in den Jahren 1993/94 sämtliche feste und programmprägende freie Mitarbeiter durch die damalige Gauck-Behörde überprüfen lassen. In die Überprüfung einbezogen wurden auch 110 ORB-Mitarbeiter, die Pauschal- oder Rahmenverträge hatten. „Bevor mit der Regelanfrage begonnen wurde, hat Rosenbauer allen Mitarbeitern noch einmal angeboten, die Chance zu nutzen, zu ihm zu kommen und zu sagen, ob er oder sie für die Stasi im Einsatz war. Es gab also eine doppelte Chance, sich zu offenbaren. Soweit ich weiß, hat davon nur ein einziger Mitarbeiter Gebrauch gemacht“, erinnert sich RBB-Chefredakteur Christoph Singelstein.<sup>230</sup>

---

<sup>227</sup> Zitiert nach Offner, Hannelore/Heumann, Marcus: Feindbeobachtung. Der Hörfunk im Fadenkreuz des MfS, DeutschlandRadio-Feature v. 30.11.2004.

<sup>228</sup> Stein, Reiner: Fernsehen und Radio, S. 134 f.

<sup>229</sup> Hepperle, Susanne: Rundfunk und Fernsehen, S. 227.

<sup>230</sup> Alle folgenden Zitate stammen aus einem Telefoninterview mit Christoph Singelstein.

Per Fragebogen wurden alle festangestellten Mitarbeiter des Senders von der Gauck-Behörde auf eine eventuelle frühere Tätigkeit für das MfS überprüft. Anders als die anderen ARD-Anstalten nahm der ORB auch die Vergangenheit seiner programmprägenden freien Mitarbeiter unter die Lupe. Eine Prüfungskommission, zu der Personalleiter Rainer Oxfort, Gesamtpersonalratschef Michael Sibrover und der Superintendent der Evangelischen Kirche Leopold Esselbach gehörten, sah sich die Unterlagen an, führte persönliche Gespräche mit den Betroffenen und sprach je nach Grad der Verstrickung eine abschließende Empfehlung aus, an die sich der Intendant in allen Fällen gehalten hat. „Es gab vier verschiedene Kategorien:

1. Mitarbeiter, deren Stasi-Verstrickungen so schwer wogen, dass der ORB sie fristlos gekündigt hat. Das war eine vergleichsweise kleine Personengruppe. Unter ihnen war z.B. ein Kollege von Radio Brandenburg, der viele Menschen so übel denunziert hat, dass es zu einer fristlosen Kündigung keine Alternative gegeben hätte.
2. Mitarbeiter, mit denen der ORB die Festanstellung beendet hat, aber als Freie weitermachen durften. Das betraf eine ganze Reihe von Kollegen. In der Regel lief es so ab, dass diese Mitarbeiter selbst gekündigt haben, aber als Freie Mitarbeiter weiter für den ORB tätig waren.
3. Mitarbeiter, die weiterarbeiten, aber nicht mehr in programmprägender Funktion tätig sein durften.
4. Mitarbeiter, die weiterarbeiten durften, aber zumindest vorerst keine Führungsposition bzw. unmittelbare programmverantwortliche Tätigkeit mehr haben sollten.

„Knapp drei Prozent der ORB-Mitarbeiter hatten den Sender nach diesen Überprüfungen verlassen müssen, 18 Fälle wurden von der Leitung des Senders als gravierend eingeschätzt.“<sup>231</sup> Eine erwiesene IM-Tätigkeit führte nicht automatisch zu einer Kündigung der Zusammenarbeit. Beim ORB galt das von Intendant Rosenbauer geprägte Prinzip der „zweiten Chance“. „Es bestand darin zu sagen: Wenn jemand zu seiner Vergangenheit steht und offen damit umgeht, schauen wir uns den Fall trotzdem genau an. Aber wir haben klargemacht, dass Offenheit im Umgang mit der eigenen Vergangenheit positiv in die Gesamtbeurteilung des Falles mit einfließen wird“, sagt Christoph Singelstein. Der RBB-Chefredakteur hält dieses Prinzip für den einzig richtigen Weg, mit stasi-belasteten Mitarbeitern umzugehen. „Ich bin davon überzeugt, dass eine frühere IM-Tätigkeit eine Schuld ist, für die man nicht bis an sein Lebensende bestraft werden darf. Das setzt allerdings das Wissen um eine Stasimitar-

---

<sup>231</sup> Wuschig, Ilona: Anspruch ohne Wirklichkeit. 15 Jahre Medien in Ostdeutschland, Münster 2006.

beit voraus, am besten selbst eingestanden, aber im Zweifel eben auch enttarnt. In jedem Fall ist eine Einzelbetrachtung unumgänglich. Wie in anderen Bereichen auch gilt hier der Grundsatz, dass niemand die Verpflichtung hat, sich selbst anzuzeigen, moralisch allerdings darf man das eigentlich erwarten.“ Es sei nun einmal ein Unterschied, „ob jemand als IM Freunde, Bekannte oder Kollegen bespitzelt oder ob er seinen Wehrdienst beim MfS-Wachregiment gemacht hat, auch wenn jeder wusste, wo er da hin geht. Jeder Stasi-Fall ist anders. Dem wird man nur durch eine Einzelfallprüfung gerecht. Alles andere würde neues Unrecht produzieren“, sagt der RBB-Chefredakteur.

Für bundesweites Aufsehen sorgte die Enttarnung von Lutz Bertram.<sup>232</sup> Der Moderator, der vor dem Mauerfall für den DDR-Jugendrundfunksender DT64 tätig gewesen war, arbeitete seit 1991 als „Frühstücksdirektor“ für das Morgenmagazin des ORB-Hörfunksenders Radio Brandenburg und hatte es schnell zu einer großen Fangemeinde gebracht. Im Januar 1995 wurde bekannt, dass Bertram im Doppel mit seiner damaligen Freundin für die Stasi gespitzelt hatte. IM „Romeo“ und „Julia“, so die Decknamen des umtriebigen Paares, hatten jahrelang Freunde und Bekannte ausspioniert und Informationen über bekannte Musiker aus der DDR und der Bundesrepublik geliefert. Ohne Skrupel verriet der beliebte Moderator zwei Freunde an die Stasi, die sich hilfeschend an ihn gewandt hatten, nachdem sie vom MfS bedrängt worden waren. Bereitwillig gab der studierte Musikwissenschaftler regelmäßige „Einschätzungen zu führenden Rockgruppen der DDR“ ab. Die Stasi setzte Bertram und seine Freundin gezielt auf all jene „Personen und Personengruppen aus dem Bereich der Kunst und Kultur“ an, „die sich mit der Stellung eines rechtswidrigen Ersuchens auf Übersiedlung in die BRD befassen“, wie es in schönstem MfS-Deutsch hieß.<sup>233</sup> Bertram ließ sich nicht lange bitten. Nach wenigen Treffen bot der Moderator dem Mann von der Stasi das Du an und gab seinem Führungsoffizier mit auf den Weg, dass er es sehr bereut hätte, „wenn Sie mich nicht genommen hätten“. Die Stasi wiederum war sehr angetan von dem äußerst „kontaktfreudigen“ Bertram, der alle Aufträge „in guter Qualität und mit viel Initiative“ erledigt habe. Nach Aktenlage sprach der blinde Moderator am 7. Juli 1983 seine Verpflichtungserklärung auf Band. Angst, dass seine Stasi-Tätigkeit auffliegen könnte, hatte Bertram nicht. „Gerade sein Bekanntheitsgrad“ sowie seine Erblindung schütze ihn vor Verdächtigungen.<sup>234</sup>

Als die dunkle Vergangenheit des Starmoderators im Zuge der Regelüberprüfung beim ORB doch noch als Tageslicht kam, ging IM „Romeo“ in die Offensive. Vor laufender Kamera stilisierte sich der ehemalige Spitzel, der selbst seinem Führungsoffizier mit seiner Eitelkeit

---

<sup>232</sup> Vgl. Wenzel, Klaus-Peter: Der Fall Lutz Bertram. Dokumentation einer Verstrickung, Berlin 1996.

<sup>233</sup> Zitiert nach „Mehr auf Umwegen“, in: Der Spiegel 4/1995, S. 29 f.

<sup>234</sup> Ebd.

gehörig auf den Geist gegangen war, zum Stasi-Opfer. In einer persönlichen Krisensituation habe er sich eher widerwillig auf eine Zusammenarbeit mit dem MfS eingelassen, so der Moderator. Es sei ihm lediglich darum gegangen, ein Westvisum zu bekommen, um sich in der Bundesrepublik einer Augenoperation zu unterziehen. Zu keinem Zeitpunkt, so Bertram weiter, habe er Aufträge vom MfS entgegengenommen, geschweige denn ausgeführt – Behauptungen, die nach Lektüre seiner IM-Akte nicht zu halten sind.<sup>235</sup>

Nicht immer war Bertram so nachsichtig wie bei der Beurteilung der eigenen Zusammenarbeit mit dem MfS. Kurz bevor seine eigene IM-Tätigkeit bekannt wurde, attackierte Bertram in seiner Sendung die Schriftstellerin Christa Wolf und den PDS-Politiker Gregor Gysi. Diese sollten endlich aufhören zu lügen und sich zu ihrer (vermeintlichen) Stasi-Tätigkeit bekennen. In einem Interview mit dem damaligen Brandenburger Ministerpräsidenten Stolpe gab Bertram gar zu Protokoll, dass er, anders als Stolpe, kein IM gewesen sein.<sup>236</sup>

ORB-Intendant Rosenbauer reagierte prompt und setzte den früheren Spitzel vor die Tür. Angeblich soll er Bertram zuvor angeboten haben, als „normaler“ Redakteur hinter den Kulissen weiter für den ORB zu arbeiten, dies soll Bertram aber abgelehnt und stattdessen eine Klage gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber angestrengt haben. „Lutz Bertram hatte sich damals selbst jeglicher moralischer Legitimation beraubt. Wenn jemand für die Stasi gespitzelt hat, und dann auch noch bis zuletzt verhindern will, dass öffentlich wird, was er gemacht hat, ist er als Journalist in einer so exorbitant herausgehobenen Position wie Lutz Bertram es war, nicht mehr zu halten“, sagt Christoph Singelnstein über den früheren ORB-Moderator. Auf Wunsch von Lothar Bisky stieg Bertram nach seiner Entlassung zum Medienberater des PDS-Vorstandes auf und kehrte im August 2003 für ein Interview mit dem evangelischen Bischof Wolfgang Huber einmalig zu seinem ehemaligen Haussender zurück.<sup>237</sup>

Während Rosenbauer im Fall Bertram nach außen Entschlossenheit demonstrierte, wurde im Inneren des ORB nach Bekanntwerden der IM-Vergangenheit des Moderators lebhaft über den „richtigen“ Umgang mit der DDR-Vergangenheit gestritten. „Auf den Betriebsversammlungen schlugen die Wogen hoch. Ehemalige IM versuchten sich zu rechtfertigen. Mitarbeiter, welche mit der Stasi nichts zu tun haben wollten, sagten zu Recht: Man konnte auch nein

---

<sup>235</sup> Vgl. zum Fall Bertram auch Nawrocki, Joachim: „Ein schräger Vogel stürzt ab“, in: Die Zeit 3/1995, [http://www.zeit.de/1995/03/Ein\\_schraeger\\_Vogel\\_stuerzt\\_ab](http://www.zeit.de/1995/03/Ein_schraeger_Vogel_stuerzt_ab), Osang, Alexander: „Ich ziehe den Vorhang auf“, in: Berliner Zeitung v. 09.01.1995, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1995/0109/reporter/0004/index.html>, Förster, Andreas/Kotsch, Ralf: IM „Romeo“ wollte an das Eingemachte heran, in: Berliner Zeitung v. 21.01.1995, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1995/0121/innenpolitik/0007/index.html>.

<sup>236</sup> Vgl. Wuschig, Ilona: Anspruch, S. 169.

<sup>237</sup> Vgl. Kotsch, Ralf: „Lutz Bertram wird Medienberater des PDS-Vorstandes“, in: Berliner Zeitung v. 02.10.1995, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1995/1002/politik/0058/index.html>.

sagen.“<sup>238</sup> Wider Willen hatte Lutz Bertram mit seiner missglückten Selbstrechtfertigung den Anstoß zu einer Debatte gegeben, die es in dieser Form sonst gar nicht oder erst sehr viel später gegeben hätte. „Der Fall Bertram beschäftigte die ORB-Mitarbeiter nicht nur in ihrer Freizeit. Auch in einer Vielzahl von Sendungen wurde die Stasi-Vergangenheit des früheren Kollegen zum Thema gemacht“, erinnert sich ein ehemaliger Mitarbeiter des Potsdamer Senders. Anders als etwa der MDR hat sich der ORB um eine offene Debatte bemüht, die wenige Wochen nach der Enttarnung von Lutz Bertram erneut Fahrt aufnahm. Jürgen Kuttner, neben Bertram der zweite „Kultmoderator“ des Senders, räumte ein, zwischen 1977 und 1983 „konspirative Gespräche“ mit der Stasi geführt zu haben.<sup>239</sup> Wie Bertram wurde auch Kuttner sofort vom Sender genommen. Rosenbauer kündigte an, dass der Moderator solange beurlaubt bleibe, bis man die Akten der Gauck-Behörde ausgiebig geprüft habe. Zuvor hatte Kuttner sich in einer ORB-Talkshow den Fragen eines Kollegen gestellt. Seine Gespräche mit der Stasi, so Kuttner, habe er als „politische Diskussionen“ verstanden. Er habe die DDR reformieren wollen und habe zwischen der Stasi und „einer bestimmten Szene von Leuten, die diesen Staat für erhaltenswert hielten, ihn aber verändern wollten“, vermitteln wollen.<sup>240</sup> Da in der Gauck-Behörde kein belastendes Material gefunden wurde, durfte Kuttner im März 1995 wieder auf Sendung gehen.

Fündig wurde die Gauck-Behörde hingegen bei Steffen Twardowski, der die ORB-Sendung „Vor Ort“ moderiert hatte. Twardowski, der zum Elf99-Team gehört hatte, wurde nach eigenen Angaben in den achtziger Jahren von der Stasi angeworben, weil sein Vater einen Brieffreund im Westen hatte. Er habe das „ganze Geheimdienstspiel“ inklusive „Pseudonym Redakteur“ nur mitgemacht, „um zu verhindern, daß die Familie zerrissen wird“.<sup>241</sup> Es sei klar gewesen, dass jemand mit der Stasi über den Westkontakt seines Vaters reden müsse. Sonst hätte sich seine Schwester, deren Freund während der Armeezeit die Stasi-Bezirksverwaltung in Frankfurt/Oder bewachte, von der Familie lossagen müssen, so Twardowski gegenüber der Berliner Zeitung. Obwohl er „niemandem geschadet“ habe, sei die ORB-Prüfkommission zum Ergebnis gekommen, dass er künftig nicht mehr in programmprägender Funktion für den Sender tätig sein dürfe. Da „Vor Ort“ eine Sendung sei, die von der politischen Diskussion lebt, könnte ja jeder Gesprächspartner, dem ich eine unbequeme Frage stelle, sagen: „Seien Sie mal still, von Ihnen gibt es schließlich eine Stasi-Akte!“<sup>242</sup> Nachdem ihn der ORB vor die

---

<sup>238</sup> FAZ, zitiert nach Wuschig, Ilona: Anspruch, S. 169.

<sup>239</sup> Schlüter, Ralf: „Auch Kuttner konspirativ“, in: Berliner Zeitung v. 10.01.1995, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1995/0110/kultur/0043/index.html>.

<sup>240</sup> Ebd.

<sup>241</sup> Vgl. Kurtz, Andreas: „Twardowski nicht mehr Vor Ort“, in: Berliner Zeitung v. 02.05.1995, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1995/0502/kultur/0004/index.html>.

<sup>242</sup> Ebd.

Tür gesetzt hatte, kam Twardowski trotz seiner Stasi-Vergangenheit als Moderator bei Antenne Mecklenburg-Vorpommern und der Ostseewelle unter. Er gründete eine PR-Agentur und macht heute Öffentlichkeitsarbeit für die Bundestagsfraktion der Linken.<sup>243</sup> 1997 verzichtete der ORB auf Beschluss seines Rundfunkrates auf die sogenannte Regelanfrage. Überprüft werden seitdem nur noch programmprägende Mitarbeiter und Führungskräfte.

1999 kam ein weiterer Stasi-Fall beim ORB zum Vorschein. Die Zeitschrift Superillu hatte herausgefunden, dass Gisela Oechelhaeuser, die damalige Intendantin des Berliner Kabarett „Die Distel“, nach Aktenlage von 1976 bis 1978 für die Stasi gespitzelt hatte.<sup>244</sup> Für den ORB hatte die bekannte Kabarettistin von 1992 bis 1997 die Aufarbeitungsserie „Am Tag als...“ moderiert. Als ihre Stasi-Vergangenheit publik wurde, war sie nicht mehr für den ORB tätig. Rosenbauer nahm im Gespräch mit Alexander Osang von der Berliner Zeitung dennoch Stellung zu der IM-Tätigkeit seiner ehemaligen Moderatorin und den anderen Stasi-Fällen beim ORB. Eine frühere Stasi-Tätigkeit, so der ORB-Intendant, werde im Westen „als eine Mischung aus Kindermord und Staatsverrat angesehen“. Sühne könne es nicht geben. „Aber wir müssen ja hier irgendwie damit umgehen. Wir haben hier die Philosophie der zweiten Chance. Wer eine Zeit ins zweite Glied zurücktreten kann, darf weiterarbeiten. Wolfgang Martin arbeitet bei Antenne Brandenburg, Dörte Caspary wird nach dem Erziehungsurlaub bei uns arbeiten, und Lutz Bertram hätte auch seine Chance bekommen. Als Musikredakteur oder so“, sagte Rosenbauer.<sup>245</sup> Anders als bei Bertram wurde die Stasi-Vergangenheit von Gisela Oechelhaeuser, die immerhin fünf Jahre für den Sender tätig gewesen war, offenbar nicht offensiv zum Thema der Berichterstattung gemacht. „Der ORB hat sowenig wie möglich über Gisela Oechelhaeuser gemacht“, erinnert sich Hellmuth Henneberg, der „Erfinder“ von „Am Tag als...“. Es habe „kein Gefühl mehr“ dafür gegeben, ob es gut sei, dies zum Thema zu machen oder nicht. „Nur die Angst, daß man einen Ruf als Stasisender bekommen könnte.“<sup>246</sup>

Walter Stütze, der Co-Moderator von Gisela Oechelhaeuser, der in den neunziger Jahren Chefredakteur des Tagesspiegels war und 1992 Staatssekretär im Verteidigungsministerium wurde, stärkte seiner ehemaligen Kollegin den Rücken. Das Thema Stasi liege zurück, sagte der aus Westdeutschland stammende SPD-Mann der Berliner Zeitung und plädierte für den Blick nach vorn. „Außerdem habe ich als Westdeutscher überhaupt nicht das Recht, in einer

---

<sup>243</sup> Riedel, Thomas: „Elf99-Die Macher“, in: Superillu v. 14.05.2008, [http://www.superillu.de/kino-tv/high\\_SUPERpedia\\_Elf99\\_-\\_Die\\_Macher\\_691203.html](http://www.superillu.de/kino-tv/high_SUPERpedia_Elf99_-_Die_Macher_691203.html). Twardowskis IM-Tätigkeit wird hier mit keinem Wort erwähnt.

<sup>244</sup> Vgl. [http://www.stiftung-aufarbeitung.de/service\\_wegweiser/www2.php?ID=2075](http://www.stiftung-aufarbeitung.de/service_wegweiser/www2.php?ID=2075) bzw. ausführlich Osang, Alexander: „Die letzte Akte“, in: Berliner Zeitung v. 24.04.1999, <http://www.berlinonline.de/berlinerzeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1999/0424/magazin/0001/>.

<sup>245</sup> Ebd.

<sup>246</sup> Ebd.

ostdeutschen Biografie rumzuwühlen“, betonte Stütze – eine Haltung, die offenbar erstaunlich vielen aus der alten Bundesrepublik stammenden und nach dem Mauerfall im Osten tätigen Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Medien zueigen war und ist.<sup>247</sup>

Nachricht ließ der ORB auch im Fall der Journalistin Dörte Caspary walten.<sup>248</sup> Caspary, die am „Roten Kloster“ studiert hatte, arbeitete nach der friedlichen Revolution als Redakteurin beim „Berliner Rundfunk“ und moderierte für den Jugendsender DT64. Nach dem Mauerfall machte Caspary Karriere beim ORB. Ab 1993 leitete die junge Frau das Bonner Büro des Senders, wurde dann sogar von der ARD als Korrespondentin nach Moskau geschickt, um 1997 wieder nach Bonn zurückzukehren. Dort wurde die SPD auf die Vorzeigefrau aus dem Osten aufmerksam. Die Sozialdemokraten suchten eine neue Parteisprecherin und meinten in Caspary die perfekte Besetzung für den Posten gefunden zu haben. Die frühere SED-Mitgliedschaft der Journalistin stieß einigen Mitgliedern des SPD-Präsidiums unangenehm auf. Als Caspary zu Protokoll gab, dass sie sich dafür im Nachhinein schäme, stand einer Kandidatur der Redakteurin aus Sicht der SPD nichts mehr im Wege. Auf eine eventuelle frühere Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit angesprochen, gab sich Caspary gelassen. Sie sei bereits 1993 bei ihrem Haussender, dem ORB, ergebnislos überprüft worden und habe nichts zu befürchten, sagte Caspary dem Spiegel. Von einer Zusammenarbeit mit der Stasi wollte die Journalistin auch dann noch nichts wissen, als das Nachrichtenmagazin sie mit Details aus ihrem Vorleben konfrontierte. Caspary, so die Recherchen des Spiegel, habe unter dem Decknamen „Eiche“ für die Stasi „politisch unzuverlässige Mitschüler“ bespitzelt. Die designierte SPD-Parteisprecherin wies die Vorwürfe weit von sich. Sie habe zu keinem Zeitpunkt mit der Stasi zusammengearbeitet und mit absoluter Sicherheit keine Verpflichtungserklärung unterschrieben. Einer erneuten Überprüfung sehe sie „gelassen entgegen“.

Mit der Gelassenheit war es allerdings nicht zuletzt auf Seiten der SPD vorbei, als kurz darauf in der Gauck-Behörde zwei dicke Bände mit Casparys IM-Berichten und einer von ihr unterzeichneten Verpflichtungserklärung gefunden wurden. Etwas mehr als drei Jahre hatte Caspary, die noch als Schülerin von der Stasi angeworben war, eine Mitschülerin ausspioniert, die dem MfS unter anderem wegen ihres Engagements für die Neuapostolische Kirche ein Dorn im Auge war.

---

<sup>247</sup> Ebd.

<sup>248</sup> Vgl. dazu beispielsweise „Deckname ‚Eiche‘?“, in: Der Spiegel, 4/1999, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8541434.html>, „Eingeständnis in Raten“, in: Der Spiegel, 5/1999, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8566674.html>, Hofmann, Gunter: „Einsam spitze“, in: Die Zeit, 07/1999, [http://www.zeit.de/1999/07/Einsam\\_spitze](http://www.zeit.de/1999/07/Einsam_spitze) oder Nordhausen, Frank: „Seminargruppe 606“, in: Berliner Zeitung v. 13.02.2002, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2002/0213/blickpunkt/0001/index.html>.

Caspary leugnete ihre Spitzeltätigkeit bis zuletzt. Wie viele andere ehemalige IM auch, gab sie die Wahrheit nur scheinbar preis. Sie gab nur das zu, was partout nicht mehr abzustreiten war. Bis zuletzt versuchte die karrierebewusste Journalistin der SPD vorzumachen, dass sie für den Mann von der Stasi zwar irgendetwas aufgeschrieben, aber natürlich keinem geschadet habe.

Wie sich im Nachhinein herausstellte, war Caspary nur deshalb bei der ersten Stasiüberprüfung 1993 nicht aufgefliegen, weil ihre Akte in der Gauck-Behörde nicht unter dem Buchstaben „C“, sondern unter „K“ abgelegt worden war. Nachdem Caspary wegen ihrer früheren IM-Tätigkeit für die SPD untragbar geworden war, kehrte sie zum ORB zurück. Ihr ehemaliger Sender hatte ihr nach dem Bekanntwerden ihrer Stasi-Vergangenheit eine „zweite Chance in der zweiten Reihe“ gegeben.<sup>249</sup> Das Angebot, als Nachrichtenredakteurin für den ORB tätig zu sein, nahm Caspary dankbar an. Nach ORB-Angaben hatte der Sender ihr bereits kurz nachdem ihre Stasi-Vergangenheit bekannt geworden war, zugesichert, dass sie ihr ruhendes Arbeitsverhältnis im März 2000 wieder aufnehmen könne. Die dreiköpfige Personalkommission, die den ORB-Intendanten bereits bei den ersten Stasi-Überprüfungen beraten hatte, gab Rosenbauer die Empfehlung, Caspary weiter zu beschäftigen. Bereits kurz nach Casparys Rückkehr zum ORB gab es Gerüchte, dass die Degradierung der ehrgeizigen jungen Frau nicht das letzte Wort im Fall Caspary sein würde. Im November 2003 gab der RBB bekannt, dass Caspary von RBB-Fernsehdirektor Gabriel Heim den Auftrag erhalten habe, neue Programme für das Ressort „Lebensberatung“ zu entwickeln.<sup>250</sup> Caspary, so die Begründung des RBB für die Beförderung der ehemaligen Stasi-Mitarbeiterin, habe „jahrelang engagiert und kompetent im Kreise ihrer Kolleginnen und Kollegen ‚in der zweiten Reihe‘ gewirkt“. Fast zwei Jahrzehnte nach dem Ende ihrer MfS-Mitarbeit sehe der RBB keinen Grund für eine „lebenslange berufliche Stigmatisierung“ der Journalistin. Dass Casparys IM-Tätigkeit, wie von der ORB-Prüfungskommission eine „Jugendsünde“ gewesen sei, ist durchaus nachvollziehbar. Caspary war 17 Jahre alt, als sie sich von der Stasi anwerben ließ. Dennoch hat die Entscheidung des ORB, die Journalistin nur wenige Jahre nach Bekanntwerden ihrer dunklen Vergangenheit zur Redaktionsleiterin zu machen, einen unangenehmen Beigeschmack. Laut Aktenlage war Caspary eine besonders eifrige Zuträgerin der Stasi. Sie hatte keine Skrupel, sich im Auftrag des MfS in das Vertrauen von Mitschülern einzuschleichen und dieses gezielt zu missbrauchen. Sie schreibt ihrem Führungsoffizier Postkarten aus dem Urlaub und geht mit derart großem Engagement ans Werk, dass die Stasi voll des Lobes für die Nachwuchsspionin

---

<sup>249</sup> „ORB-TV gibt der Journalistin eine ‚zweite Chance in der zweiten Reihe‘“, in: Der Tagesspiegel v. 31.08.1999, <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/orb-tv-gibt-der-journalistin-eine-zweite-chance-in-der-zweiten-reihe/89580.html>.

ist. Selbst wenn man Caspary zubilligt, dass sie all das bereut, hätte ihr Verhalten nach Bekanntwerden der ersten IM-Vorwürfe für den ORB Grund genug sein sollen, die Personalentscheidung noch einmal zu überdenken. Die von Caspary angewandte „Salamitaktik“ spricht nicht unbedingt dafür, dass sie sich glaubhaft von ihrer Vergangenheit distanziert hat und bereit ist, sich offen mit ihrer früheren IM-Tätigkeit auseinanderzusetzen. Statt einzuräumen, was sie getan hat, übte sie sich in Selbstgerechtigkeit. Statt sich an der Aufarbeitung zu beteiligen und sich kritischen Fragen zu stellen, hat sie weiter vernebelt und vertuscht.

Wie der Fall des Sportjournalisten Hagen Boßdorf zeigt, hatte die vom ORB bestellte Prüfungskommission nicht immer ein glückliches Händchen bei ihren Empfehlungen. Die Regelüberprüfung bei der Gauck-Behörde im Jahr 1993 hatte ergeben, dass Boßdorf seinen dreijährigen Wehrdienst beim Stasi-Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ abgeleistet hatte. Boßdorf, der in seiner Jugend Leistungssportler war, ehe er an die Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig wechselte, arbeitete seit 1992 für den ORB. Dort baute er aus dem Nichts eine Sportredaktion auf. Boßdorf war damals 27 Jahre alt und mit großem Abstand der jüngste Sportchef einer ARD-Anstalt.<sup>251</sup> Boßdorf durfte trotz seines Einsatzes im Stasi-Wachregiment nicht nur beim ORB bleiben, er machte in den folgenden Jahren hausintern Karriere. Seit 1996 berichtete er als Sportmoderator in den ARD-Tagesthemen über Rad- und Wintersportthemen. Im November 2000 stieg Boßdorf zum Fernseh-Chefredakteur des Senders auf und saß als solcher auch in der ARD-Chefredateursrunde. Wieder einmal war er der jüngste in seinem Job – und der einzige, der aus den neuen Bundesländern kam.<sup>252</sup>

Im April 2002 sollte Boßdorf als ARD-Sportkoordinator nach München wechseln – der krönende Abschluss eines rasanten Aufstiegs. Doch ehe es soweit war, tauchte im Keller der ehemaligen Stasi-Bezirksverwaltung Leipzig eine Karteikarte auf, die nahelegte, dass Boßdorfs Beziehungen zum MfS deutlich enger waren als von ihm in der Vergangenheit behauptet. Die HV A der Bezirksverwaltung Leipzig hatte den damaligen Journalistik-Studenten am 24. November 1988 unter dem Decknamen „Florian Werfer“ erfasst. Auf der Karte enthaltene Hinweise auf eine Arbeitsakte führten ins Nichts. Ob Boßdorf für die Stasi gespitzelt hatte, konnte nicht eindeutig geklärt werden.

Der designierte ARD-Sportkoordinator ging angesichts der im Raum stehenden Vermutungen in die Offensive. In einem langen, persönlichen Brief an den damaligen ARD-Vorsitzenden

---

<sup>250</sup> RBB-Stellungnahme zu Dörte Caspary. Presseinformation 114/2003 v. 18.11.2003.

<sup>251</sup> Wahl, Torsten: „Gute Chancenverwertung“, in: Berliner Zeitung v. 01.11.2000, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2000/1101/medien/0011/index.html>.

<sup>252</sup> Vgl. Lauterbach, Jörn: „Jung, begabt, aus dem Osten und dann noch IM: Hagen Boßdorf“, in: Die Welt v. 21.01.2002, [http://www.welt.de/print-welt/article369416/Jung\\_begabt\\_aus\\_dem\\_Osten\\_und\\_dann\\_doch\\_IM\\_Hagen\\_Bossdorf.html](http://www.welt.de/print-welt/article369416/Jung_begabt_aus_dem_Osten_und_dann_doch_IM_Hagen_Bossdorf.html).

Fritz Pleitgen, den Intendanten des Bayerischen Rundfunks Thomas Gruber, den ORB-Direktor Volker von der Heydt und den ARD-Politikkoordinator Hartmann von der Tann legte der Beschuldigte scheinbar freimütig alle Karten auf den Tisch.<sup>253</sup> Beim MfS-Wachregiment habe er sich nur verpflichtet, um näher bei seiner Freundin zu sein. Als er „gegen Ende seiner Dienstzeit“ gefragt worden sei, ob er als IM für das MfS tätig sein wolle, habe er abgelehnt. Ab Mitte 1988, so Boßdorf weiter, habe er sich „in unregelmäßigen Abständen zu Gesprächen mit einem Stasi-Mitarbeiter in Leipzig“ getroffen. Bei diesen Treffen sei es aber „nicht um Beurteilungen oder Auskünfte über Menschen aus meiner Umgebung“ gegangen. Er habe, so Boßdorf weiter, der Stasi nicht über Freunde und Bekannte berichtet und Aufträge der Stasi, eine Leipziger Familie auszuspionieren „entschieden abgelehnt“. Von der Existenz der Karteikarte habe er nichts gewusst. Den Decknamen habe ihm die Stasi nur gegeben, damit er im Falle eines Falles telefonisch mit dem MfS in Kontakt treten könne.

Im Januar 2002 musste sich die ORB-Prüfungskommission erneut mit dem Fall Boßdorf befassen.<sup>254</sup> Das dreiköpfige Gremium, zu dem ORB-Personalchef Rainer Oxfort, der Personalratsvorsitzende Michael Sibrover und Generalsuperintendent a.D. Leopold Esselbach gehörten, kam nach Prüfung der vorhandenen Dokumente und nach einem Gespräch mit dem beschuldigten Journalisten zum Ergebnis, dass Boßdorf „glaubhaft“ habe darlegen können, dass er nicht als IM tätig gewesen sei. Das MfS, so das abschließende Urteil der Kommission, sei zwar sehr interessiert an einer Zusammenarbeit mit dem vielversprechenden jungen Mann gehabt, dieser habe aber den Anwerbeversuchen der Stasi tapfer widerstanden.

Während im Sender vereinzelt Stimmen laut wurden, die die Frage in den Raum stellten, wie unabhängig eine aus einem Kirchenvertreter, dem ORB-Personalchef und dem Personalratsvorsitzenden bestehende Kommission überhaupt sein könne, stellten sich die ARD-Intendanten einstimmig hinter den ostdeutschen Journalisten. Der Rückendeckung durch Hansjürgen Rosenbauer konnte er sich ohnehin sicher sein: Es sei unklug und unmenschlich, Menschen „in das Gefängnis ihrer Vergangenheit einzusperren.“<sup>255</sup> Dem nächsten Sprung auf der Karriereleiter stand damit nichts mehr im Wege.

Im Oktober 2005 wurde Boßdorf trotz der von ihm selbst eingestandenen Stasi-Kontakte und der mehr als verdächtigen Karteikarte zum Sportchef des NDR ernannt. Der Sender ließ sich

---

<sup>253</sup> Vgl. zum folgenden „Ich empfinde eine moralische Schuld“, in: FAZ v. 06.12.2005, <http://www.faz.net/artikel/C30964/stasi-fall-bossdorf-ich-empfinde-eine-moralische-schuld-30134168.html> bzw. „Aktenfund widerlegt einstigen ARD-Sportchef“, in: FAZ v. 13.04.2007, <http://www.faz.net/artikel/S31013/im-bossdorf-aktenfund-widerlegt-einstigen-ard-sportchef-30103930.html>.

<sup>254</sup> Vgl. dazu Huber, Joachim: „Glauben, Wissen, Hoffnung“, in: Der Tagesspiegel v. 29.02.2002, <http://www.tagesspiegel.de/medien/glauben-wissen-hoffnung/287042.html> bzw. Wahl, Torsten: „Die zweite Chance“, in: Berliner Zeitung v. 29.01.2002.

<sup>255</sup> Ebd.

von neuen, in der Birthler-Behörde gefundenen Dokumenten nicht von seiner Entscheidung abbringen. Ungehört verhallten auch die Bedenken des damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff und des schleswig-holsteinischen Landesvaters Peter-Harry Carstensen, die auf eine Beschäftigung von Boßdorf lieber verzichtet hätten. Nach Angaben des NDR seien folgende Gründe für die Einstellung des umstrittenen Journalisten ausschlaggebend gewesen: „Eine Tätigkeit als IM konnte Hagen Boßdorf nach Aktenlage nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, ebenso wenig fanden sich Hinweise darauf, dass er irgendjemanden geschädigt hätte. Hagen Boßdorf war zum Zeitpunkt seiner Kontakte zur Stasi jung. Seine fachliche Eignung hat er in 13 Jahren erfolgreicher Tätigkeit in verschiedenen Funktionen innerhalb der ARD unter Beweis gestellt.“<sup>256</sup>

Im Dezember 2005 machte der NDR-Verwaltungsrat plötzlich einen Rückzieher und drängte auf eine Auflösung des Vertrages mit Boßdorf. Da nicht alle Zweifel ausgeräumt werden konnten, sei „die erforderliche Vertrauensbasis für eine künftige Zusammenarbeit leider nicht gegeben“, hieß es plötzlich.<sup>257</sup>

Die ARD zeigte sich empört und hielt weiter an ihrem Sportkoordinator fest. Der ARD-Vorsitzende Thomas Gruber sagte, man habe eine Fürsorgepflicht gegenüber dem Mitarbeiter Boßdorf, „der seine fachliche Eignung in den vergangenen 13 Jahren erfolgreich nachgewiesen habe.“<sup>258</sup> In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung beteuerte Boßdorf erneut, keine Berichte für die Stasi geschrieben zu haben und stellte die These in den Raum, dass sich ausgewählte Journalisten aus niederen Beweggründen mit der Birthler-Behörde zusammengetan hätten, „die sich bei der neuen Bundesregierung für die Zukunft empfehlen muss“.<sup>259</sup> Der WDR-Intendant Fritz Pleitgen warnte vor „tapferen Vorverurteilungen“, ARD-Programmdirektor Günter Struve lobte den „sehr geschätzten Kollegen“ öffentlich, obwohl dieser kurz zuvor die Birthler-Behörde in einem Interview als „Jagdverein auf Ostdeutsche“ bezeichnet hatte.<sup>260</sup> Lediglich Dagmar Reim, die Intendantin des RBB, sprach sich gegen eine Verlängerung des Vertrages mit Boßdorf aus. Doch das ließ die ARD ebenso unbeeindruckt wie ein von ihr selbst beim Forschungsverbund SED-Staat in Auftrag gegebenes Gutachten, das Boßdorfs wissentliche und willentliche Zusammenarbeit mit der Stasi eindeutig bestätigte. Zu Fall gebracht hat ihn am Ende nicht etwa seine dunkle Vergangenheit. Im März 2007

---

<sup>256</sup>[http://www.rundfunkfreiheit.de/meldung\\_volltext.php3?si=4655023ac1a52&id=43ca4a486b5e8&akt=sender\\_ndr\\_news\\_archiv&view=&lang=1](http://www.rundfunkfreiheit.de/meldung_volltext.php3?si=4655023ac1a52&id=43ca4a486b5e8&akt=sender_ndr_news_archiv&view=&lang=1).

<sup>257</sup> Ebd.

<sup>258</sup> „Boßdorf-Beschluss entzweit ARD und NDR“, in: Spiegel Online v. 14.12.2005, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,390395,00.html>.

<sup>259</sup> Hagen Boßdorf im Interview, nachzulesen unter <http://www.sueddeutsche.de/sport/hagen-bossdorf-ein-jagdverein-gegen-ostdeutsche-1.307693>.

<sup>260</sup> „Boßdorf-Beschluss“, <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,390395,00.html>.

trennte sich die ARD von Boßdorf, weil er als Programmverantwortlicher Schleichwerbung für Margarine in Sportsendungen der ARD geduldet hatte.

Kurz darauf wurde in der BIRTHLER-Behörde neues Aktenmaterial über IM „Florian Werfer“ gefunden. Aus der IM-Akte geht hervor, dass Boßdorf anders als von ihm behauptet sehr wohl Aufträge von der Stasi entgegengenommen und über zwei Journalistik-Studenten berichtet hatte.<sup>261</sup> Die ARD hat „planvoll alle Anhaltspunkte für die IM-Vergangenheit ihres Angestellten ignoriert“ und ihn auf die Karriereleiter geschickt, statt frühzeitig die Reißleine zu ziehen.<sup>262</sup> Offenbar sah man nur das, was man sehen wollte.

Das Thema Stasiüberprüfung kam erst nach der Fusion von SFB und ORB zum RBB im Jahr 2003 wieder auf den Tisch. RBB-Intendantin Dagmar Reim und der Vorsitzende des Rundfunkrates Bertram Althausen wollten die gesamte Belegschaft des neuen Senders von der BIRTHLER-Behörde auf eine eventuelle frühere Tätigkeit für das MfS überprüfen lassen.<sup>263</sup> Reim begründete die Stasi-Überprüfung mit dem Auftauchen der „Rosenholz-Dateien“, durch das man sich in einer neuen Situation befinde. „Wir sind jetzt ein Sender, von dem ein Teil - nämlich der ORB - schon ziemlich gründlich überprüft worden ist. Das Stasi-Thema ist noch immer virulent, und wir in diesem neuen Sender müssen unsere Haltung dazu klären. Mir geht es darum, an die bewährte und unaufgeregte Art des Umgangs mit diesem Thema beim ORB anzuknüpfen“, sagte Reim. Die Personalräte und der Großteil der RBB-Mitarbeiter gingen auf die Barrikaden. „Hier soll nach dem Motto ‚Haust du meinen ORB-IM, hau ich deinen Westspitzel‘ das SFB-Personal gedemütigt werden“, entrüsteten sich die westdeutschen Sendermitarbeiter. Reim strebte nach eigener Aussage mit der kollektiven Überprüfungsaktion eine „Gleichbehandlung“ mit den zum Teil mehrfach überprüften ehemaligen ORB-Mitarbeitern an. Beim SFB waren nur Mitarbeiter „gegauckt“ worden, die zuvor für den DDR-Rundfunk tätig gewesen waren.<sup>264</sup>

Mit ihrem Vorstoß brachte Reim interessanterweise vor allem die früheren SFB-Journalisten gegen sich auf. Diese werteten das Ansinnen der Intendantin als Angriff auf ihre persönliche Ehre und Integrität und kündigten an, ihr Recht auf „informelle Selbstbestimmung“ verteidigen zu wollen. Eine „Ossifizierung“ des Senders sollte es mit ihnen nicht geben. Juristen, aber auch der frühere Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde Joachim Gauck meldeten rechtliche Be-

---

<sup>261</sup> Vgl. dazu ausführlich Mohl, Ariane: „Aufstieg und Fall des Hagen B.“, in: Märkische Allgemeine v. 03.05.2007.

<sup>262</sup> Müller/Hartmann: Vorwärts und vergessen! Kader, Spitzel und Komplizen: Das gefährliche Erbe der SED-Diktatur, Berlin 2009, S. 183.

<sup>263</sup> Vgl. dazu Karutz, H. R./Seel. Christian: „Haust du meinen Stasi, hau ich deinen Spitzel“, in: Die Welt v. 28.08.2003, [http://www.welt.de/print-welt/article255955/Haust\\_du\\_meinen\\_Stasi\\_hau\\_ich\\_deinen\\_Spitzel.html](http://www.welt.de/print-welt/article255955/Haust_du_meinen_Stasi_hau_ich_deinen_Spitzel.html).

<sup>264</sup> Vgl. „Stasi-Check beim RBB in der Kritik“, in: Berliner Morgenpost v. 02.10.2003, [http://www.morgenpost.de/printarchiv/kultur/article475279/Stasi\\_Check\\_beim\\_RBB\\_in\\_der\\_Kritik.html](http://www.morgenpost.de/printarchiv/kultur/article475279/Stasi_Check_beim_RBB_in_der_Kritik.html).

denken gegen den Vorstoß der RBB-Intendantin an. Eine Überprüfung sei nur dann möglich, wenn es „konkrete Verdachtsmomente“ gebe.<sup>265</sup> „In Teilen der Berliner Belegschaft, die es zwar für selbstverständlich hielten, dass ihre Potsdamer Kollegen überprüft würden, dies für sich selbst aber als völlig indiskutabel betrachteten, wurde dies sehr kritisch gesehen. Das bewerte jeder wie er mag“, sagt Singelstein.

Am Ende ließ der RBB in den Jahren 2005/2006 sämtliche leitenden und programmprägend beschäftigten Festangestellten durch die Birthler-Behörde überprüfen. Zudem veranlasste er sämtliche programmprägenden freien Mitarbeiter, eine entsprechende Prüfung durchführen zu lassen und dem RBB die Ergebnisse zugänglich zu machen. „Die Überprüfung der gesamten Belegschaft durch die Birthler-Behörde im Jahr 2005/2006 – 16 Jahre nach dem Mauerfall – ohne Ansehung der konkret wahrgenommenen Funktionen, wäre aus unserer Sicht unverhältnismäßig und daher unzulässig gewesen. Dies um so mehr, als schon der ORB seine vorangegangene Prüfung auf den genannten Personenkreis der Programmprägenden und Führungskräfte beschränkt hatte. Ende 2006 wurde das Stasiunterlagengesetz dahingehend geändert, dass öffentliche Arbeitgeber Auskunft nur noch in Bezug auf Leitende Angestellte (oder solche, die „eine vergleichbar verantwortungsvolle Aufgabe wahrnehmen“) verlangen können. Dies belegt, dass der RBB den 2005/2006 rechtlich zur Verfügung stehenden Rahmen vollständig ausschöpfte“, betont Singelstein.

Wie beim ORB wurde eine unabhängige Prüfungskommission einberufen. Diese bestand aus Generalsuperintendent Martin Michael Passauer, einer Mitarbeiterin des RBB-Justiziariats und einem RBB-Redakteur. Das Gremium hatte die Ergebnisse der Stasi-Überprüfung zu bewerten und Empfehlungen auszusprechen. Bei „weniger als einer Handvoll“ der 200 überprüften festen Mitarbeitern hat es laut RBB Anlass zu weiteren Fragen gegeben. In nur „sehr wenigen Fällen“ habe die Kommission Empfehlungen ausgeben müssen. Entlassen wurde nach RBB-Angaben niemand.

Dass nach wie vor unerkannt frühere IM für den RBB tätig sind, zeigt der Fall Klaus-Uwe Barthel.<sup>266</sup> Im Februar dieses Jahres wurde bekannt, dass Barthel, der den Digitalkanal Eins Extra leitet, von 1980 bis 1989 für die Stasi gespitzelt haben soll. Wie der Spiegel berichtete, hat Barthel sich im März 1980 schriftlich vom MfS in den Dienst nehmen lassen. Die Stasi bedankte sich mit Präsenten bei IM „Kay“, der, wie den Akten zu entnehmen ist, bis 1986 im DDR-Außenhandelsunternehmen Transinter, das zum „Bereich Kommerzielle Koordination“ (KoKo) gehörte, tätig war. Anschließend wechselte Barthel als Journalist zur Jungen

---

<sup>265</sup> Vgl. ebd. bzw. Wenk, Holger: „Im Sinne der Gleichbehandlung“, in: Berliner Zeitung v. 10.09.2003, <https://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/0910/media/0043/index.html>.

Welt. Barthel wurde zwar routinemäßig 2009 bei seiner Einstellung nach einer früheren MfS-Tätigkeit gefragt. Obwohl er die Antwort verweigert hatte, sah der Sender keinen Grund nachzuhaken. Barthel, so der RBB, arbeite weder in programmprägender noch in leitender Funktion, sondern sei lediglich als sogenannter „Senderredakteur“ im Einsatz.<sup>267</sup> Laut Auskunft des Senders werden seit einiger Zeit nicht mehr alle Mitarbeiter auf eine frühere Stasi-Tätigkeit überprüft, sondern nur noch Neueinstellungen mit besonderer Vertrauenswürdigkeit. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der ORB bei der Überprüfung seiner Mitarbeiter zu Beginn der neunziger Jahre gründlicher vorgegangen ist als andere ARD-Anstalten. Dass der Potsdamer Sender auch freie Mitarbeiter, die in programmprägender Funktion tätig waren, in die Überprüfung miteinbezogen hat, war – wie nicht zuletzt die Erfahrungen mit den Stasi-Vorfällen beim MDR zeigen – die richtige Entscheidung. Die Stasi-Aufarbeitung beim MDR, auf die hier nicht im einzelnen eingegangen werden kann, verlief anders als beim ORB nach folgendem Prinzip: „Der Sender trennte sich von etlichen freien Journalisten – und arbeitete größtenteils mit den belasteten Festangestellten weiter.“<sup>268</sup> Die Stasi-Überprüfung beim MDR problemlos überstanden hat etwa ein Fernsehmoderator, der im Auftrag der Stasi geholfen hat, „mehrere Feinde der DDR“ ins Gefängnis zu bringen.<sup>269</sup> Haarsträubend ist auch der Fall des MDR-Unterhaltungschefs Udo Foht alias IM „Karsten Weiß“. Obwohl eine von der ARD selbst in Auftrag gegebene Studie<sup>270</sup> Foht als „IM“ einstuft, hält MDR-Intendant Reiter ungebrochen an ihm fest. Weil es keine handschriftlichen Belege für seine IM-Tätigkeit gebe, so die offizielle Begründung des MDR, bestünden „Restzweifel“ an einer konspirativen Tätigkeit für das MfS. Der wahre Grund für das Festhalten an Foht dürfte um einiges einfacher sein: Der MDR-Unterhaltungschef, der schon vor dem Mauerfall für das DDR-Fernsehen tätig war, weiß, was die ostdeutschen Zuschauer sehen wollen. „Er garantiert Reiter das, was ihm am liebsten ist: Quote.“<sup>271</sup>

Anders als beim MDR, der, wie sich im Nachhinein herausstellte, nur einen Teil der bis Mitte der neunziger Jahre in den eigenen Reihen enttarnten IM öffentlich gemacht hat, gab es beim ORB zumindest in den Anfangsjahren einen vergleichsweise offenen Umgang mit den Stasi-

---

<sup>266</sup> Vgl. dazu „Neuer Stasi-Fall bei der ARD“, in: Der Spiegel v. 05.02.2011, <http://www.spiegel.de/kultur/tv/0,1518,743732,00.html>.

<sup>267</sup> „RBB beschäftigt Ex-Stasi-IM“, in: Der Tagesspiegel v. 07.02.2011, <http://www.tagesspiegel.de/medien/rbb-beschaeftigt-ex-stasi-im/3798402.html>.

<sup>268</sup> Müller/Hartmann: Vorwärts und vergessen!, S. 194.

<sup>269</sup> Vgl. ebd. S. 193.

<sup>270</sup> Historische Kommission der ARD (Hrsg.): Die Ideologepolizei. Die rundfunkbezogenen Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in der DDR sowie in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 2008, S. 217 ff.

<sup>271</sup> Müller/Hartmann: Vorwärts und vergessen!, S. 195. Im Jahr 2002, also mehr als ein Jahrzehnt nach der Wiedereinigung, hatten laut Müller und Hartmann immer noch stolze 4,3 Prozent der festangestellten MDR-Mitarbeiter eine Stasi-Vergangenheit.

Verstrickungen im eigenen Haus. Insbesondere der Fall Lutz Bertram hat zu großen Diskussionen unter den ORB-Mitarbeitern geführt und die Auseinandersetzung auch mit der eigenen Biographie auf die Tagesordnung gebracht.

Gleichwohl belegen die weiter oben wiedergegebenen Zitate des ehemaligen ORB-Intendanten Rosenbauer, dass die Stasi-Überprüfungen - anders als etwa bei den zum Axel-Springer-Verlag gehörenden Tageszeitungen – sich im vom Prinzip des „Brandenburger Weges“ vorgegebenen Rahmen bewegten. Die große Nachsichtigkeit, mit der Dörte Caspary behandelt wurde, wirft zumindest Fragen auf. Im Fall von Hagen Boßdorf hätte ein weniger sanfter Kurs bzw. auch nur eine aufmerksamere Zurkenntnisnahme der Fakten der ARD viel Ärger und einen Imageverlust erspart.

Großes Fingerspitzengefühl bewies RBB-Intendantin Dagmar Reim, als sie die geplante Stasi-Überprüfung in dem neuen Sender zu einer gesamtdeutschen Aufgabe machte. Die Stasi, das sollte inzwischen bekannt sein, war kein rein ostdeutsches Phänomen. Dass die Intendantin mit ihrem Vorhaben beinahe am Widerstand der West-Belegschaft gescheitert wäre, zeigt abermals, dass der „Wessi“ an sich nicht unbedingt an vorderster Front steht, wenn es um die Aufarbeitung der SED-Diktatur geht. Wie der Fall des erst in diesem Jahr enttarnten RBB-Mitarbeiters Barthel anschaulich belegt, ist das letzte Wort in Sachen Stasi-Verstrickungen in den verschiedenen ARD-Anstalten noch lange nicht gesprochen. Auch mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung arbeiten ehemalige Stasi-Zuträger unerkant in den Medien.

RBB-Chefredakteur Singelstein zieht eine positive Bilanz der Stasi-Aufarbeitung bei ORB und RBB. „Natürlich kann ich nicht gänzlich ausschließen, dass wir Menschen bitter Unrecht getan haben oder andere haben laufen lassen, aber alles in allem bin ich der Ansicht, dass wir es nicht viel besser hätten machen können. Frau Reim und vor ihr Herr Rosenbauer sind mit viel Sensibilität und Augenmaß an die ganze Sache herangegangen.“ Es sei bedauerlich, dass aufgrund der Bestimmungen im Stasiunterlagengesetz derzeit nur die Intendantin überprüft werden könne. „Jeder Betroffene hat das Recht über seine Stasi-Vergangenheit zu schweigen, aber der Arbeitgeber muss das Recht haben, eine eventuelle MfS-Tätigkeit herauszubekommen. Die Tatsache, dass jemand seine Stasi-Vergangenheit jahrelang erfolgreich verschweigt, macht sie nicht ungeschehen. Schon alleine im Sinne der Gleichbehandlung würde ich eine Ausweitung der Überprüfungsmöglichkeiten begrüßen. Es kann nicht sein, dass die, die wir heute erwischen könnten, weil neues Material vorliegt, nicht erwischt werden, weil wir sie nicht mehr überprüfen dürfen“, sagt Singelstein.

#### 4. Der Umgang mit den „SED-Journalisten“

Während man bei der Stasiüberprüfung der eigenen Belegschaft wenigstens einem Teil der Brandenburger Medien bescheinigen kann, das Problem in Angriff genommen zu haben, ist die SED-Vergangenheit der in der Mark tätigen Journalisten weder im Bereich der Printmedien noch im Rundfunk von den westdeutschen Eigentümern oder den Intendanten auch nur als Problem erkannt worden. Alle befragten amtierenden Chefredakteure gaben an, dass es keinen Unterschied mache, ob ein Journalist aus der ehemaligen DDR oder der alten Bundesrepublik kommt. Bei der Märkischen Allgemeinen wurde ab Mitte der neunziger Jahre das Wirtschaftsressort neu besetzt, da die Journalisten, die bereits zu DDR-Zeiten in diesem Bereich tätig waren, bestimmte Phänomene der sozialen Marktwirtschaft nicht angemessen einordnen und bewerten konnten. Mit Recht gibt die MAZ-Chefredaktion zu bedenken, dass eine mit westdeutsch sozialisierten Journalisten besetzte Redaktion kein Garant für eine bessere, DDR-kritischere Berichterstattung sei. Gerade die westdeutschen Journalisten, die die DDR selbst nicht erlebt haben, brächten oft nicht das nötige Fachwissen mit, um die Leser kompetent und kritisch über Themen wie die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft etc. informieren zu können. Wünschenswert, so der stellvertretende MAZ-Chefredakteur Lothar Mahrla, sei eine gesunde Durchmischung der Redaktion. Diese sei in vielen Lokalredaktionen der MAZ bereits erreicht. Einige Lokalredaktionen, so etwa die in Falkensee und Rathenow, seien sogar mittlerweile „in westdeutscher Hand“. Grundsätzlich, so die Chefredakteure von MAZ, MOZ und PNN unisono, sei es „nicht wichtig, aus welchem Teil Deutschlands die Kollegen kommen“.<sup>272</sup>

Diese apodiktische Aussage steht in einem auffallenden Widerspruch zu den Erfahrungen, die viele westdeutsche oder ehemals systemferne ostdeutsche Journalisten mit ihren Kollegen gemacht haben. Fast alle von der Gutachterin befragten Journalisten berichten übereinstimmend, dass die am „Roten Kloster“ ausgebildeten Ost-Journalisten zumindest in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung handwerkliche Defizite hatten und zum Teil noch heute haben. „Die Recherchefähigkeit der Kollegen aus der ehemaligen DDR war erschreckend. Sie haben sich nicht getraut, freche Fragen zu stellen, sondern sich damit begnügt, Meinungen aufzusaugen wie ein Schwamm. Ein Abgleich dieser Meinungen mit den Fakten fand nur selten statt“, sagt etwa ein (westdeutscher) Fernsehjournalist, der in den 90er-Jahren für den ORB tätig war. Im Printbereich sah es laut dem ehemaligen MOZ-Chefredakteur Claus Detjen zu Beginn der neunziger Jahre nicht besser aus: „Die größten Probleme gab es bei der Re-

cherche. Darin waren die DDR-Journalisten ja nicht geübt. Es gab einige, die bereit waren, sich bestimmte Techniken anzueignen und dazuzulernen. Aber das war längst nicht bei allen der Fall. Ich habe versucht, gewissermaßen als Ausgleich West-Leute mit in die Redaktion zu holen. Das war aber nur bedingt möglich, da es Arbeitsplatzgarantien gab und man nicht nach Belieben Leute entlassen konnte.“

Verwunderlich sind diese Beobachtungen nicht: Schließlich gehörte es vor dem Mauerfall ausdrücklich nicht zu den vornehmsten Aufgaben eines in der DDR ausgebildeten Journalisten, kritische Nachfragen zu stellen und den Mächtigen vors Schienbein zu treten. Es ist ausgesprochen erstaunlich und erschreckend, dass nahezu alle schon zu DDR-Zeiten im Printbereich tätigen Redakteure, wenn sie nicht auf eigenen Wunsch gegangen sind, übernommen wurden. Die Ausbildung dieser Redakteure und die aktive Rolle, die sie in der SED-Diktatur mehr oder weniger leidenschaftlich eingenommen haben, ist noch nicht einmal im Ansatz kompatibel mit den hohen handwerklichen und ethisch-moralischen Anforderungen, die an einen Journalisten in einer demokratischen Gesellschaft gestellt werden. Streng genommen waren die in Leipzig ausgebildeten Ost-Redakteure gar keine Journalisten, sondern Sprachrohre bzw. Pressesprecher der Sozialistischen Einheitspartei. Im „Wörterbuch der sozialistischen Journalistik“ heißt es dazu ausdrücklich: „Der sozialistische Journalist ist Funktionär der Arbeiterklasse, einer anderen Blockpartei (bei Mehrparteiensystemen im Sozialismus) bzw. einer gesellschaftlichen Organisation und der sozialistischen Staatsmacht, der mit journalistischen Mitteln an der Leitung ideologischer Prozesse teilnimmt. Er hilft, das Vertrauensverhältnis des Volkes zu Partei und Staat zu festigen. Seine gesamte Tätigkeit wird grundlegend vom Programm und den Beschlüssen der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse sowie durch die Verfassung des sozialistischen Staats bestimmt.“<sup>273</sup>

Wer zu DDR-Zeiten als Journalist tätig war, ist nicht zufällig in diesen Bereich gestolpert, um dann irgendwann verwundert festzustellen, dass er nicht so frei schreiben konnte, wie er oder sie es gerne gewollt hätte. Die SED hat bei der Auswahl der Bewerber für die Sektion Journalistik an der Karl-Marx-Universität Leipzig oder der Fachhochschule des Verbands der Journalisten der DDR (VdJ) allergrößten Wert auf die richtige „politische und moralische Haltung“, also auf Linientreue, gelegt.<sup>274</sup> Vorsichtigen Schätzungen zufolge waren 80 Prozent der Journalistik-Studenten Mitglied der SED. Wer einen Führungsposten anstrebte, kam an einer

---

<sup>272</sup> So MOZ-Chefredakteur Frank Mangelsdorf in einer E-Mail an die Gutachterin v. 31.03.2011. Im Interview vertraten die Chefredakteure der anderen Zeitungen ähnliche Positionen.

<sup>273</sup> Karl-Marx-Universität Leipzig (Hrsg.): Wörterbuch der sozialistischen Journalistik, Leipzig 1981, S. 111.

<sup>274</sup> Vgl. zur Rolle der Journalisten etwa Holzweißig, Gunter: Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997 oder Pannen, Stefan: Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten, Köln 1992.

Mitgliedschaft in der Partei nicht vorbei. Den angehenden Journalisten wurden „in erster Linie Kenntnisse über den Marxismus-Leninismus, also politisch-ideologische Grundlagen“ vermittelt, „die fachliche Qualifikation spielte in der Ausbildung eine zweitrangige Rolle“.<sup>275</sup>

Wer es nach Leipzig geschafft hat, war also kein verhinderter Widerstandskämpfer, auch wenn sich das in den Erzählungen einiger ehemaliger SED-Journalisten im Nachhinein mitunter fast so anhört. Die Sektion Journalistik „entließ Handlanger der Macht, Überzeugte und Opportunisten, aber keine Kontrolleure der Mächtigen, wie die Demokratie sie braucht.“<sup>276</sup>

Als das Volk sich im Herbst 1989 gegen das SED-Regime auflehnte, stellten die Mitarbeiter in den Redaktionen der verschiedenen DDR-Medien noch einmal eindrucksvoll unter Beweis, „daß sie auf der Seite der Machthaber standen bzw. als deren ausführendes Organ handelten. Zeitungen, Radio und Fernsehen verschwiegen die unübersehbaren Proteste im Lande, die Leipziger Montagsdemonstrationen, die Massenflucht über die Botschaften in die sozialistischen Nachbarstaaten, oder sie verzerrten sie in der Berichterstattung. Den unreal inszenierten Festakt zum 40jährigen Bestehen der DDR im Oktober 1989 bejubelten sie. Die Wende selbst verlief in den Redaktionen wesentlich zögerlicher als in der übrigen Gesellschaft. Es war, als warteten sie noch immer auf ‚Anweisungen aus dem Zentralkomitee‘.“<sup>277</sup>

Während die amtierenden Brandenburger Chefredakteure in diesem Zusammenhang gerne darauf verweisen, dass die in der DDR sozialisierten Redakteure einen Wandel durchlaufen hätten, zeigen Inhaltsanalysen, dass es insbesondere in den neunziger Jahren zwischen west- und ostdeutschen Tageszeitungen große Unterschiede in der Berichterstattung gegeben hat. Die Kommunikationswissenschaftlerin Beate Schneider hat im Februar 1991 13 ostdeutsche Regionalzeitungen (darunter auch die Märkische Oderzeitung) und drei in Berlin erscheinende Tageszeitungen untersucht. Lediglich in drei Prozent aller Hintergrundberichte, so das Ergebnis der Studie, hätte das Thema „Vergangenheitsbewältigung“, also die „Aufarbeitung von Bedingungen, Folgen, Verstrickungen und Verbrechen des SED-Regimes und der Staatssicherheit“ eine Rolle gespielt.<sup>278</sup> Verglichen mit westdeutschen Tageszeitungen, aber auch den neu gegründeten Tageszeitungen, hätten ehemalige SED-Bezirkszeitungen deutlich seltener über „Probleme im Zusammenhang mit dem diktatorischen Regime der DDR“ berichtet. Zu-

---

<sup>275</sup> Blaum, Verena: Ideologie und Fachkompetenz. Das journalistische Berufsbild in der DDR, Köln 1985. Die Zitate stammen ursprünglich aus dem lesenswerten Buch der ehemaligen Leipziger Journalistikstudentin Brigitte Klump über die ideologische Indoktrination an der Sektion Journalistik: Das rote Kloster. Eine deutsche Erziehung. Produktion der Macht und Elite in der DDR, München 1986.

<sup>276</sup> Müller, Uwe/Hartmann, Grit: Vorwärts und vergessen!, S. 180.

<sup>277</sup> Schneider, Beate: Die Rolle der Medien, S. 617.

<sup>278</sup> Schneider, Beate: Strukturen, Band II, S. 31.

dem habe man sich meist auf die Auseinandersetzung mit der Stasi beschränkt und das Thema nachrichtlich, also ohne kommentierende Einordnung oder Wertung, abgehandelt.<sup>279</sup>

Demgegenüber habe die publizistische Auseinandersetzung mit den Folgen der deutschen Einheit einen breiten Raum eingenommen. Anders als beim Thema „Vergangenheitsbewältigung“ sei hier in den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen eine deutliche Wertung erkennbar gewesen. Das Thema „Arbeitslosigkeit“, so die Autoren der Studie, sei wesentlich kritischer und fordernder behandelt worden als das Thema „DDR-Aufarbeitung“.<sup>280</sup> Zudem hätten die ostdeutschen Journalisten die Folgen der Arbeitslosigkeit zumeist anhand von konkreten Beispielen und Personen aus der Region beschrieben, während das Thema „SED-Unrecht“ allenfalls auf der abstrakten, entpersonalisierten Ebene abgehandelt worden sei. „Bezüge zu Strukturproblemen aus der Hinterlassenschaft von 40 Jahren sozialistischer Wirtschaft wurden dabei nicht hergestellt.“<sup>281</sup>

Bei der Aufarbeitung der Folgen der deutschen Einheit, auch das ein interessantes Ergebnis der Studie, wurde harsche Kritik an den alten Bundesländern oder der Bundesregierung geübt. „Über die Hälfte der wertenden Aussagen unterstellt den Ländern, sie hielten sich mit Leistungen zurück oder verdienten gar an der Einheit.“<sup>282</sup> Die neuen Bundesländer erscheinen laut Studie in den ostdeutschen Tageszeitungen hingegen als Opfer, die den politischen und ökonomischen Prozessen hilflos ausgeliefert seien. Claus Detjen, der ehemalige Herausgeber und Chefredakteur bestätigt diese These: „Die Journalisten, die in der SED waren, hatten durchaus argumentative Stärken. Es fiel ihnen vergleichsweise leicht, Kritik an der westdeutschen Gesellschaft zu üben. Selbstverständlich ist es legitim, bestimmte Missstände zu kritisieren, aber das geschah oft klar erkennbar vor dem Hintergrund dessen, was ihnen früher eingetrichtert worden war. Kritik an der eigenen Vergangenheit – egal, ob von anderen vortragen, oder in Form von Selbstkritik – war hingegen unerwünscht. Die Fähigkeit, sich mit der SED-Diktatur auseinanderzusetzen, war deutlich weniger ausgeprägt als die Fähigkeit, die Bundesrepublik zu kritisieren.“

Barbara Held und Thomas Simeon kommen in ihrer aus (Ost-) Berliner Tageszeitungen beschränkten Studie zu ähnlichen Ergebnissen. Vieles deute darauf hin, dass ein wesentlicher Unterschied in der Berichterstattung zwischen ost- und westdeutschen Zeitungen in der Wahl der Perspektive zu bestehen scheint“. Dies führe „zwangsläufig zu einer Vernachlässigung der unbedingt wünschenswerten politischen und gesellschaftlichen Integration durch die ostdeutschen Zeitungen“. Die politische Berichterstattung in den ostdeutschen Tageszeitungen der

---

<sup>279</sup> Vgl. ebd., S. 69.

<sup>280</sup> Vgl. ebd., S. 78.

<sup>281</sup> Schneider, Beate: Rolle der Medien, S. 621.

neunziger Jahre sei „isolationistisch“, die „Zeitungen köcheln im eigenen Saft“, statt bestimmte Phänomene wie die Arbeitslosigkeit in einen größeren, gesamtdeutschen Zusammenhang einzuordnen.<sup>283</sup> Zu diesem Ergebnis kommt auch Beate Schneider: „Insgesamt war die Berichterstattung der ehemaligen SED-Zeitungen stark fokussiert: Themen wurden vorzugsweise dann aufgegriffen, wenn sich ein unmittelbarer Bezug zu Ostdeutschland ergab, und sie wurden strikt aus ostdeutscher Perspektive – bis hin zu einseitigen Schuldzuweisungen – interpretiert. In einen gesamtdeutschen Rahmen wurden politische und gesellschaftliche Fragen äußerst selten gestellt.“<sup>284</sup> Diese „isolationistische Tendenz“ könne als Versuch verstanden werden, „an der Teilung der deutschen Identitäten auch über die staatliche Einheit hinaus festzuhalten“.<sup>285</sup> Die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen transportierten offenbar „die spürbare DDR-Identität in den Lebensgewohnheiten der Abonnenten einerseits und der beruflichen Sozialisation der Journalisten andererseits“.<sup>286</sup>

Der Kommunikationswissenschaftler Winfried Schulz wiederum bescheinigt den Ost-Zeitungen der neunziger Jahre eine nicht übermäßig ausgeprägte Meinungsfreude. Sie „bringen weniger und kürzere Kommentare und darin weniger explizite Meinungsäußerungen. Dafür kommentieren sie offenbar eher implizit durch zitierte Kritik und durch den Abdruck von Pressestimmen“, also die bloße Wiedergabe der Meinungen anderer Journalisten.<sup>287</sup> Schulz stellt fest, dass die ostdeutschen Tageszeitungen „eine noch ausgeprägtere Neigung zum Verlautbarungsjournalismus“ hätten, „als dies ohnehin bei der Tagespresse – auch in Westdeutschland – der Fall ist“. Er kommt zu dem erschreckenden Ergebnis: Von „allen politischen Nachrichten und Berichten gehen mehr als ein Drittel im Westen und annähernd zwei Fünftel im Osten auf Verlautbarungen, Pressekonferenzen und Interviews, also auf reine Medienereignisse zurück.“<sup>288</sup>

In seiner Doktorarbeit bezeichnet der Journalist und ehemalige ORB-Mitarbeiter Stefan Pannen die Kollegen, die in der DDR ihr Handwerk erlernt haben, treffend als „Weiterleiter“. „Die Genossen, die 40 Jahre lang den Journalismus in der DDR gelenkt hatten, sind abgetreten, der Journalist ist nicht länger Befehlsempfänger und Weiterleiter, so könnte man meinen.

---

<sup>282</sup> Schneider, Beate: Strukturen, Band II, S. 80.

<sup>283</sup> Held/Simeon: Berliner Tageszeitungen, S. 40.

<sup>284</sup> Schneider, Beate: Die Rolle der Medien, S. 621.

<sup>285</sup> Zitiert nach ebd. Eine „isolationistische Tendenz“ ist freilich auch vielen Westmedien zu eigen, wenn es darum geht, über die neuen Bundesländer zu berichten. Auch mehr als zwanzig Jahre nach dem Mauerfall ist der Osten der Bundesrepublik vielen westdeutschen Journalisten ein fremdes Land geblieben, das in der Berichterstattung so gut wie nicht vorkommt.

<sup>286</sup> Zitiert nach ebd.

<sup>287</sup> Schulz, Winfried: Den roten Federn auf der Spur. Ein erster Bericht über eine vergleichende Inhaltsanalyse ost- und westdeutscher Tageszeitungen, in: Schneider, Beate/Reumann, Kurt/Schiwy, Peter (Hrsg.): Publizistik. Beiträge zur Medienentwicklung, Konstanz 1995, S. 297. Schulz' Thesen beruhen auf einer Auswertung verschiedener ostdeutscher Regionalzeitungen, darunter auch die MOZ und die Lausitzer Rundschau.

Doch wer mit den verunsicherten Profis in ostdeutschen Redaktionen spricht, stellt überraschend fest, daß sie oftmals dem alten Berufsbild weiter verhaftet sind. Die Vorstellung vom Journalismus als bloßem Sprachrohr ist bei vielen von ihnen quicklebendig, weil es ihnen an der Vorstellung von der politischen Rolle des Journalismus in der offenen Gesellschaft fehlt. Dieses Vakuum ruft einen verhängnisvollen Kurzschluß hervor. Die Rezipienten, der „Markt“ und die neuen politischen Herren treten für die ostdeutschen Kollegen an die Stelle der Einheitspartei. (...) So bleibt als Fazit, daß viele Weiterleiter weiterhin weiterleiten.“<sup>289</sup>

Noch härter geht der ostdeutsche Schriftsteller Rolf Schneider mit den ehemaligen „SED-Journalisten“ ins Gericht: „Korrespondenten aus den alten Bundesländern wissen zu erzählen, in Landespressekonferenzen zwischen Schwerin und Erfurt ließen sich die einstigen DDR-Schreiber sofort ausmachen durch ihr besonderes Verhalten. Gehorsam notierten sie alles Gesagte. Anderntags erscheine es dann als unreflektierte Hofberichterstattung. Woraus folgt: Wem einmal das Rückgrat brach, dem wächst es auch unter veränderten Zuständen nur selten wieder zusammen und selbst bei sehr unterschiedlichen Herrschaften bleiben Gehorsamsgebärden immer gleich.“<sup>290</sup>

Gespräche mit Brandenburger Journalisten und (ehemaligen) Chefredakteuren bestätigen, dass viele in der DDR sozialisierte Journalisten zurückhaltend sind, wenn es darum geht, nicht nur das wiederzukäuen, was andere gesagt haben. Den Boden der Neutralität zu verlassen und etwa in einem Kommentar Stellung zu beziehen, scheint vielen ostdeutschen Journalisten Probleme zu bereiten. „Es gibt bei vielen Kollegen, die schon in der DDR in den Medien gearbeitet haben, eine große Sprachlosigkeit. Bei jeder Art von Kommentierung oder jedem Text, der in irgendeiner Form Aufschluss über die eigene Meinung geben könnte, üben sie sich in defensiver Zurückhaltung“, sagt ein Mitarbeiter einer Brandenburger Tageszeitung, der anonym bleiben will. Über die Gründe für diese bemerkenswerte Angst davor, Position zu beziehen, kann der Journalist nur spekulieren. „Diesen Kollegen ist auf der einen Seite natürlich klar, dass sie heute nicht mehr die Dinge schreiben können, die sie vor 1989 geschrieben haben. Auf der anderen Seite wollen sie vor den Lesern, die einen ja zu Teil auch persönlich kennen und wissen, welche Ansichten man vor der Wiedervereinigung vertreten hat, nicht als Wendehälse dastehen.“ Bei vielen in der DDR ausgebildeten Kollegen gebe es eine seltsame, ins Kumpelhafte gehende Milieuschmelzung mit der eigenen Leserschaft. Diese habe die Jahre nach der Wiedervereinigung überdauert und mache es vielen Journalisten offenbar unmöglich, sich von dem, was man früher gedacht oder geschrieben hat, in der Zeitung zu di-

---

<sup>288</sup> Ebd., S. 294.

<sup>289</sup> Pannen, Stefan: Die Weiterleiter, S. 192 f.

stanzieren. „Wer hört schon gerne von einem alten Bekannten oder Kollegen den hämisch vorgetragenen Satz: ‚Ach, auf einmal bist du der Ansicht, auf Kuba herrscht eine Diktatur?! Das hat sich früher aber ganz anders angehört!‘“

Zudem hätten erschreckend viele frühere DDR-Journalisten keine „mentale Öffnung“ vollzogen. Viele hätten auch heute noch keinen offenen, „unverklemmten“ Zugang zu neuen Themen. Dies betrifft aus Sicht dieses Journalisten ausdrücklich nicht nur die Themenbereiche DDR-Aufarbeitung und Stasi, sondern alles, was in irgendeiner Form „fremd“, „anders“ oder auch nur „ungewohnt“ ist.

Auch Peter Stefan Herbst erinnert sich an einige Besonderheiten in der Arbeitsweise von Journalisten, die ihre Ausbildung am „Roten Kloster“ gemacht hatten. „Man hat deutlich gemerkt, dass die Journalisten, die schon zu DDR-Zeiten in den Medien tätig waren, in der Berichterstattung und Kommentierung von Vorgängen, die direkt mit der Stasi zu tun hatten, sehr zurückhaltend waren. Es war weniger eine verharmlosende Berichterstattung über die DDR, sondern ich würde es eher in die Rubrik ‚Nichtanfassen von bestimmten Themen‘ einordnen. Bei der Lausitzer Rundschau war es so, dass die stasibelasteten Kollegen nicht im Bereich der politischen Berichterstattung tätig waren. Sie kamen im wesentlichen aus den Lokalredaktionen. Der Kollege, der aus dem Bereich Landespolitik stammte, war extrem zurückhaltend, wenn es darum ging, selbst zu recherchieren und zu schreiben. Er hat gerne den anderen Kollegen aus dem Ressort das Bauen von Seiten abgenommen, um gar nicht erst in die Verlegenheit zu kommen, bestimmte Dinge kommentieren zu müssen“, sagt Herbst. Er vermutet, dass einige der damaligen Mitarbeiter der Lausitzer Rundschau, die schon zu DDR-Zeiten als Journalisten tätig waren, sich nach Möglichkeit bewusst oder unbewusst aus innerem Selbstschutz von einem aktiven Part verabschiedet hatten. „Sie haben, wenn es sich irgendwie einrichten ließ, keine politischen Beiträge geschrieben und bestimmte Themen nicht kommentiert. Sie haben sich ihre Nische gesucht, damit zu erwartende Konflikte auch mit der eigenen Biographie gar nicht erst auftreten“, so Herbst.

Bei anderen Themen habe er keine großen Unterschiede zu westdeutschen Journalisten gespürt. „Fairerweise muss man sagen, dass diese Zurückhaltung bei der Kommentierung auch mit den Redaktionsleitungen vor meiner Zeit zu tun gehabt haben kann. Es ist ja nicht so, dass jeder westdeutsche Chefredakteur sich das Thema Stasi-Aufarbeitung auf die Fahnen geschrieben hat. Es gibt im Westen manchmal diese falsche Rücksicht nach dem Motto: Wir wissen nicht, was wir getan hätten, wenn wir in der DDR gelebt hätten“, sagt Herbst.

---

<sup>290</sup> Schneider, Rolf: „In der Nische. Wie Ostdeutschlands Journalisten die Wende überlebten“, in: Spiegel Special 1/1995, S. 86.

Auch der ehemalige ORB-Mitarbeiter bestätigt, dass es einen auffallenden Zusammenhang zwischen dem Nicht-Vorkommen bestimmter Themen in den Brandenburger Medien und der Biographie der dort tätigen Redakteure zu geben scheint. Als er sich in den 90er-Jahren im Archiv des Senders auf die Suche nach Beiträgen über die Wahlfälschungen in der DDR gemacht hat, musste er mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen, dass dieses Thema im Programm des ORB-Fernsehens bis zu diesem Zeitpunkt nicht stattgefunden hatte.

Differenzierter ist der Blick von RBB-Chefredakteur Singelstein. Im Rundfunk sei die Entwicklung anders verlaufen als bei den ehemaligen SED-Blättern. „Anders als bei der Presse gab es ab März 1990 im Rundfunk und Fernsehen der DDR zwei anarchistische Jahre, in denen jeder (fast) alles machen durfte. Es gab keine Kontrollinstanzen mehr. Eine Manuskriptabnahme, die journalistisch geboten und völlig üblich ist, hätte damals sofort unter dem Verdacht der Zensur gestanden. Das hat den Programmen nicht nur gut getan. Aber auf diese Weise hat sich auch Spreu vom Weizen getrennt: wer kann unter den neuen Möglichkeiten journalistisch gute Arbeit leisten, wer eher nicht. Es gab einige Kollegen, die sich früh in die neu zu gründenden Länder ‚abgesetzt‘ haben. Das waren die Klügeren, aber nicht unbedingt die Unschuldigen. Alle Kollegen mussten unter Beweis stellen, ob sie bereit sind, dazuzulernen und sich das nötige Handwerkszeug für die journalistische Arbeit anzueignen, so sie es nicht ohnehin schon beherrschten.“ Die Unterschiede zwischen dem ORB und den Zeitungen hängen aus Sicht von Singelstein auch mit dem unterschiedlichen Status zusammen. „Für eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt gelten andere Regeln als für ein privates Wirtschaftsunternehmen, das eine Zeitung ja ist. Bei den Zeitungen wurde Anfang der neunziger Jahre, wenn überhaupt, die Spitze ausgetauscht. Die Redaktionen blieben zunächst weitgehend unverändert, so dass deren Gruppendynamik erhalten blieb. Man hat in der Anfangszeit also unter neuen Vorzeichen mit der alten Mannschaft weitergemacht. Im Rundfunk hingegen haben wir neue Unternehmen mit neuen Strukturen aufgebaut. Es gab keine Redaktion, die komplett übernommen worden wäre. Weil die Mitarbeiter sich neu für ihre Jobs bewerben mussten, gab es völlig neue personelle Konstellationen. Zudem gab es beim ORB eine erkennbare Anzahl von Kollegen aus den alten Bundesländern. Das führte unweigerlich dazu, dass bestimmte Dinge angesprochen und Fragen gestellt wurden. In eine Zeitungsredaktion, wo zumindest in den ersten zehn Jahren personell alles beim Alten geblieben ist, eine Offenheit hereinzukriegen, ist um ein vielfaches schwieriger. Von daher war die Neugründung im Rundfunk ein Segen. Die Veränderung der Strukturen war ein Impuls, der ganz wesentlich dazu beigetragen hat, dass der Prozess der Aufarbeitung im Rundfunk viel transparenter und radikaler verlief als bei der Presse“, sagt der RBB-Chefredakteur. Dass die ehemaligen SED-

Bezirkszeitungen in der Berichterstattung über die DDR-Vergangenheit zurückhaltender waren als der Rundfunk, habe möglicherweise mit diesem strukturellen Unterschied zu tun. „Wenn ich nicht weiß, wer in der eigenen Redaktion herumsitzt, wenn ich also eine offene Wunde habe, lehne ich mich natürlich auch beim Thema Stasi-Verstrickungen nicht gerne weit aus dem Fenster“, sagt Singelstein.

Der frühere Chefredakteur der Lausitzer Rundschau, Peter Stefan Herbst, jedenfalls empfand die Berichterstattung seiner Zeitung über die Stasi-Verstrickungen von Manfred Stolpe als unzureichend, lückenhaft und einseitig. „Als ich nach Cottbus kam, wurde mir bald klar, dass die Nicht-Aufarbeitung auch der eigenen Vergangenheit als DDR-Journalist ein Problem ist. In der Lausitzer Rundschau wurde zum Beispiel der Fall Stolpe nicht so kritisch kommentiert, wie ich mir das gewünscht hätte. Ich habe das daraufhin eine Zeit lang selbst gemacht.“

Während Herbst die unkritische Berichterstattung seiner Zeitung über die Stasi-Kontakte von Manfred Stolpe auch heute noch als journalistisches Versäumnis interpretiert, verteidigt der amtierende MAZ-Chefredakteur Klaus Rost im Unterschied dazu die „differenzierte“ publizistische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des ehemaligen Brandenburger Ministerpräsidenten. Eine Berichterstattung über Stolpes Kooperation mit dem MfS, wie sie seinerzeit von den überregionalen Medien betrieben wurde, hätte laut Rost in Brandenburg unweigerlich zu einem „Solidarisierungseffekt“ bei den Lesern geführt. Diese hätten sich durch publizistische Angriffe auf Stolpe zwangsläufig kollektiv auf den Schlips getreten gefühlt. Selbst wenn das tatsächlich so sein sollte, stellt sich allerdings die Frage, ob es Aufgabe eines Journalisten ist, mit Blick auf die (mutmaßlichen) Befindlichkeiten der Leser die Samthandschuhe anzuziehen, ehe er seine Artikel zu Papier bringt.

Zu Recht weist Herbst darauf hin, dass die Chefredakteure der Brandenburger Tageszeitungen die Pflicht gehabt hätten, für ein aufarbeitungsfreundliches Klima in den Redaktionen zu sorgen, statt die Dinge einfach laufen zu lassen. Der ehemalige Chefredakteur der Lausitzer Rundschau spricht von einer großen Verunsicherung, die insbesondere in den neunziger Jahren bei vielen in der DDR sozialisierten Journalisten bestanden habe. Es sei Aufgabe eines Chefredakteurs, diese Verunsicherung ernstzunehmen, sie aber nicht zuletzt auch im Sinne der Glaubwürdigkeit der eigenen Zeitung nicht zum blattbestimmenden Prinzip werden zu lassen. „Ich habe relativ deutlich artikuliert, dass wir an bestimmten Themen, die vielleicht dem einen oder anderen in der Redaktion unangenehm sind, nicht vorbeikommen. Unabhängig davon, ob es einigen Lesern nicht gefällt, müssen diese Dinge ans Licht gebracht und kommentierend eingeordnet werden. Das habe ich allen im Hause klargemacht“, betont

Herbst. Eine solch klare Ansage hatte es offenbar bei der Lausitzer Rundschau zuvor nicht gegeben, auch wenn Herbsts Vorgänger ebenfalls aus den alten Bundesländern stammte.

Kritische Berichterstattung über die DDR, so nicht nur der Eindruck der Gutachterin, ging und geht in Brandenburg mehrheitlich von den wenigen westdeutschen oder aber ostdeutschen Redakteuren aus, die zu DDR-Zeiten aus politischen Gründen nie Journalist hätten werden können oder wollen. Die 1994 von der Märkischen Oderzeitung ins Leben gerufene 80-teilige Artikelserie über die Schicksale von ehemaligen SED-Opfern wurde von dem in Köln geborenen Journalisten Joachim Widmann betreut.<sup>291</sup> Laut Widmann sei das Thema bis zu diesem Zeitpunkt bei der MOZ „heimatlos“ gewesen. Es habe weder einen festen Platz in der Zeitung gehabt, „noch mochte es jemand dauerhaft betreuen“. Mit seiner Idee, in einer Artikelserie über Stasiopfer zu berichten, sei er bei einigen offene Türen eingerannt. Andere wiederum hätten gesagt: „Muß denn das sein? Wer braucht denn die alten Geschichten?“<sup>292</sup> Widmann schildert anschaulich, dass das Grundmisstrauen auf Seiten der ehemaligen Stasiopfer sehr groß gewesen sei. „Einige sagten, sie würden ‚normalerweise nicht mit einem Journalisten der Märkischen Oderzeitung reden‘, weil das Blatt aus dem Neuen Tag, dem DDR-Bezirksorgan der SED, hervorgegangen sei. Hier half (...) der sonst in den neuen Bundesländern nicht immer hilfreiche Umstand, daß ich als Westdeutscher, der im letzten Jahr der DDR 26 Jahre alt war, garantiert weder Täter noch Teilnehmer gewesen sein kann.“<sup>293</sup>

Bei der Märkischen Allgemeinen sind es häufig Volontäre, also Menschen, die die DDR aufgrund ihres Alters nicht mehr bewusst erlebt haben, die sich des Themas annehmen. In der Lausitzer Rundschau wird das Themenfeld „DDR-Aufarbeitung“ von der aus Ostdeutschland stammenden Simone Wendler beackert, die gelernte Chemikerin ist und nach eigener Aussage zu DDR-Zeiten nie auf die Idee gekommen wäre, eine Karriere als Journalistin anzustreben. „Es spielt bestimmt eine Rolle, dass Frau Wendler eine journalistische Quereinsteigerin ist, die nicht in Leipzig studiert hat. Aber natürlich kommen auch andere Eigenschaften hinzu: Ihre charakterliche Stärke, ihre Beharrlichkeit, ihre Akribie und ihre Bereitschaft, sich tagelang durch dröges Aktenmaterial zu arbeiten, ohne die Geduld zu verlieren“, sagt Peter Stefan Herbst über seine ehemalige Mitarbeiterin.

Aus Sicht von Claus Detjen war bereits kurz nach der Wiedervereinigung deutlich spürbar, dass die Zeichen im Land Brandenburg nicht in Richtung Aufarbeitung wiesen. „Als ich 1991 nach Brandenburg kam, merkte ich schnell, dass es im ganzen Land keine Atmosphäre der Aufklärung gab. Im Gegenteil: Man hatte den Eindruck, als ob sich mit Ausnahme einiger

---

<sup>291</sup> Die Texte sind in dem Sammelband von Widmann, Joachim: „Dich kriegen wir weich“. Berichte aus dem Alltag einer Diktatur, Bonn 1997 erschienen.

<sup>292</sup> Ebd., S. 282.

weniger Menschen alle einig waren, dass es besser sei, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen. Da wurde in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen ganz bewusst verwischt, verschleiert und vertuscht. Das gesamte gesellschaftliche Umfeld wurde von den Milieus bestimmt, die schon zu DDR-Zeiten tonangebend gewesen waren: Das Establishment der Parteien, die Vereine, die Wohlfahrtsverbände – alles stand nach wie vor unter dem Einfluss des Milieus, das die Politik der SED mitgetragen hatte und von ihr geprägt worden war. Das Milieu, das die friedliche Revolution in Gang gesetzt hatte, fristete hingegen eine Randexistenz. Viele, die dem System distanziert gegenübergestanden hatten, merkten, dass überall die alten Figuren wieder auftauchten. Einige der ehemaligen Bürgerrechtler und Systemkritiker zogen sich daraufhin enttäuscht und frustriert ins Private zurück. Es war kein bloßes Desinteresse an der Vergangenheit, sondern eine klare Weigerung weiter Teile der Gesellschaft, sich mit der SED-Diktatur auseinanderzusetzen“, sagt Detjen.

Ein früherer ORB-Journalist bestätigt, dass es auch dort in den neunziger Jahren bei einem Teil der Belegschaft Berührungängste bei der Berichterstattung über die SED-Diktatur gegeben habe. „Themen wie die Auseinandersetzung mit DDR-Unrecht oder Stasi-Seilschaften kamen in der Regel von den westdeutschen Kollegen oder aber von Ostdeutschen, die schon damals anders waren, einen Ausreiseantrag gestellt oder dem System zumindest kritisch gegenübergestanden hatten. Diese Kollegen waren bei den ehemaligen SED-Journalisten nicht gut gelitten. Sie wurden nicht selten noch im Nachhinein wie Verräter und Fahnenflüchtige behandelt.“ Einige Kollegen, die bereits zu DDR-Zeiten in den Medien tätig waren, hätten sich auch mehrere Jahre nach dem Mauerfall nicht völlig von den althergebrachten Denkmustern gelöst. Dies habe man auch als Westdeutscher zu spüren bekommen. „Man musste sich schon hin und wieder Vorträge darüber anhören, wie schlimm Globke gewesen ist und dass im Westen ja überall Nazis in hohen Positionen sitzen. In einigen Köpfen wirkten die alten ideologischen Chiffren weiter.“ Das habe man zum Teil auch dem Programm angemerkt: „In einigen Beiträgen schwang mehr oder weniger deutlich die Botschaft mit, dass die Ostdeutschen von den Wessis übers Ohr gehauen werden. Da wurden die alten Klischees von den bösen Kapitalisten und Imperialisten auf entideologisierte Art und Weise reproduziert“, sagt der frühere ORB-Journalist. Dass bestimmte Themen nicht oder nur sehr zögerlich aufgegriffen worden sind, habe auch etwas mit den politischen Rahmenbedingungen in Brandenburg zu tun. „Der ORB ist ja in einem kaum zu unterschätzenden Maß von der Staatskanzlei gegründet worden. Für die SPD war die Wende gewissermaßen die logische Konsequenz der Ostpolitik von Willy Brandt. Die Bürgerrechtler wurden dabei systematisch an den Rand ge-

---

<sup>293</sup> Ebd., S. 284.

drängt. An die Stelle der DDR-Identität trat der Rote-Adler-Mythos“, so die Einschätzung des ehemaligen Fernsehjournalisten.

Alte Denkmuster macht auch der bereits erwähnte Brandenburger Tageszeitungsjournalist bei einem Teil seiner Kollegen aus. „Es gibt eine latente Sehnsucht nach Klarheit und Eindeutigkeit. Zum Teil äußert sich das auch in der Forderung, dass irgendein Politiker doch bitte endlich hart durchgreifen und den Problemen ein Ende bereiten solle.“ Dies führe insbesondere bei der politischen Berichterstattung zu Schwierigkeiten. „Es gibt Kollegen, die auch nach zwanzig Jahren nicht verstanden haben, wie die Parteiendemokratie funktioniert.“ Streit werde grundsätzlich als negativ empfunden. „Dass es sogar mitunter in ein und derselben Partei verschiedene Meinungen zu ein und demselben Thema gibt, will einigen der DDR-Journalisten einfach nicht in den Kopf.“ Dieses grundsätzliche Missverständnis der Funktionsweise von Demokratie und die tief verwurzelte Aversion gegen Kontroversen und Konflikte habe natürlich auch Auswirkungen auf die Art und Qualität der Berichterstattung – und zwar auch dann, wenn es in dem jeweiligen Artikel nicht um die DDR-Vergangenheit, sondern um ein beliebiges anderes tagespolitisches Thema geht.

Für fast alle Brandenburger Printmedien gilt, dass sich die Themen Stasi- bzw. SED-Aufarbeitung keiner besonderen Aufmerksamkeit der Chefredaktionen erfreuen. Es ist im Rahmen dieses Gutachtens leider nicht möglich, auf der Basis einer Inhaltsanalyse herauszufinden, ob es bei der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur signifikante Unterschiede zwischen den früheren SED-Bezirkszeitungen auf der einen und der ehemaligen Blockpartei- presse sowie den Neugründungen auf der anderen Seite gibt. Auf die Berichterstattung des größeren Konkurrenzblattes angesprochen, sagt PNN-Chefredakteur Michael Erbach: „Die MAZ hat sich seit den neunziger Jahren stark verändert. Dennoch würde ich sagen, dass wir bis heute kritischer und schärfer über die DDR-Vergangenheit berichten als die Kollegen dort. Die MAZ - wie vermutlich auch viele andere SED-Bezirkszeitungen – bringen alle diesbezüglichen Informationen und distanzieren sich ganz klar von der SED-Zeit, gehen nach meiner Auffassung vielleicht nicht unbedingt nachlässiger, aber doch sanfter mit bestimmten Themen bezüglich der DDR-Zeit um. Manchen Leserbriefen kann man entnehmen, dass ein Teil der Leser doch noch ostalgisch ist. Aber das ist ja nicht verboten.“ Den Lesern sei jedenfalls früh klar gewesen, dass die Brandenburger Neuesten Nachrichten anders gewesen seien (und sind) als die MAZ. „Die Bürgerbewegten wussten in der Wendezeit ganz genau, dass sie mit ihren Anliegen bei der MAZ gar nicht erst anzukommen brauchten. Ganz abgesehen davon, dass viele Bürgerrechtler auch nicht mit einer ehemaligen SED-Bezirkszeitung zusammenarbeiten wollten. Die Themen der Bürgerrechtsbewegung fanden also bei uns statt. Mit

Taktik hatte das wenig zu tun. Da gab es einfach eine große Übereinstimmung zwischen den Interessen unserer Leserschaft und den Dingen, die uns selbst bewegt haben“, sagt der PNN-Chefredakteur.

Ähnlich sieht es auch der ehemalige OGA-Geschäftsführer Udo Merz. Wer 1990 den Orianenburger Generalanzeiger abonniert hat, habe das in der Regel aus dem Bewusstsein heraus getan, von den einstigen SED-Bezirkszeitungen jahrzehntelang nach Strich und Faden belogen worden zu sein. Einer Zeitungsneugründung, so Merz, habe man eher zugetraut, nun endlich auch offen und ehrlich über Themen zu berichten, die zu DDR-Zeiten Tabu oder von SED-Propaganda durchsetzt waren.

Egal, ob ehemalige SED-Bezirkszeitung oder Blockparteipresse: Die Zahl der Brandenburger Journalisten, die sich auf diese Themenbereiche spezialisiert haben, ist überschaubar, was nicht nur aufgrund der Komplexität des Themas nicht nachvollziehbar ist. Gerade bei einer enorm zeit- und reicheintensiven journalistischen Auseinandersetzung mit dem Thema Stasi bedarf es der Anerkennung und des ausdrücklichen Rückhalts durch die Chefredaktion. Meist ziehen Berichte über die Stasivergangenheit von Politikern, Verbandsfunktionären etc. eine Flut von erbosten Leserbriefen, Abonnementkündigungen und Gegendarstellungen nach sich. Nicht selten versuchen die enttarnten ehemaligen Spitzel vor Gericht eine kritische Berichterstattung zu verhindern – zum Teil mit Erfolg. Wer sich nicht sicher sein kann, im Falle eines Falles die volle Unterstützung seines Chefredakteurs zu haben, wird das Thema Stasi im Zweifelsfall lieber gar nicht erst anfassen.

So ist es denn auch kein Zufall, dass, wie schon eine oberflächliche Durchsicht der Brandenburger Tageszeitungen belegt, selbstrecherchierte, investigative Hintergrundstücke über die Stasivergangenheit Brandenburger Politiker oder aber die Stasivorfälle in Polizei und Justiz eher in den überregionalen Medien zu finden sind. Die Brandenburger Blätter springen oft nur auf den fahrenden Zug auf und behelfen sich mit dem bloßen Abdruck von Agenturmeldungen. „Das Bedürfnis, Themen zu setzen oder bestimmte Informationen schneller zu haben als die Konkurrenz, ist bei vielen meiner Kollegen schlichtweg nicht vorhanden“, so ein Journalist, der viele Jahre in Brandenburg gearbeitet hat. Sie verzichten nicht selten entweder ganz auf eine kommentierende Einordnung oder setzen dem Leser einen Kommentar vor, der so allgemeingehalten und schwammig ist, dass sich jeder in ihm wiederfinden kann. Wo eine klare, eindeutige Position nötig wäre, zieht man sich auf eine vermeintliche Neutralität und Objektivität zurück, hinter der sich oft genug Orientierungs-, Haltungs- und Rückgratlosigkeit verbirgt.

Es wäre falsch zu behaupten, dass die Brandenburger Tageszeitungen Stasi-Themen absichtlich verschweigen bzw. nicht kritisch über die DDR berichten. „Wir haben zwar keinen ehemaligen Stasi-Mitarbeiter gedeckt, sind aber auch nicht an vorderster Front dabei, wenn es darum geht, die MfS-Vergangenheit einer bestimmten Person aufzudecken“, sagt ein Brandenburger Tageszeitungsjournalist. Anders als in den neunziger Jahren ist es heute eher so, dass die Homestory über den gescheiterten Potsdamer Oberbürgermeisterkandidaten und ehemaligen Stasi-Spitzel Hans-Jürgen Scharfenberg gleichberechtigt neben dem Artikel über das Schicksal eines ehemaligen Jugendwerkhofinsassen steht. Der Leser kann sich daraus dann selbst je nach eigenem politischen Standpunkt und nach eigener Biographie seine Sicht auf die DDR zusammensetzen. Es ist vor dem Hintergrund schwindender Abonnentenzahlen und sinkender Anzeigeneinnahmen zu befürchten, dass sich dieser vermutlich von den Redakteuren noch nicht einmal bewusst bediente Trend, es allen Recht zu machen und bloß keinen Abonnenten durch einen allzu kritischen Rückblick auf die SED-Diktatur zu verschrecken, fortsetzen und verstärken wird.

Die Orientierung an den vermeintlichen Vorlieben des angeblich nicht an einer Aufarbeitung der SED-Diktatur interessierten Brandenburger Lesers dient schließlich oft genug als billige Ausrede, sich mit Themen, die den in der DDR sozialisierten Journalisten selbst unangenehm sind, gar nicht erst befassen zu müssen. Zu diesem Ergebnis kommt auch der frühere ORB-Mitarbeiter: „Die Behauptung, dass der Brandenburger sich nicht für das Thema DDR-Aufarbeitung interessiert, stimmt so nicht. Wenn wir in ‚Klartext‘ etwa über die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft berichtet haben, konnten wir uns vor positiven Zuschauerreaktionen kaum retten. Die sogenannten Bedürfnisse und Interessen des Zuschauers dienten mitunter als Alibi für die fehlende Bereitschaft einzelner Redakteure, sich mit für sie selbst unangenehmen Themen zu beschäftigen.“

Es kann gar nicht oft genug betont werden, dass gerade die personelle Zusammensetzung der Belegschaft der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen nicht repräsentativ für die Zusammensetzung der Brandenburger Bevölkerung war. In den neunziger Jahren dürfte der Prozentsatz der in Brandenburg tätigen Redakteure, die in der SED waren oder für die Stasi gespitzelt haben, um ein Vielfaches höher gewesen als der in der Leserschaft. Wie viele Journalisten für die Stasi gespitzelt haben, kann nicht eindeutig beziffert werden. Schätzungen zufolge standen 1989 rund 10 Prozent der DDR-Journalisten in den Diensten des MfS. „Ein beachtlicher Schnitt in einer Berufsgruppe, deren Mitglieder ohnehin als ‚rotlichtbestrahlt‘ galten. Zum Vergleich: In den mit wesentlich mehr kritischen Geistern gesegneten Kreisen der evangelischen und katholischen Geistlichen im Osten warben Mielkes Offiziere nur etwa jeden zwan-

zigsten Gottesmann als verdeckten Spitzel für die Obrigkeit.“<sup>294</sup> Es ist nicht akzeptabel, dass die Brandenburger von nicht aufarbeitungswilligen oder –fähigen Journalisten publizistisch in Sippenhaft genommen werden.

In allen ostdeutschen Tageszeitungen fand nach der Privatisierung kein nennenswerter Eliten-austausch statt. „Das galt übrigens auch für die leitenden Positionen im Journalismus, obwohl immer wieder behauptet wurde, westdeutsche ‚Kolonisatoren‘ hätten sich in Führungspositio-nen breitgemacht.“<sup>295</sup> Westdeutsche Journalisten kamen erst nach und nach hinzu und sind auch heute noch eher die Ausnahme in den Redaktionen. Der Buchautorin Grit Hartmann, die selbst am „Roten Kloster“ studiert hat, ist zuzustimmen, wenn sie feststellt, dass in Ost-deutschland „nach 1989 kaum eine andere Berufsgruppe so unbehelligt weitermachen“ konnte wie die der Journalisten. Ende 1992 waren sieben von zehn bei ostdeutschen Tageszeitungen angestellten Journalisten bereits vor der Wiedervereinigung in den DDR-Medien tätig. „Über 60 Prozent waren es noch Anfang des Jahrhunderts, bei knapp 18 Prozent ‚Westimporten‘.“<sup>296</sup> Noch immer ist der Anteil der Redakteure, die schon in der DDR journalistisch tätig und da-mit in aller Regel auch in der SED waren, vergleichsweise hoch. Bei der Märkischen Allge-meinen sind von 144 Redakteuren und Volontären 42 westlich sozialisiert. Rund 25 Prozent der ostdeutsch sozialisierten Redakteure und Volontäre waren nach Angaben der Chefredakti-on bereits vor der friedlichen Revolution als Journalisten tätig. Freie Mitarbeiter und Pau-schalisten sind nicht mit eingerechnet. Alle anderen Brandenburger Tageszeitungen konnten oder wollten leider keine Angaben zu ihrem Personalbestand machen. Es ist allerdings davon auszugehen, dass der Anteil der ehemaligen SED-Journalisten dort mindestens so hoch ist wie bei der MAZ. Nach Einschätzung von Lothar Mahrla ist er sogar deutlich höher, da einige MAZ-Lokalredaktionen wegen der größeren Nähe zu Berlin für aus der alten Bundesrepublik stammende Journalisten attraktiver seien als ein Arbeitsplatz im Brandenburger Hinterland.

Im Rundfunk war die Entwicklung eine andere. Bereits die beiden DFF-Intendanten Albrecht und Singelstein „entließen mehr als die Hälfte des Personals, das Hörfunk und Fernsehen der DDR bis zur Wende gehabt hatten. Darunter waren schlicht überzählige Mitarbeiter, aber auch *die* Journalisten, die für die Medien in einer demokratisch verfassten Gesellschaft nicht zu gebrauchen waren, sowie die von der SED entsandten Aufpasser.“<sup>297</sup>

Der Rundfunkbeauftragte Mühlfenzl wiederum hatte den gesetzlichen Auftrag, alle Beschäf-tigten des ehemaligen DDR-Staatsrundfunks „abzuwickeln“. Die entlassenen Mitarbeiter wurden nicht automatisch auf die neu gegründeten Rundfunkanstalten verteilt. Sie mussten

---

<sup>294</sup> Praschl, Gerald: Die SED und die Journalisten.

<sup>295</sup> Schneider, Beate: Rolle der Medien, S. 618.

<sup>296</sup> Müller/Hartmann: Vorwärts und vergessen!, S. 179.

sich neu bewerben. Eine personelle Durchmischung konnte dennoch nicht erreicht werden. So stammten beim ORB Ende 1991 550 der 660 Mitarbeiter, die eine Planstelle hatten, aus Ostdeutschland. Das entspricht einer Quote von 95 Prozent. „Auch die 1500 regelmäßigen freien Mitarbeiter des ORB stammten überwiegend aus der DDR.“<sup>298</sup>

Es wäre das Mindeste gewesen, die übernommenen früheren SED-Journalisten durch Schulungen und Fortbildungen für ihre neue Tätigkeit zu qualifizieren. Doch eine frühere journalistische Tätigkeit für den Propagandaapparat der SED wurde von den westdeutschen Verlagen nicht nur nicht als Karrierehindernis eingestuft. Lange Zeit schwirrte in den Köpfen der aus Westdeutschland eingeflogenen Chefredakteure die Annahme herum, dass nur ostdeutsche Journalisten die Bedürfnisse und Wünsche der ostdeutschen Leser verstehen und entsprechend bedienen können. Personelle Kontinuität schien die beste Garantie für eine stabile Auflage zu sein. Noch vor wenigen Jahren wurde bei einer der Brandenburger Tageszeitungen eine Führungsposition bewusst mit einem Mitarbeiter besetzt, der bekanntermaßen nicht zu den scharfen Kritikern der SED-Diktatur gehört. Dieser Journalist soll gleichsam als „Seismograph“ für die (vermeintlichen) Interessen der Leserschaft dienen und gewissermaßen darüber wachen, wieviel DDR-Kritik man den Brandenburgern in den Artikeln gerade noch zumuten kann.

Kaum genutzt von den westdeutschen Verlegern wurde auch die Möglichkeit, Ostdeutschen, denen aufgrund ihrer ideologischen Distanz zum System zu DDR-Zeiten eine Karriere im Journalismus verwehrt wurde, in die Redaktionen zu holen. Hier wurde journalistisches Potential verschenkt. Statt gemeinsam mit den (selbst-)kritischen Teilen der Belegschaft Ideen und Konzepte für eine neue Zeitung zu entwickeln, überließen viel zu viele Chefredakteure die Zukunft ihrer Blätter dem Lauf der Dinge. Wo eine klare Haltung und entschlossenes Handeln nötig gewesen wäre und nach wie vor nötig ist, verschloss man lieber die Augen oder hoffte, dass sich die Probleme mit dem Personal eines Tages ohne weiteres Zutun erledigen werden. Irgendwann, so eine auch in den Brandenburger Chefetagen anzutreffende Haltung, werden der letzte Stasi-Spitzel und der letzte Altkader schon in Rente gehen – verantwortungsvolle Personalpolitik sieht anders aus.

Bei der Bewertung dessen, was in Sachen Aufarbeitung in den Brandenburger Medien erreicht worden ist, kommt man mit der einfachen Gegenüberstellung „Aufarbeitungswilliger Wessi – ewiggestriger Ossi“ nicht weiter. Das gilt sowohl für die Chefredaktionen als auch für die Ressortleiter und Redakteure. Wie nicht zuletzt das Beispiel der Märkischen Allge-

---

<sup>297</sup> Wuschig, Ilona: Anspruch ohne Wirklichkeit, S. 143.

<sup>298</sup> Hoff, Inga/Holzschuh, Anne/Lewandowski, Victoria/Peters, Teresa: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Ostdeutschland, in: Machill, S. 214.

meinen zeigt, kann man nicht automatisch von der politischen Verortung der Chefredaktion oder des Verlages im konservativen Lager auf eine besonders engagierte Vorgehensweise im Umgang mit ehemaligen Stasi-Spitzeln oder Altkadern in den Redaktionen schließen. Die Brandenburger Zeitungen, die sich ihrer eigenen Vergangenheit gestellt haben, konnten dies nur tun, weil die jeweiligen Chefredakteure entschlossen und mutig genug waren, sich den nicht immer erfreulichen Ergebnissen dieser Recherche zu stellen und notfalls auch auf Konfrontationskurs zu aufarbeitungsunwilligen Teilen der Beleg- und mitunter auch Leserschaft zu gehen.

Die Trennung zwischen Verlag und Redaktion, die im Fall von etablierten westdeutschen Zeitungen eine Errungenschaft ist, hat der Entwicklung in den neuen Ländern nicht in allen Fällen gutgetan. Es war ein Fehler der neuen westdeutschen Eigentümer, die ostdeutsche Tochterfirma weitgehend ihrem Schicksal zu überlassen, solange das Unternehmen nicht in die roten Zahlen rutscht. Hier wie auch in anderen Fällen drängt sich der Eindruck auf, dass die westdeutschen Eigentümer lieber gar nicht so genau wissen wollen, was die ungeliebte Tochter in der ehemaligen DDR so treibt. Auch Peter Stefan Herbst bestätigt, dass die Gesellschafter der Lausitzer Rundschau, ehe er nach Cottbus kam, gar nicht auf die Idee gekommen seien, dass der Bedarf einer Aufarbeitung der Vergangenheit der ehemaligen SED-Bezirkszeitung vorhanden sein könnte. Hinzu kam aus Sicht von Herbst eine merkwürdige Furcht vieler westdeutscher Führungskräfte davor, bei den ostdeutschen Kollegen durch ein allzu forsches Vorgehen in Sachen Aufarbeitung als selbstgerechter „Inquisitor“ und überheblicher „Besser-Wessi“ wahrgenommen zu werden. „Man wollte sich sozusagen aus saarländischer Perspektive nicht zum Richter über Mitarbeiter aufschwingen, die dort drüben tätig waren.“

Mit den damaligen Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft geht Claus Detjen hart ins Gericht: Im Westen habe es eine enorme Unkenntnis darüber gegeben, wie eine Diktatur überhaupt funktioniert. „Es war eine gefährliche Mischung aus Unkenntnis, Naivität, politischer Kumpanei und Korruption, die vielen Entscheidungen der frühen neunziger Jahre zugrundelag. Mit dem Thema Stasi oder den SED-Altkadern hat sich in den Verlagshäusern kaum jemand beschäftigt. Da herrschte ein großes Desinteresse. Im besten Fall, ist man dann irgendwann unter dem Druck von außen aufgewacht und hat sich erschrocken die Frage gestellt: Was um Himmels Willen haben wir uns denn da an den Hals gekauft?“

Detjen ist zuzustimmen, wenn er den Bogen zur Medienpolitik der Alliierten nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes schlägt und feststellt: „Kein Alt-Nazi konnte öffentlich auftreten und sagen: Wir haben ein paar Fehler gemacht, aber es war doch alles gut gemeint, was

wir damals gemacht haben. Der Nationalsozialismus war zu Recht verfemt und geächtet. Dass man die SED-Diktatur nicht auch geächtet hat, war aus meiner Sicht ein grundlegender Fehler. Es war nach 1989 problemlos möglich auch öffentlich zu sagen, dass der Sozialismus eine gute Idee gewesen sei, die man nur schlecht umgesetzt habe.“ Das einzige Interesse der Treuhand sei gewesen, Geld zu machen. „Vieles von dem, was man beim Verkauf der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen hätte bedenken müssen, wurde noch nicht einmal in Ansätzen zur Diskussion gestellt. Man hätte zumindest darüber nachdenken können, ob es nicht besser gewesen wäre, die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen einzustellen und neue Lizenzen zu vergeben. So haben es die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg gemacht. Stattdessen hat die Treuhand den westdeutschen Verlagen in die Verträge hineingeschrieben, dass wir das alte Personal behalten müssen. Es ist grotesk: Wir wollten einen freiheitlichen demokratischen Staat aufbauen und sollten das ausgerechnet mit der alten Garde bzw. den zentralen Informationsträgern von damals tun.“

#### IV. Schluss

Weder im Land Brandenburg noch in den anderen ostdeutschen Bundesländern hat es nach dem Zusammenbruch der DDR eine publizistische „Stunde Null“ gegeben. Im Bereich der Tagespresse wurden die vorhandenen Strukturen weitgehend übernommen, obwohl diese von der SED geschaffen worden waren, deren Ziel bekanntermaßen nicht in der Förderung einer lebendigen, pluralen Diskussionskultur bestand. Auch wenn seit der Wiedervereinigung mehr als zwanzig Jahre ins Land gegangen sind, haben die Konturen des ostdeutschen Pressemarktes mit seinen riesigen Verbreitungsgebieten mehr mit der untergegangenen DDR zu tun als mit der alten Bundesrepublik. Nach der friedlichen Revolution kam es in Brandenburg und den anderen neuen Ländern zu einem kurzen „Zeitungsfrühling“. Neugründungen und Nebenausgaben bereits etablierter Zeitungen sorgten für frischen Wind. Es zeigte sich jedoch schnell, dass diese am Markt nicht bestehen konnten. Gegen die publizistische Übermacht der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen hatte die Alternativpresse keine Chance. Das Oberbarnimer Kreisblatt, eine der beiden Zeitungsneugründungen im Land Brandenburg, musste bereits im August 1992 sein Erscheinen einstellen. Spätestens seit dem Verkauf des Oranienburger Generalanzeigers – der zweiten Zeitungsneugründung in Brandenburg – an die Märkische Oderzeitung herrschen in der Mark strukturell wieder die Verhältnisse, die es vor dem Mauerfall gab. Die Medienlandschaft wird bestimmt von den drei ehemaligen SED-Bezirkszeitungen, die bereits zu DDR-Zeiten tonangebend waren. Obwohl MAZ, MOZ und Lausitzer Rundschau wie alle (ostdeutschen) Regionalzeitungen seit der Wiedervereinigung mit massiven Auflageneinbrüchen zu kämpfen haben, haben sie eine dominierende Stellung am Markt. Wer sich über das Geschehen vor der eigenen Haustür informieren und nicht auf ein kostenloses Anzeigenblatt zurückgreifen will, kommt an den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen nicht vorbei. Laut dem Pressestatistiker Walter J. Schütz entfielen im Jahr 2008 über 90 Prozent der Gesamtauflage aller in Brandenburg erscheinenden regionalen Abonnementzeitungen auf die früheren SED-Blätter. Das (Quasi-) Monopol der ehemaligen Parteipresse ist nicht nur für das Land Brandenburg, sondern für alle neuen Bundesländer charakteristisch. Allerdings steht die Mark im ostdeutschen Vergleich bei der Zahl der sogenannten Ein-Zeitungs-Kreise besonders schlecht da: Im Jahr 2008 konnten fast 75 Prozent der Brandenburger nicht zwischen mindestens zwei regionalen Zeitungen wählen. In Thüringen lebten zur selben Zeit hingegen nur 47 Prozent der Bevölkerung in einem Ein-Zeitungs-Kreis. Schuld an dem Fortbestehen der von der SED geschaffenen Strukturen ist im wesentlichen die Verkaufspolitik der Treuhandanstalt. Mit dem Segen des Bundeskartellamtes und unbeein-

flusst von ordnungspolitischen Vorgaben hat die Treuhand die ehemaligen SED-Bezirkszeitungen meistbietend an finanzstarke westdeutsche Verlage verkauft. Während jedes Landmaschinenkombinat vor dem Verkauf in kleinere wirtschaftliche Einheiten zerlegt wurde, hat die Treuhand ausgerechnet die für die Konstituierung einer demokratischen Öffentlichkeit so bedeutsamen Zeitungen mitsamt ihren Liegenschaften und Druckereien auf den Markt geworfen. So entstand ein hochkonzentrierter Pressemarkt Ost, in dem kein auch nur annähernd fairer Wettbewerb stattfinden konnte. Verlierer des Transformationsprozesses waren ausgerechnet die Zeitungen, die von den Trägern der friedlichen Revolution als Alternative zur ehemaligen Parteipresse gegründet worden waren.

Anders verlief die Entwicklung im Bereich des Rundfunks. Hier wurden die alten zentralistischen Strukturen zerschlagen und neue Landesrundfunkanstalten gebildet. Von einer wirklichen Neuordnung kann allerdings auch hier nicht gesprochen werden. Bei der „Abwicklung“ des DDR-Staatsrundfunks wurde die Chance verpasst, die aus den alten Bundesländern bekannten Fehler und Schwächen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu vermeiden. Die Länderparlamente haben sich damit begnügt, die (defizitären) Strukturen der Rundfunkanstalten in den alten Bundesländern zu kopieren. Als einziges ostdeutsches Bundesland hat Brandenburg sich für die Gründung einer Ein-Länder-Anstalt entschieden. Dieser Entscheidung lagen wirtschaftliche Überlegungen zugrunde, sie wurde aber in einem hohen Maße von (partei-)politischen Erwägungen überlagert. Der ORB sollte dem Land zu einer eigenen Identität und einem eigenen Bewusstsein verhelfen. Ein mögliches Zusammengehen mit dem SFB schien diesem Ziel aus der Sicht der damaligen politischen Entscheidungsträger entgegenzustehen. Auch wenn es bereits kurz nach Gründung des ORB zu einer Zusammenarbeit mit dem SFB kam, ging der strukturelle Neubeginn im Rundfunk einher mit einer politisch motivierten Abschottung nach außen.

Personell gab es weder in den ehemaligen SED-Bezirkszeitungen noch bei der früheren Blockparteipresse einen wirklichen Elitenaustausch. Die Treuhandanstalt hatte die westdeutschen Verlage verpflichtet, das in den Redaktionen vorhandene Personal zu übernehmen. Ausgetauscht wurden allenfalls die Chefredakteure. Die neuen Eigentümer hatten oftmals aber auch ein eigenes Interesse daran, am altbewährten „Redaktionskollektiv“ festzuhalten. Schließlich schien niemand die Interessen der ostdeutschen Leser besser zu kennen als die ehemaligen DDR-Journalisten.

Dass diese im Rahmen ihrer Ausbildung gerade nicht das gelernt hatten, was für einen Journalisten in einer demokratischen Gesellschaft selbstverständlicher Bestandteil seiner Arbeit sein sollte, interessierte die westdeutschen Verleger nicht. Kein Journalist musste berufliche

Nachteile befürchten, weil er in der SED gewesen war und in seinen Artikeln jahrelang brav die Linie der Partei vertreten hatte. Während eine bekannt gewordene frühere Tätigkeit für das MfS in aller Regel zumindest zu kritischen Nachfragen führte, wurde eine Mitgliedschaft in der SED bzw. eine Tätigkeit für die gleichgeschaltete DDR-Presse noch nicht einmal als Problem wahrgenommen.

Auch bei der Stasi-Aufarbeitung haben sich die westdeutschen Verlage nicht durch übermäßigen Eifer hervorgetan. Es war zweifelsohne ein großer politischer Fehler des Gesetzgebers, den privaten Unternehmen im Stasi-Unterlagen-Gesetz nicht ähnlich großzügige Überprüfungsmöglichkeiten einzuräumen wie im öffentlichen Dienst. Ob eine Ausweitung des überprüfbaren Personenkreises die Verlage zu einer flächendeckenden Überprüfung des journalistischen Personals animiert hätte, ist allerdings fraglich. Die im Rahmen dieses Gutachtens geführten Gespräche haben gezeigt, dass es weniger auf die aktuelle Gesetzeslage ankommt, als auf den ausdrücklichen Willen und die Entschlossenheit der handelnden Personen in den Verlagen. Wenn ein Geschäftsführer oder ein Chefredakteur etwa der Ansicht ist, dass es sich für einen Westdeutschen nicht schickt, dem ostdeutschen Kollegen seine Verfehlungen von früher vorzuhalten, wird ihn auch das beste Gesetz nicht zum leidenschaftlichen Aufarbeiter machen.

Dass die Märkische Oderzeitung und die Lausitzer Rundschau trotz der damit verbundenen Kosten und möglichen inneren Verwerfungen getraut haben, das heiße Eisen „Stasi“ anzufassen und zum Thema der eigenen Berichterstattung zu machen, ist leider keine Selbstverständlichkeit. Insbesondere das Beispiel der Lausitzer Rundschau zeigt fast schon bilderbuchartig, dass die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit kein Selbstzweck ist. Es wäre schlichtweg nicht möglich gewesen, über die Machenschaften ehemaliger Stasi-Mitarbeiter in Cottbus zu berichten, wenn gleichzeitig in den eigenen Reihen zuhauf einstige MfS-Zuträger geduldet worden wären.

Dass die Glaubwürdigkeit einer Zeitung, die zu DDR-Zeiten ein Verlautbarungsorgan der SED war, in hohem Maße davon abhängt, ob diese sich nach dem Zusammenbruch der SED-Diktatur der eigenen Vergangenheit gestellt hat, war und ist bedauerlicherweise nicht allen Verantwortlichen in den Brandenburger Medien klar. Während etwa der ORB-Chefredakteur Christoph Singelstein es ausdrücklich begrüßen würde, nach der angekündigten Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes womöglich wieder einen größeren Mitarbeiterkreis überprüfen zu können, hofft man im Printbereich eher darauf, dass sich die journalistischen Alt-Lasten aus DDR-Zeiten schon bald in den Ruhestand verabschieden werden.

Nachvollziehbar ist diese Politik des „Aussitzens“ nicht. Studien wie auch die im Rahmen dieses Gutachtens geführten Interviews belegen, dass der Verzicht auf einen Austausch der journalistischen Elite von damals Auswirkungen auf die Berichterstattung hatte. Die früheren SED-Bezirkszeitungen berichteten in den neunziger Jahren nicht nur seltener über alles, was dem Themenbereich DDR-Aufarbeitung zuzuordnen ist. Auch bei der Berichterstattung über tagesaktuelle Themen wurde dem Leser vielfach nicht das geboten, was er mit Recht von seiner Zeitung erwarten darf. Die Ursache der unzureichenden Berichterstattung über bestimmte Themen dürfte in aller Regel nicht der böse Wille der in den Medien tätigen Journalisten gewesen sein. Die im Rahmen dieses Gutachtens gewonnenen Erkenntnisse legen nahe, dass es sich um eine Mischung aus handwerklichen Defiziten und der Angst vor der Auseinandersetzung mit bestimmten, vor dem Hintergrund der eigenen Biografie als unangenehm empfundenen Themen gehandelt haben muss.

Insbesondere die Chefredakteure in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung hätten hier viel stärker steuernd eingreifen und auf die Einhaltung journalistischer Mindeststandards pochen müssen, statt die Zügel schleifen zu lassen. Peter Stefan Herbst, dem ehemaligen Chefredakteur der Lausitzer Rundschau, ist unbedingt zuzustimmen, wenn er betont, dass das systematische Nicht-Auftauchen oder Herunterspielen bestimmter Themen in der Zeitung nicht einfach hingenommen kann, nur weil auf Seiten der damit betrauten Redakteure Berührungängste oder Beißhemmungen bestehen.

Es wäre wünschenswert, wenn das Thema DDR-Aufarbeitung ganz oben auf der Agenda der (Chef-) Redaktionen stünde. Statt die Seiten mit lieblos zusammengeschriebenen Agenturmeldungen zu füllen, sollten die Zeitungen verstärkt auf selbstrecherchierte Autorenstücke setzen. So wichtig die Auseinandersetzung mit den Machenschaften des MfS auch ist: Die Medien sollten sich verstärkt mit den Spuren auseinandersetzen, die die SED-Diktatur im Alltag auch der ehemaligen DDR-Bürger hinterlassen hat, die nicht in der Opposition aktiv waren. Ideal wäre es, wenn es in jeder Redaktion einen Mitarbeiter gäbe, der sich schwerpunktmäßig um die Berichterstattung über die SED-Diktatur kümmert. Die Gutachterin ist allerdings lange genug als Journalistin tätig, um zu wissen, dass diese Forderung ein frommer Wunsch bleiben wird. Auch im Land Brandenburg sind die Redaktionen personell inzwischen so ausgedünnt, dass ein Redakteur nicht selten eine komplette Zeitungsseite pro Tag füllen muss. Angesichts dessen fehlt dem durchschnittlichen Tageszeitungsredakteur schlichtweg die Zeit, sich tagelang durch IM-Akten zu arbeiten, oder mehrere Stunden mit einem ehemaligen SED-Opfer über dessen Schicksal zu sprechen.

Ob die Medien im Zukunft ein umfassendes und differenziertes Bild der DDR-Geschichte vermitteln und die Rolle von Tätern und Opfern der kommunistischen Diktatur besser darstellen, als das in der Vergangenheit der Fall war, hängt maßgeblich von der Haltung der Chefredakteure, Ressortleiter und Lokalchefs und der persönlichen Einsatzbereitschaft der Redakteure ab. Wenn ihnen das Thema nicht am Herzen liegt, wird es bei der rituellen Berichterstattung zu den allgemein bekannten Jahrestagen bleiben. Für die Politik wie auch die Medien gilt, dass Aufarbeitung nur gelingen kann, wenn die journalistische Auseinandersetzung mit den Folgen der SED-Diktatur nicht länger wie ein exotisches Hobby behandelt oder als persönlicher Spleen einiger weniger aus dem Westen importierter Sonderlinge abgetan wird.

## V. Literaturauswahl

Albrecht, Michael: Die programmliche und strukturelle Neuorientierung des DFF zwischen Maueröffnung und Wiedervereinigung, in: Tichy/Dietl (Hrsg.): Deutschland einig Rundfunkland? Eine Dokumentation zur Wiedervereinigung des deutschen Rundfunksystems 1989-1991, München 2000, S. 75-97

Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit in den Jahren 1992/93 sowie über Lage und Entwicklung auf seinem Aufgabengebiet. Abschnitt „Kulturelle Leistungen“. Bundestagsdrucksache 13/1660, S. 119-122

Bittorf, Wilhelm: „Wehe den Besiegten“: Wie Rudolf Mühlfnzl in der Ex-DDR Funk und Fernsehen übernimmt, in: Der Spiegel v. 03.12.1990, S. 56-65

Blaum, Verena: Ideologie und Fachkompetenz. Das journalistische Berufsbild in der DDR, Köln 1985

Borgmann, Lutz: Entwurf für ein Rundfunkgesetz Brandenburg, in: Kirche und Rundfunk, Nr. 90, 14.11.1990, S. 18-23

Bundesministerium des Innern: Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern. Unterrichtung durch die Bundesregierung, zugeleitet mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 4.2.1994, Abschnitt „Medien – Entwicklung der Printmedien in den neuen Ländern“. Bundestagsdrucksache 12/6854, Bonn 1994

Büssow, Jürgen: Zur medienpolitischen Entwicklung in Brandenburg, in: Tichy/Dietl (Hrsg.): Deutschland einig Rundfunkland? Eine Dokumentation zur Wiedervereinigung des deutschen Rundfunksystems 1989-1991, München 2000, S. 139-152

Büssow, Robert/Kretschmar, Constanze/Lohse, Stephan/Neupert, Maike: Zeitungen und Zeitschriften in Ostdeutschland, in: Machill, Marcel/Beiler, Markus/Gerstner, Johannes R. (Hrsg.): Medienfreiheit nach der Wende. Entwicklung von Medienlandschaft, Medienpolitik und Journalismus in Ostdeutschland, Konstanz 2010, S. 125-186

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“, Band IV,1, Baden-Baden 1999

Flug, Martin: Treuhand-Poker. Die Mechanismen des Ausverkaufs. Berlin 1992

Freitag, Ralf/Kadell, Franz/Weberling, Johannes: „Wie die Stasi eine Lokalredaktion des Neuen Tags unterwanderte“, in: MOZ v. 23.11.1999, S. 3

Frenkel, Rainer: „Politik nach Gutsherrenart – CDU-Interessen und westliches Sendungsbeußtsein steuern die Neuordnung des Rundfunks“, in: Die Zeit v. 03.12.1990

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Massenmedien der DDR. Presse, Rundfunk, Fernsehen und Literaturbetrieb im Dienste der SED, Bonn 1983

Geißler, Rainer: Die Folgen der deutschen Vereinigung für das Mediensystem, in: Medium, 1/1993, S. 21-26

Grubitzsch, Jürgen: Presselandschaft der DDR im Umbruch. Ausgangspunkte, erste Ergebnisse und Perspektiven, in: Media Perspektiven 28 (1990), S. 140-155

Haller, Michael: Entwicklungschancen und strukturelle Probleme der Zeitschriftenpresse in den neuen Bundesländern. Forschungsbericht für den Bundesminister des Innern, Bd. I: Der Zeitschriftenmarkt Ost, Leipzig 1994

Hegmanns, Michael/Heintschel von Heinegg, Wolff: Der Staatssicherheitsdienst in der Lausitzer Rundschau. Absicherung der Berichterstattung der SED-Bezirkszeitung Lausitzer Rundschau durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR, Berlin 2003

Held, Barbara/Simeon, Thomas: Die zweite Stunde Null. Berliner Tageszeitungen nach der Wende (1989-1994), Berlin 1994

Hepperle, Susanne: Durchsetzung des westdeutschen Ordnungsmodells: Rundfunk und Fernsehen, in: Czada, Roland/Lehmbruch, Gerhard (Hrsg.): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik, Frankfurt/New York 1998, S. 191-238

Historische Kommission der ARD (Hrsg.): Die Ideologiepolizei. Die rundfunkbezogenen Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in der DDR sowie in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. 2008

Hoff, Inga/Holzschuh, Anne/Lewandowski, Victoria/Peters, Teresa: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Ostdeutschland, in: Machill, Marcel/Beiler, Markus/Gerstner, Johannes R. (Hrsg.): Medienfreiheit nach der Wende. Entwicklung von Medienlandschaft, Medienpolitik und Journalismus in Ostdeutschland, Konstanz 2010, S. 189-252

Hoffmann-Riem, Wolfgang: Rundfunkneuordnung in Ostdeutschland – Stellungnahme zu Vorschlägen über den Aufbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in den neuen Bundesländern, Hamburg 1991

Holzweißig, Gunter: Massenmedien in der DDR, Berlin 1989

Holzweißig, Gunter: Massenmedien unter Parteiaufsicht, in: Rundfunk und Fernsehen 1990/3, S. 365-376

Holzweißig, Gunter: DDR-Presse unter Parteikontrolle. Kommentierte Dokumentation, Gesamtdeutsches Institut/Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, Analysen und Berichte, 3, Bonn 1991

Holzweißig, Gunter: Zensur ohne Zensor. Die SED-Informationsdiktatur, Bonn 1997

Holzweißig, Gunter: Die schärfste Waffe der Partei. Eine Mediengeschichte der DDR, Köln/Weimar/Wien 2001

Kammann, Uwe: „Staatsvertrag ausgeschlossen“ – Ein epd-Interview mit Wolfgang Birthler, in: Kirche und Rundfunk, Nr. 64, 17.08.1991, S. 3-8

Kapitza, Arne: Verlegerische Konzentration und redaktionelle „Ostalgie“: Die Printmedien, in: Czada, Roland/Lehmbruch, Gerhard (Hrsg.): Transformationspfade in Ostdeutschland. Beiträge zur sektoralen Vereinigungspolitik, Frankfurt/New York 1998, S. 241-266

Karl-Marx-Universität Leipzig/Sektion Journalistik (Hrsg.): Theoretische Grundlagen des sozialistischen Journalismus, Leipzig 1980

Karl-Marx-Universität/Sektion Journalistik (Autorenkollektiv unter Leitung von Prof. Dr. sc. pol. Heinz Halbach): Das journalistische System der Deutschen Demokratischen Republik im Überblick. Lehrheft, Leipzig 1988

Kluge, Ulrich/Birkefeld, Steffen/Müller, Silvia: Willfähige Propagandisten. MfS und Bezirksparteizeitungen: „Berliner Zeitung“, „Sächsische Zeitung“, „Neuer Tag“, Stuttgart 1997

Klump, Brigitte: Das rote Kloster. Eine deutsche Erziehung. Produktion der Macht und Elite in der DDR, München 1986.

Kraake, Alexander: Von Kooperation zu Fusion. Die Zusammenführung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg (ORB) und Sender Freies Berlin (SFB), Magisterarbeit FU Berlin, Berlin 2003

Kunz, Judith: Eine ostdeutsche Lokalzeitung (Märkische Oderzeitung, Lokalteil) im Wandel. Vom SED-Bezirksorgan zum Medium demokratischer Öffentlichkeit. Diplomarbeit im Fach Soziologie. Berlin 1994

Kutsch, Arnulf: Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit. Zum Volkskammer-Beschluss vom 5. Februar 1990, in: ders. (Hrsg.): Publizistischer und journalistischer Wandel in der DDR. Vom Ende der Ära Honecker bis zu den Volkskammerwahlen im März 1990, Bochum 1990, S. 107-156

Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 19, 12.06.1991

Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 22, 26.06.1991

Landtag Brandenburg, 1. Wahlperiode, Plenarprotokoll 25, 25.09.1991

Lojewski, Günther von: Einigkeit und Recht und Freiheit... „Report“ eines deutschen Lebens, München 2000

Lojewski, Günther von/Zerdick, Axel: Rundfunkwende. Der Umbruch des deutschen Rundfunksystems seit 1989 aus Sicht der Akteure, Berlin 2000

Ludes, Peter (Hrsg.): DDR-Fernsehen intern – Von der Honecker-Ära bis „Deutschland einig Fernsehland“, Berlin 1990

Mahle, Walter A. (Hrsg.): Pressemarkt Ost. Nationale und internationale Perspektiven, München 1992

Mahrla, Lothar: „Schuster, bleib bei deinem Leisten!“, in: MAZ v. 10.03.2010

Matysiak, Stefan: Auf einmal gab es Pressefreiheit. Die Entwicklung der Tagespresse in Ostdeutschland von der „Wende“ bis heute, in: Deutschland Archiv 1/2011

Meyen, Michael: Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR, Berlin 2003

Meyn, Hermann: „Bei wem es funkt, entscheidet Kohl“, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt v. 22.02.1991, S. 2

Mohl, Ariane: „Aufstieg und Fall des Hagen B.“, in: Märkische Allgemeine v. 03.05.2007

Müller, Uwe/Hartmann, Grit: Vorwärts und vergessen! Kader, Spitzel und Komplizen: Das gefährliche Erbe der SED-Diktatur, Berlin 2009

Müllerleile, Christoph/Schulze, Volker: Zur Presseentwicklung in der DDR, in: BDZV (Hrsg.): Zeitungen '90, Bonn 1990, S. 16-20

Noelle-Neumann, Elisabeth: Ist eine Mauer von Medien gebaut? Warum sich Deutsche Zeit für Deutschland nehmen müssen. Vortrag vor der Jahresmitgliederversammlung der WIR-Initiative am 1. Dezember 1993 in Frankfurt/M.

Pannen, Stefan: Die Weiterleiter. Funktion und Selbstverständnis ostdeutscher Journalisten, Köln 1992

Plog, Jobst: NDR. In norddeutscher Verbundenheit, in: Frey-Vor, Gerlinde/Steinmetz, Rüdiger (Hrsg.): Rundfunk in Ostdeutschland. Erinnerungen – Analysen – Meinungen, Konstanz 2003

Pürer, Heinz/Raabe, Johannes: Presse in Deutschland, Konstanz 2007

Pürer, Heinz/Raabe, Johannes: Medien in Deutschland. Band 1: Presse, Konstanz 1996

Rosenbauer, Hansjürgen: Modell Brandenburg. Zur Entstehungsgeschichte des ORB, in: ARD-Jahrbuch 1992, Hamburg 1992, S. 33-41

Sachverständigengruppe „Medienordnung“. Abschließende Empfehlungen für eine Rundfunkkonzeption in Berlin und Brandenburg v. 13.11.1990, in: SFB (Hrsg.): Rundfunk im Umbruch – Materialien zur Entwicklung von Hörfunk und Fernsehen der ehemaligen DDR im Jahr 1990, Berlin 1991, S. 21-27

Schirmacher, Frank: „Phänomen. Die neue Demagogie“, in: FAZ v. 29.05.1991, S. 29

Schneider, Beate: Strukturen, Anpassungsprobleme und Entwicklungschancen der Presse auf dem Gebiet der neuen Bundesländer (einschließlich des Gebiets des früheren Berlin-Ost). Forschungsbericht für den Bundesminister des Innern, Band I und II, Hannover/Leipzig 1991

Schneider, Beate: Lokalzeitungen in Ostdeutschland. Strukturen, publizistische Leistung und Leserschaft, in: Media Perspektiven, 7/1997, S. 378–389

Schneider, Beate: Die Rolle der Medien bei der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 602-632.

Schneider, Beate/Stürzebecher, Dieter: Wenn das Blatt sich wendet. Die Tagespresse in den neuen Bundesländern, Baden-Baden 1998

Schönbach, Miriam: „Wir berichten für Ostdeutsche, nicht über sie.“ Die Zeitschrift Superillu 1990-2002 – das Wechselspiel von Publikum, Medienbotschaft und Redaktion, in: Haller, Michael/Mükke, Lutz (Hrsg.): Wie die Medien zur Freiheit kamen. Zum Wandel der ostdeutschen Medienlandschaft seit dem Untergang der DDR, Köln 2010, S. 77-98

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998

Schütz, Walter J.: Der Zeitungsmarkt in den neuen Ländern, in: BDZV (Hrsg.): Zeitungen '91, Bonn 1991, S. 105-146.

Schütz, Walter J.: Redaktionelle und verlegerische Struktur der deutschen Tagespresse, in: Media Perspektiven, 9/2009, S. 454-493

Schulz, Winfried: Den roten Federn auf der Spur. Ein erster Bericht über eine vergleichende Inhaltsanalyse ost- und westdeutscher Tageszeitungen, in: Schneider, Beate/Reumann, Kurt/Schiwy, Peter (Hrsg.): Publizistik. Beiträge zur Medienentwicklung, Konstanz 1995, S. 287-299

SFB (Hrsg.): Der Weg zum Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB). Eine Dokumentation, Berlin 2003

SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, Arbeitskreis Hauptausschuß: Entwurf – Beschlußvorschlag v. 12.2.1991, Archiv des Landtags Brandenburg

Stein, Reiner: Vom Fernsehen und Radio der DDR zur ARD. Die Entwicklung und Neuordnung des Rundfunkwesens in den Neuen Bundesländern, Marburg 2000

Tichy, Roland: Der Staatsrundfunk der DDR als Machtinstrument der Diktatur oder: Wie der gute Radiomensch unter den ‚Mühlfezeln‘ fiel, in: Ders./Dietl, Sylvia (Hrsg.): Deutschland einig Rundfunkland? Eine Dokumentation zur Wiedervereinigung des deutschen Rundfunksystems 1989-1991, München 2000, S. 31-54

Tonnemacher, Jan: Thesen zu einer gesamtdeutschen Rundfunkperspektive, in: Rundfunk und Fernsehen 1/1991, S. 97-103

Treuhandanstalt (Hrsg.): Dokumentation 1990-1994, Band 6, Berlin 1994

Wenzel, Klaus-Peter: Der Fall Lutz Bertram. Dokumentation einer Verstrickung, Berlin 1996

Widmann, Joachim: „Dich kriegen wir weich“. Berichte aus dem Alltag einer Diktatur, Bonn 1997

„Wir stehen nackt in den Erbsen“, in: Der Spiegel, 7/1991, S. 64

Wuschig, Ilona: Anspruch ohne Wirklichkeit. 15 Jahre Medien in Ostdeutschland, Münster 2006